

SCHWÄBISCHE HEIMAT 1989|1



Za 692

Herausgegeben vom
SCHWÄBISCHEN HEIMATBUND

Redakteur: Martin Blümcke

Redaktionsausschuß: Martin Blümcke, Helmut Dölker, Reinhold Fülle, Heidi-Barbara Kloos, Hans-Martin Maurer, Fritz Oechßler, Wilfried Setzler

Die SCHWÄBISCHE HEIMAT erscheint vierteljährlich. Mitglieder des SCHWÄBISCHEN HEIMATBUNDES erhalten die Zeitschrift als Vereinsgabe; beim Bezug durch den Buchhandel oder direkt vom Verlag beträgt der Preis jährlich DM 35,-, für Einzelhefte DM 9,- (zuzügl. Versandkosten, inkl. 7% MwSt.).

Anfragen und Mitteilungen (Anschriftenänderungen!) werden an die Geschäftsstelle des SCHWÄBISCHEN HEIMATBUNDES erbeten: Charlottenplatz 17/II, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 22 16 38 / 39.

Zahlungen für den SCHWÄBISCHEN HEIMATBUND nur auf dessen Konten:

Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70) 30277 01
Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 501 01) 2 164 308
Deutsche Bank AG Stuttgart (BLZ 600 700 70) 1 435 502.

Die SCHWÄBISCHE HEIMAT erscheint im Konrad Theiss Verlag GmbH & Co., Villastraße 11, 7000 Stuttgart 1, Telefon (07 11) 2 68 61 01. Zweigniederlassung: Bahnhofstraße 65, 7080 Aalen 1, Telefon (073 61) 5 94 - 6 01

Anzeigenverwaltung: Hans Jürgen von Elterlein, Joringelweg 5, 7000 Stuttgart 80, Telefon (07 11) 71 19 20.

Druck: Grafische Betriebe Süddeutscher Zeitungs- dienst Aalen.

Nachdruck und andere Vervielfältigung – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Besprechungsexemplare usw. wird keine Garantie übernommen.

Anschrift der Redaktion:

Charlottenplatz 17/II, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 22 16 38 / 39.

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Konrad Theiss Verlags, Stuttgart, sowie ein Prospekt des Süddeutschen Rundfunks bei.

Inhalt

WOLFGANG NIESS Zur Sache: 1989 – jubeln bis zur Besinnungslosigkeit?	1
HEINZ BARDUA Das Wappen des Landkreises Ludwigsburg	2
BERND ROLING Müll – zu 90 Prozent von der Wirtschaft produziert	3
RAINALD ENSSLIN O Jammerstand! Skeptische Gedanken eines Planers zum Thema Müll	8
JÜRGEN HAGEL Johann Adam Riediger und der älteste Grundrißplan von Stuttgart	11
MARTIN BLÜMCKE Das Hansele-Rennen – Ein Möhringer Fasnetsbrauch	22
ULRICH GRÄF/HERMANN DIRUF Peter Haag-Preis 1988 viermal vergeben	26
RAINER HUSSENDÖRFER Denkmalpflege, eine Selbstverständlichkeit?	30
GOTTLÖB HAAG An Eduard Mörike	35
RAIMUND WAIBEL Museen des Landes – Nr. 9: Das Hällisch-Fränkische Museum in Schwäbisch Hall	36
HEIDI RAPP Evangelische Pfarrkirche Boll: Ein «romanischer» Taufstein vom Anfang unseres Jahrhunderts	43
CAROLA LIPP «Das Zwangszölibat der Mittellosen» – Verehelichungsverbote im 19. Jahrhundert	47
Buchbesprechungen	52
Anschriften der Mitarbeiter und Bildnachweis	62
Studienfahrten 1989	63
Mitgliederversammlung	67
sh aktuell	68

Zur Sache: 1989 – jubeln bis zur Besinnungslosigkeit?

Wolfgang Niess

1989 wird ein gewaltiges Jahr werden. Das ganze Jahr ein Jubiläumsjahr. 2000 Jahre Bonn, 200 Jahre Französische Revolution, 50 Jahre Zweiter Weltkrieg, 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland und so weiter. Der Aufwand ist enorm.

Die Franzosen haben ihren gigantischen Erinnerungszirkus längst anlaufen lassen. Und auch die Bonner haben mit den Feiern schon begonnen – mehr als 70 Veranstaltungen müssen schließlich untergebracht sein in einem Jahr, das nur 365 Tage hat. Auch ein Festbuch – 65 Autoren auf 350 Seiten – liegt schon vor. Man muß sich in Bonn wohl besonders beeilen, denn die Feierlichkeiten zu *40 Jahre Bundesrepublik sind Bonn 2000* hart auf den Fersen. Und mit dem Aufwand, den die Republik treibt, kann die Provinzstadt am Rhein kaum mithalten. Etwa 40 Millionen lassen sich Bund und Länder das Spektakel kosten – für jedes Jahr eine Million gewissermaßen. Rund 180 Veranstaltungen sind geplant, vom Staatsakt über Symposien bis zum *Bürgertag mit Bundesfest*. Wer da am Ende immer noch nicht begriffen hat, daß wir Grund zum Feiern haben, dem

ist nicht zu helfen. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat uns das ja schon vor einem Jahr ins Stammbuch geschrieben. Vor allem den Jüngeren, so Zimmermann, seien wir schuldig, nach 40 Jahren Bilanz zu ziehen: *Wir müssen ihnen bewußt machen, was wir in diesen 40 Jahren auf die Beine gestellt haben. Es kommt doch nicht von ungefähr, daß man uns im Ausland mit großer Achtung begegnet. (...) In einer Zeit, in der so vieles miesgemacht wird, können wir mit Stolz auf unsere Leistungen schauen.*

Sollte es damit zusammenhängen, daß man Veranstaltungen zu einem anderen Jubiläum mit der Lupe suchen muß? Stolz stellt sich nur schwer ein, wenn man an die Leistungen der Deutschen Wehrmacht vor Warschau denkt, – von den Leistungen der Einsatzgruppen bei Massenerschießungen ganz zu schweigen. Böse Zungen behaupten ja, Friedrich Zimmermann habe lange nachdenken müssen, wie sich am besten die Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vermeiden lasse – ständig diese Nestbeschmutzung –, bis ihm der rettende Gedanke kam, 40 Jahre Bundesrepublik zum Thema zu machen. Rechtzeitig, schon vor zwei Jahren, hat er dem Kanzler einen entsprechenden Brief geschrieben, *und er ist sofort dieser Anregung gefolgt.*

Vielleicht muß man sogar die Zahl der Jubelveranstaltungen in diesem Zusammenhang sehen. Bei so viel Aufwand für *Bonn 2000* und *Bundesrepublik 40* bleibt für anderes keine Zeit. Nicht einmal Luft zum Atemholen. Kein Raum, wirklich nachzudenken. Jubeln bis zur Besinnungslosigkeit statt Erinnern und Bedenken.

Was wir da erleben, ist die vollständige Pervertierung des historischen Gedankens. Die Besinnung auf die eigenen Wurzeln soll in einer sich rasch verändernden Welt Klarheit und Sicherheit über die eigene Identität schaffen. Der Andrang bei historischen Ausstellungen und die wachsende Zahl von Museen zeigen, wie wichtig diese Aufgabe ist. Und nun wird das Jahr zu einer Ansammlung von Jubiläumsdaten gemacht, ein gigantischer Rummel wird in Szene gesetzt, und die zunächst vielleicht noch interessierten Zeitgenossen werden bis zur völligen Erschöpfung und Atemlosigkeit von Jubiläum zu Jubiläum gehetzt, von Termin zu Termin. Alle Attacken der Sozialreformer zu Beginn der 70er Jahre hat die historische Rückbesinnung, die historische Bildung überstanden. Es wird die Umarmungstaktik der Zimmermänner sein, an der das geschichtliche Bewußtsein zugrunde geht.

Das Titelbild zeigt die Giebelansicht des Gebäudes Hafenmarkt 10 in Esslingen, eines der ältesten Fachwerkhäuser in der ehemals freien Reichsstadt. Dieses Gebäude ist im vergangenen Jahr mit dem Peter Haag-Preis des Schwäbischen Heimatbundes ausgezeichnet worden (vgl. die Seiten 26 ff.).



Das Wappen des Landkreises Ludwigsburg Heinz Bardua

Nachdem das württembergische Innenministerium mit Erlaß vom 28. November 1930 den Amtskörperschaften die Führung des Staatswappens verboten hatte, ließ sich das Oberamt Ludwigsburg von der Archivdirektion Stuttgart erstmals über die Gestaltung eines Siegelbildes für die neu zu beschaffenden Dienstsiegel beraten. Hieraus ergab sich aber noch kein Wappen, sondern die Darstellung der drei württembergischen Hirschstangen, ohne Schild, in der Stempelmitte.

Erst der 1938 gebildete frühere Kreis Ludwigsburg griff die Wappenfrage erneut auf und bat um einen Gestaltungsvorschlag. Darauf empfahl die Archivdirektion Stuttgart die Festlegung eines Wappens, in dem der Reichsadler als die Wappenfigur des früheren Amtssitzes Markgröningen auf die mittelalterliche Verbindung dieser zeitweiligen Reichsstadt mit dem Reichssturmflaggenlehen hinweisen soll. Da die Kreisstadt Ludwigsburg seit ihrer Stadtrechtsverleihung durch Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg im Jahre 1718 eine Darstellung der Reichssturmflagge mit dem Adler in ihrem Wappen führt, wird auch sie im Landkreiswappen repräsentiert. Als Hinweis auf die Zugehörigkeit zu Württemberg, vor allem auf die großen altwürttembergischen Bestandteile des Kreisgebietes, wurde auf Vorschlag der Archivdirektion Stuttgart eine Hirschstange als die württembergische Wappenfigur über den Adler gesetzt. Am 28. Januar 1939 legte der vom Kreisrat beratene Landrat dieses Wappen für den damaligen Landkreis Ludwigsburg fest.

Am 17. Juli 1974 beantragte dann der ein Jahr zuvor gebildete und um Teile der früheren Kreise Vaihingen, Leonberg, Backnang und Heilbronn vergrößerte neue Landkreis Ludwigsburg die Verleihung des Rechts zur Wiederaufnahme und Führung des früheren Kreiswappens. Da dessen Figuren und Farben das erweiterte Kreisgebiet in gleicher Weise zu repräsentieren vermögen wie das frühere – die Hirschstange erscheint übrigens auch in den Wappen der neu hinzugekommenen Städte Vaihingen an der Enz, Gerlingen und Oberriexingen –, unterstützte die Archivdirektion Stuttgart diesen Antrag in ihrer gutachterlichen Stellungnahme. Die daraufhin vom Innenministerium Baden-Württemberg erlassene Verleihungsurkunde trägt das Datum vom 30. August 1974.

Während dieses Landkreiswappen häufig in einem Schild mit leicht geschwungenen Konturen zu sehen ist, wurde für die obige Abbildung – auch we-



Heraldische Beschreibung: *In Gold (Gelb) unter einer liegenden schwarzen Hirschstange ein rot bewehrter und rot bezungter schwarzer Adler.*

gen der Einheitlichkeit der Wappendarstellungen, die in dieser Serie der «SCHWÄBISCHEN HEIMAT» erscheinen – der normale Halbrundschild gewählt. Diese Form des Halbrundschildes hat sich im kommunalen Wappenwesen neben dem selteneren gotischen Dreieckschild durchgesetzt, weil diese Form die größtmögliche Fläche für die Darstellung der Wappenfiguren bietet. Die in verschiedenen Stilperioden seit dem Mittelalter entstandenen, mehr oder minder schwungvollen Schildformen zählen nicht wie Schildbild und Schildfarben zu den unterscheidenden Merkmalen eines heraldischen Bildkennzeichens und werden deshalb auch beim Beschreiben bzw. Blasonieren der Wappen – von französisch *le blason* = das Wappen – nicht erwähnt.

Müll – zu 90 Prozent von der Wirtschaft produziert

Bernd Roling

370 Kilo Müll pro Bundesbürger, das ist viel zu viel. Ich komme im Jahr bequem mit 50 Kilo für die Abfalltonne aus, meinte ein junger Zuhörer kürzlich auf dem Kongreß des baden-württembergischen Umweltministeriums mit dem Titel *Leben ohne Müll*. Dieses Motto freilich ist unbestritten eine Utopie. Aber strittig ist, wieviel Müll sich ohne große Umstände vermeiden läßt.

Umweltbewußte Privatleute können bei Verpackung und Glas sparen

Gut 20 Prozent des im Haushalt anfallenden Mülls sind leicht vermeidbar, betont der Abfallwissenschaftler Dieter Kolb aus Berlin. Im Auftrag des Umweltbundesamtes hat er zwei Jahre lang 80 Haushalte beobachtet und dabei herausgefunden, daß der Durchschnittsbürger, der Müll vermeiden will, am besten bei der Verpackung und beim Glas ansetzt. Wer hier aufpaßt und beispielsweise nur Pfandflaschen kauft, der hat bereits 80 Prozent des leicht erschließbaren Sparpotentials genutzt. Weit schwieriger ist es, Kunststoffmüll oder Verbundstoffe zu vermeiden. Da gibt es kaum Alternativen. Schon der Versuch, Quark- und Joghurtbecher überflüssig zu machen, ist selbst bei umweltbewußten Leuten meist zum Scheitern verurteilt. Der einzige Ausweg besteht nämlich darin, seinen Quark oder sein Joghurt zu Hause herzustellen. *Ich habe es auch probiert,* bekannte Dieter Kolb auf dem Müllkongreß, *aber meine Kinder wollten's nicht essen, und mir selber hat es auch nicht geschmeckt.*

Dieses Beispiel zeigt: Wer wirklich konsequent Müll vermeiden will, der muß Zeit und Mühe investieren. Und dazu sind die Haushalte in der Bundesrepublik beileibe nicht alle bereit, auch wenn es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltstypen gibt. Am besten schnitten in der Berliner Untersuchung drei- bis vierköpfige Familien ab. Bei ihnen war die Bereitschaft, beispielsweise Papier und Glas aus dem Hausmüll auszusortieren und in Wertstoffcontainer zu bringen, am größten. Vielfach halfen dabei die Kinder gerne mit, ja teilweise brachten sie sogar ihre weniger umweltbewußten Eltern auf Trab. Auf der anderen Seite aber strengten sich berufstätige Ehepaare, die meist wenig Zeit haben, relativ wenig an, die Müllberge klein zu halten. Das extreme Negativbeispiel im Berliner Versuch waren alleinstehende Mütter mit Kleinkind. Sie müssen dauernd hetzen und können sich kaum

Zeit nehmen, Wertstoffe auszusortieren oder beim Einkaufen verpackungsarme Artikel zu suchen. Umweltbewußte Kunden müssen dabei auch noch kräftig draufzahlen. Dazu legte Dr. Werner Bindlingmaier vom Institut für Siedlungswasserbau und Abfallwirtschaft an der Universität Stuttgart Anfang Oktober 1988 beim Müllkongreß auf dem Killesberg interessante Zahlen vor: Wenn ein Durchschnittshaushalt sich bemüht, weniger aufwendig verpackte, alternative Produkte zu kaufen, dann vermeidet er im Vergleich zu anderen Haushalten 30 Prozent des Abfalls, muß aber rund 4000 Mark Mehrkosten hinnehmen. Zudem verringert sich die Müllgebühr um keinen Pfennig, denn diese Gebühr setzt im Regelfall an der Zahl der Personen pro Haushalt an. Wieviel Abfall sie liefern, spielt keine Rolle.

Abrechnung nach Gewicht:

Wer wenig Müll abgeliefert, wird belohnt

Doch es gibt auch einzelne Ansätze, diejenigen zu belohnen, die wenig Müll verursachen, und jene zu bestrafen, die nicht umweltbewußt handeln. So wird die Müllgebühr im Rems-Murr-Kreis nach Gewicht abgerechnet, allerdings nicht pro Haushalt, sondern pro Gemeinde. Das ist einfacher, denn da muß man nur die vollen Müllfahrzeuge wiegen und den Kommunen zuordnen. Dabei haben sich im Rems-Murr-Kreis beachtliche Unterschiede ergeben: Das Müllaufkommen schwankt zwischen 150 und 340 Kilo pro Einwohner und Jahr. Besonders große Fortschritte wurden in den Kommunen registriert, in denen man intensiv für die Kompostierung von Speiseresten und Gartenabfällen sorgt, denn sie wiegen relativ viel. Bemerkenswert ist aber, daß auch diejenigen Gemeinden, die vergleichsweise viel Abfall anliefern, immer noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 370 Kilo pro Einwohner bleiben. Das liegt mit daran, daß sich der Rems-Murr-Kreis bereits seit Jahren intensiv um das Recycling von Wertstoffen kümmert und beispielsweise auch Styropor aussortiert und wiederverwertet. Und die Bürger machen in großem Umfang mit, weil es viele kleine Recyclinghöfe ganz in ihrer Nähe gibt.

Ihre Unterhaltung kostet freilich Geld; und das ist mit ein Grund dafür, daß die Müllgebühren im Rems-Murr-Kreis zum Jahresbeginn 1989 deutlich angehoben worden sind. Überspitzt kann man so-



gar generell feststellen, daß die Landkreise, die sich in besonderer Weise um die Müllvermeidung und das Recycling bemühen, relativ hohe Kosten haben. Und die Landkreise, die kein Geld für Recyclinghöfe ausgeben und nur wenige Sammlungen für Problem Müll anbieten – mit der Folge, daß manch ein Lackrest oder quecksilberhaltiges Thermometer in der Mülltonne landet –, die kommen kurzfristig billiger weg. Die Bürger dieser Kreise belasten die Umwelt stärker, aber dafür werden sie nicht zur Kasse gebeten.

Druckmittel des Landes:

Das Kommunalabgabengesetz ändern

Der baden-württembergische Umweltminister Dr. Erwin Vetter will jedoch dafür sorgen, daß jeder, der Müll verursacht, auch für die Gesamtbelastung bezahlen muß. Dazu will er in Kürze das Kommunalabgabengesetz ändern. Sein Ziel: Die Deponiebetreiber sollen in die Lage versetzt werden, daß sie nicht nur im Augenblick anfallende Kosten, etwa für das Betreiben von Müllkippen, in Rechnung stel-

len dürfen, sondern auch Folgekosten wie beispielsweise die Sanierung von Problemdeponien, die das Grundwasser belasten.

Wenig hält Umweltminister Vetter dagegen von dem Vorschlag, die Müllanlieferung mit Hilfe einer Sonderabgabe zu verteuern. Technisch wäre es leicht möglich, bei jeder Müllanlieferung diese Sonderabgabe zu erheben; aber Vetter betont, daß die Einführung einer solchen Müllabgabe in der Bundeskompetenz liegt. Er befürchtet, daß es viel zu lange dauert, ehe hier ein neues Bundesgesetz auf dem Tisch liegt. Das Kommunalabgabengesetz dagegen kann man auf Landesebene ändern, und dazu will Vetter noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf vorlegen.

Parallel dazu überlegen die Experten im Umweltministerium, wie man die Müllgebühr stärker nach dem Gewicht staffeln könnte. Es gibt bereits Pilotverfahren, bei denen jeder Behälter, der in ein Müllfahrzeug gekippt wird, gleich gewogen wird. Doch das klappt nur, wenn der Wagen völlig eben steht. Bei hügeligem Gelände wird die exakte Messung schwierig. Trotzdem will das Stuttgarter Umweltmi-

nisterium hier einen konkreten Versuch starten, denn eins ist klar: Je höher die Müllgebühren werden – der Trend zeigt steil nach oben –, desto wichtiger wird, die Umweltbewußten zu belohnen und die anderen zu bestrafen.

Müllaufkommen der Haushalte stagniert, das der Wirtschaft steigt immer noch

Das freilich gilt nicht nur für die Haushalte, sondern auch für die Wirtschaft. Und hier liegt in Baden-Württemberg noch vieles im Argen. Während das Müllaufkommen der Haushalte stagniert, steigt das Müllaufkommen der Wirtschaft immer noch, denn die Firmen sind nun mal weit weniger umweltbewußt als viele Bürger. Für die meisten Wirtschaftsbosse zählen halt nur nüchterne Bilanzen, und im Augenblick ist es in vielen Branchen immer noch billiger, große Abfallmengen in Kauf zu nehmen, als auf abfallarme Produktionsverfahren zu setzen. Auf diesem Feld erkenne er bisher zu *wenige positive An-*

sätze, kritisierte Umweltminister Vetter denn auch kürzlich bei der Eröffnung des Müllkongresses. In Zukunft sollten nur noch solche Abfälle entsorgt werden, die weder durch die Umstellung von Produktionsverfahren vermieden noch innerhalb oder außerhalb der Betriebe verwertet werden könnten. Dies bedeute, daß die Produzenten künftig die Gesamtverantwortung für den Lebenslauf ihrer Produkte tragen müßten. Diesen Worten will Dr. Erwin Vetter auch Taten folgen lassen. Eine Möglichkeit bietet ihm § 5 des Bundesimmissionsschutzgesetzes, bei dem es um die Reststoffe geht, die in genehmigungspflichtigen Anlagen entstehen. Hier können die Behörden auch im nachhinein noch strengere Auflagen durchsetzen. Doch dieses Instrument wurde in Baden-Württemberg bisher noch nicht genutzt. Inzwischen hat Umweltminister Vetter zwar den Gewerbeaufsichtsämtern die Weisung erteilt, diesem Problem mehr Aufmerksamkeit zu widmen, doch in der Praxis gibt es dabei große Schwierigkeiten. Denn die Gewerbeaufsichtsämter leiden seit

◀ Der Wald ist kein Kuttereimer für den Abfall der Wohlstandsgesellschaft.

Mühsam, aber erfolgreich: Vereine und karitative Einrichtungen sammeln Altpapier, das wieder verwertet werden kann.



Jahren unter Personalmangel. Außerdem sind viele Mitarbeiter überfordert, wenn sie jetzt neben den seitherigen Aufgaben im Bereich des Arbeits- und des Umweltschutzes auch noch beurteilen sollen, ob ein Betrieb es zuläßt, daß zu viel Abfall entsteht. Dazu muß man die Herstellungsverfahren und mögliche Alternativen kennen, und hier wissen die Firmenvertreter im Regelfall weit besser Bescheid als die Mitarbeiter der Gewerbeaufsicht. Folglich bleibt der § 5 des Bundesimmissionsschutzgesetzes weitgehend stumpf.

Abfallarme Verfahren kann nur der Bund durch Gesetze und Ökosteuern erzwingen

Letztlich kann man die Wirtschaft nur dann dazu zwingen, verstärkt abfallarme Verfahren einzuführen, wenn man in Bonn entsprechende Gesetze erläßt. Doch hier sind keine Aktivitäten erkennbar, die wirklich für eine tiefgreifende Änderung sorgen könnten. Vielmehr handelt die Bundesregierung im gesamten Bereich der Müllvermeidung sehr zögerlich. So konnte sich Bundesumweltminister Klaus Töpfer nur nach langem Hin und Her mit seinem Vorschlag durchsetzen, 50 Pfennig Zwangspfand für Kunststoff-Flaschen einzuführen. Dabei ist das keineswegs eine überzeugende Lösung. Besser wäre es nach Ansicht der Umweltschutzverbände gewesen, diese Flaschen ganz zu verbieten. Doch mit Verboten für die Wirtschaft tut sich die Bonner Koalition schwer. Auch von Abgaben oder Ökosteuern hält sie wenig, obwohl es sich dabei um marktwirtschaftliche Instrumente handelt. Denn Ökosteuern oder Umweltabgaben beeinflussen das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage mit dem Ziel, daß umweltschädigende Produkte oder Verfahrensweisen verteuert und möglichst vermieden werden. Einzelne CDU-Politiker wie die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel haben sich zwar inzwischen für solche Ökosteuern ausgesprochen, doch konkrete Pläne der Bundesregierung gibt es nicht.

Folglich sieht sich die Wirtschaft auch nicht unter Druck gesetzt und arbeitet in vielen Bereichen so weiter wie eh und je. Und solange es billiger ist, mit den Rohstoffen zu aasen und am Ende große Rückstände in Kauf zu nehmen, statt von vornherein auf abfallarme Produktionsverfahren zu setzen, wird sich wenig ändern. Das aber ist eine düstere Perspektive. Denn in Baden-Württemberg kommen 90 Prozent des Mülls aus der Wirtschaft; die Haushalte sind nur mit zehn Prozent am gesamten Abfallaufkommen beteiligt. Und dabei hängen sie teilweise auch noch von der Industrie und ihren Angeboten ab.

Müllnotstand in Baden-Württemberg:
Der Sondermüll muß exportiert werden

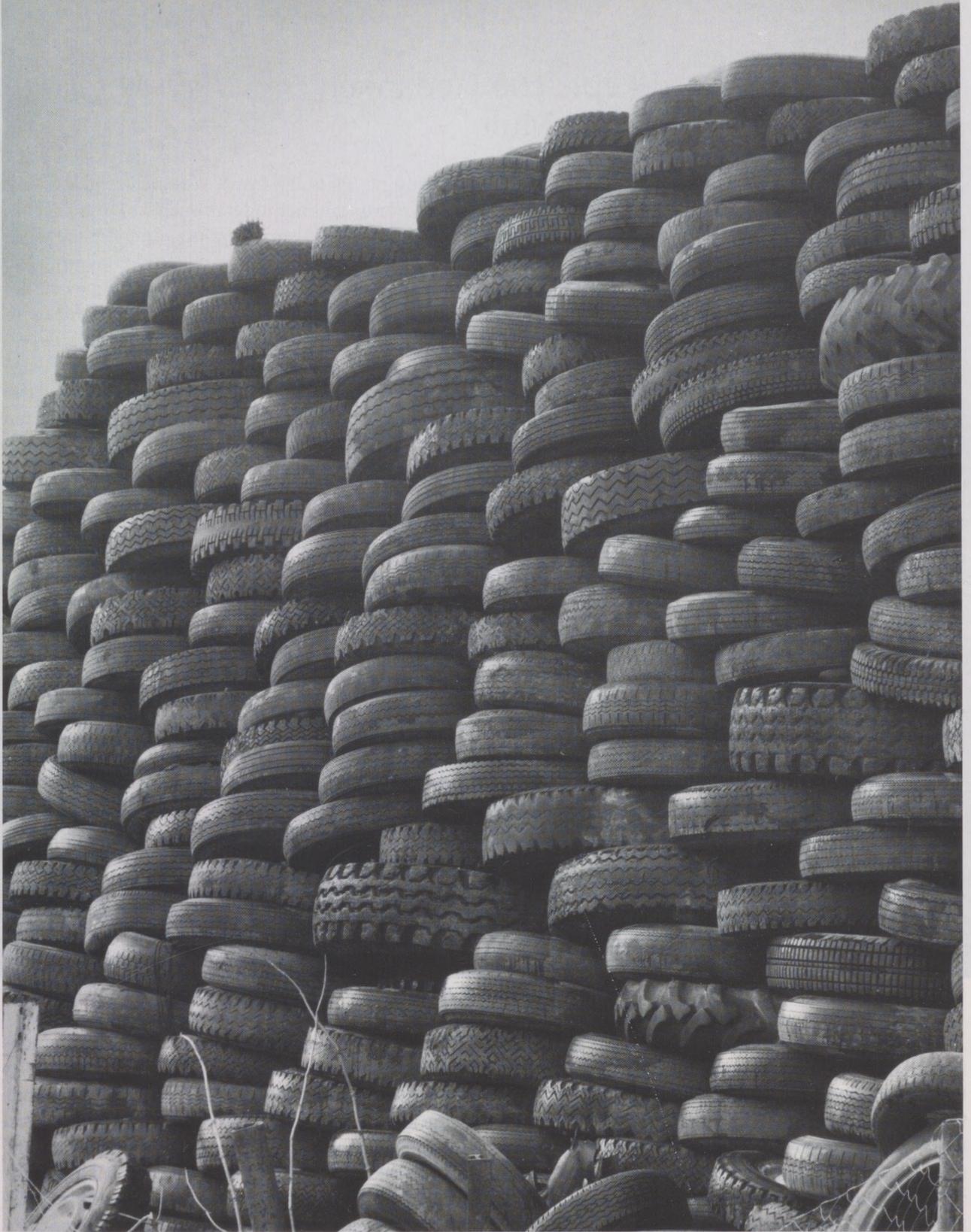
Auf dem Müllkongreß des baden-württembergischen Umweltministeriums verdeutlichte Tilmann Höhfeld von der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher das am Beispiel der Armbanduhr: *Früher konnte man seine Uhr aufziehen, heute braucht man quecksilberhaltige Batterien.* Taschenrechner, Walkman, Spielzeug für Kinder, alles verlange nach Batterien. Selbst die Deutsche Bundespost schrecke nicht davor zurück, mit den klingenden Telegrammen sich diesem Trend anzuschließen. Generell kämen immer mehr Produkte auf den Markt, die schlichtweg umweltunverträglich seien. Hier müßten Industrie und Handel künftig verstärkt ihrer umweltpolitischen Verantwortung gerecht werden.

Doch solche Appelle haben bisher wenig gebracht. Für Druck sorgt vorerst lediglich eins: der sich immer mehr ausbreitende Müllnotstand. Beim Sondermüll beispielsweise ist Baden-Württemberg auf den Export angewiesen. Aber die Ausfuhr wird immer schwieriger. So ist etwa Giftmüll der Salacher Firma Weber aus der Türkei zurückgekommen. Oder die Stadt Lübeck wehrt sich zunehmend dagegen, daß etliche Bundesländer, darunter auch Baden-Württemberg, ihren Sondermüll nach Schönberg in die DDR karren. Denn diese Deponie liegt nahe an der Grenze, und die Stadt Lübeck fürchtet um ihr sauberes Grundwasser.

Falls die Probleme beim Sondermüllexport zunehmen, muß damit gerechnet werden, daß einzelne Firmen in Baden-Württemberg ihren Betrieb einschränken und schlimmstenfalls sogar schließen müssen. Hier drohen große Gefahren, die nicht zu verharmlosen sind. Denn auch die Beseitigung normaler Produktionsabfälle wird immer schwieriger. Zwar erzeugt jeder Dreck, doch nach dem Sankt-Florians-Prinzip will keiner ihn vor seiner Haustür deponieren oder verbrennen lassen. Staatliche Zwangsmaßnahmen werden immer wahrscheinlicher, obwohl die Politiker davor zurückscheuen.

Rezept für Standort von Verbrennungsanlagen:
Dort bauen, wo der Dreck produziert worden ist

Letztlich kommt man bei der Lösung der Müllprobleme nicht daran vorbei, den Dreck dort zu beseitigen, wo er entstanden ist. In diesem Sinne sucht das Umweltministerium, das zunächst nur in Kehl eine Sondermüll-Verbrennungsanlage bauen wollte, inzwischen auch im Mittleren Neckarraum nach einem weiteren Standort. Er soll 1990 konkret be-



annt werden. Schon heute läßt sich unschwer vorhersagen, welche lebhaftere Diskussionen das auslösen wird. Aber der meiste Sondermüll entsteht nun mal im Großraum Stuttgart, also muß er im Sinne des Verursacherprinzips auch hier beseitigt werden. Analoges gilt für Produktionsabfälle und Hausmüll. Es geht nicht an, daß in den Ballungsräu-

men produziert wird und daß man den Dreck in ländliche Gebiete abschiebt!

Zum Schluß noch eine boshafte Bemerkung: Je mehr Manager ungeliebte Müllbeseitigungsanlagen direkt vor die Haustür bekommen, desto mehr Mitstreiter für abfallarme Produktionsverfahren werden sich in den Vorstandsetagen finden.

O Jammerstand!* – Skeptische Gedanken eines Planers zum Thema Müll

Rainald Ensslin

Eines Tages geschah das Unerwartete. Anstatt die Eimer zum Müllwagen zu rollen und dort per Knopfdruck auszukippen, nahmen die Arbeiter eine Tonne um die andere, schleppten sie vor die Wohnungs- und Haustüren und kippten sie dort aus. Die leeren Tonnen luden sie auf einen Lastwagen und fuhren davon.

Da hatte nun endlich jeder seinen Müll wieder. Die Milchtüten und die Fischdose vom vergangenen Mittwoch, die Styroporpackung vom neuangeschafften Heimcomputer, Papas alte Badesandalen, verrottete Salatblätter, Apfelschalen, Butterpapier, Kaffeesatz, etwas Kondensmilch, die noch aus der Dose sickerte, Wattetupfer, Schuhprospekte, zerrissene Socken, den zerbeulten Ball des kleinen Fritz, stinkende Plastikbeutel mit nassem, ekeligem Zeug. Alles, alles was im Laufe der letzten Tage ex und hopp gegangen war. Es stank vor sich hin, raschelte im Wind, rann vollends auf der Treppenstufe hinab, rieselte seitlich heraus. Mücken summten herum, und vereinzelt pickten Vögel nach Maden und Resten.

Alle Standorte sind ungeeignet

Dabei hatte es niemand glauben wollen, daß es so kommen würde, obwohl es jeder wußte. Zwanzig Jahre lang hatte man darum verhandelt, Vorschläge gemacht, Gegenvorschläge angehört, Plätze besichtigt, Anlagen bestimmt, Fachleute ins Brot gesetzt, noch besseren Fachleuten ihr kärgliches Auskommen gesichert. Nichts tat sich.

Einigte man sich auf eine Verwertungsmethode, stellte sich diese alsbald als nachteilig heraus. Fand man einen Standort für eine Anlage, dann war es der schlechteste, für Natur, Umwelt, ja sogar für die Menschen ungeeignetste Platz auf der Welt. Vereine, Bürger, Räte, Oberbürgermeister, Abgeordnete, Forscher, Gutachter, Kirchenleute, alle waren sich aus profunder Sachkenntnis endlich ganz einig: Dieser einmalig schöne Platz an unserem Ort war aus allen erdenklichen Gründen grundfalsch. Das gewählte Beseitigungsverfahren war überholt, die

beauftragte Planungsfirma voreingenommen, die Standortauswahlmethode unsachlich, die Nebenfragen der Abwasserreinigung, der Rauchgaswäsche, der Resteverbringung, des Verkehrslärms völlig unbefriedigend gelöst. Mit unzähligen, bisher unmeßbaren Schadstoffen, gesundheitsgefährdenden Substanzen hatte man gar nicht gerechnet.

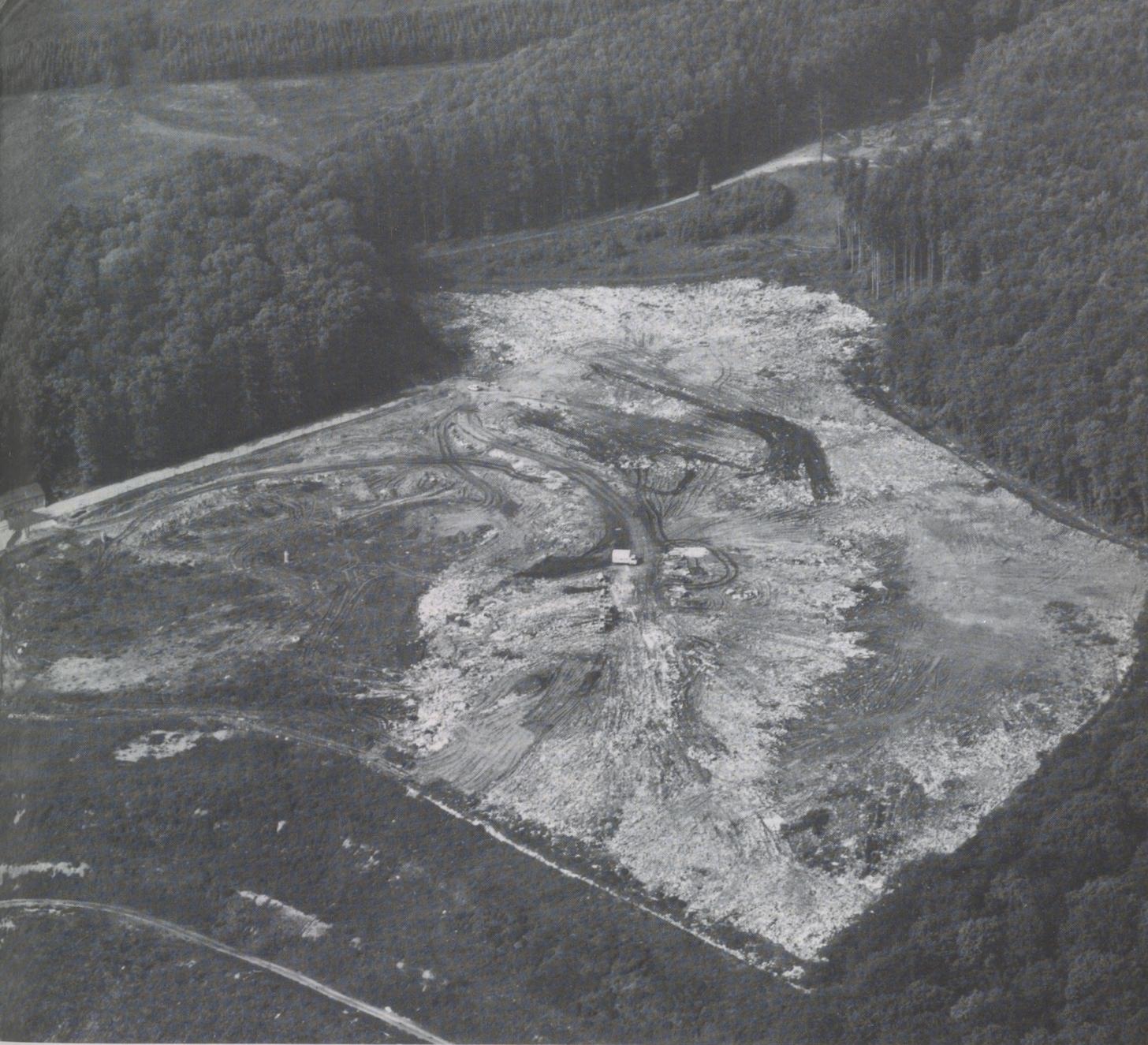
Überhaupt, wie konnte jemand auf die hirnrissige Idee kommen, daß an diesem paradiesischen Platz die Abfälle der Bürger und Fabriken aus anderen Orten zumutbar seien? Ja wenn wenigstens die Lasten auf alle Beteiligten gleich verteilt würden, wenn wenigstens die völlig unzumutbaren Schadstoffe nicht den hiesigen Lebensraum, die Atemluft unserer Kinder belasten würden, sondern anderswo emittieren könnten. Denn für fast jedermann war klar: Wenn die anderen Menschen, die Betriebe und die Öffentlichkeit nicht so viel Müll produzieren würden, wenn diese Gesellschaft nicht so bequem, denkfaul nur auf's Produzieren, Verbrauchen und Wegwerfen eingestellt wäre, dann hätten wir keine Probleme.

Müllwagen gehen preiswert in ein Entwicklungsland

Endlich, endlich hatte das dann auch «die Müllabfuhr» begriffen. Sie war nicht erwünscht, ja eigentlich unnötig, denn was sie produzierte, konnte man nirgends im Land brauchen. Sie stellte den Betrieb ein, verkaufte Eimer, Müllwagen und Geräte preiswert in ein Entwicklungsland über dem Meer. Der Erlös wurde als Sondereinnahme gebucht.

Es war ein einmaliger Akt ausgleichender Gerechtigkeit durch die Müllwerker. Jeder hatte nun seinen Müll und keinen fremden mehr, jeder hatte nur seine kleine, eigentlich fast unschädliche Fracht von Schadstoffen vor der Haustüre. Aber wie so oft, wenn wirklich Gerechtigkeit vollzogen wird, es ging ein Aufschrei durch die Bevölkerung; spontan bildeten sich tausend Initiativgruppen, Räte hielten Sondersitzungen, fieberhaft suchte man nach Möglichkeiten, um diesen Fehlgriff, diese Katastrophe zu bewältigen. Wie konnte man nur derartig kurzschlüssig handeln, so unglaublich verantwortungslos, pflichtvergessen. Dabei war man doch bereits seit zehn Jahren kurz davor, eine große gemeinsame Lösung zu finden, hatte man schon alle Grundsatzbeschlüsse gefaßt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

* Ausruf einer schwäbischen Hausfrau angesichts ihres in den Dreck gefallenen Buben.



Eine von vielen Mülldeponien im Lande: der Schweinerain im Tübinger Stadtgebiet.

Fabrikture mit wiederverwendbarem Packmaterial zugeschüttet

Die Aktion der Müllwerker setzte eine ungeahnte Kreativität frei. Die Ortskenner nannten gerade in der weiteren Nachbarschaft eine Fülle neuer, wirklich harmloser Standortvorschläge. Die technischen Probleme der größeren Anlagen waren alsbald bei weitem leichter lösbar als bisher angenommen. Natürlich kamen auch unsachliche Vorschläge, beispielsweise den Dreck den Mandatsträgern und Amtsoberen vor die Türe zu karren, die angeblich viel zu lange keine verantwortliche und keine vom Kirchturmsdenken losgelöste Entscheidung gefällt hatten; doch das war unzutreffend. Wenig hilfreich

war auch die Idee, den Müll in Güterwagen auf den Nebenstrecken der Bahn zwischenzulagern: Es gab nicht genug Waggons dafür, obwohl die Strecken frei waren.

Etwas befriedigender war eine Fülle kleinerer Initiativen. Systematisch wurden fortan beispielsweise den Zeitungsverlagen die den Zeitungen beigefügten farbigen Prospekte zurückgeschickt; die nicht mehr akzeptierten zurückflutenden Postwurfsendungen und Kataloge verstopften die Postbriefkästen, so daß die Post den Versand untersagte. Manche Fabrikture waren gleichsam über Nacht zugeschüttet mit dem dort reichlich ausgegebenen, wiederverwendbaren Packmaterial.

Die Brauereien konnten sich vor den massenhaft zu-

rückgelieferten leeren Bierdosen und Plastikbehältern nicht mehr retten. Bauhandwerker erhielten nur noch Aufträge, wenn sie alle Materialreste und den Bauschutt restlos wieder mitnahmen. Vor allem entschlossen sich viele Haushalte, weniger unnötige Gegenstände zu kaufen, lieber etwas wiederzuverwenden als nicht zu wissen, wohin damit. Sogar die Industrie fing an umzudenken, denn die Speditionskosten für die private Beförderung der Produktionsabfälle ins Ausland stiegen ins Ungemessene, die Produktionshallen und Fabrikhöfe quollen über vom dort entstehenden und beim besten Willen nicht mehr absetzbaren Müll.

Weniger erfreulich, aber deutlich erkennbar wurden die Veränderungen allerdings in den Städten und Dörfern. Die flinken kleinen fliegenden, laufenden, nagenden Stadtbewohner nahmen schnell zu, eine neue feine, an Gartenfeuer und Gärung erinnernde Geruchsnote prägte die Siedlungen. Es kam wieder mehr Farbe und Abwechslung in die freien Flächen, in die Gräben und an die Waldränder: Wer konnte nur sein Sofa in die Wiese gestellt haben, wer ließ denn soviel Papier im Fluß schwimmen, obwohl doch die Zahl der Verbotsschilder zunahm, die Bußgelder drakonisch erhöht wurden?

Wie häufig reagierte der Gesetzgeber am schnellsten mit neuen strafbewehrten Verboten. Dann folgten einige positive Gebote, z. B. die Rücknahmepflicht der Industrie für alle dort verwendeten Verpackungen. Restmaterialien, Verarbeitungsrückstände durften überhaupt nicht mehr als Abfall beseitigt, sondern mußten aufgearbeitet werden. Da das Deponieren von Bauschutt und Aushub sehr kostspielig wurde, gewöhnten sich Handwerker und Planer allmählich daran, anders zu planen und zu bauen; die Mengen nahmen auf ein Viertel ab.

Produktion nur bei gesicherter Beseitigung des Abfalls

Insbesondere der Umstand, daß das Wegschaffen der Abfälle sehr teuer wurde, ergab schließlich eine andere Einschätzung der Situation. Die augen-

scheinlichen hygienischen Probleme in Stadt und Land trugen das ihre dazu bei. Man sah ein, daß einige wenige größere technische Anlagen in Kombination mit vielen kleinen Vorbehandlungs-, Sortier- und Transportanlagen doch unvermeidbar seien und legte dafür strenge gesetzliche Qualitäts- und Standortkriterien fest. Weil kein Baugebiet mehr entstehen durfte, keiner mehr produzieren konnte, ohne die gesicherte Beseitigung des Abfalls vorher nachzuweisen – beim Abwasser war das schon lange Gesetz –, stimmten, nolens volens, auch die Kommunen zu, Standorte, sogar in Industriegebieten, auszuweisen.

Träger der Sache wurden einerseits völlig private, fachlich sehr qualifizierte Gesellschaften, denn es lohnte sich. Andererseits bildeten jeweils mehrere Kommunen als Eigentümer private Trägergesellschaften. Dazu übten die Abfallbeseitigungsämter eine strikte Kontrolle aus und griffen nur noch selten mit eigenen Maßnahmen ein. Ebenso hielten sich jetzt die oberen Landesverwaltungen aus dem Geschäft der Standortsuche und -planung heraus. Ihr angedrohtes und gelegentlich ausprobiertes Eingreifen hatte sich nicht bewährt. Weder war genügend Ortskenntnis noch eine ausreichende örtliche Durchsetzungskraft vorhanden. Selbst für große Gebietskörperschaften war die Erfahrung der jahrelangen vergeblichen eigenen Mühe, stets unter dem Druck der Bevölkerung und der wechselnden Mehrheiten, nicht vergessen. Deshalb verließ man sich jetzt lieber auf die private Initiative. Da den Unternehmen höhere Gebühren- und Steuerersparnisse zustanden, falls sie die Emissionen senkten, stieg auch rasch die Effizienz der Anlagen.

Denn eines wurde dann doch deutlich: das Streben nach mehr materiellem Wohlstand, mehr Gütern und mehr Komfort änderten die Leute nicht; allenfalls Details daran, wie sie dazu kommen konnten. Die Frage, ob nicht Umsatzsteigerung und Renditeerwartungen, kostspielige Bequemlichkeit und Gedankenlosigkeit am Ende doch wieder zum Eskalieren der Probleme führen würden, blieb daher offen.

Johann Adam Riediger und der älteste Grundrißplan von Stuttgart

Jürgen Hagel

Als der älteste Stadtplan von Stuttgart gilt der bekannte Kupferstich von Matthäus Merian aus dem Jahre 1638, der die Stadt in der damals üblichen Art des Vogelschaubildes zeigt. Die Schrägansicht läßt außer dem Grundriß auch viele Details bildlich erkennen und ist damit eine wichtige Quelle für die historische Stadtforschung. Gleichwohl ist der Stich nicht frei von Verzerrungen – vor allem in der Leonhards- oder Esslinger Vorstadt – und von kleinen Fehlern. Immerhin muß Merians Darstellung Anklang gefunden haben, wurden doch alle späteren Pläne der Landeshauptstadt bis gegen 1720 nach diesem Vorbild gestaltet. Der erste Grundrißplan der Stadt, der in seiner Genauigkeit modernen Anforderungen durchaus entspricht und zudem als ein hochrangiges Kunstwerk gelten kann, ist erst über hundert Jahre später als Merians bis dahin beispielgebendes Bild entstanden, nämlich 1743 und in einer zweiten Ausfertigung 1745. Autor dieses neuen Stadtplans war der Ingenieur-Hauptmann Johann Adam Riediger. Sowohl er als auch seine Stuttgarter Karten verdienen es, näher vorgestellt zu werden.

Lebensstationen: Franken – Paris – Rom – Zürich – Bern – Stuttgart – Bayreuth

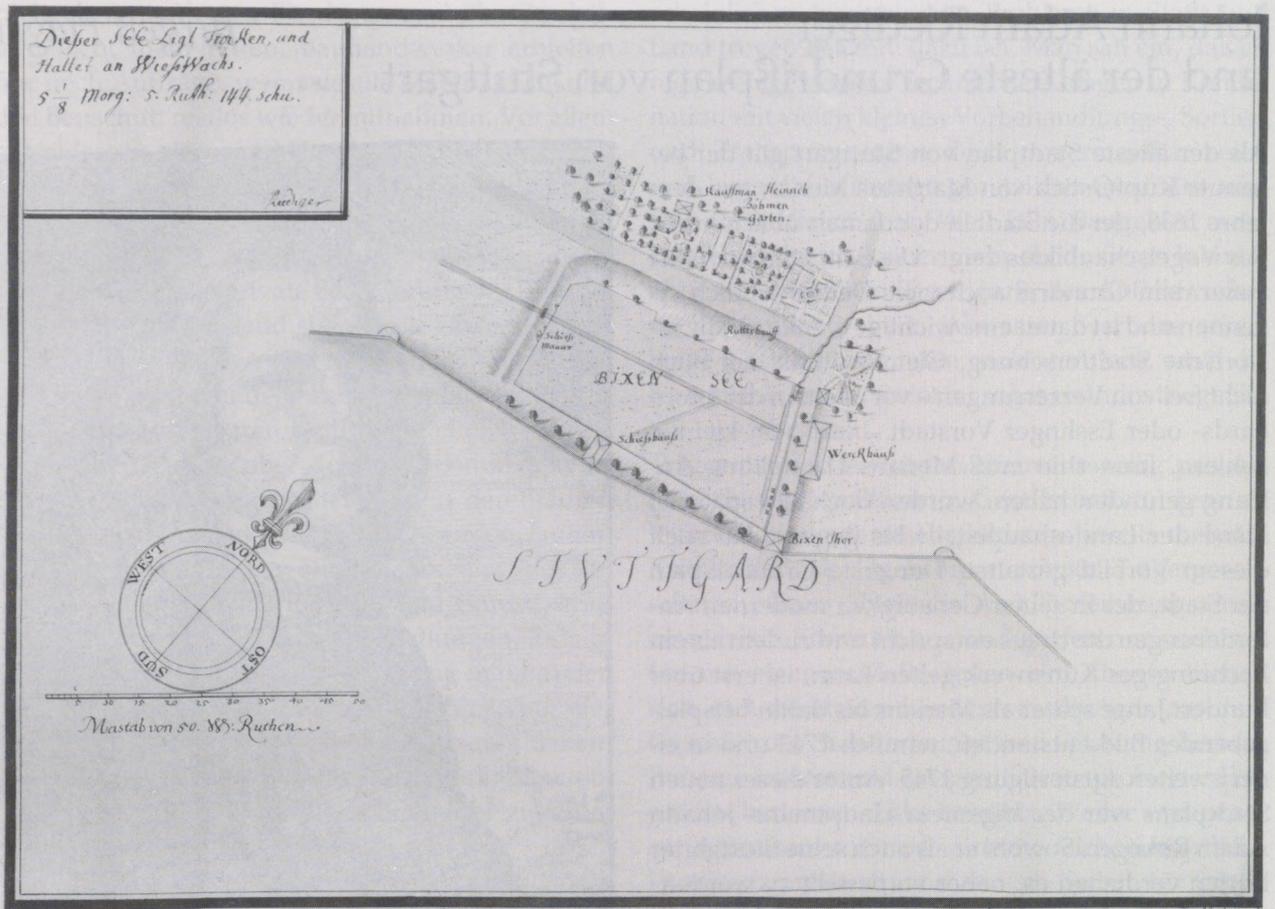
Im Würzburgischen – man weiß nicht genau wo – erblickte Johann Adam Riediger am 6. Januar 1680 das Licht der Welt. Die in der Jugend erhaltene Ausbildung in den «schönen Wissenschaften» und in den Sprachen ergänzte er, indem er mit zwanzig Jahren für einige Zeit zum Studium nach Paris und nach Rom ging. Die Teilnahme an einem Krieg in Ungarn sowie Reisen in Deutschland und Frankreich vermittelten ihm weitere Kenntnisse und Erfahrungen, die ihm sicherlich von Nutzen waren, als er in Zürich Unterricht in Mathematik, Geometrie, Geographie und Kartographie erteilte. Im Jahre 1712 zog er mit in den Toggenburger Krieg, in dem er sich als Ingenieur besonders der Befestigungstechnik widmete, aber auch Karten und Kriegsdarstellungen zeichnete. Seit dieser Zeit ist er als Autor von Karten und Radierungen nachweisbar. 1716 erhielt Riediger von der Stadt Bern, von der er *ein geschwinder und guter Geometer* genannt wurde, den Auftrag für eine größere Kartierung. Seit 1717/18 wohnte er auch in dieser Stadt, in der er in der Kartographie Hervorragendes leistete, ja eine neue Epoche einleitete. Bedeutende Gelehrte konnte er zu seinen Freunden und Bekannten zählen. In seinem Zeugnis beschei-



Der Kartograph Johann Adam Riediger in seiner Berner Zeit. Kupferstich – 7,7 cm auf 11 cm – von Robert Gardelle.

nigten ihm Schultheiß und Rat der Stadt Bern am 28. August 1736, Riediger habe sich während seines zwanzigjährigen dortigen Aufenthalts *so wohl in seinem Beruf fleißig als sonsten Jederzeit wohl und Ehrlich aufgeführt*.

Mitte 1736 berief Herzog Karl Alexander den damals 56jährigen, den er selbst als in Fortifikations- und geometrischen Wissenschaften erfahren bezeichnete, nach Stuttgart. Hier sollte Riediger für ein Gehalt von 400 Gulden im Jahr den jungen Erbprinzen Karl Eugen in den genannten Wissenschaften unterrichten. Hans Vollet nimmt an, daß diese Berufung auf eine Empfehlung durch Anton von Herborth zurückgeht, den Riediger aus seiner Berner Zeit kannte. Herborth war ja 1734 in württembergische Dienste getreten, ein Jahr später Oberbaudirektor und ein weiteres Jahr danach Kommandant des Hohenneuffen geworden.



Riß des Büchsensees in Stuttgart von Heinrich Riediger, dem Sohn von Johann Adam Riediger. 1737 lag der See bereits trocken; an der Nordseite der ehemaligen Seefläche ist ein «Kutterhauff» verzeichnet.

Johann Adam Riediger folgte dem Ruf des Herzogs und siedelte nach Stuttgart über. In einem die Gehaltszahlung betreffenden Brief teilte er am 15. November 1736 mit, er habe bereits mit dem Unterricht begonnen. Einzelheiten über seine Unterrichtstätigkeit sind leider nicht bekannt. Es liegt allerdings die Vermutung nahe, daß die von dem jungen Karl Eugen gezeichneten farbigen vier Karten von Europa, Asien, Afrika und Amerika (1738–1739), die im Anschluß an viele Einzelkarten aus dem Homännischen Verlag in Nürnberg in einen in der Württembergischen Landesbibliothek erhaltenen Atlas eingebunden sind, unter Riedigers Anleitung angefertigt worden sind. Möglicherweise ist auch der hohe Wert, den Karl Eugen den Landkarten für den Geographie-Unterricht beimaß, auf den Einfluß Riedigers zurückzuführen. In dem genannten Atlas folgen übrigens auf die vier Zeichnungen Karl Eugens ein Plan der Festung Kehl von Riediger und dessen Abbildung von Teinach.

Wie Johann Adam Riediger trat übrigens auch sein um 1715/16 geborener Sohn Heinrich – er war das dritte von neun Kindern – in württembergische Dienste. Als Ingenieur-Leutnant kartierte er hier 1737 die vierzig herrschaftlichen Seen des Herzog-

tums, 1738 das Uracher Waldgebiet und ein Jahr später den herrschaftlichen Tiergarten bei Eglosheim/Ludwigsburg. Beide, Vater und Sohn, unterschrieben ihre Berichte und Briefe in ähnlichen Schriftzügen nur mit dem Nachnamen. Das ist wohl der Grund, weshalb der Sohn in der Literatur bisher vielfach mit dem Vater gleichgesetzt worden ist, z. B. bei Pfeilsticker. So wurden bisher auch die vierzig Risse der herrschaftlichen Seen Johann Adam Riediger zugeschrieben. Da in dem Protokoll der Rentkammersitzung vom 25. Februar 1738, in der über diese Risse referiert wurde, jedoch ausdrücklich von dem Ingenieur-Leutnant Riediger die Rede ist, muß Heinrich Riediger als Autor angesehen werden, zumal die Darstellungsmanier derjenigen in den Karten des Uracher Forstes von 1738 gleicht.

Gegen Ende des Jahres 1741 verließ Karl Eugen Stuttgart und begab sich mit einem kleinen Hofstaat über Bayreuth in die Obhut Friedrichs des Großen. Von dort kehrte er, am 11. Januar 1744 für mündig erklärt, im März nach Stuttgart zurück; übrigens wiederum auf dem Wege über Bayreuth, wo er sich am 21. Februar 1744 mit der Prinzessin Friederike verlobte. Nach der Abreise des Erbprinzen wurden

Riedigers Dienste nicht mehr benötigt: Er wurde spätestens Anfang Januar 1742 entlassen, doch bewilligte ihm der Herzog-Administrator als Anerkennung eine Vergütung von 500 Gulden. Danach wandte sich Riediger erneut Vermessungsarbeiten zu, denn seit jener Zeit liegen wieder von ihm angefertigte Karten vor. Wobei auffällt, daß er sich 1742 in diesen lediglich als *Ingenieur* bezeichnete; erst auf den Stuttgarter Plänen ist wieder der Titel *Ingenieur-Capitän* zu finden.

Als im Mai 1743 Markgraf Friedrich von Bayreuth und Markgräfin Wilhelmine, die späteren Schwiegereltern Karl Eugens, in Stuttgart weilten, lernten sie wahrscheinlich Riediger oder zumindest seine Arbeiten kennen und sahen für ihn eine gute Einsatzmöglichkeit in Bayreuth. Im Oktober 1743 trat Riediger jedenfalls in den Dienst des Markgrafen, wo er alsbald mit umfangreichen Aufnahmen be-

gann. Kurz vor ihm war übrigens auch Joseph Saint-Pierre von Ludwigsburg nach Bayreuth gezogen, wo er sich mit mehreren bekannten Bauten als Architekt einen Namen machte.

Riediger leistete in Bayreuth bis ins hohe Alter hinein hervorragende Arbeit. Ihre wohl größte Anerkennung fand sie in der Ernennung zum Ehrenmitglied der Kaiserlichen Franciscischen Akademie freier Künste in Augsburg. Im Alter von nicht ganz 77 Jahren starb Johann Adam Riediger am 13. November 1756 in Bayreuth.

Riedigers Arbeiten in seiner Stuttgarter Zeit

Während seiner Tätigkeit als Lehrmeister des jungen Herzogs scheint Riediger keine Vermessungsarbeiten ausgeführt zu haben; wenigstens liegen aus diesen Jahren keine Karten von ihm vor. Ob der be-

Riß des Jagdbezirks von Ebingen und Winterlingen von Johann Adam Riediger und Franz Joseph Wiest, 1742.



reits erwähnte Riß von Festung und Dorf Kehl erst in Stuttgart angefertigt worden ist oder ob Riediger ihn aus Bern mitgebracht hat, muß offenbleiben. Ohne Zweifel hat der Autor ihn dem Herzog übergeben, denn sonst wäre er nicht in der Hofbibliothek in den schon genannten Atlas Homännischer Karten mit eingebunden worden. Riediger könnte den Plan gerade um die Zeit seines Überwechsels von Bern nach Stuttgart angefertigt haben, das heißt nach dem Ende der französischen Besetzung Kehls in den Jahren 1733–1736.

Die gute Handfertigkeit Riedigers, die in seinen Karten und Zeichnungen zum Ausdruck kommt, bezeugen auch seine Erd- und Himmelsgloben, von denen sich einer im Württembergischen Landesmuseum Stuttgart befindet. Er ist 1736 entstanden, und man kann annehmen, daß Riediger ihn als Geschenk für seinen Schüler mit nach Stuttgart gebracht hat, wo er dann in die Kunstkammer kam. Riediger verfertigte seine Globen, indem er farbig ausgemalte Kartensegmente durch die Fußöffnung in eine hohle Glaskugel einführte und darin festklebte. Das Württembergische Landesmuseum besitzt ferner eine Tischsonnenuhr, die Riediger im Jahre 1739 angefertigt hat.

Aus der Zeit nach Riedigers Entlassung aus dem württembergischen Dienst sind zunächst *zwei Flurkarten* zu nennen, die beide 1742 entstanden sind und heute im Stuttgarter Hauptstaatsarchiv verwahrt werden. Beide sind im gleichen Maßstab gehalten, und zwar sind auf beiden zwei Maßstabsleisten eingezeichnet, nämlich jeweils 1200 Ruten zu 10 Nürnberger Schuh mit 14,9–15 cm Länge und 3000 Gemeine Schritte *oder eine Halbe Stund wegs* mit 18,7 cm Länge. Da für den Nürnberger Schuh unterschiedliche Maße genannt werden, hat der Verfasser versucht, den Maßstab durch mehrere Nachmessungen in jeder Karte und durch Vergleich mit der topographischen Karte 1:25 000 zu bestimmen. Es ergab sich für Riedigers Risse ein Maßstab von ungefähr 1:12 500. Dem entspricht auch die zweite Maßstableiste, wenn man einen Schritt zu 2,5 Fuß oder Schuh rechnet. Setzt man eine halbe Wegstunde gleich 2,5 km, so beträgt der Maßstab 1:13 369. Dagegen ergibt die erste Leiste, den Nürnberger Schuh mit 30,3 cm angesetzt, einen Wert von 1:25 000. Hier ist anscheinend ein Versehen unterlaufen. In beiden Rissen ist deshalb die erste Leiste nur mit 600 Ruten statt wie angegeben mit 1200 Ruten zu werten, d. h., die am Maßstab eingetragenen Zahlenwerte sind zu halbieren.

In beiden Rissen ging es um die räumliche Festlegung von Jagdrechten, um die sich die Häuser Württemberg und Hohenzollern stritten. Die erste

Karte trägt den Vermerk, daß sie *durch die gemeinschaftlich hierzu erkieste, und beaytigte Artis Peritos Johann Adam Riediger und Franz Joseph Wiest gemessen worden sei*. Sie zeigt durch verschiedenfarbige Grenzl意思, wie Hohenzollern die Forstmarkung angab und welche Gebiete Württemberg für seine Besitzungen *Ebingen (heute Albstadt) und Winterlingen* als Pürsch beanspruchte. Der Riß umfaßt das Gebiet zwischen Bitz und Truchtelfingen einerseits und Bzingen andererseits sowie zwischen Ebingen und Harthausen. Bemerkenswert ist, daß diese 80 cm hohe und 98,5 cm breite Karte bei den Namen der Vermesser zwei Siegel trägt, was sonst bei Karten nicht üblich ist.

Der zweite Riß im Format 63,5 x 82 cm zeigt die auf hohenzollerischem Territorium *in dem so genannten Danheimer (= Thanheimer) Thal* gelegenen *Districte, in welchen die Gemeine Stadt und Amt Bahlingen, besonders die Inwohnere der unteren Amts-Orthen, die Freye Pürsch-Gerechtigkeit biß ad exitum (bis zum Ende) Anni 1709 ungeirret und Ruhig Genossen haben*. Der Plan umfaßt das Gebiet zwischen «Zullnhausen», Streichen und «Haeselwangen», Balingen und Engstlatt sowie Steinhofen, Bisingen und Thanheim. Unten links ist der Hohenzollern bildlich dargestellt. «Zullnhausen» (= Zillhausen) ist allerdings nicht lagerichtig abgebildet, denn es liegt, genau genommen, bereits außerhalb des Kartenblatts, doch Riediger wollte es offenbar noch mit erfassen. In beiden Rissen kommt das Relief sehr deutlich heraus. Die Orte sind im Grundriß dargestellt. Die Nordrichtung ist allerdings unterschiedlich: im ersten Fall oben, im zweiten unten etwas rechts.

Daß Riediger nicht nur ein guter Kartograph, sondern auch ein hervorragender Zeichner war, beweisen seine Städtebilder: der *Prospect von Deinach* und der *Aufriß von Stuttgart*. Die Ansicht von Teinach mit Zavelstein auf der Höhe im Hintergrund ist, von Johann Georg Seiler von Schaffhausen in Kupfer gestochen, als Druck erschienen. Da Seiler von Schaffhausen 1740 gestorben ist, muß Riediger die Zeichnung bereits in den ersten Jahren seiner Stuttgarter Zeit angefertigt haben.

Der Kartograph Riediger veröffentlicht die ersten «plans geometriques» der Residenzstadt Stuttgart

Als Johann Adam Riedigers bedeutendste Leistung aus seiner Stuttgarter Zeit sind seine beiden farbigen Stadtpläne von 1743 und 1745 anzusehen; denn sie sind die ersten genauen Grundrißpläne der Stadt, nachdem es bisher – wie eingangs erwähnt – nur Schrägansichten gegeben hatte. Beide Stadtpläne sind nach Norden ausgerichtet – was damals



Riß des Thanheimer Tals in der Grafschaft Hohenzollern von J. A. Riediger von 1742.

noch keineswegs selbstverständlich war –, allerdings nicht nach geographisch, sondern offenbar nach magnetisch Nord; denn während die Königstraße mit der geographischen Nordrichtung einen Winkel von 32° nach Osten bildet, hat sie bei Riediger einen solchen von $47\text{--}48^\circ$. Dieser Unterschied entspricht nach einer freundlichen Mitteilung von Prof. Dr. Götz Schneider vom Geophysikalischen Institut der Universität Stuttgart in etwa der damaligen Nadelabweichung.

Den Grund für die Anfertigung dieser beiden Pläne kennen wir nicht. Ein Zusammenhang mit den Schloßbauplänen des jungen Herzogs Karl Eugen ist auszuschließen, weil Riediger Stuttgart bereits vor dessen Rückkehr verließ und Karl Eugen seine Schloßbaupläne erst im Juli 1744 der Stadt und den Landständen mitteilte, als der erste Stadtplan bereits existierte. Auf beiden Plänen bezeichnete Riediger sich als Ingenieur-Kapitän. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß der von ihm selbst mit der Jahreszahl 1743 versehene Plan in Stuttgart zwar begonnen, aber erst in Bayreuth fertiggestellt worden ist. Vielleicht hat Riediger diesen Plan dem Herzog

bei dessen Besuch in Bayreuth im Februar 1744 anläßlich der Verlobung überreicht.

Der mit 1743 bezeichnete Riß ist wahrscheinlich in die Hofbibliothek übernommen worden und von dort in die Württembergische Landesbibliothek gelangt. Leider ist er im Zweiten Weltkrieg verlorengegangen. Allerdings besitzt die Landesbildstelle Württemberg in Stuttgart eine Schwarzweißaufnahme (Neg. Nr. 17564), und Gustav Wais hat 1954 einen Ausschnitt aus dem Plan veröffentlicht.

Der Riß trug den Titel *Plan geometrique de la ville et residence de Stuottgard, capitale du Duché de Wirtemberg avec ses environs*. Er war nach Wais 112,5 cm hoch und 134 cm breit. Der von Wais angegebene Maßstab von etwa 1:4000 kann allerdings nicht stimmen. Rechnet man nämlich die Länge der Königstraße von der Post- bis zur früheren Kanzleistraße aus dem verfügbaren Foto auf das Original zurück und vergleicht den so erhaltenen Wert anhand eines Stadtplans aus der Vorkriegszeit mit der wirklichen Länge von 395 m, so ergibt sich ein Maßstab von etwa 1:1880. Die Beschriftung beschränkte sich in diesem Plan auf Flur-, Gewässer- und Wegbezeich-



«Plan geometrique de la ville et residence de Stuttgard, capitale du Duché de Wirtemberg avec ses environs» von Johann Adam Riediger, erschienen 1743.

nungen; darüber hinaus waren nur der Pulverturm und das Schießhaus sowie das *Andreisch Baad auf der Schanz* und die Nähermühle bezeichnet. Herrschaftliche Gebäude und das Rathaus hatte Riediger dadurch hervorgehoben, daß er bei ihnen – im Gegensatz zum Plan von 1745 – Dachlinien eingezeichnet hatte.

Interessanter, weil aussagekräftiger ist der *Stadtplan von 1745* mit dem Titel *Plan geometrique et perspective de la ville Capitale de Stuttgard dans le Duché de Wirtemberg*. Er enthält nämlich nicht nur sehr viele schriftliche Eintragungen, sondern wird auch durch eine Abbildung der Stadt ergänzt, in der 45 Objekte gekennzeichnet und in der Legende erklärt sind. Dieser Plan hat damit einen viel größeren Informationsgehalt. Mit der Gesamtgröße – einschließlich Bild und Text – von 91,1 x 74,6 cm ist er beträchtlich

kleiner als der andere Riedigersche Plan. Über die vorhin genannte Länge der Königstraße verglichen, ergibt sich für ihn ein Maßstab von 1:3 440. Wie dieser Plan in den Besitz der Hessischen Landes- und Hochschulbibliothek in Darmstadt gelangt ist, war bisher nicht zu ermitteln.

Überdies stellt sich die Frage, ob Riediger diesen Plan nicht schon weitgehend vor seinem Weggang aus Stuttgart angefertigt hat, eben nach dem größeren ersten Plan als Vorlage. Auf jeden Fall dürfte dieser zweite Plan schon im September 1744 fertig gewesen sein. Riediger legte nämlich um diese Zeit der Firma Homännische Erben, J. G. Ebersberger und G. M. Franz, in Nürnberg – die Firma Homann war der bedeutendste Kartenverlag Deutschlands in jener Zeit – einen Plan von Stuttgart vor. Dies ist den Protokollen zu entnehmen, die bei seiner vorüber-

gehenden Arrestierung in Nürnberg aufgenommen worden sind. Es ist denkbar, daß Riediger den Plan für den Druck anbot, ja ihn in dieser Absicht begonnen hatte, aber erst 1745 vollendete. Für eine solche Absicht könnten gerade die vielen Eintragungen einschließlich der Namen zahlreicher Gasthöfe sprechen, die einem Fremden eine rasche Orientierung boten.

Die von Hans Vollet veröffentlichten Nürnberger Protokolle bestätigen überdies, daß Riediger für seine Vermessungen einen Kompaß benutzte, der eine Visiereinrichtung besaß und auf ein Stativ zu setzen war. Sicherlich hat Riediger solches Gerät auch in Stuttgart schon verwendet; das heißt, seine Stuttgarter Stadtpläne basieren sehr wahrscheinlich auf einer Vermessung und sind damit die ersten derartigen Pläne von Stuttgart, wenn man von Teilaufnahmen der Stadt durch Heinrich Schickhardt absieht.

Wassergräben beim Alten Schloß,
«Hauptwacht», Kunstkammer, Redoute und Maille

In diesem Rahmen ist es nicht möglich, den gesamten Inhalt der beiden Riedigerschen Stadtpläne zu beschreiben; vielmehr kann nur auf die besonders bemerkenswerten Eintragungen eingegangen werden. Im überbauten und ummauerten Gebiet lassen die Pläne deutlich die vier Teile der Stadt erkennen: die angenähert ovale innere Stadt zwischen der heutigen König- und Eberhardstraße, die Esslinger Vorstadt im Südosten, die Reiche Vorstadt im Nordwesten und das herrschaftliche Viertel im Osten. Der Außenbereich weist hinsichtlich der Nutzung eine Gliederung in mehrere Zonen auf.

Wie der Riß zeigt, war das ungefähr im Mittelpunkt des Plans gelegene (Alte) Schloß – wie schon in den Plänen Heinrich Schickhardts in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts – nur noch auf der Südwestseite und auf der Nordwestseite von Wasser umgeben. Im Südosten stand innerhalb des Grabens eine Reithalle, hier als *Reith-Bahn* bezeichnet, im Bild jedoch als Haus dargestellt und als *Manege* erklärt. Den Südwestgraben säumte eine Reihe von Krämerbuden; gegenüber sind der Marstall und ein *Caffé* – es war das erste in der Stadt – verzeichnet. An den Chor der Stiftskirche war die *Hauptwacht*, die Schloßwache, angebaut. Das Neue Schloß war noch nicht errichtet. An seiner Stelle befand sich das Alte Lusthaus, im Plan als *Kunstkammer* bezeichnet, nördlich von diesem das Neue Lusthaus, hier *Redoute* genannt.

Der heutige Schloßplatz war also noch nicht vorhanden, und dort, wo dieser heute an die Königstraße

grenzt, standen die Häuser für Obermarschall und Oberjägermeister, ihnen gegenüber an der Stelle des heutigen Königsbaus das Viehhaus. Alle diese Bauten wurden später anders genutzt, aber erst im 19. Jahrhundert abgebrochen.

Im herrschaftlichen Bereich sind ferner zwei Hofwä-schen verzeichnet: eine am heutigen Karlsplatz, die andere im heutigen Schloßplatzbereich nahe der Redoute. Zwischen dem (Alten) Schloß und der Kaserne ist das Opernhaus eingetragen, nördlich des Schlosses, der Kanzlei gegenüber, das Ballhaus. Vor dem Alten Lusthaus lag der *Parade Platz*. An ihn schloß sich nach Nordosten der *Thier Garten* an. Kunstgrotte, Orangerie und Husarenstall beschlo-sen den Lustgarten nach Nordosten, doch grenzte dort noch ein Küchen- (Gemüse-) Garten an. An der Nordostecke des Lustgartens ist ein Holzgarten, ein Holzlagerplatz, verzeichnet. Ein weiterer herr-schaftlicher Garten lag, an seinem Grundriß erkenn-bar, im Westen vor dem *Rothe Bild Thor*; in der An-sicht ist er als Garten der Herzogin beschrieben.

Schließlich ist noch die *Maille* zu erwähnen, jene Baumreihe, die geradlinig im Nordosten des Plans vom Lustgarten stadtauswärts zum Badehaus führte. Sie diente für ein damals modernes Spiel, bei dem man einen Holzball, italienisch *palla*, von 6,5 cm Durchmesser mit einem langstieligen Hammer, italienisch *maglio*, mit möglichst wenigen Schlägen über die lange baumgesäumte Bahn durch ein klei-nes Tor bringen mußte. Aus der italienischen Be-zeichnung wurde *Baille-Maille*, *Palmaille* (in Ham-burg), *Ballemalle*, *Pall Mall* – so in London – oder einfach *Maille* – so in Esslingen.

An Kasernen enthält Riedigers Stadtplan von Stutt-gart erst eine: den großen Komplex in dem hellen Feld östlich des Alten Schlosses. Mit dem Bau war erst 1740 begonnen worden; er wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Allerdings besteht hier zwischen Plan und Bild insofern ein Widerspruch, als im Plan beiderseits der Dreiflügelanlage lange Gebäude ein-gezeichnet sind, die im Bild fehlen. Schon Gustav Wais wies bei der Besprechung des Riedigerschen Risses von 1743 darauf hin, daß diese beiden Ge-bäude damals nur geplant waren und erst später er-baut wurden. Sie sind jedoch auch in etlichen wei-teren Rissen jener Zeit verzeichnet. Aber die Dar-stellung des Neuen Schlosses in Plänen aus der Mitte des 18. Jahrhunderts zeigt, daß man gerade im herrschaftlichen Bereich auch Planungen gerne mit aufnahm.

An der Stelle des später an der entgegengesetzten Seite der Stadt erstellten Rotebühlbaus sind die *Sei-den Fabric* und eine Pflanzung von Maulbeerbäumen verzeichnet. Diese Seidenmanufaktur bestand dort

von 1735 bis 1749. Dahinter sind Baumgüter erkennbar, die noch lange unbebaut blieben. An der Ecke Königstraße/Marienstraße, wo später die Legionskaserne errichtet wurde, in der dann Friedrich Schiller als Arzt Dienst tat, befand sich 1745 noch das städtische Waaghaus.

Die Bürgerstadt mit Märkten und Gasthöfen

Für den bürgerlichen Teil Stuttgarts läßt der Plan deutlich die drei Phasen des Wachstums erkennen: Das Oval der inneren Stadt ist eng und winklig bebaut, zeigt wechselnde Straßenbreiten und Sackgasen, jedoch keine Gartenflächen.

Die Esslinger Vorstadt weist ein geradliniger angelegtes Straßennetz auf, das altstadtnah dicht bebaut ist, in den äußeren Teilen aber noch etliche Gärten hinter den Häusern hat.

Die Reiche Vorstadt besitzt ein gleichmäßig ausgerichtetes Straßennetz und wirkt aufgelockerter, die Grundstücke und damit die Häuser und die Gärten hinter diesen sind größer als in den beiden anderen Teilen der Stadt, und es sind noch größere Freiflächen vorhanden.

Allein diese Feststellungen bezeugen für eine Zeit, in der bezüglich der Straßenführung noch keine wesentlichen Veränderungen erfolgt waren, daß der Anlage der einzelnen Stadtteile unterschiedliche stadtplanerische Leitbilder zugrunde liegen. Besonders deutlich wird dies entlang der heutigen Königstraße, die in Riedigers Plan *Auf dem Graben* heißt. Keine der senkrecht zu ihr verlaufenden Straßen der Reichen Vorstadt liegt unmittelbar einem Zugang zur Altstadt gegenüber. Dieses in der Mitte des 15. Jahrhunderts angelegte Viertel ist also unabhängig vom alten Kern geplant worden, wobei Gesichtspunkte des Verkehrs anscheinend zurücktraten. Die Esslinger Vorstadt besitzt demgegenüber beim inneren Esslinger Tor, heute Marktstraße, eine feste Bindung an den alten Kern.

Die nähere Betrachtung ergibt ferner, daß Märkte sowohl bei Riediger als auch in allen anderen Stadtplänen der damaligen Zeit nur im alten Kern und in der Esslinger Vorstadt genannt sind, in der Reichen Vorstadt aber fehlen. Riediger erwähnt den Marktplatz und den Hafnermarkt im inneren Stadtbereich sowie den Holzmarkt am Beginn der auffallend breiten Hauptstätterstraße, die dem Abstellen durchreisender Fuhrwerke diente. Trotz dieser Funktion sind an der Hauptstätterstraße nur zwei Gasthöfe eingetragen (Krone, Ochsen), im alten Kern dagegen sieben (Bär, Becher, Rad, Adler, Sonne, Schwan, Hirsch), in der Reichen Vorstadt aber nur

einer (Engel), am Postplatz und beim Rotebildtor zwei (Löwe, Waldhorn). Diese Verteilung gibt einen deutlichen Hinweis auf die zwischen den einzelnen Vierteln bestehenden strukturellen Unterschiede. Allerdings sind einige damals bestehende Gasthöfe – wahrscheinlich vier – nicht erwähnt. Doch selbst wenn man sie einbezieht, ändert sich das räumliche Muster nicht wesentlich. Warum Riediger auch einige Hauseigentümer vermerkt hat (Palm, Röhder, Seuberth), muß offenbleiben.

Aus der Stuttgarter Innenstadt ist noch das *Schlößle* zu erwähnen, das dem Turm der Stiftskirche gegenüber aufgeführt ist. Es handelte sich hier um ein vor 1440 von Graf Ulrich dem Vielgeliebten erstelltes Steinhaus, das früher als Kanzlei, nach der Reformation als neue Stiftspropstei und später manchen anderen Zwecken diente, 1911 aber abgerissen wurde.

Nahe dem Bebenhäuser Hof ist die Mömpelgarder Kirche eingetragen, eigentlich die Kapelle des Bebenhäuser Hofes, die um 1700 den Hugenotten für ihre Gottesdienste überlassen worden war. Zwischen Hirschgasse und Stadtgraben ist das Tabakhaus genannt, bei dem es sich um die im Jahre 1700 gegründete Tabakwarenfabrik handeln dürfte, die allerdings nur bis 1742 bestand.

Von den Friedhöfen lagen zu Riedigers Zeit noch drei innerhalb der Stadt: bei der Leonhardskirche (angelegt 1393), bei der Hospitalkirche (1391) und – etwa nordwestlich davon – der *mittlere* Friedhof (1604). Vor den Toren gab es den Lazarettfriedhof (im Süden, 1564) und den Hoppenlaufriedhof (1626). Hier kommt schon das Bestreben zum Ausdruck, die neuen Friedhöfe außerhalb der Stadtmauer anzulegen. Bemerkenswert sind ferner einige Baumreihen in der Stadt. Riedigers Plan enthält solche neben dem Leonhardsfriedhof, auf der oberen Königstraße, damals noch *Auf dem Graben* genannt, vor dem heutigen Königsbau sowie an der Ecke Kienestraße/Hospitalstraße.

Vor den Toren: Gärten, Baumgärten, Kutterhaufen, Lazarett, Schießhaus und Richtstätte

Von den Gebäuden außerhalb der Stadt seien hier genannt die Ziegelhütte im Norden, das Schießhaus der Büchenschützen an der Stadtmauer im Nordnordwesten, das Bierhaus an der heutigen Tübinger Straße, das Lazarett im Süden, das Siechenhaus mit der Kapelle vor dem Siechentor im Nordosten und das Stuckhäusle – Kanonenhäusle – auf der Gablenberger Heide im Osten. Es sind alles Gebäude mit Funktionen, die man bewußt nicht innerhalb der Mauern zu haben wünschte. Der im Süden vor dem

Hauptstättertor gelegene *Käs* gehört ebenfalls dazu: die Richtstätte. Der im Nordosten an der Wegegabel beim *Creützles Acker* abgebildete Galgen markiert das Soldatengericht.

Im Norden ist, dicht neben der Stadtmauer, der *Abgegangene Große See* jetzt *Herrschafts Wisen* verzeichnet. Die damit angesprochenen Besitzverhältnisse erklären, warum sich in diesem Gebiet heute viele staatliche Gebäude befinden: Landesvermessungsamt, Fachhochschule, Universität. Westlich davon erkennt man *Kleine See Gärten*, den Bereich des ehemaligen Büchsensees.

Im Norden und Westen schließen sich an die ehemaligen Seeflächen zwei *Säuwasen* an. Sie hatten ihre Namen nach den Schweinen, die in dem dort abgelagerten Müll herumschnüffelten. In seinem Riß vom Büchsensee hatte Heinrich Riediger den einen Platz 1737 noch als *Kutterhauff* bezeichnet; den anderen beschrieb der Stadtoberamtmann Stockmayer etwas später als einen Platz, der *alleinig für die Schweine und den großen Kutter destiniert war*. Wahrscheinlich sind auch die von Johann Adam Riediger im Westen verzeichneten *Spithal- oder Säu-Äcker* damals in gleicher Weise genutzt worden. Schließlich ist in dem Plan von 1745 eine Parzelle vor dem Hauptstättertor – neben dem *Käs* – sogar als *Kuterhauffen* bezeichnet. Wohin mit dem Müll? Das war offensichtlich schon damals ein großes Problem.

Außen legt sich um Stuttgart zunächst ein Gürtel von Baumgütern und Gärten herum. Deutlich erkennt man an mehreren Stellen – vor allem im Westen – bereits Ziergärten. Hier kündigt sich die Mode der Begüterten an, sich vor der Stadt ein Gartenhäusle zu bauen und dort seine Sommerfeste zu feiern, wie im Nordwesten in Schweitzers und Böhmens Garten und im Südwesten in Immenhofen. Weiter nach außen schließen sich zum Teil Äcker und großenteils Weingärten an, in denen auch die Gerätehütten nicht fehlen. Der Anstieg der Hänge ist durch feine Schraffen gekennzeichnet, und im Osten bestimmen mehrere Steinbrüche, aus denen man das Baumaterial für den Hausbau gewann, den Charakter der Landschaft. Die Höhe im Südosten wird von der Gablenberger und der Gänsheide eingenommen, die sich als offenes Land herausheben. Auf der Gänsheide ist der *Orth wo der Perspective Riß gezeichnet worden*, durch eben diesen Texteintrag gekennzeichnet. Hier drängt sich unweigerlich die Frage auf, ob nicht auch Matthäus Merian an diesem Punkt gestanden haben könnte.

Waldgebiete erscheinen als der äußerste Gürtel lediglich ganz im Süden und im Südosten, allerdings nur in der Karte von 1745, obwohl die von 1743 ein Stück weiter nach Süden reicht. Die Signatur weist

auf Nadelwald hin, der damals in unserem Raum noch selten war, doch zumindest auf den im Süden eingezeichneten Stücken schon um 1600 als erster Bestand in Stuttgart angepflanzt worden ist.

Die Namen der Flurteile sind sowohl im Plan von 1743 als auch in dem von 1745 aufgeführt, wenn teilweise auch etwas verschieden geschrieben. Sie können hier nicht alle aufgezählt werden, besonders genannt sei nur *Auf der Bleiche* nördlich der Stadt vor dem Seetor; in einem farbigen Plan von 1596 sind dort viele weiße Laken eingezeichnet, ein Beleg für die frühere, den Namen gebende Nutzung dieser Fläche.

Auch die Überlandstraßen sind näher bezeichnet: Im Norden die nach Ludwigsburg, vom Esslinger Tor nach Nordosten die nach Berg und Cannstatt, vom heutigen Olgaek ausgehend und nördlich der Gablenberger Heide verlaufend die Esslinger Steige und Straße, nach Süden die Bopsersteige, vom Hauptstättertor nach Südwesten die Straße nach Tübingen – sie führt noch über die Alte Weinsteige – und nach Westen diejenige nach *Teinach und Calb*. In dem schmalen Weg ganz im Norden ist der Hinweis *Nach der Feuerbacher Heyd und Stöffels Furch* nur mit Mühe zu entziffern.

Die Abbildung der Stadt Stuttgart von der Mitte des 18. Jahrhunderts – eine wichtige Quelle

Die dem Riß von 1745 beigefügte Ansicht, die von der heutigen Wieland-Wagner-Höhe gezeichnet worden ist, bildet eine wertvolle Ergänzung dadurch, daß in ihr 45 Objekte gekennzeichnet sind, einschließlich des Michaelsbergs am Stromberg und des Aspergs ganz rechts in der Ferne. Allerdings sind die Erläuterungen dazu in französischer Sprache gehalten. In diesen hat Riediger versehentlich die Nr. 9, die den Park im Lustgarten bezeichnet, weggelassen und bei Nr. 10 fälschlich *Parc* statt *Grotte* eingetragen. Die Orangerie (Nr. 11) ist im Plan nur einmal, im Bild aber zweimal eingezeichnet, nämlich einmal – wie im Plan – an der Nordostmauer des Lustgartens, das zweite Mal außerhalb davon. Die Mömpelgarder Kirche ist im Bild als französisch-lutherische Kirche aufgeführt; für die mit Nr. 17 bezeichnete Reformierte Kirche im Nordwesten der Reichen Vorstadt fehlt im Plan jeder Hinweis. Mit *l'Academie* (Nr. 18) ist das Gymnasium gemeint, nicht etwa die Hohe Karlsschule. Das ganz am rechten Bildrand noch eingetragene Hochgericht liegt bereits außerhalb des im Plan dargestellten Gebiets.

Die Wiedergabe der bezeichneten Gebäude, aber auch anderer Bauten scheint sehr genau zu sein. So



Plan der Residenzstadt Stuttgart von Johann Adam Riediger, gedruckt 1745. Auf Seite 19 ist das gesamte Blatt mit Stadtplan und Stadtansicht schwarzweiß abgebildet.

ist zum Beispiel am Stuttgarter Marktplatz das nicht bezeichnete Hauflersche Haus mit seinen Erkern gut erkennbar. Die Straßenführung wird in der Zeichnung allerdings kaum deutlich; hier scheint Riediger vereinfacht zu haben. Wegen der Kombination von Ansicht und Plan war dies ja auch durchaus vertretbar.

Alles in allem erweisen sich Johann Adam Riedigers Pläne von Stuttgart als wertvolle Quellen für die historisch-stadtgeographische Erforschung. Mit ihren vielen Eintragungen und – erstmals für Stuttgart – mit der Kennzeichnung der Landnutzung geben sie ein gutes Bild der damaligen Struktur unserer Landeshauptstadt. Daß sie als Kunstwerke auch das Auge erfreuen, verleiht der Arbeit mit ihnen einen besonderen Reiz.

Literatur

- DOLKER, H.: Die Flurnamen der Stadt Stuttgart in ihrer sprachlichen und siedlungsgeschichtlichen Bedeutung. Stuttgart 1933
 FEUCHT, O.: Der Wald um Stuttgart. Stuttgart 1951
 HAGEL, J.: Stuttgart im Spiegel alter Karten und Pläne. Katalog, hrsg. vom Württ. Geschichts- und Altertumsverein. Stuttgart 1984
 PFELSTICKER, W.: Neues Württembergisches Dienerbuch. 3 Bände. Stuttgart 1957–1974
 VOLLET, H.: Abriß der Kartographie des Fürstentums Kulmbach-Bayreuth. Die Plassenburg 38, Kulmbach 1977

VOLLET, H.: Johann Adam Riediger (1680–1756). Leben und Werk des Ingenieur-Hauptmanns und Kartographen. In: Kartenhistorisches Colloquium Bayreuth '82, hrsg. von W. Scharfe, H. Vollet und E. Herrmann. Berlin 1982 (a), S. 1–11

VOLLET, H.: Johann Adam Riediger und seine Arrestnahme zu Nürnberg im Jahre 1744. Archiv für Geschichte von Oberfranken 62, 1982 (b), S. 107–131

WAIS, G.: Alt-Stuttgart. Die ältesten Bauten, Ansichten und Stadtpläne. 2. Aufl. Stuttgart 1954

Quellen:

- Hauptstaatsarchiv Stuttgart:
 A 7 Bü 45 (Anweisung zur Gehaltszahlung 1736)
 A 248 Bü 1643 (Sitzung der Rentkammer 25.2. 1738)
 A 248 Bü 1645 (Risse der 40 Seen)
 A 249 Bü 3672 (H. Riediger in Urach 1738)
 A 272 Bü 80 (Geographieunterricht an der Militärischen Pflanzschule)
 A 282 Bü 1802 (Gehalt für J. A. Riediger 1736–1742)
 N 3 Nr. 29 (Uracher Forst von H. Riediger 1738)
 N 3 Nr. 48 (Thanheimer Tal 1742)
 N 3 Nr. 49 (Jagdbezirke bei Ebingen/Winterlingen 1742)
 Stadtarchiv Bern:
 Teutsch Spruch Buch HHH 376 (Zeugnis 28. 8. 1736)
 Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt:
 Mappe 829/33 (Stadtplan Stuttgart 1745)
 Württ. Landesbibliothek Stuttgart:
 Atlas Homännischer Karten (HB Fb 327)
 Ansicht von Bad Teinach von J. A. Riediger

Herrn Dr.-Ing. Hans Vollet, Bayreuth, der eine Monographie über Riediger mit Werkeverzeichnis vorbereitet, sei für freundliche Beratung herzlich gedankt.

Das Hansele-Rennen

Ein Möhringer Fasnetsbrauch

Martin Blümcke

Wer zwischen Tuttlingen und Immendingen mit dem Auto durch das Tal der oberen Donau fährt, der rollt auf der Bundesstraße an Möhringen vorbei, das man als eine Ansammlung von Gebäuden vor einer bewaldeten Berglehne nur flüchtig registriert. Doch man sollte dem Hinweisschild Möhringen folgen und ein wenig durch das Städtle schlendern. Im Süden erhebt sich der stattliche Steinbau des Neuen Schlosses, jahrhundertlang der Sitz des fürstenbergischen Obervogtes, heute Rathaus. 1973 ist allerdings aus dem Bürgermeister ein Ortsvorsteher geworden, denn die Einwohner der badischen Stadt stimmten für die Eingemeindung in das benachbarte württembergische Tuttlingen. Auf dem weiten Hechtplatz laufen drei Straßen zusammen; auf der hohen Brunnensäule steht, unberührt von Wind und Wetter, eine wohlgeformte Negerin aus Gußeisen, die Möhrin, die dem «redenden» Stadtwappen entnommen ist. An den Hang gebaut die spätgotische katholische Pfarrkirche St. Andreas, die mit ihrem spitzen Turm die Dächerlandschaft des Städtchens mit seinen 4200 Einwohnern überragt.

Narrenverse werden von den Hansele belohnt

Sollte der Autofahrer unvermittelt an einem Nachmittag des Fasnetdienstags nach Möhringen gelangen, so kann er beobachten, wie eine Schar von rund hundert Narrengestalten sich mit kurzen, schnellen, tänzelnden Schritten, damit das Geschell erklingt, durch die Straßen bewegt, umringt von Kindern und Jugendlichen, die Narrenverse aufsaugen.

*De Frösch, de Frösch
dees isch a luschtigs Chor,
se lant se net rasiera,
se hont jo konne Hoor!*

*Hansele, du Lumpahund,
hescht net gwißt, daß Fasnet kunnt;
hetttsch dir's Muul mit Wasser griiba,
wär dir's Geld im Beutel bliiba!*

Von den Hansele und Plätzlehansele werden die Kinder und Jugendlichen mit Wecken und Würsten, mit Orangen und Gutsle belohnt, oft erst nach mehrmaligen und immer lauterem Wiederholungen. Den kleinen Kindern, die noch vom Arm der Mutter das Schauspiel verfolgen, schieben die Nar-

ren eine Wurst oder ein Bonbon in die behandschuhten Hände, und die eine oder andere Orange fliegt auch an den Häusern hoch, wo Zuschauer in den Fenstern zu erkennen sind. Auf einmal verschwinden dann alle Hästräger in einer Wirtschaft, und die Jungen warten geduldig auf ihr Wiedererscheinen.



Es ist in Möhringen Fasnetszieschdig, und da beginnt um 13 Uhr das Hansele-Rennen. In der Sonne sind – die Zahlen beziehen sich auf 1988 – rund 120 Hansele und Plätzlehansele zusammengekommen. Sie werden von Hanselevater Adolf Furter begrüßt, der schon längst seinen 70. Geburtstag gefeiert hat und seit mehr als fünfzig Jahren Hästräger ist, und an die Spielregeln des Hansele-Rennens erinnert. Er ermahnt zu Disziplin, warnt vor dem sich Volllaufenlassen, eine Gefahr, denn in den Wirtschaften werden die Narren von den Wirten freigehalten, und bittet, aus Achtung vor den Stiftern, die einmal ergriffenen Gläser zu leeren. In ihnen kann Wein oder Bier, aber auch Mineralwasser sein. Weiterhin rügt der Hanselevater unerfreuliche Vorkommnisse des letzten Jahres, wie zum Beispiel das Einwerfen von Scheiben mit Orangen, und hält eine Art Musterrung der närrischen Heerschar: Alle sollen ein sauberes, der Tradition verpflichtetes Narrenkleid anhaben, dazuhin schwarze Schuhe und weiße Handschuhe. Dann nimmt er einen Schellenriemen in die Hand, und auf dieses Zeichen hin brechen die Narren zu ihrer ersten Tour auf.

Sechs Touren und sechs Ruheplätze

Zu insgesamt sechs Touren gibt der Hanselevater das Zeichen zum Aufbruch. Die erste führt von der Sonne zum Hirschen und zum Café Wagner, denn seit einigen Jahren müssen sich die Hansele einige Male aufteilen, weil die Lokale für die mehr als hundert Maskierten zu klein geworden sind. Die zweite Tour ist mit rund 600 Meter die längste und die anstrengendste. Ungefähr zwanzig Minuten brauchen die Hansele zum Braustüble, zum Ochsen, der Brauerei Link. Drinnen sind sie dann froh, die Holzmasken von den erhitzten Gesichtern nehmen zu dürfen, denn beim Springen und Vorsprechen der Narrenverse ist es mühsam, durch die Augenschlitze und die kleine Mundöffnung genügend Luft zu bekommen. Die dritte Tour geht über den Winkel zum Löwen, die folgende durch die Mittelgasse in den Ratskeller und ins Ratsstüble. Die fünfte Tour schreibt den Hansele den Weg durch die Marktgasse und über den Hechtplatz in den Hecht und in die Sonne vor, und zum Abschluß springt man gegen 18 Uhr in die Krone. Hier sind dann die Narren nach fünf Stunden Hansele-Rennen *im Wasser*: Die Unterwäsche ist durchgeschwitzt, und die Haare kleben auf der Kopfhaut. Dazu muß man wissen, daß ein Möhringer Geschell gut und gerne vierzehn Kilo wiegt, weiterhin muß bei dem tänzelnden Schritt noch der Sack mit den Auswurfgaben getragen werden. Doch wenn die erschöpften Narren am Abend des Fasnetszieschdig an langen Tischen in der Brauereiwirtschaft Krone sitzen, Saitenwürstle mit Brot und Wecken verzehren und ein Glas mit gutem Wein leeren, dann spürt man im ganzen Raum eine unbeschreibliche Zufriedenheit und Harmonie. Keiner der nur männlichen Teilnehmer möchte an diesem Tag irgendwo sonst auf der Welt sein als eben in Möhringen bei Tuttlingen, und alle sind sich einig, *daß des wieder a schäs Hansele-Rennen gse isch*.

Zweitausend Mark für einen Möhringer Hansele

Der Plätzlehansale, der 1988 etwa ein Drittel der Teilnehmer gestellt hat, gehört wie donauabwärts der Fridinger Narr zum Typus der Weißnarren, deren Leinenkleid nicht bemalt, sondern mit bunten Stoffstücken besetzt ist. Diese Plätzle bestehen aus jeweils drei sternförmig übereinander genähten Filzstreifen, wobei abwechselnd ein roter oder ein schwarzer Streifen ganz oben liegt. Bei der braungefärbten Larve fallen die gebogenen Augenbrauen und das Kränzle aus Roßhaar und Papierblumen auf. Beim Hansele-Rennen haben die Plätzlehansale



Möhringer Narren in Aktion.

Die Hansele brechen zu ihrer nächsten Tour auf, umringt von Kindern und Jugendlichen.





die Aufgabe, mit ihren zwei Saublodern am Geißelstock die allzu aufdringlichen Buben und Mädchen auf Distanz zu halten.

Die Schellen beim Möhringer Hansele sind größer als die beim Plätzlehansele. Bei den alten Hansele sind sie auffallend oval, denn früher wurden sie aus dem hinteren, dem nicht abgewetzten Teil der Sensenblätter gefertigt. Waren zwei Hälften ungefähr kugelförmig gebogen, so wurden sie zusammenge-
lötet. Ein Kieselstein im Inneren soll bei diesen alten Schellen für einen silberhellen Klang bürgen.

Der neuere Möhringer Hansele besitzt über der Scheme einen Putz, ein Roßhaarkränzle. Der Häsmaler hat viel zu tun, bis alle Flächen gestaltet sind. Das Maskentuch zeigt vorne karikierte Köpfe, auf der Rückseite eine Lyra. Die Rückseite der Jacke ist häufig in Anlehnung an eine alte Darstellung mit einer Höllenszene dekoriert. Der linke Jackenärmel zeigt das Berufszeichen des Trägers: Brezel, Tintenfaß oder Bierbrauerschaufel. Auf den Hosenbeinen werden oft lustige, aufeinander bezogene Paare gezeigt, bei denen nicht selten Wilhelm Busch Pate gestanden hat. Das Gesäß schmückt ein Vollmond. Das ganze Hanselekleid ist mit verschiedenfarbigen bemalten Rosetten übersät, Nähte und Säume sind mit Rankenornamenten und Zackenbändern abgesetzt.

Es sind fast zweitausend Mark, die so ein Möhringer Hansele heute den stolzen Besitzer kostet. 800 bis 900 Mark verursacht das Geschell, das von heimischen Handwerkern von Hand getrieben wird. Für die Scheme verlangt der Schnitzer 350 Mark, für den Leinenstoff muß man 200 Mark hinlegen, und der Häsmaler Erich Dorfner verlangt mit 300 Mark für seine Tätigkeit nur ein Anerkennungshonorar. Alles andere, vor allem das Zuschneiden und Nähen, wird in Eigenarbeit geleistet.

Während in der Sonne noch der Hanselevater erinnert und ermahnt, üben draußen einige Plätzlehansele mit den Kindern schon die Narrensprüche. Zuerst die überlieferten, wie die bereits erwähnten oder:

*Es goht en Buur in Gärtä, schiift,
putzet's Fiidle mit Brennessla, 's bliift.
Hätt der Buur des Kritele kennt,
hätt er's Fiidle net verbrennt.*

Auch bei den Ruhestationen nach den einzelnen Touren übernehmen die Plätzlehansele die Aufgabe, den Kindern und Jugendlichen Sprüche beizubringen. Solange die Hansele in den Wirtschaften und Cafés hocken und sich erholen, stehen einige Plätzlehansele auf der Hausstiege, sagen Sprüche vor und lassen sie wiederholen. Diese Verse werden spontan beim Hansele-Rennen oder in den Lokalen erfunden und nach dem Narrensprung in dem Hanselebuch festgehalten, in dem zu Beginn schon jeder Teilnehmer seinen Namen eingetragen hat. Wenn dann auf der Gasse das Rufen der Narrenverse immer lauter und lauter wird, wenn drinnen die Gläser fast leergetrunken sind und die ärgste Hitze vergangen ist, dann greift der Hanselevater wieder zum Geschellriemen, rührt die Schellen, und alles trinkt aus, erhebt sich, zieht die Scheme und Maskenhaube über und macht sich auf die nächste Tour.

Nach der Ruhepause geht es mit neuem, gefülltem Säckle wieder hinaus.



Säcklebueba sorgen für Nachschub bei Wecken und Würsten

Mit einem gefüllten Leinensack, ungefähr vierzig auf sechzig Zentimeter groß, waren die Hansele bereits in die Sonne gekommen, gefüllt mit Orangen, Bonbons, Schokoladenwürfeln, Wecken und Würsten. In den fünfziger Jahren, als man gerade dreißig Teilnehmer beim Hansele-Rennen zählte – Geschäftsleute, Fabrikanten, Ärzte, Landwirte, Metzger und andere, die es sich leisten konnten, – da steckten in den Säcken noch Wecken, Äpfel, Walnüsse und einige Orangen. Die Hanselewecken sind etwas kleiner als die handelsüblichen und passen geschickt in eine Kinderhand. Auch die Würste werden von den einheimischen Metzgern eigens für den Fasnetszieschdig hergestellt, ungefähr daumenlange Wienerle. Die Zahlen von 1980 werden in entsprechender Relation auch heute noch gelten. Damals haben 92 Hästräger 16 500 Wecken, 54 Zentner Orangen, viereinhalb Zentner Bonbons und 110 Pfund Würste, das sind 3330 Stück, ausgeworfen. Da der Hansele diese Last nicht schon von Anfang an mit sich tragen kann, bringt ein Säcklebua in jede Ruhestation jedem Teilnehmer des Hansele-Rennens einen neuen gefüllten Sack. Diese Säcklebueba – der Bua kann auch ein Mädla sein – sind Schüler und fassen ihr Amt als Ehrensache auf; sie haben das Vorrecht, als einzige mit den Narren das Lokal betreten zu dürfen, in dem sich die Hansele-Renner stärken. Diese zahlen den Inhalt der Säcke im Wert von 80 bis 100 Mark selber.

Vor den Wirtschaften und Cafés warten die Jugendlichen im Alter bis zu zwölf Jahren und wiederholen unablässig die ihnen vorgetragenen Narrensprüche. Ältere stehen herum und beobachten die Szenerie, sind aber nicht mehr bereit, aktiv mitzumachen und nach Würsten und Wecken in die Höhe zu springen. Beim Hansele-Rennen selbst, bei den sechs Touren, *laufet die Kind oft vor de Fiaß ummanand*, wie ein Narr formuliert, und schon mancher Hansele, der durch die schmalen Augenöffnungen nur eine beschränkte Sicht hat, ist über die Kinder gestolpert, die sich um seine Gaben gestritten haben. Doch in der heutigen Wohlstandsgesellschaft gilt immer mehr: Was einmal auf den Boden gefallen ist, das bleibt liegen.

*Hansele am Sele, am Sele hanna di,
i laß di nimmer renna,
bis d' Fasnet umma isch.*

Das hat man früher beim Abschlußlauf von der Sonne in die Krone gerufen, und dabei haben sich die Narren an einem Seil, an einem Sele, aufgereiht.



Der Möhringer «Hanselevatter» Adolf Furter.

Das ist ebenso aus der Übung gekommen wie der Aufnahmeeritus für die Neulinge, der bis Ende der 60er Jahre üblich war: Wer erstmals dabei war, dem wurden in der Sonne so viele Geschelle auf die Schultern gelegt, bis er nicht mehr jucken konnte und in die Knie gehen mußte. Heute muß, wer zum ersten Mal mitgelaufen ist, in der Krone auf die Bühne und einen Hansele-Spruch in reiner alemannischer Mundart aufsagen. Bei jedem Versprecher, bei jeder Unebenheit des Dialekts schreit die Runde: *üben, üben!* Der Hanselevatter, der vorher schon für die Teilnahme und für die Spendierhosen der Wirte gedankt hat, verbessert, wo es nötig ist, und bittet um Wiederholung. Hat der Neuling seinen Spruch einwandfrei hergesagt, dann ist er in die Schar der Möhringer Hansele aufgenommen.

Aus der erschöpft-zufriedenen Runde ist eine laut- und singende Gemeinschaft geworden, in der Übermut zu herrschen scheint. Doch dann haben es auf einmal alle eilig, erheben sich und gehen nach Hause, denn nach 19 Uhr, nach dem Betzeitläuten, darf man keinen Hansele mehr auf den Straßen sehen, bis dahin muß jeder Maskierte daheim sein. Doch das ist für einen rechten Möhringer Narr noch lange nicht das Ende der närrischen Stunden: Er zieht sich um und geht in anderer Verkleidung auf die Fasnet, bis um Mitternacht die Narretei endgültig beendet ist. Und bald wird aus der Erinnerung an die schönen Stunden beim Hansele-Rennen die Erwartung auf eine Wiederholung in 364 Tagen.

Peter Haag-Preis 1988 viermal vergeben

Ulrich Gräf
Hermann Diruf

Die Preisverleihung fand am 16. Oktober 1988 im Alten Rathaus in Esslingen am Neckar statt. Dabei wurden vier Gebäude ausgezeichnet.

Das Fachwerkhaus Königstraße 33 in Asperg, Kreis Ludwigsburg, liegt am Rand des historischen Ortskerns. Seine Gebrechlichkeit und Bedürftigkeit nach Reparatur und angemessener Nutzung war im Jahr 1985 vor Beginn der Instandsetzungsmaßnahmen augenfällig.

Das Haus selbst entstand – dendrochronologisch datiert – 1661 nach dem Dreißigjährigen Krieg. Von dem ursprünglich landwirtschaftlichen Anwesen hat sich bis heute nur noch das Wohnhaus erhalten; die Scheune, ein rückseitig quergestellter Fachwerkbau, wurde bereits in den siebziger Jahren abgebrochen. Im Erdgeschoß des Wohnhauses war vermutlich eine gewerbliche Nutzung untergebracht, eine Handwerkerstube, die im 19. Jahrhundert für weiteren Wohnraum aufgegeben wurde. Im Untergeschoß befanden sich ehemals Ställe und ein kleiner Vorratskeller.

Sorgfältiger Umgang mit historischer Bausubstanz: nicht nur in Asperg zur Nachahmung empfohlen

Das Gebäude wird heute als Einfamilienhaus genutzt. Nach umfangreichen Vorarbeiten und sorgfältigen Voruntersuchungen wurde der Bau von den Eigentümern, der Familie Burkhardt, insbesondere von den Architekten Margarete und Heinz Burkhardt, vorsichtig instandgesetzt. Vorsicht und Sorgfalt waren dringend notwendig, galt es doch, historische Bausubstanz, wenn irgend möglich, zu erhalten. Bei der Schadensdichte war dies nicht immer möglich. Beim Umbau wurde die dreizonige Gliederung der einzelnen Geschosse wieder aufgenommen, soweit möglich die alte Raumstruktur und ihre althergebrachte Nutzung beibehalten. Es war notwendig, nahezu die gesamte Holzständerkonstruktion statisch in Ordnung zu bringen. Sie wurde sichtbar belassen. Soweit rekonstruierbar konnte das historische Fensterbild des 17. Jahrhunderts am Giebel zur Straße und an der Längsseite wieder ergänzt werden. Harmonisch fügt sich der überdachte Balkon am rückwärtigen Giebel des Hauses ein. Die kräftige Farbigkeit des Sichtfachwerks ist das Ergebnis historischer Farbbefunde am Außenbau.

Verantwortungsvoller Umgang mit historischer Bausubstanz und Ausdauer haben hier zu einem be-

merkenswerten denkmalpflegerischen Ergebnis geführt, was gerade in Asperg kein Einzelbeispiel bleiben sollte.



Oben: Fachwerkhaus Königstraße 33 in Asperg vor der Sanierung. Im Erdgeschoß und Obergeschoß sind Veränderungen im Fachwerkgefüge zu erkennen, die auf die frühere Nutzung des Gebäudes keine Rücksicht mehr genommen haben.

Unten: Dasselbe Haus nach der Sanierung. Durch die Rekonstruktion des historischen Erscheinungsbildes repräsentiert die Ansicht auch die Funktionen der dahinterliegenden Räume.



Im Mössinger Rechenmacherhaus museale Einrichtung und moderne Wohnnutzung

Das Kleinbauernhaus in der Waibachstraße 15 in Mössingen, Kreis Tübingen, hat hohe heimatgeschichtliche Bedeutung. 1767 wurde das Kleingehöft erstmals erwähnt. Außen nimmt sich das Haus relativ bescheiden und unscheinbar aus. Der noch im Jahr 1978 aufgebraute Putz verstärkt diese Wirkung. Prunkstück des Hauses ist die Werkstatt eines Rechenmachers, die bis 1980 im Besitz der Handwerkerfamilie Wagner aus Mössingen war. Daneben haben sich noch eine Wohnkammer, Stube und eine sogenannte Ern-Küche erhalten. Zusätzlich waren im Dachgeschoß fünf Kammern ausgebaut. Die denkmalpflegerischen Maßnahmen bestanden vor allem darin, das Althergebrachte zu konservieren und das jüngst Dazugekommene auf seine Verträglichkeit zu prüfen. So wurde der Putz, der 1978 auf das Sichtfachwerk aufgebracht worden war, wieder entfernt. An Stelle der engobierten Dachpfannen ließ der neue Eigentümer, Restaurator Karl Schmid, naturrote Biberschwanzziegel decken. Der Auflage, die Rechenmacherwerkstatt zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde voll entsprochen. Das Mobiliar des 19. Jahrhunderts blieb an Ort und Stelle erhalten, fehlende Stücke wurden ergänzt.

Das Rechenmacherhaus Wagner ist in erster Linie ein sozialgeschichtliches Dokument von regionaler Bedeutung. Das Haus wird heute von einer jungen Familie bewohnt. Museale Einrichtung und zeitgemäße Wohnnutzung in den nicht museal ausgestatteten Räumen sind hier eine geglückte Symbiose eingegangen. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Beispiel Nachahmung findet.

Ehemaliges Pfarrhaus in Salach: überzeugende Detaillösungen

Sieht man in der Kirchstraße 12 in Salach, Kreis Göppingen, das ehemalige Pfarrhaus in seinem heutigen Erscheinungsbild, so kann man kaum mehr ermesen, daß es einmal fraglich war, ob ein Umbau sich überhaupt noch lohnt, ob hier wertvolle Bau- substanz verborgen ist oder nicht.

Gehen wir der Geschichte dieses Hauses nach, so erfahren wir das Erbauungsjahr 1548 von einer Knagge am Hauseingang. Es wurde vermutlich als Pfarrhaus errichtet. Dies ist der Beginn einer sehr wechselvollen Geschichte. Bereits um 1603 erfolgten erste bauliche Veränderungen. Mit Einführung der Reformation wurde im Gebäude eine Schule eingerichtet, die mit kurzen Unterbrechungen bis zur



Oben: Blick in die Werkstatt des Rechenmachers in der Waibachstraße 15 in Mössingen.

Unten: Gebäude Kirchstraße 12 in Salach. Blick von innen auf ein Fenster mit der Rekonstruktion der historischen Schiebeladeneinrichtung.

Ganz unten: Läßt sich auch die frühere Nutzung dieses Raumes nicht mehr nachweisen, so ist doch für die heutige Nutzung des Gebäudes die Funktion dieses Raumes klar.



Mitte des 19. Jahrhunderts mit zwei Klassenzimmern darin auskam. Interessant sind für die Ortsgeschichte Nachrichten über eine katholische und eine evangelische Schule, die in je einem Klassenzimmer untergebracht waren. Um 1700 erfolgte die Barockisierung des Hauses, als es neben der schulischen Nutzung zugleich als Pfarrhaus diente. Im frühen 19. Jahrhundert war im ersten Obergeschoß zudem das Dienstzimmer des Schultheißen eingerichtet. Das verdeutlicht: In diesem Haus waren schon alle wichtigen Funktionen einer Gemeinde untergebracht. Doch ohne diesen geschichtlichen Hintergrund könnte man die reichhaltige Befundsituation gar nicht einordnen und würdigen. Fast hundert Jahre, bis 1979, war dann das Haus in der Salacher Kirchstraße im Privatbesitz, ehe es an die Gemeinde verkauft wurde; sie verkaufte es ihrerseits fünf Jahre später an Rose und Alois Weber, die heutigen Eigentümer. Damit begann eine neue entscheidende Phase in der Geschichte des Alten Pfarrhauses, galt es doch nun, das inzwischen sehr heruntergekommene Gebäude wieder herzurichten.

Es war ein Glücksfall, daß dieses geschichtlich so interessante Gebäude einen Eigentümer bekam, der sich zuerst mit der Geschichte auseinandersetzte, sie aufarbeitete und sich danach erst mit seinen eigenen Nutzungsansprüchen an dieses Haus herannahm. Geht man heute durch das Haus, spürt man sofort die Bereitschaft der Familie Weber, mit den gegebenen Ausstattungen und früheren Nutzungen der Räume zu leben. Darüber hinaus geben viele Detaillösungen wie Fenster, Türen, Böden und Wände Hinweise auf die Auseinandersetzung mit der gebauten und nachgewiesenen historischen Substanz und ihre Umsetzung mit den heutigen Möglichkeiten. Es ist für den Denkmalpfleger schon ein beglückendes Gefühl, mit einem Gebäudeeigentümer über das «Wie» und nicht über das «Warum überhaupt» zu diskutieren.

Das Alte Pfarrhaus in Salach zeigt mit seiner neuen Nutzung sehr anschaulich und beispielhaft, daß es mit entsprechender Einstellung und Einfühlung sehr wohl möglich ist, ein Gebäude ablesbar und nachvollziehbar in seiner geschichtlich gewachsenen Substanz zu erhalten und zu tradieren.

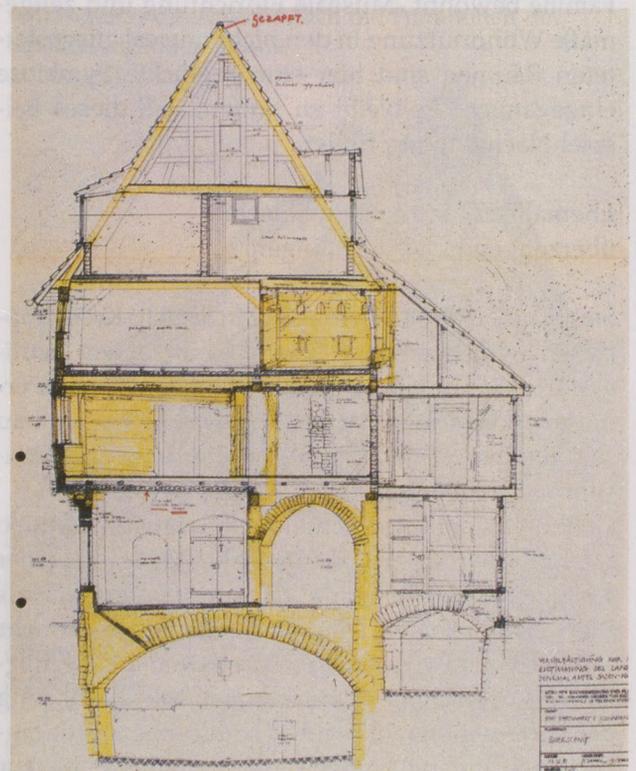
Esslinger Hafenmarkt: älteste erhaltene mittelalterliche Straßenzeile in Deutschland

Auch beim Gebäude Hafenmarkt 8 und 10 in Esslingen am Neckar trotz der äußere Schein. Auch im erneuerten Zustand ist nicht auf den ersten Blick erkennbar, daß es sich bei diesem Gebäude um ein 1331 als letztes Gebäude der Hafenmarktzeile er-

richtetes mittelalterliches Fachwerkhaus handelt. Bei den Untersuchungen vor dem Umbau zeigte sich, daß vom mittelalterlichen Fachwerkbau noch überraschend viel an Originalsubstanz vorhanden war. So ist die gesamte Tragkonstruktion mit den zweigeschossigen Ständern in den Wohngeschossen sowie der ganze Dachstuhl noch ursprünglicher Bestand. Eine Umbauphase von 1496 hatte zum ersten Mal eine Vergrößerung der Fenster zur Folge, tradierte aber das Grundrißgefüge weiter. Die Umbauphasen des 17. und 18. Jahrhunderts brachten dann Veränderungen im Fachwerkgefüge. Die damaligen Besitzer ließen vor allem die Fenster nochmals vergrößern und wählten den barocken Einzelfensterrhythmus, wofür das bestehende Fachwerk aufgebrochen wurde. Eine weitere Konsequenz der späteren Umbauten war das Verputzen des Fachwerks, das damit dem Blick entzogen wurde.

Deshalb wurde die stadthistorische Bedeutung der Hafenmarktzeile erst dann wiederentdeckt, als Teile von Hafenmarkt 2/4 abgebrochen wurden und das wahre Alter der Bebauung augenfällig zum Vorschein kam. Damals, 1981, datierte man die Gebäude ins 15. Jahrhundert, manche redeten gar vom 17. Jahrhundert. Durchaus verständlich, weil bis dahin keine früheren Vergleichsbeispiele bekannt waren. Erst die bauforscherische Auseinandersetzung mit den Gebäuden am Esslinger Hafenmarkt durch

Schnitt durch das Gebäude Hafenmarkt 10 in Esslingen. Das verformungsgetreue Aufmaß ist für die Sanierung eines mittelalterlichen Gebäudes unerlässlich.





Gebäude Hafenmarkt 8/10 in Esslingen. Ausschnitt der Bohlenwand im Obergeschoß mit der ursprünglich gotischen Befensterung mit kleinen Bogenfenstern.

Burghard Lohrum erbrachte die Sensation, daß es sich hier um die älteste erhaltene mittelalterliche Straßenzeile in Deutschland handelt, die zudem die bedeutende Zimmermannskunst in der freien Reichsstadt Esslingen dokumentiert.

Das Erscheinungsbild, das wir heute wieder sehen, zeigt bei Hafenmarkt 10 eine Umbauphase um 1500, bei Hafenmarkt 8 eine Barockbemalung auf dem mittelalterlichen Fachwerk. Diese Umbauphasen waren schlüssig nachzuweisen und entsprachen auch am besten heutigen Bedürfnissen.

Erhaltender Umgang mit Grundriß und Fachwerkgefüge

So ganz ohne Diskussionen und verschiedene planerische Konzepte ging es indes natürlich nicht ab. Erst mit der Bauherrengemeinschaft Jörg Könekamp wurde eine denkmalpflegerisch gute und verträgliche Nutzung gefunden. Im Grundsatz wurde nämlich die ehemalige Nutzung gar nicht verändert, sondern nur wieder hergestellt: Wein im Keller, Gewerbe im Erdgeschoß und Wohnen in den Obergeschossen. Im Dachbereich sind Teile als Abstellräume verblieben.

Dadurch ergab sich ein harmonisches Einfügen der neuen Nutzung in die gegebene Fachwerkstruktur. Das ursprüngliche Fachwerkgefüge mit dem schmalen und breiten Schiff (Firstparallel) und den Jochen (quer zum First) wurde repariert, wo es im Lauf der Zeit in Mitleidenschaft gezogen worden war, und konnte soweit als möglich erhalten werden, d. h.

die Lage der Treppe und die Raumzusammenhänge entsprechen dem ursprünglichen Zustand. Es blieb also die einläufige Treppenanlage, die zu solch einem Haus gehört.

Gerade dieser erhaltende Umgang mit dem historischen Grundriß der Wohngeschosse mit ihrer reichen Ausstattung ist besonders hervorzuheben, da dies heute immer noch nicht selbstverständlich ist. Darüberhinaus wurden die alten Wandkonstruktionen nach ihrem historischen Aufbau soweit erforderlich erneuert, z. B. wurden beschädigte Flechtwerkwände wieder nach der alten Methode repariert. Der mittelalterliche Dachstuhl konnte erhalten werden, indem eine neue tragende Dachkonstruktion darübergerlegt wurde. Neue notwendige Einbauten wurden konsequent in heutigen Formen und Materialien gestaltet. Die innere Ausstattung des Hauses konnte in vielen Details erhalten und in die neue Wohn- und Geschäftsnutzung integriert werden.

Auch hier gilt wie für die anderen ausgezeichneten Gebäude, daß nur mit hohem persönlichem Engagement und Einfühlungsvermögen solch denkmalpflegerisch beispielhafte Lösungen erreicht werden können. Dieses Ziel verfolgt der SCHWÄBISCHE HEIMATBUND mit der jährlichen Verleihung des PETER HAAG-PREISES.

PETER HAAG-PREIS 1989

Der SCHWÄBISCHE HEIMATBUND vergibt seit 1978 den Peter Haag-Preis für denkmalpflegerisch beispielhaft gestaltete Bauten. Auch 1989 soll dieser Preis wieder verliehen werden. Er erinnert an den Schorndorfer Architekten Peter Haag, der sein Wissen, seine Phantasie und Gestaltungskraft in den Dienst der stillvollen Erhaltung historischer Bausubstanz gestellt hatte.

Gemäß der Satzung des Preises dürfen nur Objekte in privatem Eigentum ausgezeichnet werden. Jedermann ist berechtigt, Vorschläge für eine solche Auszeichnung einzusenden, auch die Eigentümer selbst können sich um den Preis bewerben. Die Vorschläge sollten versehen sein mit kurzen Erläuterungen und Fotos, die eine Beurteilung der denkmalpflegerischen Leistungen ermöglichen. Geschichte und Baugeschichte des jeweiligen Gebäudes sind, wenn möglich, aufzuzeichnen und Pläne beizulegen. Die Objekte müssen im Bereich unseres Verbandsgebietes liegen, also in den ehemals württembergischen und hohenzollerischen Landesteilen.

Die Vorschläge richten Sie bitte bis Ende April 1989 an die Geschäftsstelle des SCHWÄBISCHEN HEIMATBUNDES, Charlottenplatz 17/II, 7000 Stuttgart 1. Anfragen unter Telefon (07 11) 22 16 38.

Denkmalpflege, eine Selbstverständlichkeit?

Rainer Hussendörfer

Text der Rede, die der im Landesdenkmalamt für die Kreise Esslingen und Göppingen zuständige Konservator bei der Übergabe der Peter Haag-Preise am 16. Oktober 1988 im Alten Rathaus in Esslingen gehalten hat.

Überblickt man die derzeitigen Veröffentlichungen der Denkmalpflege, so findet man Werksberichte über denkmalpflegerische Einzelunternehmen archäologischer oder baugeschichtlicher Art, Erfolgsmeldungen über gelungene Sanierungen, aber auch Berichte über unabwendbare Verluste von Baudenkmalern wie z. B. den Plenarsaal des Bundeshauses; wir finden Abhandlungen über die Gefährdung der Kulturdenkmale durch Umwelteinflüsse, über Steinzerfall und wie dem zu begegnen ist. Im Zusammenhang mit Erfolgsmeldungen bedankt sich die Denkmalpflege bei den Politikern über zugewilligte Mittel und Stellenzuweisungen, die freilich immer noch nicht ausreichen; sie versucht aber auch neue Gefahren für den Bestand an Kulturdenkmälern aufzuzeigen, um neue Probleme bewußt zu machen und Lösungsmöglichkeiten zu finden.

Zu diesen veröffentlichten denkmalpflegerischen Alltagsproblemen tritt in jüngster Zeit auch eine Rückbesinnung auf die eigene Geschichte hinzu: 125 Jahre Denkmalpflege in Württemberg und 130 Jahre Denkmalpflege in Baden waren 1983 Generalthema im Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes¹. Das Heft 1988/2 war der Geschichte der Inventarisierung mit einem über hundert Jahre zurückreichenden Überblick gewidmet. Nach all dem scheint es so zu sein, daß Denkmalpflege heute zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Damit ist nicht gemeint, daß alle denkmalpflegerischen Probleme bereits einer Lösung zugeführt wären; auch nicht, daß die notwendigen Mittel auf alle Zeiten gesichert seien; auch nicht, daß es im Einzelfall nicht doch berechtigte Zweifel an denkmalpflegerischen Forderungen geben dürfte, damit ist vielmehr gemeint, daß die Denkmalpflege derzeit ihre Notwendigkeit, ihre Existenzberechtigung kaum begründen muß. Denkmalpflege wird als öffentliche Aufgabe akzeptiert, und die Denkmalpflege ist bemüht, in der Öffentlichkeit ihre Erfolge darzustellen. Die Anstrengungen von Stadtsanierung, Denkmalpflege und privater Initiative haben dazu geführt, daß Erfolge vorgezeigt werden können; unsere Altstadtkerne sind gegenüber dem Zustand vor zehn Jahren lebenswerter geworden.

Wandel des Bewußtseins: Stellen Sie sich Ihre Stadt einmal ohne ihren historischen Kern vor

Vor noch nicht allzu langer Zeit, etwa im Jahre 1975, als man eigens ein Europäisches Denkmalschutzjahr ausgerufen hatte, um ein öffentliches Bewußtsein für den Denkmalschutz zu wecken, da war die Situation noch wesentlich anders: Hochhäuser und Kaufhauskonzerne bedrohten massiv unsere Altstadtkerne; die Bau- und Kunstgeschichte und mit ihr die Denkmalpflege begannen damals, die Architektur der Gründerzeit als erhaltenswerte Bausubstanz zu erkennen. Verglichen mit unseren Bemühungen, Erhaltungsforderungen über das Jahr 1945 hinaus bis in die 60er Jahre zu begründen, war dies eine Mammutaufgabe, mit der gegen eine Jahrzehnte lang gepredigte Ablehnung und Verteufelung durch Architekturlehrer angekämpft werden mußte.

Die Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in Goslar 1975², aber auch der 5. Kunstkongreß der Stadt Göttingen im selben Jahr oder noch der Kunsthistorikertag ein Jahr später in München und die veröffentlichten Vorträge und Diskussionen geben darüber Auskunft, wie seinerzeit auch über die grundsätzliche Notwendigkeit von Denkmalpflege gerungen wurde. Es kann nicht Aufgabe meines Referates sein, hier alles was damals gedacht wurde zu wiederholen, aber ein paar Zitate seien erlaubt, um schlaglichtartig ein Bild von der damaligen Situation wiederzugeben. Der Soziologe Hans-Paul Bahrdt äußerte 1976 in München: *Es genügt ja wohl nicht ganz allgemein zu sagen: Weil der Mensch ein geschichtliches Wesen ist, muß auch die bauliche Umwelt, in der er lebt, Geschichte und Gestalt konservierter Gebäude repräsentieren.*³ Gegen diese Äußerung, die eine Denkmalpflege nicht a priori akzeptiert, stellt er dann aber die Feststellung: *Eine Umwelt, welche durch Präsenz einer Mehrzahl von Epochen geprägt ist, zeichnet sich durch eine Bedeutungsvielfalt aus, die unsere Phantasie anregt und uns Abstand zu unserem augenblicklichen Tun finden läßt. Hierdurch fühlen wir uns freier und sind auch freier.*⁴ Oder Michael Brix zitierte 1975 in Göttingen Roland Günther: *Gewachsene Szenarien alter Städte signalisieren, daß das Leben vieler anderer Menschen gegenwärtig ist – nicht nur das Leben der Zeitgenossen, sondern auch das Leben von Generationen. Dadurch entsteht das Wissen, nicht allein zu sein.*⁵ Und Daniel Gaymard, Architekt aus Straßburg: *Jeder ohne Ausnahme hat dieses Bedürfnis nach einer Verbindung*

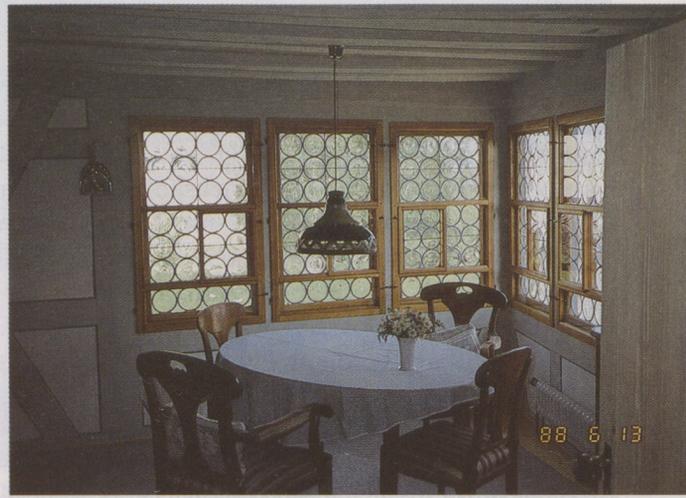
mit der Vergangenheit, selbst wenn es unbewußt ist.⁶ Sehr eindringlich hat Thomas Sieverts den Göttinger Kongreßteilnehmern 1975 die Notwendigkeit von Denkmalschutz vor Augen geführt, indem er ein Gedankenexperiment anregte: *Stellen Sie sich Ihre Heimatstadt einmal ohne ihren historischen Kern vor. Sie werden feststellen, daß Ihnen das nicht gelingt.*⁷ Auch Grenzen oder Übertreibungen der Denkmalpflege wurden seinerzeit bedacht, so von Gottfried Kiesow: *Wegen des Fehlens eines objektiven wissenschaftlichen Maßstabes wird heute aus einer gewissen Unsicherheit heraus mehr geschützt, als vielleicht auf lange Sicht gesehen als schützenswert anerkannt wird.*⁸

Dem hatte aber bereits Hermann Heimpel in seinem Vortrag ein wirtschaftliches Korrektiv zur Seite gestellt, als er sagte: *Nur eine nach vorwärts gerichtete, nur eine blühende Wirtschaft kann die Erhaltung des guten Alten finanzieren, die Denkmäler leben sozusagen von ihren Feinden.*⁹ Diese Erkenntnis gehört heute zu den fundamentalen Grundsätzen eines jeden Denkmalpflegers, der im konkreten Einzelfall ausloten muß, was einem Kulturdenkmal zuzumuten ist und wo die Grenzen sind, jenseits derer es seine ihm eigene Identität verliert.

Erneute Kritik: ohne Umweltschutz können wir nicht leben, aber ohne Denkmalschutz

Der hessische Landeskonservator Gottfried Kiesow war es schließlich, der den Denkmalschutz mit den viel umfassenderen Bereichen des Umweltschutzes in Zusammenhang brachte: *Es setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Umwelt nicht nur aus sauberem Wasser und reiner Luft besteht, sondern auch aus einer gestalteten und gebauten Umwelt.*⁸ Dem setzte kürzlich ein schwäbischer Landrat als oberster Vertreter der Denkmalschutzbehörde in seinem Landkreis in einer Verhandlung eine eigene Position entgegen: *Ohne Umweltschutz können wir nicht leben, aber ohne Denkmalschutz kann die Menschheit allemal existieren.* Mit dieser Äußerung hat der Landrat die Selbstverständlichkeit der Denkmalpflege wieder in Frage gestellt. Ohne Denkmalschutz existieren? Professor August Gebeßler hat wiederholt darauf hingewiesen, daß Nomaden keine gebauten Denkmale haben. Wir sind keine Nomaden. Flüchtlinge haben immer wieder bewiesen, daß Menschen ohne Denkmale existieren können, wenn sie, nur um das Leben zu retten, alles, was ihnen bisher lieb und wert war, aufgeben mußten. Doch dies sind Extremsituationen, die für uns weder beispielhaft noch anstrengenswert sein können.

Wir können der Äußerung des Landrats aber mehr entnehmen. Erstens gilt: Die Probleme des Umwelt-



Asperg, Gebäude Königstraße 33. Blick auf den Fenstererker der früheren guten Stube, die heute wieder diese Funktion übernommen hat.

schutzes haben uns dort, wo es sich direkt um Leben handelt, sehr betroffen gemacht; Baumsterben, Tschernobyl und das Robbensterben sind Angelegenheiten, die uns tief berühren, bevor wir sie wieder verdrängen. Mit Bildern von toten Robben gelingt es leichter, auf die Notwendigkeit des Umweltschutzes aufmerksam zu machen, als mit Fotos einer verwitterten Skulptur Probleme des Denkmalschutzes zu verdeutlichen. Dies auch, weil die Verwitterung als etwas Normales hingenommen wird, obwohl Denkmalpfleger schon seit Jahrzehnten darauf hingewiesen haben, daß die Zerstörungsprozesse sich in unserem Jahrhundert rapide beschleunigt haben. Einen Bericht über Steinzerfall kann man – im Gegensatz zu Meldungen über das Robbensterben – ungerührt zur Kenntnis nehmen, weil er nur totes Material betrifft. Aber auch deshalb, weil unsere Chemie für solche Fälle geeignete Präparate zur Verfügung hat oder ganz sicher entwickelt. Steinfestiger und Hydrophobierungsmittel stehen bereit, um die Schäden zu beheben (?), und die Regierung hilft mit einem groß angelegten Stein-schadensprogramm, der Misere Herr zu werden; doch dies alles wirkt wie der Tropfen auf den heißen Stein.

Zweitens müssen wir der Äußerung des schwäbischen Landrats, die Menschheit könne auch ohne Denkmalpflege existieren, entnehmen, daß ein Landrat nicht alles, was zu diesem Problemkreis publiziert wurde, gelesen haben, geschweige denn, grundlegend verarbeitet haben kann. Niemand wird daraus einen Vorwurf erheben wollen, daß das Wissen eines Menschen heute nicht mehr allumfassend ist. Jeder von uns hat in seinem Wissen Lücken; aus solchen Lücken können Fehler in der Beurteilung eines Sachverhaltes entstehen.

Um dies zu vermeiden, muß man bereit sein, sich mit anderen auszutauschen, Hinweise und Kritik entgegenzunehmen. Trotz solcher Bereitschaft kann es in der hektischen Betriebsamkeit unserer Zeit vorkommen, auch wenn es nicht vorkommen sollte, daß ein Denkmalpfleger einen stadtgeschichtlichen Zusammenhang unkorrekt wiedergibt und mit einer unpassenden Jahreszahl versieht. Solch ein Mißgriff verdient zweifellos den berichtigen Hinweis oder die korrigierende Kritik. Wenn die berechtigte Kritik allerdings mit der polemischen Bemerkung versehen wird, daß *ein naturwissenschaftlich exakt, ein dendrochronologisch arbeitendes Gehirn (dies) kaum je begreifen können wird*, wie dies in der Zeitschrift *Die Alte Stadt* 1988/1 zu lesen war¹⁰, dann sind nicht *dreißig oder fünfzig Jahre Forschung nicht registriert und für die Katz publiziert worden*, wie dort auch zu lesen stand,¹¹ dann sind nur die Grenzen des guten Geschmacks überschritten worden. Ein vernünftiger Meinungsaustausch, der um der Sache willen notwendig wäre, wird unter solchen Voraussetzungen freilich sehr erschwert.

Obwohl die Menschheit seit über fünftausend Jahren die Möglichkeit hat, Gedanken in Schriftform festzuhalten und an nachfolgende Generationen weiterzugeben, ist es bisher nicht gelungen, für das Zusammenleben Regeln und Gesetze aufzuschreiben, die allgemeingültigen, aber auch endgültigen Charakter hätten. Menschliche Handlungen, Absichtserklärungen, Gesetze haben Wirkungen, oft genug aber auch Nebenwirkungen, nicht selten unerwünschte Nebenwirkungen, die durch neue Handlungen, Absichtserklärungen oder Gesetze wieder korrigiert werden müssen. Dies ist im Privatbereich so wie in der Politik; unsere Parlamente und Regierungen sind noch lange nicht überflüssig. Die Denkmalpflege ist hiervon nicht ausgenommen.

Der Altstadtboden:
geschichtete Geschichte, nicht wertloser Überrest

Als man vor Jahren im Bau von Tiefgaragen im Bereich der Altstadtkerne eine gute Möglichkeit sah, die mit Autos verstellten Straßen wieder für die Menschen frei zu bekommen, hat man zunächst die Nebenwirkung des Verlustes an bedeutender historischer Substanz nicht erkannt oder zu wenig beachtet. Erst als deutlich wurde, daß die Archäologen mit der Dokumentation und Ausweitung der Befunde und mit der Bergung der Funde nicht mehr fertig werden konnten, begann die Denkmalpflege auf den ungeheuren Verlust, der hier drohte, auf-

merksam zu machen. Der Präsident des Landesdenkmalamtes, Professor August Gebeßler, hat sich dazu auf dem 2. Landesdenkmaltag 1986 in Mannheim geäußert: *Heute, angesichts der Massierung dieser Eingriffe, wird man vielmehr auch über das Grundsätzliche im ganzen zumindest nachdenken müssen – über die Tatsache, daß das Geschichtliche des Baudenkmals in unauflöslichem Zusammenhang zu sehen ist mit der Geschichtlichkeit, ja, mit dem «Geschichteten» des Gründungsbodens (. . .). Es geht hier nicht um einen undifferenzierten Kreuzzug gegen die Tiefgarage; jeder Einzelfall hat seine eigenen Fragestellungen, hat seine eigenen Schwierigkeiten und Chancen. Wenn wir allerdings das Grundsätzliche (. . .) nicht ernst nehmen, dann werden wir künftig sehr verstärkt zur Kenntnis nehmen müssen, daß unseren Geschichtsdenkmälern weithin buchstäblich und radikal der Boden entzogen wird.*¹²

Zu beachten ist, mit welcher Vorsicht der Präsident des Landesdenkmalamtes hier auf Probleme aufmerksam macht, nicht mit der Forderung auf radikalen Verzicht, sondern mit der Anregung, über Grundsätzliches nachzudenken.

In diesem Zusammenhang hat Professor Gebeßler auch vom *Geschichtsarchiv im Boden* gesprochen,¹³ um mit diesem Vergleich auf die Bedeutung der im Boden verborgenen Überreste aufmerksam zu machen. Dies war für den Stuttgarter Landeshistoriker, Prof. Dr. Otto Borst, Anlaß für kritische Bemerkungen: *Der Archäologe gräbt nicht im Archiv, sondern in der Erde. Und Dinge, die vielleicht aus der Erde gegraben sind, (. . .) sind nicht Quellen, auf die man im Archiv stoßen kann, sondern Überreste.*¹⁰

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle würde ich gerne unterbrechen und Sie befragen, was Ihnen zu dem Wort Überreste alles einfällt, welche Assoziationen Sie bei dem Wort Überreste haben; ich habe dieses Fragespiel mit Freunden vorweggenommen, und das Ergebnis war immer wieder ähnlich: Überreste, Essensreste, Abfall, wertlos, unbrauchbar. Nun trifft dies für die Überreste im Boden zu, und insofern hat Otto Borst recht, wenn er die Dinge, die im Boden sind, Überreste nennt; die Fundamente, die dort im Boden stecken, sind einmal unbrauchbar und darum zugeschüttet worden, der zerbrochene Becher ist wertlos geworden und darum in der Latrine gelandet usw. Nur wer in diesem Zusammenhang versäumt, darauf hinzuweisen, daß diese Überreste nicht nur wertloser Abfall sind, sondern im Zuge einer archäologischen Erforschung eine neue Dimension dazugewinnen und zum Zeugnis menschlichen Lebens werden, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, unvollständig berichtet zu haben. Von einem Historiker hätte man hier Vollständigkeit erwarten dürfen.



Zwischen Juli und Oktober 1987 wurden im Rahmen einer Notbergung am Grünen Hof in Ulm rund 900 m² Fläche archäologisch untersucht, da die Stadt Ulm an dieser Stelle einen Verwaltungsneubau mit Tiefgarage errichten wollte. Übersicht über die Grabungsfläche.

Unten: Profil eines hochmittelalterlichen Grubenhauses, Ulm, Grüner Hof. Rechts erkennt man den Abgang zum Grubenhaus, in der Mitte einen Holzpfosten. Der gewachsene Boden zeigt sich hell.

Bei Otto Borst hat das Weglassen und das Übertreiben Methode bei seinen Angriffen gegen die Denkmalpflege und besonders gegen die Archäologie. Nachdem die Denkmalpflege sich daran machte, archäologisch relevante Gebiete, die nicht durch Tiefgaragen oder Neubauten mit tiefen Untergeschossen gestört sind, zu kartieren, stellte er die Frage: *Müssen wir uns jetzt auch noch die Zäune der Archäologie gefallen lassen? Für jede Stadt, für jede Siedlung einen Atlas, die Zonen, wo nichts mehr geschehen darf, sind sauberlich eingezeichnet.* Das führt dann zu der grotesken, beklemmenden Vision: *die ganze Stadt ist unter Schutz gestellt, es darf nicht mehr gebaut werden, und der ganze Stadtboden ist unter Schutz gestellt, es darf nicht mehr gegraben werden.*¹⁴

In den Altstädten ist der Denkmalschutz nur eine Komponente

Wieviel vorsichtiger und umsichtiger waren dagegen die Überlegungen von August Gebeßler, wie die Belange der Denkmalpflege, der Archäologie in den Entscheidungsprozeß zum Geschehen in unseren Altstadtbereichen mit einzubringen seien. Es ist doch nicht die Denkmalpflege allein, die das Geschehen in einer Altstadt bestimmt: Die Bewohner, Handel und Wirtschaft machen dort ihre Interessen geltend, Stadtplanungsamt und Gemeinderat sind in Entscheidungsprozesse mit einbezogen, selbst der Bund und das Land können durch gezielte Zuschüsse als Initiatoren beteiligt sein. In diesem Zu-



sammenspiel der Beteiligten und Entscheidenden hat die Denkmalpflege ihren Platz neben vielen anderen, sie spielt dabei ihre Rolle, manchmal eine entscheidende Rolle, aber nie die allein entscheidende Rolle. Wenn aber der Denkmalpflege, und sei es auch nur in einer Vision, eine unpassend überzeichnete Rolle zugeschoben wird – *Die ganze Stadt ist unter Schutz gestellt, es darf nicht mehr gebaut werden* – so ist die Frage zu stellen: Wem nützt das eigentlich? Wem soll es nützen, wenn in einer Vision das Zerrbild einer Denkmalpflege entworfen wird, das mit der Wirklichkeit nichts mehr gemein hat?

Derartige Angriffe nützen niemandem. Noch nicht einmal jener Gruppe von Bürgermeistern, die im Arbeitskreis *Die Alte Stadt* auch vertreten ist und die immer noch die Meinung vertritt, die Denkmalpflege sei mit allen Entscheidungskompetenzen am besten bei der kommunalen Verwaltung angesiedelt. Auf diese Weise wollen sie sich so einen ungehinderten Zugriff auf die Objekte sichern. Eines freilich ist deutlich geworden: Die Denkmalpflege in ihrer heutigen Form ist immer noch nicht zur Selbstverständlichkeit geworden.

Im baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz ist es sehr weise eingerichtet, daß der denkmalpflegerischen Fachbehörde, dem Landesdenkmalamt, in denkmalschutzrechtlichen Fragen nicht die Entscheidungskompetenz zugebilligt wird. Die Entscheidung liegt immer bei anderen Behörden, bei den Landratsämtern und Stadtverwaltungen als den unteren Denkmalschutzbehörden, die im Einvernehmen mit dem Landesdenkmalamt entscheiden müssen, oder bei den Regierungspräsidien als den höheren Denkmalschutzbehörden, die über das Votum des Landesdenkmalamtes hinweggehen können. Das Landesdenkmalamt muß seine fachlichen Belange überzeugend vortragen, die entscheidenden Behörden haben dann aber noch sämtliche anderen Belange in der Abwägung zu berücksichtigen. Diese Verteilung der Entscheidungskompetenzen kann in strittigen Verfahrensfällen zu einer erheblichen Zeitdauer führen; dies muß jedoch akzeptiert und hingenommen werden, denn es ist der wirksame Garant dafür, daß Willkürentscheidungen ausgeschlossen werden. Die Möglichkeit, eine Entscheidung richterlich zu überprüfen, kommt hinzu, um diese Garantie zu untermauern.

Nicht «Ordnungswidrigkeiten» maßregeln, sondern beispielhafte Erneuerungen hervorheben

Im baden-württembergischen Denkmalschutzgesetz ist auch geregelt, was geschehen kann, wenn jemand sich nicht an die denkmalschutzrechtlichen

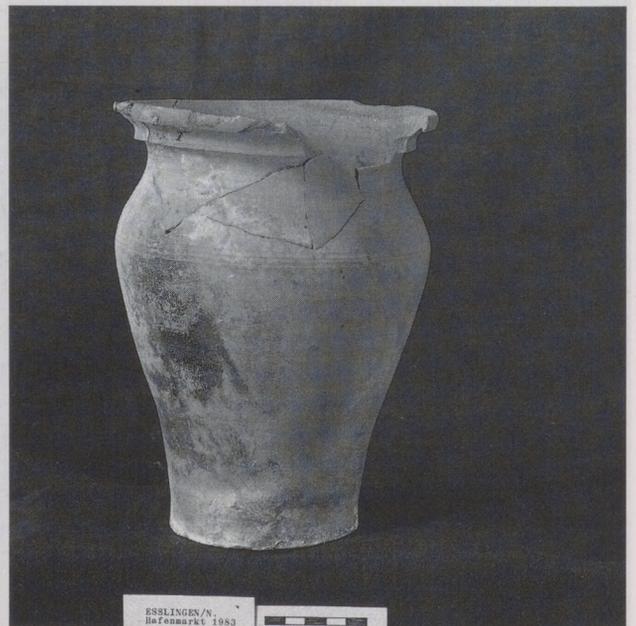
Regeln hält. Im § 27, der mit *Ordnungswidrigkeiten* überschrieben ist, ist festgelegt, daß besonders schwere Fälle mit Geldbußen bis zu 500 000 DM geahndet werden können. Solch eine Regelung muß es wohl geben. Freilich der Denkmalpfleger verwendet äußerst ungern Arbeitszeit dazu, Bußgeldverfahren in Gang zu setzen. Mit Bußgeldverfahren Denkmalpflege betreiben zu wollen, wäre ein untaugliches Unterfangen, denn wenn ein Kulturdenkmal einmal zerstört ist, dann kann das Bußgeld das Kulturdenkmal nicht wieder herstellen; der kulturelle Verlust bleibt.

Es erscheint sinnvoller, durch gelungene Beispiele der Denkmalpflege so zu wirken, daß Ordnungswidrigkeiten erst gar nicht vorkommen. Das denkmalpflegerisch gelungene Beispiel einer Sanierung ist allemal mehr wert als jedes Bußgeld.

Im Denkmalschutzgesetz ist die Ordnungswidrigkeit geregelt. Das Gegenteil – man wüßte nicht einmal, wie man das nennen soll: einfach die Ordnung oder die Ordentlichkeit? –, das Gegenteil der Ordnungswidrigkeit ist im Denkmalschutzgesetz nicht erwähnt. Das heißt nun nicht, daß es das nicht gibt oder nicht geben darf. Es muß dieses Gegenteil der Ordnungswidrigkeiten geben: das gelungene Beispiel. Nur gesetzlich geregelt ist es halt nicht, was mit so jemanden, der sich beispielhaft verhalten hat und der ein Kulturdenkmal vorbildlich saniert hat, geschehen soll.

In diese «Gesetzeslücke» ist der Schwäbische Heimatbund eingetreten, indem er den Peter-Haag-Preis für denkmalpflegerisch gelungene beispiel-

Spätmittelalterlicher Topf. Ein Vorratsgefäß, gefunden im Esslinger Hafenmarkt. Das eingegebene Raster zeigt pro Einheit einen Zentimeter an.





Aquamanile, ein Handwaschgerät, das im 13. und 14. Jahrhundert auf sehr gehobenen Tafeln Esslinger Bürger stand.

hafte Objekte verleiht und sie damit so bekannt macht, daß sie Vorbildfunktion übernehmen können. Vielleicht ist dies ein Weg dahin, daß Denkmalpflege ein Stück weiter zur Selbstverständlichkeit wird. Doch ganz selbstverständlich wird Denkmalpflege wohl nie werden; die Denkmalpfleger werden immer um Verständnis für ihr Anliegen ringen müssen. Der Schwäbische Heimatbund hat die Denkmalpflege in der Vergangenheit in diesem Bemühen auf vielfältige Weise unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun; als Denkmalpfleger kann man dafür nicht genug dankbar sein.

Anmerkungen

- 1 Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes 2/1983
- 2 W. Sauerländer: Erweiterung des Denkmalbegriffs? In: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1975, S. 117 ff.
Hiltrud Kier: Die Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger. In: Ebenda S. 131 ff.
- 3 H.-P. Bahrdt: Das Verhältnis unserer Gesellschaft zu Denkmälern. In: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1977, S. 185
- 4 Ebenda, S. 187
- 5 Michael Brix: Die gesellschaftliche und geschichtliche Begründung der Denkmalpflege. In: Die Kunst eine Stadt zu bauen 3, 5. Kunstkongreß, Göttingen 1975, S. 165
- 6 Daniel Gaymard: 5. Kunstkongreß. Göttingen 1975, S. 39
- 7 Thomas Sieverts: Denkmalpflege und Stadtbildpflege, «Verschönerung» oder Verbesserung der Lebensqualität. In: 5. Kunstkongreß, Göttingen 1975, S. 229
- 8 Gottfried Kiesow: Die gesellschaftliche und geschichtliche Begründung der Denkmalpflege. In: 5. Kunstkongreß, Göttingen 1975, S. 156
- 9 Hermann Heimpel: Die Geschichtlichkeit des Menschen und der Stadt. In: 5. Kunstkongreß, Göttingen 1975, S. 33
- 10 Otto Borst: Vom Nutzen und Nachteil der Denkmalpflege für das Leben. In: Die Alte Stadt, Vierteljahrszeitschrift 1988/1, S. 16. Vgl. dazu auch H.-P. Bahrdt: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. Eine kritische Auseinandersetzung mit Fr. Nietzsches Aufsatz mit dem selben Titel. In: Deutsche Kunst und Denkmalpflege 1977, S. 181 f.
- 11 wie Anmerkung 10, S. 15
- 12 August Gebeßler: Aktuelle Fragen der Denkmalpflege. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg, 1987/1, S. 9
- 13 Ebenda, S. 8
- 14 wie Anmerkung 10, S. 17

An Eduard Mörike

Es scheint
als wär ein Hauch
der zarten Himmelsbläue
ins fahle, wintergraue Tal gefallen,
wo tausendfältig
nun im Eschenhain
die Szilla
des Frühlings leises Kommen blüht.

Die Lieder, die dir
noch deinen Frühling sangen,
haben lang schon aufgehört
zu singen.
Der Klang und Rhythmus
unserer Lieder
haben einen härteren Ton.

Des Frühlings blaues Band,
von Rauch und Ruß geschwärzt,
trägt der Wind von Giften eingenebelt
übers Land,
daß auch bald der Flug
von Schmetterling
und von Libelle
nur noch eine Sage ist.

Die Wiesen sind bereits entblumt.
Nur noch auf Feucht-
und Hungerböden
und an Straßenrainen
dürfen Blumen unbehindert blühen.
Selbst die Wälder tragen Trauer
und fangen an zu sterben.
Tribut dem Fortschritt zollend,
werfen die Fichten ihre Nadeln,
der von jedermann gepriesen
und wie ein Gott verehrt,
langsam aber sicher die Natur
und unsre schöne Welt zerstört.

Dennoch schreiben wir auch heute
noch Gedichte und unsre Texte.
Doch gibt es nach und nach
nicht mehr viel zu reimen.
Deshalb les ich oft
in deinen Texten
und versuche
mich in deine heile Welt
davonzuträumen.

Gottlob Haag



Als der württembergische Herzog und spätere König Friedrich, körperlich und politisch ein barocker Machtmensch, zu Beginn des 19. Jahrhunderts die mediatisierten Landesteile besetzte, nahm er wenig Rücksicht auf die Rechte und Gefühle seiner neuen Untertanen. Überall in den neuerworbenen Landen wurden Kirchen und Klöster abgerissen oder zu Kasernen, Gefängnissen und Fabriken umfunktionierte, liturgisches Gerät eingeschmolzen, Beamte abgesetzt, eine neue Verwaltung – und neue Steuern! – eingeführt, Franken, Vorderösterreicher, Reichsstädter und Klosterhintersassen zu Württembergern erklärt. Als besonders schmerzlich mögen die Bürger der freien Reichsstadt Hall es empfunden haben, daß Friedrich den stolzen Reichsadler, das Symbol ihrer Unabhängigkeit, auf dem Wappenstein am Unterwöhrdtor abmeißeln und dafür das württembergische Wappen hat aufmalen lassen. Den Schmerz über den «Anschluß» haben die Haller später überwunden: Sie wurden gute Württemberger, freilich ohne ihre fränkische Eigenart zu verges-

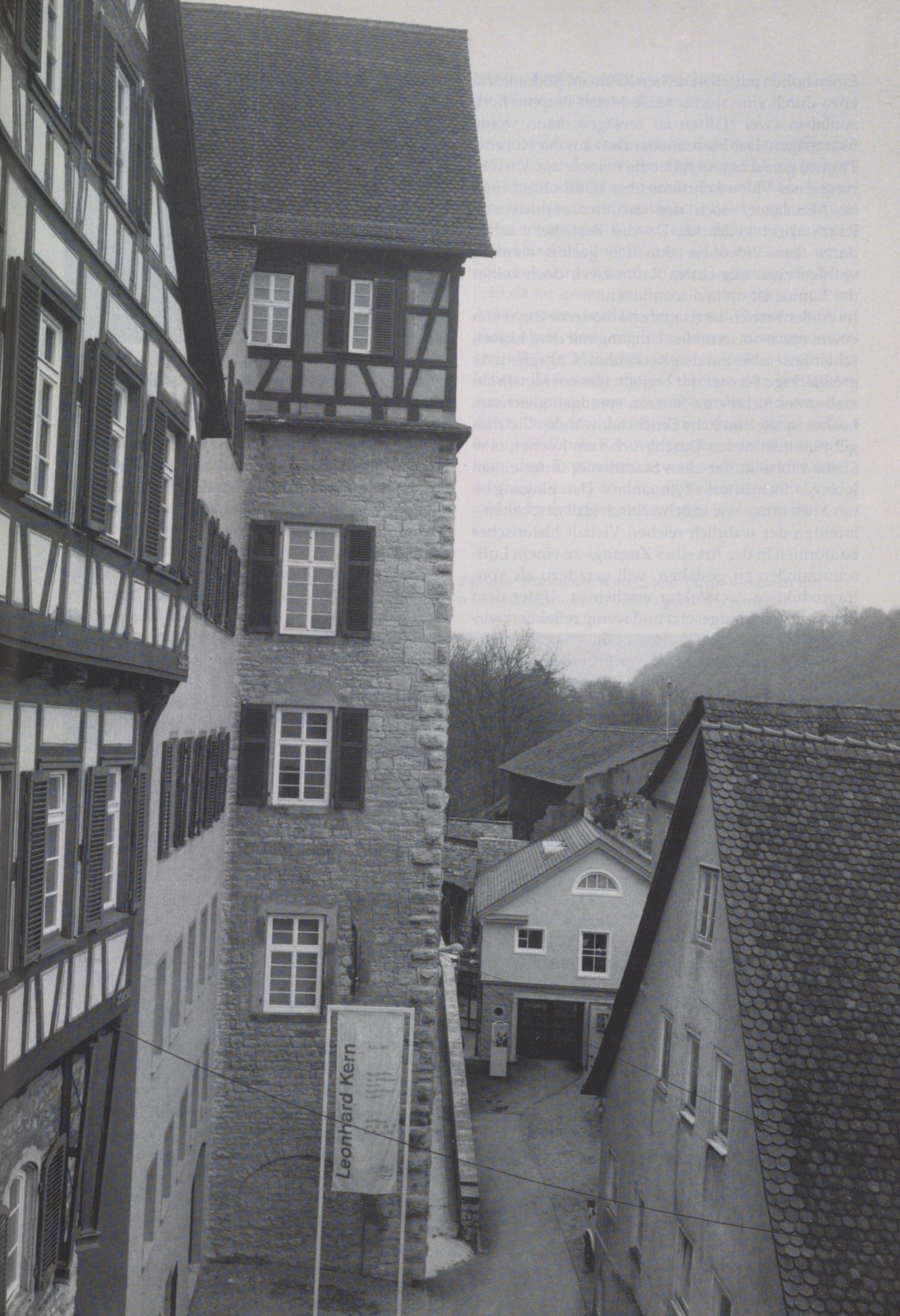
sen. Die auch kunsthistorisch bedauerliche Schandtats jedoch – das Wappen ist eine spätgotische Arbeit von Hans Beuscher – haben sie den Württembergern nie ganz verziehen. Noch heute erinnert das geschändete Kunstwerk an exponierter Stelle, nämlich als erstes Ausstellungsstück direkt nach Betreten des Hällisch-Fränkischen Museums, an diese Episode aus der Stadtgeschichte.

Aus sechs Gebäuden wird das «Museumseck»

In Schwäbisch Hall findet derzeit eine der aufwendigsten Museums-Neugestaltungen in Baden-Württemberg statt. Mit einem finanziellen Aufwand von mehr als 15 Millionen Mark wird das bisherige Museum in und um den staufischen Wohnturm Keckenburg zu einem sechs Gebäude umfassenden «Museumseck» erweitert. In wenigen Jahren sollen dort, wenn auch die derzeit noch marode Stadtmühle saniert und in den Museumsbereich einbezogen sein wird, etwa 3100 m² Ausstellungsfläche zur Verfügung stehen. Vor wenigen Monaten konnte der erste Bauabschnitt abgeschlossen, konnten die ersten Ausstellungsteile eröffnet werden, nämlich die Geologie sowie die historischen, von der Vor- und Frühgeschichte bis ins Mittelalter reichenden Abteilungen. Aus dem Keckenburg-Museum, der ehemaligen Alterthumssammlung des Historischen Vereins für Württembergisch-Franken, wird das Hällisch-Fränkische Museum. Anlaß genug, die neue Präsentation der hällisch-fränkischen Geschichte einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Einen beträchtlichen Anteil der bisherigen Kosten verschlang die Sanierung der zum Teil noch mittelalterlichen Gebäude, die ganz im Sinne der modernen Denkmalpflege nicht puristisch restauriert wurden. Indem die Geschichte der Häuser beachtet, nämlich die gewachsenen Strukturen erhalten und teilweise sogar bewußt offengelegt wurden – so die nachträglich eingebauten Gewölbe oder Treppen –, ist es gelungen, die Gebäude um den Keckenhof für die Zwecke eines Museums, also gleichfalls für die Darstellung von Geschichte, nutzbar zu machen. Problematisch erweisen sich die Ergebnisse des Umbaus hingegen dort, wo Neues ergänzt wurde.

Der staufische Wohnturm bildet den architektonischen Kern des Hällisch-Fränkischen Museums in Schwäbisch Hall. ▶



Leonhard Kern

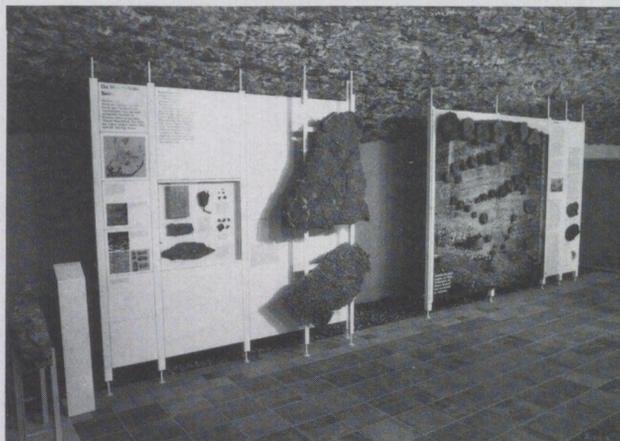
Einen hohen mittelalterlichen Raum im Keckenturm etwa durch eine sterile weiße Metall-Empore horizontal in zwei Hälften zu zersägen, kann wenig überzeugen. Das Museum hat zwar aus der Not eine Tugend gemacht und nützt die Empore zur Vorführung eines Video-Lehrfilms über städtisches Leben im Mittelalter, doch der darunter verbleibende Raum wirkt gedrückt. Da die Besucher zudem durch den Videofilm akustisch gestört werden, wurden zwar aus einem Raum zwei, doch keiner der Räume ist optimal zu nutzen.

Im Außenbereich zeugt manche moderne Zutat von einem etwas unsensiblen Umgang mit dem historischen Ensemble um den Keckenhof. Ungegliederte großflächige Fenster mit breitem blauem Metallrahmen unter Sichtbeton-Stürzen sprengen gleichsam Löcher in altertümliche Bruchsteinwände. Gleiches gilt für einen neuen Durchbruch zum Kocher, eine kleine Pforte in der alten Stadtmauer unter einem klobigen Sichtbeton-«Tympanon». Den Eingang eines Museums – wie in Schwäbisch Hall geschehen – inmitten der wahrlich reichen Vielfalt historischer Bauformen in der Art eines Zugangs zu einem Luftschutzstollen zu gestalten, will geradezu als kontraproduktive Architektur erscheinen. Unter dem Eindruck solch aufgesetzt und wenig reflektiert wirkender Schmankerln überrascht die etwas holprige Presseerklärung der verantwortlichen Architekten zur Museumseröffnung: *Durch bewusstes Nebeneinander Alt-Neu habe man das Alte nicht ab-, sondern die vorhandene Architektur aufgewertet.* Man wird dem aber zustimmen können, wenn man bedenkt, daß die Qualität und Würde des Alten gerade durch die Banalität der unsensiblen modernen Zugaben besonders zur Geltung kommt.

Stadtmuseum und Regionalmuseum württembergisches Frankenland

Das historische Museum in Schwäbisch Hall entstand im 19. Jahrhundert aus Beständen des Historischen Vereins für Württembergisch-Franken. Auch heute bilden die Früchte der Sammeltätigkeit dieses Vereins noch den Grundstock des Museums. Das Museum im Keckenturm hatte schon früher eine doppelte Funktion: Es sollte Museum des württembergischen Frankenlandes sein, gleichzeitig aber auch Stadtmuseum von Schwäbisch Hall. Und das sei auch heute noch so, betont Museumsleiter Dr. Harald Siebenmorgen.

Völlig neu erarbeitet wurde die große geologische Abteilung. Die von dem Ingelfinger Geologen Hans Hagdorn gestaltete Ausstellung vermittelt in zwei großen Gewölben im Kellergeschoß des Museums



Blick in die geologische Abteilung: Rechts ein Schichtenprofil mit eingefügten typischen Fossilien.

einen umfassenden Überblick über den geologischen Aufbau der Region Franken; einschließlich eines drei auf zwei Meter großen Reliefs, dem derzeit allerdings noch die Beschriftung fehlt. Abhilfe ist jedoch bereits versprochen.

Besonderes Augenmerk gilt der die Region prägenden *geologischen Formation*: den vor 240–200 Millionen Jahren abgelagerten Gesteinen des Trias, also im wesentlichen dem Buntsandstein, Muschelkalk und Keuper. Große Schautafeln und sehr anspruchsvolle Begleittexte informieren detailliert über die Zusammensetzung und Entstehungsbedingungen der einzelnen Schichten. Im direkten Zusammenhang damit stehen Informationen über die im Trias reich vorkommenden Fossilien, etwa über deren Einwanderungswege in die Urmeere Süddeutschlands. Ein Prunkstück der Ausstellung ist ohne Zweifel die große versteinerte Seelilie aus dem oberen Muschelkalk.

Die systematische Ausbeutung der in Franken raren Bodenschätze, die der heutige Zeitgenosse oft nur dem Hörensagen nach kennt, gab noch zu Beginn unseres Jahrhunderts nicht wenigen Menschen Arbeit und Brot. Diesem bescheidenen Reichtum Frankens ist der zweite Raum der geologischen Abteilung gewidmet, wo Vorkommen, Verarbeitung und Funktion der Rohstoffe beschrieben sind. Stubensandstein wurde einst nicht nur zum Reinigen der Stubenböden zermahlen, sondern auch als Baustein und von Steinmetzen als Werkstein verwendet. Auch der Muschelkalk wurde verbaut oder zu wertvollen Bodenplatten zersägt. Schwäbisch Hall gründete seinen Reichtum nicht zuletzt auf seine Salinen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Salzgewinnung aus natürlicher Sole unwirtschaftlich; man baute nun das Salz in Stollen ab. Gips diente als Werkstoff für Plastiken, im Mittelalter

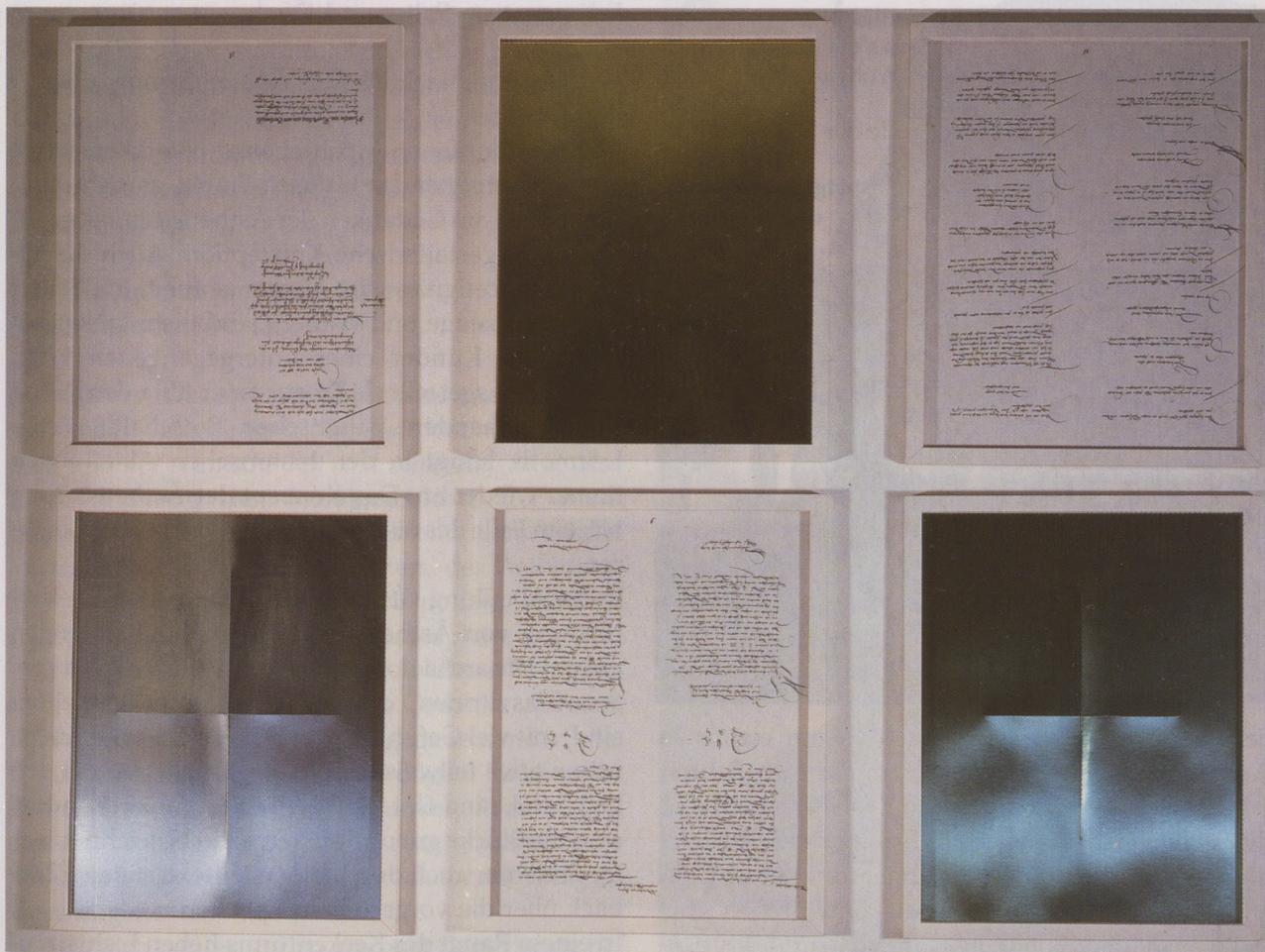
dünn geschliffen auch als Fensterscheiben, später zur Düngung. Der Kupferzeller Pfarrer und Agrar-reformer Johann Friedrich Mayer, der bekannte «Gipsapostel», propagierte im 18. Jahrhundert von Franken aus das Düngen der Äcker mit Gips. Vitriol, Alaun und Lettenkohle fanden Verarbeitung in der frühen chemischen Produktion. Als trauriges Stück gehört in diese Abteilung nicht zuletzt auch ein durch Umwelteinfluß zerstörter Obelisk vom Öhringer Schloß.

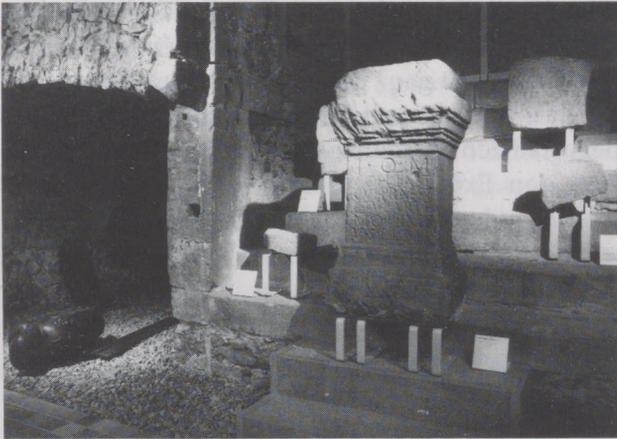
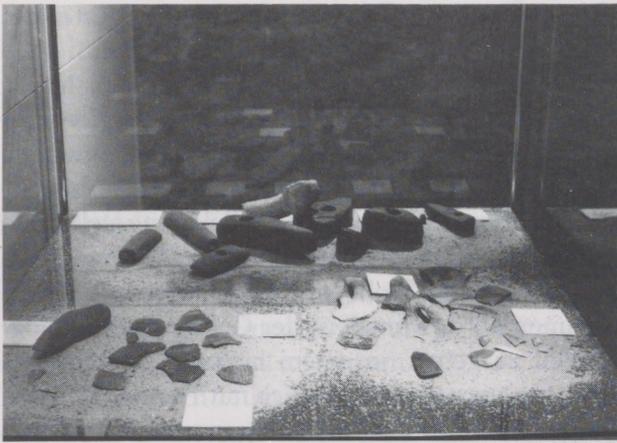
Die räumlichen Verhältnisse in den alten Gebäuden des Hällisch-Fränkischen Museums versagen es leider, den vor Jahr-millionen begonnenen Gang durch die Geschichte nahtlos bis ins Mittelalter und später bis in die Gegenwart fortzusetzen. Ein spezielles Leitsystem soll hier Orientierungshilfe leisten. Dazu werden aber sicherlich noch weitere Erklärungen und vielleicht auch ein Faltpplan zu erstellen sein. Derzeit ist das Raumkonzept nicht zuletzt aufgrund der ineinander verschachtelten mittelalterlichen Räume doch noch sehr verwirrend.

Neben den Ausstellungsstücken die Werke moderner Künstler

Bemerkenswert erscheint die Experimentierfreudigkeit, mit der das Hällisch-Fränkische Museum neue konzeptionelle Wege sucht. Eine in einem historischen Museum nicht alltägliche Belebung stellen die zeitgenössischen Kunstwerke dar, mit denen in Schwäbisch Hall wohl erstmals der Versuch un-ternommen wird, Künstlern der Gegenwart die Möglichkeit zu geben, in einem historischen Museum Arbeiten auszustellen, die sich mit Themen der Vergangenheit und mit Seinsfragen auseinandersetzen, die die Menschen zu allen Zeiten beschäftigt haben. Daß einige dieser Arbeiten den hohen An-sprüchen nicht ganz gerecht werden und vor allem durch ihren Standort und den damit hergestellten Bezug zu den im Raum gezeigten Ausstellungsstücken, den Exponaten, etwas verunglückt wirken, schmälert den Wert der originellen Idee von Dr. Harald Siebenmorgen nur wenig. Wolfgang Biers Ar-

Moderne Kunst im Museum: Thomas Lenks «Großvogel-Zyklus». Künstlerisch gestaltete Tafeln wechseln mit Kopien des Protokolls, in dem das Verhör des ehemaligen Landsknechts Hans von Kupferberg, genannt Großvogel, festgehalten ist.





Römischer Weihstein in der vor- und frühgeschichtlichen Abteilung. Links ein Teil des Kunstwerks «Gewesen/Sein» von Wolfgang Bier.

Ganz oben: Schön arrangierte Funde der Steinzeit.

Unten: Lichtstrahlen heben Objekte spätgotischer Frömmigkeit aus dem vorreformatorisch dunklen Saal heraus.



beit *Gewesen/Sein* wurde vom Museum eigens in Auftrag gegeben: Unter anderem eine aus Schrott zusammengeschweißte Rüstung, ein Kettenteil und die Schaufel eines Baggers als Beitrag zur Interpretation von «Kampf und Tod», angeordnet unter zwei kleinen Gewölben direkt neben römischen Weihsteinen in der Abteilung für Vor- und Frühge-

schichte. Das Werk lenkt die Aufmerksamkeit jedoch zu sehr auf die das Geschichtsbild des breiten Publikums ohnehin prägenden kriegerischen Aspekte der keltischen, römischen und alemannisch-fränkischen Geschichte, obgleich doch im Raum hauptsächlich kultische Gegenstände und Utensilien des täglichen Gebrauchs ausgestellt sind. Darunter Keramikscherben, Gewandschnallen und Werkzeuge oder das anmutige römische «Capricorn», ein Ziegenfisch, wie die Römer das Sternzeichen Steinbock nannten.

Ob es genügt, alte oder gebrauchte Materialien erneut zusammenzufügen, um einen Bezug zur Vergangenheit herzustellen, wie dies Gerda Bier mit ihrem *Hängenden Torso* unternahm, einem dünnen Gebilde in Form eines abgeknickten Stabs, mag dahin gestellt bleiben. Einen tieferen Eindruck hinterläßt sicher Thomas Lenks *Großvogel-Zyklus* neben den Exponaten zur mittelalterlichen Justiz: Eine künstlerische Interpretation von Folter und Tod des 1532 in Schwäbisch Hall fünfzehnmal gefolterten und schließlich gehenkten Hans von Kupferberg, genannt «Großvogel», eines des Raubes und Mordes verdächtigten Landsknechtes. Wie die Folter ins Fleisch, so schneidet das Kreuz ins Papier. Ein letztes goldfarbened Blatt, der Tod, versinnbildlicht die Erlösung von Folter und Qual.

Vorteile und Nachteile der Ästhetisierung

Keine völlig neuen, doch ebenso bemerkenswerte Wege beschreitet das Hällisch-Fränkische Museum durch die vom Gedanken der Ästhetisierung durchdrungene gestalterische Konzeption. Auch die alltäglichen Zeugnisse der Vergangenheit, die Scherben, Werkzeuge und Waffen, sind nicht mehr ausschließlich Künder einer untergegangenen Welt, sondern ausgestellt als Träger einer über den Alltag hinausreichenden ästhetischen Botschaft. Dieses Leitmotiv klingt in den historischen Abteilungen immer wieder an. Das Konzept der Ästhetisierung birgt im Falle des historischen Museums aber Gefahren.

In der Abteilung *Vor- und Frühgeschichte* darf die Verbindung von Ästhetik und Didaktik als gelungen gelten. Die archäologischen Fundstücke sind in großen Glasvitrinen, die von allen Seiten einsehbar sind, mit viel Gefühl für das Dekorative präsentiert, ruhen etwa teilweise auf locker hingestreutem gelben Sand, sind fast künstlerisch arrangiert. Zudem sind die Stücke gut und ausreichend bezeichnet; unter anderem auch durch einen leittextartigen Überblick über die vorgestellten Epochen.

In einem Raum des Keckenturms heben Lichtstrah-

ler Zeugnisse der *spätmittelalterlichen Frömmigkeit* aus dem Dunkel eines gleichsam vorreformatorisch-düsteren Raumes hervor. Der Besucher wird durch das Licht zum Objekt geführt, worunter sich so bedeutende Kunstwerke befinden wie die gotische Pietà aus der Michaelskirche in Schwäbisch Hall – eine der frühesten Darstellungen dieses Genres in Deutschland –, gleich zwei Palmesel aus dem 15. Jahrhundert und der Schrein eines spätgotischen Flügelaltars aus Lorenzenzimmern bei Vellberg.

In der etwas unglücklichen Auswahl fad-graublauer Podeste unter diesen Exponaten deutet sich aber bereits an, worin eine der Gefahren bei der Ästhetisierung des historischen Museums liegt. Anders als das reine Kunstwerk verlangt das historische Ausstellungsstück nach einem ihm wesensverwandten Ambiente. Spricht vor allem das qualitätsvolle Kunstwerk auch in einer fremden Umgebung aus sich selbst, so wirkt ein unter gleichen Bedingungen ausgestellter historischer Gebrauchsgegenstand, seien es nun unscheinbare Scherben oder ein Folterstuhl wie in Schwäbisch Hall, verfremdet, losgelöst, ja isoliert von der Vergangenheit, von «seiner» Geschichte. Er ist damit nur noch intellektuell, aufgrund von Reflexionen – wie etwa durch eingehende Beschreibung – zu erfassen. Im Falle der vorhin besprochenen spätmittelalterlichen Stücke, die ja nicht nur durch die Podeste verfremdet, sondern auch durch das Licht isoliert werden, wirkt dieser Effekt weniger störend, sind die Ausstellungsstücke doch Kunstwerk und liturgischer Gebrauchsgegenstand in einem.

Das soziale und politische Leben in der Reichsstadt Hall

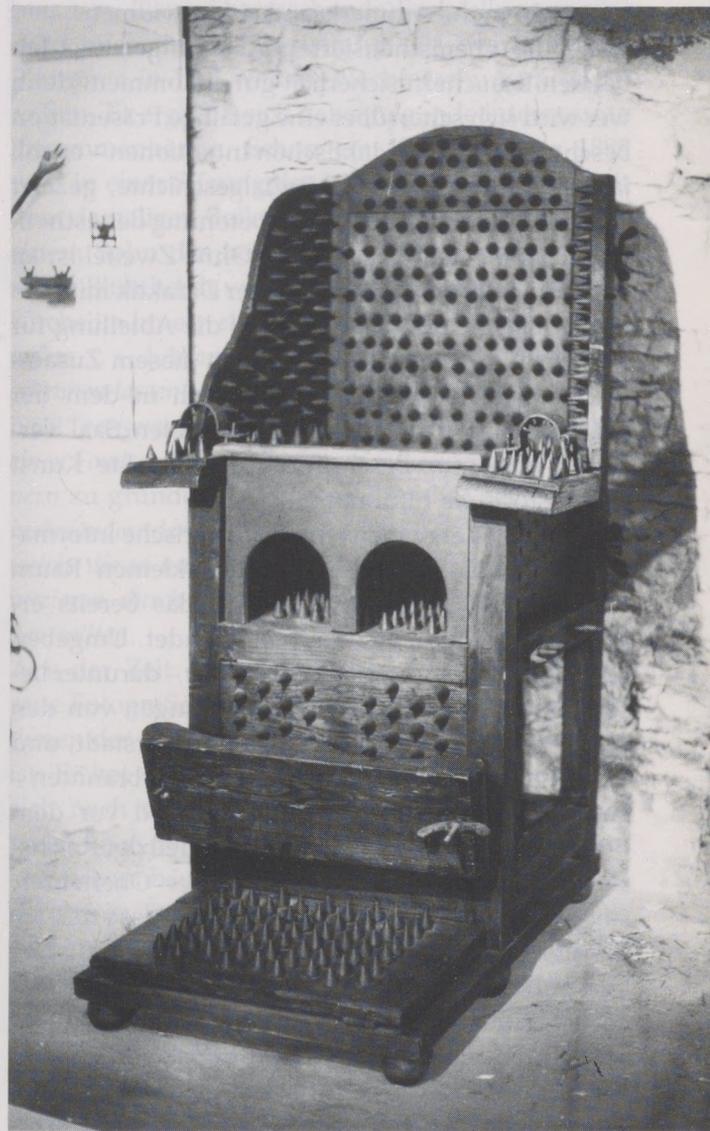
Mit einem gewissen Unbehagen wird man hingegen die beiden Abteilungen *Markt städtischer Lebensformen* und *der städtische Rat und seine Aufgaben*, also zwei eindeutig der Sozialgeschichte der Stadt Schwäbisch Hall gewidmete Abteilungen, wieder verlassen. Hier wurde des Guten, der Ästhetisierung und damit Isolierung der Exponate, die noch durch die postmodern sterile Atmosphäre des Raumes verstärkt wird, zuviel getan. In dieser Form vermag der an sich begrüßenswerte Gedanke, die einst in Hall miteinander – und auch gegeneinander! – lebenden sozialen Gruppen, die Adligen, Ratsherren, Handwerker, Ackerbürger, Kleriker, Frauen und Armen, durch ausgewählte Ausstellungsstücke vorzustellen, weder inhaltlich noch formal völlig zu überzeugen.

Nicht zuletzt aufgrund zu knapper Begleittexte be-

herrscht auf dem Markt allenthalben die Gegenständlichkeit der Exponate deren Geschichtlichkeit. Der konzeptionellen Idee zufolge soll der Besucher zwischen den Ausstellungsstücken wandeln wie auf einem mittelalterlichen Markt zwischen den dort vertretenen sozialen Gruppen. Da aber in dem inszenierten Markt weder optische Schwerpunkte noch räumliche Einheiten den Besucher leiten, und vielleicht auch weil die ausgestellten Stücke teilweise wenig repräsentativ sind, d. h. allein schlechterdings nicht für eine ganze soziale Gruppe stehen können, werden nicht wenige Besucher zwischen den Stelen und Vitrinen der Abteilung hilflos und beziehungslos umherirren.

Vielleicht hätte es einen lohnenden Versuch dargestellt, die soziale Hierarchie einer mittelalterlichen Stadt einmal anders darzustellen, nämlich von unten nach oben, von den Armen zum Adel. Ohnehin

Folterstuhl der reichsstädtisch hällischen Gerichtsbarkeit; vermutlich aus dem 17. Jahrhundert.



ist bedauerlich, daß eine sehr einflußreiche Schicht, nämlich die Kaufleute, auf dem Markt nicht erscheinen. Genausowenig übrigens wie die breite Schicht der nicht unbedingt zu den Armen gehörenden Tagelöhner, Knechte und Mägde.

Ähnliche Kritik wäre an dem Dreigestirn Dorf, Burg, Kloster, dem Gegengewicht zur städtischen Geschichte im Hällisch-Fränkischen Museum, zu üben. Auch schön präsentiert genügen ein wenig Keramik, eine Löwenkulptur, ein steinzeitlicher Hammer, gefunden in einem Kirchturm, wo er im Mittelalter als Blitzschutz verborgen wurde – Thor, der Gott des Donners, tritt mit einem Hammer auf! –, einfach nicht, die wichtige Rolle der Klöster im Mittelalter zu beleuchten. Auch in der dem Haller Rat gewidmeten Abteilung läßt sich der Eindruck einer gewissen Zufälligkeit und zu knapper Information nicht vermeiden. So wäre es durchaus angemessen gewesen, der städtischen Münze, also dem Heller, eine der wichtigsten Münzen des deutschen Mittelalters, der ja der Stadt Hall den Namen gab, mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Auch die überästhetisierten Abteilungen werden bei den Besuchern sicherlich gut ankommen, denn wer wird sich schon über eine gefällige Präsentation beschweren? Den didaktischen Intentionen – es soll ja Geschichte, und zwar Sozialgeschichte, gezeigt werden – wird jedoch die Überbetonung des ästhetischen Moments nicht gerecht. Ohne Zweifel ist an anderer Stelle die Verbindung der Didaktik mit dem «Schönen» besser gelungen. Auf die Abteilung für Vor- und Frühgeschichte wurde in diesem Zusammenhang schon hingewiesen. Auch in dem der spätgotischen Frömmigkeit gewidmeten Saal verbindet eine gute Beschriftung der Objekte Kunst und historische Information.

Ganz im Vordergrund steht die historische Information angemessenerweise in einem kleinen Raum eingangs des Museums, wo sich das bereits erwähnte verstümmelte Wappen befindet. Umgeben von historischen Ansichten der Stadt – darunter besonders beeindruckend die Zeichnungen von den Stadtbränden 1680, als die Gelbinger Vorstadt, und 1728, als zwei Drittel der Altstadt niederbrannten – befindet sich ein großes, das Stadtbild vor dem Brand von 1728 wiedergebendes Modell der Reichsstadt. Einst ein Hobby pensionierter Oberlehrer, sind solche Stadtmodelle längst Ergebnisse der Tätigkeit akademischer Arbeitsgruppen und kostspieliger Forschungsaufträge geworden. Das Haller Modell ist Haus für Haus und Mauer für Mauer wissenschaftlich gesichert. Per Knopfdruck kann sich der Besucher speziell über Infrastruktur und Entwicklung der Stadt informieren. Das Spiel mit den Licht-

knöpfen am Modell wurde zum Publikumsmagneten. Nicht zuletzt für Schulklassen, an die übrigens im Hällisch-Fränkischen Museum auch anderweitig gedacht ist: Auf großen Klapptafeln sollen einmal in den einzelnen Abteilungen – für Schüler pädagogisch aufbereitet – vertiefende Informationen bereitgestellt werden. Derzeit sind diese Tafeln aber noch leer. Eine Lehrerarbeitsgruppe will die Unterrichtseinheiten erarbeiten. Doch die Herren Lehrer lassen sich Zeit.

Chance des weiteren Ausbaus: Ausgleich zwischen Ästhetik und historischer Information

Nach der Eröffnung der ersten Abteilungen wird in Schwäbisch Hall nun an der weiteren konzeptionellen Gestaltung gearbeitet. Unter anderem gilt es, die Themenkreise frühe Neuzeit, Schwäbisch Hall als Salinenstadt und jüdische Geschichte vorzubereiten. Mit dem einzigartigen jüdischen Betsaal aus Unterlimpurg steht zumindest für die letztgenannte Abteilung ein Exponat von europäischer Geltung zur Verfügung.

Dem Hällisch-fränkischen Museum bietet sich die seltene Chance, unter denkbar günstigen Voraussetzungen bald eine umfassende Gesamtschau der historischen Entwicklung Württembergisch-Frankens zu präsentieren. Man darf auf die Fortsetzung der unter der Leitung von Dr. Harald Siebenmorgen durchgeführten Neukonzeption gespannt sein. Ein interessanter Anfang ist gemacht. Nicht zuletzt aufgrund der vielen anspruchsvollen – bereits durchgeführten oder geplanten – Ausstellungen, unter denen die dem Barockbildhauer Leonhard Kern gewidmete Werkschau einen ersten Höhepunkt darstellte.

Zu hoffen ist, daß die derzeit noch vernachlässigte Stadtmühle für die Zwecke des Museums behutsam umgebaut und saniert wird und dabei nicht zum öffentlich finanzierten Selbstdarstellungsobjekt zeitgenössischer Architektur gerät. Dies wäre der erste Schritt, um auch für die weiteren historischen Abteilungen die nötige wesensgleiche Atmosphäre zu schaffen. Mehr noch als in der Vergangenheit wird dann in der Zusammenarbeit mit Historikern ein Ausgleich zwischen Ästhetik und historischer Information zu suchen sein. Die ästhetisierende Präsentation wird dann sicherlich wieder auf eine dem historischen Museum angemessene Funktion reduziert: Als Stütze einer modernen, aber durchaus auch belehrenden Darstellung der Geschichte, die es dem interessierten Besucher ermöglicht, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, um so die Wurzeln der Gegenwart zu erkennen.

Evangelische Pfarrkirche Boll: Ein «romanischer» Taufstein vom Anfang unseres Jahrhunderts Heidi Rapp

Bemerkenswerter romanischer Taufstein – Von der alten Ausstattung ist nur der schöne romanische Taufstein und ein Opferstock erhaltengeblieben. So und in gleichem Sinn wird in allen Veröffentlichungen der letzten sieben Jahre vom Taufstein in der ehemaligen Stiftskirche St. Cyriakus, jetzt evangelische Pfarrkirche, in Boll bei Göppingen berichtet.

Diese Kirche ist eine dreischiffige, flachgedeckte Basilika aus der Zeit um 1200 mit tiefem Rechteckchor und schmucklosen Pfeilerarkaden. Das Kircheninnere wurde 1902 und zuletzt 1957 gründlich renoviert. Der achteckige Taufstein steht im Mittelschiff vor dem Altar. Er hat ein tief eingelassenes rundes Taufbecken (Kufe) und als Verzierung am Fuß eine

Schachbretteleiste sowie am oberen Teil des Schafts acht halbrunde Schilde. Er ist aus Stubensandstein gehauen. Wegen seiner klaren romanischen Formen gilt dieser Taufstein als besondere Zierde des schlichten hochmittelalterlichen Kirchenraumes.

Der alte zylindrische Taufstein gewährt «einen durchaus unschönen Anblick»

Bei Quellenstudien über die Renovierung der Boller Pfarrkirche im Jahre 1902 fand ich im Archiv des Dekanats Göppingen ein Schreiben von Bauführer Gabriel vom 14. Juli 1902. Zur Neuberechnung des Kirchenbaukapitals führt er alle Baumaßnahmen und Veränderungen auf, die im Rahmen der Renovierung vorgenommen wurden. Ein Satz in dieser Aufstellung lautet: *Stuhlung, Altar und Taufstein sind ganz neu.* Diese überraschende Feststellung veranlaßte mich, in der Registratur des evangelischen Pfarramts in Boll weitere Nachforschungen anzustellen. Es ergaben sich dabei folgende interessante Zusammenhänge. Schon am 17. Dezember 1885 wird in einer Sitzung des Kirchengemeinderats mit dem damaligen Boller Pfarrer Theophil Blumhardt, einem Sohn des bekannten Pfarrers Johann Christoph Blumhardt von Bad Boll, festgestellt, daß die Kirche im Innern *einen durchaus unschönen Anblick gewähre, (. . .) Altar und Taufstein, welche ein hohes Alter erkennen lassen, sind zum Teil schadhaf und überdies in nicht geeigneter Weise aufgestellt.* Man beschließt, *einen Fonds zur Verschönerung der hiesigen Kirche im Innern zu gründen.* In diesem Beschluß heißt es, *daß insbesondere der nicht gut erhaltene Altar und Taufstein, welche die an und für sich schöne Kirche nicht wenig verunzieren, durch neue, zweckentsprechendere ersetzt werden sollten.*

Aus der Zeit dieses Beschlusses existieren einige gute Fotografien vom Innern der Boller Kirche, auf denen der damalige Taufstein deutlich zu erkennen ist: Er hat die Form eines massigen Zylinders, der sich nach unten nur unwesentlich verjüngt, und weist keinerlei ornamentale Gestaltung auf. Nicht klar erkennbar ist eine bogenförmige Verflachung im oberen Teil, auch könnte der unter einer Decke verborgene obere Rand des Steines achteckig sein. Daß dieser *nicht gut erhaltene* Taufstein in seiner Form nicht identisch ist mit dem heutigen «romanischen», ist eindeutig.

Im Jahre 1896 stellt Pfarrer Christoph Blumhardt von Bad Boll, ein Bruder von Pfarrer Theophil Blum-



hardt, der Boller Kirchengemeinde Altar und Taufstein zur Verfügung, die im Kirchensaal von Bad Boll entbehrlich sind. Sie sollen bei der Renovierung der Kirche Verwendung finden. Das Geschenk wird dankbar angenommen, doch sind dieser Altar und dieser Taufstein nie in der Boller Kirche aufgestellt worden. Beide kommen später in die Kirche von Monakam bei Bad Liebenzell, wohin Pfarrer Theophil Blumhardt nach seiner Pensionierung 1900 zieht. Auf einer Abbildung des Kirchensaales von Bad Boll aus der Zeit um 1860 ist ein zierlicher Taufstein aus Holz, mit Schnitzereien verziert, gut zu erkennen. Dabei mag es sich um diesen für die Boller Kirche nicht geeigneten Taufstein handeln. Endlich im Jahre 1900 wird dann die längst fällige Renovierung der Boller Dorfkirche in Angriff genommen. Mit der Planung wird das Architekturbüro Prof. Paul Schmohl und G. Staehelin in Stuttgart beauftragt. In der ersten Baukostenberechnung vom 30. Mai 1900 ist auf Wunsch des Kirchengemeinderats vorgesehen, Altar und Taufstein weiter ins Mittelschiff zu rücken, weg von den Stufen zum Chor.

Am 3. Oktober des gleichen Jahres beschließt der Kirchengemeinderat jedoch, *statt der Versetzung von Altar und Taufstein die Erneuerung dieser Teile*. In einem Gutachten des Vereins für christliche Kunst in Stuttgart von Anfang März 1901 wird dieser Beschluß, *Altar und Taufstein neu herstellen zu lassen*, mit Freuden begrüßt. Für die Renovierung der Kirche wird empfohlen, *da es sich um einen interessanten romanischen Bau handelt, sich an einfache, streng romanische Formen zu halten*. Am 11. März 1902 wird Professor Schmohl gebeten, die Pläne zur Bearbeitung des Altars und des Taufsteins dem Kirchengemeinderat rechtzeitig vorzulegen. Diese sollen dann vom Verein für christliche Kunst begutachtet werden.

Handwerkerrechnung von 1902:
«Taufstein umgearbeitet»

Leider sind von der Renovierung selbst, die von April bis August 1902 durchgeführt wurde, keinerlei Pläne erhalten, so auch nicht diejenigen für die Bearbeitung von Altar und Taufstein. Das Thema Taufstein taucht auch weder in den sehr allgemein gehaltenen Verträgen mit den Handwerkern auf, noch in den Sitzungsprotokollen des Kirchengemeinderats während der Bauzeit.

Vollständig vorhanden sind dagegen die Rechnungen der Handwerker nach Abschluß der Renovierung. Darunter ist die Rechnung des Boller Steinhauers Christian Allmendinger vom 22. Oktober 1902. Dieser hat auch einige Grabmale für die Fami-

lie Blumhardt auf dem Friedhof von Bad Boll angefertigt, die jetzt unter Denkmalschutz stehen. In seiner *Rechnung für den hiesigen Kirchenbau* lautet ein Posten: *Taufstein umgearbeitet*. Bei einem Stundenlohn von 50 Pfennig berechnet er dafür 45 Mark, woraus sich eine Arbeitszeit von 90 Stunden ergibt. Beim heutigen Stundenlohn eines Steinhauermeisters würde die Arbeit etwa 4500 Mark kosten. Allen Handwerkern waren damals übrigens für die Durchführung ihrer Arbeiten Termine gesetzt; für jeden Tag Terminüberschreitung hätten sie umgerechnet den Lohn für 20 bis 40 Arbeitsstunden als Konventionalstrafe bezahlen müssen.

Von einem ganz neuen Taufstein ist im Protokoll des Kirchengemeinderats die Rede, ebenso bei Bauführer Gabriel, der die ganze Renovierung überaus gewissenhaft durchgeführt und großes Lob geerntet hat. Der Handwerker dagegen berechnet die Umarbeitung des Taufsteins. Dieser scheinbare Widerspruch ergibt sich wohl daraus, daß die ersteren die Neugestaltung des Taufsteins betonen, wogegen Steinhauer Allmendinger die Veränderung des vorhandenen alten Materials als Umarbeitung ansieht. Interessant ist auch, daß – auf Fotografien nachweisbar – der Taufstein heute noch am gleichen Platz steht wie der alte vor 1902, obwohl man schon 1885 und 1900 seine Versetzung für nötig hielt. Auch bei der Renovierung 1957 erwog man, den Taufstein aus dem Mittelschiff zu entfernen, kam aber wieder davon ab, den schweren Stein zu bewegen. Ähnliche Überlegungen könnten schon 1902 zu dem Entschluß geführt haben, den alten Taufstein an seinem ursprünglichen Platz zu überarbeiten, anstatt ihn zu beseitigen und einen neuen aufzustellen.

Es ist also durchaus wahrscheinlich, daß der Stein mit seinem großen und tiefen Becken – 74 cm Durchmesser, 40 cm Tiefe – aus der Zeit der Erbauung der ehemaligen Stiftskirche um 1200 stammt. Dafür spricht auch, daß man schon vom 15. Jahrhundert an statt der in den Stein eingelassenen Kufen Taufschüsseln aus Zinn verwendet hat. Aber seine heutige, als romanisch bewunderte Gestalt gab ihm im Jahre 1902 der Steinhauer Christian Allmendinger aus Boll nach Plänen des Architekturbüros Schmohl und Staehelin.

«Romanischer Taufstein» –
ein Fehlurteil wird ungeprüft weitergegeben

Nun ist wohl die Frage berechtigt, wie diese erst in unserem Jahrhundert vorgenommene Neugestaltung in der Folgezeit so völlig übersehen werden konnte. Nur einmal wird sie in der einschlägigen Literatur noch erwähnt. Im Band *Kunst- und Altertums-*



Stiftskirche St. Cyriakus in Boll bei Göppingen. Das obige Bild zeigt den Innenraum vor der Renovierung im Jahre 1902, das untere Bild den Zustand nach der Erneuerung. Deutlich ist nun ein Taufstein mit romanischen Stilformen zu erkennen.



denkmale im Königreich Württemberg, Oberamt Göppingen, Esslingen 1914, beschreibt Dr. Hans Klaiber die evangelische Pfarrkirche zum hl. Cyriakus in Boll. Er erwähnt die *große Erneuerung durch Schmohl 1902*. Unter «Ausstattung» folgt: *Romanischer Taufstein. Fuß, Schaft und oberer Rand der runden, nach oben ausweiteten Kufe achteckig, jedoch bei der Restauration abgeschafft und schlanker gemacht*. «Abschaffen» hat bei der Arbeit des Steinhauers die Bedeutung von weghauen, verändern, wie ich mir von Steinhauer Konrad Allmendinger in Boll, einem Enkel jenes Steinhauers Christian Allmendinger, sagen ließ. Auch Friedrich Kluge weist in seinem *Etymologischen Wörterbuch* auf den Zusammenhang hin von schaffen

mit lateinisch scabo und mit der urzeitlichen Wurzel skab, «Arbeit mit dem steinernen Schaber». In den *Kunstwanderungen in Württemberg und Hohenzollern*, Gradmann – Klaiber – Christ, ebenfalls 1914 erschienen, heißt es von der Boller Kirche: *Von den Ausstattungsstücken sind Taufstein und Opferstock noch romanisch*. Und Johannes Illig schreibt in seiner *Geschichte von Göppingen und Umgebung 1924*: *Aus der Zeit der Erbauung der Kirche stammt noch der spätromanische Taufstein*. Auf diese Quellen gehen wohl sämtliche seitherigen Berichte zurück. Daß es sich bei dem Taufstein in der Boller Kirche um eine ganz neue Gestaltung aus unserem Jahrhundert handelt, ist sichtlich nicht mehr bekannt gewesen.

Dieses Bild von Peter Fendi (1796 – 1842) mit dem Titel «Muttersorgen» führt schon zum nebenstehenden Artikel «Das Zwangszölibat der Mittellosen».



«Das Zwangszölibat der Mittellosen» – Verehelichungsverbote im 19. Jahrhundert

Carola Lipp

Im Januar 1865 wandten sich die württembergischen Arbeitervereine mit einer Bittschrift an den württembergischen König und verlangten die *Ab-schaffung der polizeilichen Verehelichungsbeschränkungen*, durch die sie *ihr natürliches Recht zur Ehe beschnitten* und die *bürgerliche Gleichstellung des Arbeiterstandes verhindert* sahen. Vom *Zwangszölibat der Mittellosen* sprach der Staatswissenschaftler Karl Braun 1868 und wünschte, *wir in Deutschland hätten diese Einrichtung, die er für ebenso unwirtschaftlich, wie unrechtlich und unmoralisch hielt, niemals kennengelernt*¹. Administrative und polizeiliche Beschränkungen der Ehe waren im 19. Jahrhundert zu einem Disziplinierungsinstrument für besitzlose Unterschichten geworden. Wer damals in Württemberg oder Hohenzollern, Hessen oder Bayern, Hannover oder Mecklenburg heiraten wollte, brauchte dazu eine obrigkeitliche Genehmigung²; und diese wiederum war abhängig, wie es in der württembergischen Amtssprache hieß, *vom Nachweis eines ausreichenden Nahrungsstandes*³. Die Ehemülligen mußten belegen, daß ihre wirtschaftlichen Mittel ausreichten, eine Familie zu gründen.

Württembergisches Bürgerrecht von 1833 erschwert Eheschließung

Restriktionen, mit denen *das zu frühe Heirathen* verhindert werden sollte, hatte es schon im achtzehnten Jahrhundert gegeben; diese waren aber nach der Jahrhundertwende im Zuge einer ersten Liberalisierung des Obrigkeitsstaates aufgehoben worden. Sie waren in vielen Staaten jedoch wieder eingeführt worden, nachdem die Hungerkrise 1816/17 und die wirtschaftliche Entwicklung danach zu einer massenhaften Verarmung geführt hatten. Angesichts des raschen Bevölkerungswachstums konnte die rückständige Wirtschaftsorganisation im agrarischen und gewerblichen Bereich längst nicht mehr die wachsenden Bedürfnisse nach Arbeit und Nahrung befriedigen. Es waren vor allem die Gemeinden, die für die Armenversorgung zuständig waren; und sie bestanden auf Wiedereinführung der Restriktionen, weil sie hofften, dadurch die Armenausgaben verringern zu können. Karl Braun nannte diese Haltung der Gemeinden das *Überbevölkerungs-Angst-Fieber* oder die *Armenhaus-Candidaten-Gespensterfurcht*⁴. Verehelichungsbeschränkungen, wie sie im 1833 verabschiedeten württembergischen Bürgerrecht verankert waren, sollten ein bevölkerungs-

politisches Bollwerk bilden gegen das befürchtete Anwachsen der Massenarmut.

Die Maßnahmen der Gemeindebehörden richteten sich dabei besonders gegen eine damals neu auftretende soziale Gruppe: die der mobilen Lohn- und Fabrikarbeiter, die ihre Heimatgemeinden verlassen hatten, um – im wahrsten Sinne des Wortes – in der Fremde ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Diese der ständischen Gesellschaft entwachsene Gruppe sollte wieder zurückgebunden werden an die traditionale subsistenzorientierte Wirtschaftsweise, in der die Heiratschance von der Übernahme einer Meister- oder Hofstelle abhing. Als ausreichender *Nahrungsstand* galten deshalb nach dem württembergischen Gesetz nur der selbständige Betrieb eines Gewerbes oder einer Landwirtschaft bzw. der Besitz eines gewissen Bar- oder Kapital-Vermögens.

Vermögensverhältnisse und Lebenswandel sind zu überprüfen

Die Gemeinden prüften bei der Erteilung der Heiratsurlaubnis aber nicht nur die ökonomische Situation eines Paares, sondern auch dessen Lebensführung. Genauso wie den Vermögenslosen konnte auch denjenigen das Heiraten verboten werden, die nicht haushälterisch mit ihrem Geld umgingen oder gar einen liederlichen und verschwendungssüchtigen Lebenswandel führten. Mit der Heiratsgesetzgebung wurde zugleich Moralpolitik betrieben. Sie wurde dazu benutzt, gesellschaftlich erwünschtes Verhalten zu erzwingen. Besonders mißtrauisch waren städtische wie ländliche Gemeinderäte deshalb gegenüber der neuen Lebensform der Lohn- und Fabrikarbeiter. Einmal, weil ihnen diese Art des Lebensunterhalts sehr risikoreich erschien, da die Arbeiter jederzeit entlassen und arbeitslos werden konnten; zum andern witterten sie bei dieser Gruppe einen Hang zum Luxus, da diese über mehr Bargeld verfügten als es z. B. bei Dienstboten oder Handwerkerge-sellen der Fall war. Da letztere Gruppe größtenteils noch im Haus der Arbeitgeber wohnte, war sie ohnehin sozial leichter zu überwachen als die unabhängigeren Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen.

Es gehört zu den sozialen Widersprüchen des 19. Jahrhunderts, daß das Bürgertum einerseits die Liberalisierung der feudalen Gesellschaft forderte und zur selben Zeit darauf bedacht war, die Freiheitsrechte der Unterschichten einzuschränken. Der Li-

beralismus war eine Bewegung des Besitz- und Bildungsbürgertums. Aus dessen Perspektive konnte ein verantwortlicher Bürger nur sein, wer auch wirtschaftlich selbständig und vermögend war. Dementsprechend kannte das württembergische Gemeindebürgerrecht der damaligen Zeit drei Klassen von Einwohnern: die aktiven Bürger, die Steuern zahlten und das Wahl- und Bürgerrecht besaßen, die Beisitzer mit eingeschränkten Bürgerrechten und schließlich die Ortsfremden: Eine ganz zentrale Kategorie in einer Gesellschaft, deren Horizont noch weitgehend lokal und korporativ begrenzt war.

Das für die Gemeinden teure Recht auf Armenversorgung war an das Bürger- oder Heimatrecht gebunden, weshalb die meisten Orte bestrebt waren, den Zuzug von Fremden so gering wie möglich zu halten. Das Bürgerrecht in einer Gemeinde erhielt man in der Regel durch Geburt. Wer sich an einem fremden Ort bürgerlich niederlassen wollte, der mußte sich in das dortige Bürger- oder Heimatrecht einkaufen. In einer Stadt wie Esslingen kostete dies um die Mitte des vorigen Jahrhunderts 1000 bis 1500 Gulden, in einer kleineren Gemeinde immerhin noch 600. Für jedes Kind erhöhte sich die Summe um ein Zehntel. Zugezogene Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem Jahreslohn von 180 bis 250 Gulden konnten so nie daran denken, an ihrem Fabrikort sesshaft zu werden; es sei denn, es gelang ihnen einzuheiraten. Genau dies aber sollte mit den 1833 eingeführten und 1852 verschärften Beschränkungen der Ehe kontrolliert und verhindert werden.

Obwohl in Württemberg nur rund 6–8 % der Eheschließungen durch Heiratsverbote unterbunden wurden, erregten die sozialen Auswirkungen doch einiges Bedenken bei den Zeitgenossen. Ein liberaler Beamter vermutete z. B. 1861, daß neben den real *verhinderten Ehen (...)* manche *Heiratslustigen (...)* ihr Gesuch gar nicht erst beim Gemeinderat vorzubringen wagten (...) und deshalb angenommen werden kann, daß in Folge dieses Gesetzes eine größere Anzahl von Ehen nicht geschlossen wurde, welche ohne dieses Gesetz zustande gekommen wären⁵. Bereits zwischen 1833 und 1850 war als Reaktion auf die Maßnahmen die Zahl der Eheschließungen um rund zwei Prozent zurückgegangen⁶; zugleich war das Heiratsalter insgesamt angestiegen. Daß der verlangte Vermögensnachweis vor allem in den Unterschichten einen Zwang zum längeren Ansparen auf die Ehe mit sich brachte, zeigen lokale Mikrostudien. In einem württembergischen Dorf⁷ z. B. lag das Heiratsalter von Dienstbotinnen, Tagelöhner- und Handwerkertöchtern bei 29 Jahren, während Frauen aus der bäuerlichen Oberschicht bereits mit 25 verheiratet waren.

Ähnlich verhielt es sich bei den Männern, für die zudem noch ein gesetzliches Mindestalter von 25 Jahren galt. Tagelöhner und Kleinhandwerker heirateten so in der Mehrzahl erst nach Erreichen ihres 30./31. Lebensjahres, die Oberschicht dagegen sehr viel früher, da vermögendere Bürger einen sogenannten Minderjährigkeitsdispens erhalten konnten.

Ansteigen der außerehelichen Geburten

Eine weitere Auswirkung der obrigkeitlichen Konzessionierung der Ehe war schließlich ein unaufhaltbarer Anstieg der unehelichen Geburten im Königreich Württemberg. Lagen diese in den 1830er Jahren noch bei rund 10 %, so stiegen sie bis Ende der 1850er Jahre auf 18, in manchen Regionen sogar über 30 %. Auch wenn man bedenkt, daß die Entwicklung der Gebürtigkeit genauso wie das Heiratsverhalten immer auch krisenhafte Entwicklungen widerspiegelt, so gibt es doch Auffälligkeiten, die darauf hindeuten, daß diese Entwicklung mit der restriktiven Heiratsgesetzgebung zusammenhängt. In anderen deutschen Ländern nämlich, in denen die Niederlassungs- und Ehefreiheit galt, war die Zahl der außerehelich Geborenen nur halb so groß wie in den Ländern mit Verehelichungsbeschränkungen. In Westpreußen lag die Unehelichenrate 1850 bei 6 %, in Württemberg bei 12,9 % der Geborenen; außerdem wurde in den Ländern ohne Restriktionen sehr viel mehr geheiratet als in Württemberg⁸.

Noch auffälliger war schließlich, daß nach Aufhebung der Ehebeschränkungen 1871 innerhalb von vier Jahren die Unehelichenziffer in Bayern, Württemberg und Hessen rapide sank; in einigen Regionen von 25 % auf 11 %, in Württemberg von 18 auf 8 %, um sich später auf 4 % einzupendeln.

Wie die Unehelichenraten zeigen, erzeugten die Verehelichungsverbote keineswegs den bevölkerungspolitischen Effekt, den sich die Initiatoren gewünscht hatten. Das sexuelle Verhalten der Unterschichten ließ sich nicht eindämmen, sondern wurde nur ins illegitime Abseits gedrängt. Mitunter produzierte das Gesetz geradezu uneheliche Kinder. Ein Beispiel mag dies illustrieren. Als die ledige Dienstmagd Magdalene Schneider aus Kiebingen bei Rottenburg schwanger wurde, reichte sie im Dezember 1858 beim Gemeinderat ihres Dorfes ein Verehelichungsgesuch ein, um den Kindsvater, den ledigen Maurer Wendelin Raidt aus dem benachbarten Bühl, zu heiraten, mit dem sie lange schon verlobt war. Da die Braut kein Vermögen besaß und das Heiratsgut des Bräutigams nur in 100 Gulden Lie-

genschaft und 95 Gulden Bargeld bestand, wurde ihnen die Heiratserlaubnis verweigert. Sechs Monate später brachte Magdalene eine uneheliche Tochter zur Welt und erhielt dafür eine zweitägige Arreststrafe. Die Verlobten versuchten daraufhin ihr Glück im Heimatort des Mannes, wurden aber wieder abgewiesen. Erst nachdem sie bei der vorgesetzten Behörde Widerspruch eingelegt hatten, erhielten sie nach zwei Jahren endlich die Genehmigung zur Heirat. Magdalene Schneider hatte inzwischen das zweite uneheliche Kind geboren.

Statt Ehe Konkubinat

Ähnlich wie dieses Paar reagierten viele der Betroffenen. Sie waren nicht bereit, ihre Verurteilung zur Ehelosigkeit zu akzeptieren, sondern nahmen, wenn sie ins heiratsfähige Alter kamen, sexuelle Beziehungen auf oder lebten im sogenannten Konkubinat. Obwohl nichteheliche sexuelle Beziehungen

als Unzucht mit Arrest- und Geldstrafen geahndet und Konkubinate sogar mit mehreren Monaten Gefängnis bestraft wurden, nahm Mitte des vorigen Jahrhunderts die Zahl der Unzuchtsdelikte und Konkubinate in Württemberg stetig zu. Statistiken der damaligen Zeit zeigen, daß die meisten Ausweisungen aus Gemeinden im Zusammenhang mit Verstößen gegen die obrigkeitliche Moral standen. Allein in den Jahren 1853 bis 1862 wurde ein Viertel der Ausweisungen wegen einfacher Unzuchtsdelikte ausgesprochen⁹. Noch einmal genausoviel hatten sich eines liederlichen Lebenswandels schuldig gemacht, und rund fünf Prozent waren wegen Konkubinats ausgewiesen worden. Vor allem die größeren Städte waren darauf bedacht, unbemittelte, ledige ortsfremde Frauen, wenn sie schwanger waren, sofort auszuweisen, um dadurch die Sorgspflicht auf die Heimatgemeinde der Frauen zu verlagern.

Wer in außerehelichen Beziehungen lebte, stand dauernd unter der Drohung polizeilicher Strafe oder Ausweisung. Ein Beispiel für die geradezu absurden Folgen der Heiratsgesetzgebung ist der Fall des Steinhauers Jacob Gerber aus Kuppingen, der achtzehn Jahre lang von der Esslinger Polizei verfolgt wurde. Gerber lebte im Konkubinat mit Pauline Maier, mit der er mehrere Kinder hatte, die er laut eigener Aussage *nach Vaterpflicht und Treue versorgte*. Das Heiratsgesuch des Paares war vom Esslinger Gemeinderat abgewiesen worden, da der nicht ortsgebürtige Gerber unvermögend war. 1846 bat Gerber den Esslinger Stadtrat *flehentlich*, ihm endlich die Ehe zu erlauben und ihn nicht von seinen drei, wie er schrieb, *verlassenen Waisen zu trennen*.

Seine Bittschrift enthüllt das ganze Ausmaß der Schikanen und polizeilichen Kontrolle, denen dieses Paar ausgesetzt war. *Ein über das andere Mal, schrieb Gerber, wurde ich von dem Polizeiamt abgeholt, wenn ich nur in dem Hause, da die Maier wohnt, in einem abgesonderten Zimmer¹⁰ schlief.*

Über einen ähnlichen Fall berichtet der Jurist Friedrich Thudichum in seinem 1866 erschienenen Buch über *Unzulässige Beschränkungen des Rechts der Verehelichung*¹¹. Zwei Verlobte, denen zwischen 1850 und 1865 mehrfach die Heirat verweigert worden war, wurden jedes Jahr von der Polizei heimgesucht und wegen Unzucht und *skandalösen Zuwandels*, wie der Rechtsbegriff damals lautete, bestraft. Insgesamt belief sich der Preis dieser Beziehung auf 41 Tage Arrest und 20 Gulden Arrestkosten. Zweimal wurde die Frau, die aus einer anderen Gemeinde stammte, von der Polizei zwangsweise in ihren Heimatort zurückgebracht. Und dennoch hielt diese Verlobung, die inzwischen durch fünf Kinder gefestigt war.

Verzeichnis

der

in
seit dem Jahre 1848

1853 - 1862

aus dem

Staddirektionsbezirk Stuttgart

ausgewiesenen Personen.



Stuttgart 1859.

Buchdruckerei von Carl Hauber.

Repression und rigide Kontrolle konnten zwar vorheliche Sexualität nicht unterbinden, doch führten sie zu täglichen Demütigungen und Entwürdigungen. Daß Frauen mehrere uneheliche Kinder hatten, war so typisch für die Geltungszeit der Verehelichungsbeschränkungen. Häufig, aber nicht immer standen dahinter feste Beziehungen. Es gab auch Frauen, die versuchten, mit wechselnden Partnern im Hafen der Ehe zu landen. Die Gefahr, jeweils sitzengelassen zu werden, erhöhte sich dabei mit jedem Kind.

Eine Möglichkeit, den Restriktionen zu entkommen, war die Auswanderung. *Weil ihr das Heurathen hier nicht gestattet werden wolle*, verließ z. B. Antonia Wittel, die Tochter eines Schneiders, ihr Heimatdorf¹². Sie wollte zusammen mit ihrem Bräutigam und dem jüngsten ihrer drei unehelichen Kinder ein neues Leben in Amerika aufbauen. Die Reise bezahlte ihr die Gemeinde, die froh war, eine potentielle Armenhäslerin loszuwerden.

Andere Frauen waren in sehr viel aussichtsloseren Situationen. Maria Scheuing, die Tochter des Waldschützen zu Lorch, wußte 1848 keinen anderen Ausweg, als ihr fünftes uneheliches Kind zu ersticken, wofür sie mit zwölf Jahren Zuchthaus büßte¹³. Allein zwischen 1836 und 1848 wurden in Württemberg 60 Frauen wegen Kindsmord und 92 wegen Verheimlichung der Geburt verurteilt.

Bürgerliche Entrüstung über «liederliche Lumpenmenscher»

Obwohl in dieser Zeit uneheliche Geburten unvermeidlich waren, bedeutete dies nicht, wie die Sozialgeschichte lange vermutete, daß Illegitimität sozial akzeptiert war. Viele in den Gemeindearchiven dokumentierte Konflikte belegen, daß uneheliche Mütter unter der Schande litten, so die Sprache der Quellen, *keinen Vater zum Kind zu haben* oder von ihrer Umwelt als *liederliche Lumpenmenscher* betrachtet zu werden.

Bürgerliche Kreise reagierten auf diese Verhältnisse zum Teil mit Abscheu und moralischer Entrüstung. Vor allem nach der Revolution 1848 erhoben sich immer lauter die Klagen über die *Zunahme der Liederlichkeit, der unehelichen Geburten und den damit gegebenen Zuwachs des sittlich haltlosesten und zugleich unglücklichsten Proletariats, welches ohne den Segen des Heimatgefühls aufwächst, meistens ohne Erziehung, ohne Vermögen, ohne den sittlichen Halt, welche das Bewußtsein verleiht, durch eine ehrbare Geburt einer ehrbaren Familie anzugehören*¹⁴.

In Württemberg entstand in dieser Zeit eine evangelische Reformbewegung, die sogenannte «Innere

Mission», die sich die *Versittlichung des Arbeiterstandes* aufs Panier geschrieben hatte, und deren erste Forderung war, die Verehelichungsbeschränkungen und Unzuchtsstrafen zu verschärfen und alle Formen von Volkslustbarkeiten wie Kirchweihen oder Tanzvergnügen streng zu reglementieren. 1852 kam es in der Tat zu entsprechenden Gesetzesänderungen und Erlassen.

Eine Gegenposition zu dieser strengen protestantisch-pietistischen Moralpolitik vertrat u. a. der demokratische Abgeordnete Moritz Mohl. Seiner Ansicht nach war eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation durch eine liberale Gewerbepolitik und die Freigabe der Heirat und Niederlassung ein sehr viel effektiveres Mittel, uneheliche Geburten zu reduzieren, als dies durch Restriktionen möglich war. *Wo der Erwerb erleichtert ist, so seine Argumentation, wo es somit wenig Arme gibt, [wird] auch die Sittlichkeit von selbst gehoben*¹⁵.

Evariste Luminais (1821 – 1896): «Noch ärmer.»



Beseitigt wurden die Verehelichungsbeschränkungen allerdings erst 1871, nach der Gründung des deutschen Reiches. Interessanterweise stieg in diesem wie auch im folgenden Jahr das durchschnittliche Heiratsalter in allen Orten Württembergs sprunghaft an. Jetzt gingen Brautpaare zum Altar, die mehr als 20 Jahre auf diesen Augenblick gewartet hatten. Sie waren darüber oft 40 oder 50 Jahre alt geworden und Eltern vieler Kinder; dennoch wollten sie auf diesen Akt der Ehrbarmachung nicht verzichten¹⁶.

In kürzester Zeit sanken auch die Unehelichenraten um mehr als die Hälfte, und auch die von Mohl prophezeite Wirkung besserer Löhne und größerer Freizügigkeit stellte sich ein. Die *Naturtriebe* wurden jetzt, um die Worte eines Ministerialgutachtens aus dem Jahre 1864 zu benutzen, *in die gesunde Bahn des Familienlebens*¹⁷ gelenkt. Hatte obrigkeitliche Moralpolitik 40 Jahre lang versucht, Unterschichten vom Heiraten auszuschließen, so verfolgte die bürgerliche Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts eine neue Strategie: nämlich die der Familialisierung. Staatliche Maßnahmen der Sozialfürsorge waren nun darauf angelegt, das Ideal der bürgerlichen Familie in den Unterschichten zu verbreiten. Versprochen wurde diesen ein ungetrübtes *häusliches Glück*, wie eine der bekanntesten Ehefibeln des 19. Jahrhunderts hieß.

- 1 Karl Braun: Der Zwangs-Zölibat für Mittellose in Deutschland. In: Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte. Bd. XX., 1867, H. 4, S. 1–80.
- 2 Klaus Jürgen Matz: Pauperismus und Bevölkerung. Stuttgart 1980.
- 3 Carola Lipp: Dörfliche Formen generativer und sozialer Reproduktion. In: Wolfgang Kaschuba / Carola Lipp: Dörfliches Überleben. Tübingen 1982, S. 288–607.
- 4 K. Braun: Der Zwangs-Zölibat für Mittellose . . . (wie Anm. 1), S. 5.
- 5 Zitiert nach K. J. Matz: Pauperismus und Bevölkerung. (Wie Anm. 2), S. 206.
- 6 Ebd. S. 301.
- 7 C. Lipp: Dörfliche Formen . . . (wie Anm. 3), S. 369 ff.
- 8 Antje Kraus: «Antizipierter Ehesegen» im 19. Jahrhundert. In: Vierteljahresschrift für Wirtschaftsgeschichte Jg. 66, 1979, S. 174–215.
- 9 Bei 613 ausgewiesenen Personen von insgesamt 2634 Ausgewiesenen hieß die Begründung «einfache Unzucht», und bei noch einmal 619 Personen erfolgte die Ausweisung wegen zweifelhaftem Lebenswandel, d. h. sie hatten, wie es damals hieß, ein «schlechtes Prädikat»; 98 hatten sich des Konkubinatns schuldig gemacht. Vgl. Carola Lipp: Ledige Mütter, «Huren» und «Lumpenhunde». In: Utz Jeggle et al (Hg.): Tübinger Beiträge zur Volkskultur. Tübingen 1986, S. 70–86, hier S. 84.
- 10 Ebd. S. 83. Siehe auch Stadtratsprotokoll Eßlingen 1846.
- 11 Friedrich Thudichum: Über unzulässige Beschränkungen des Rechts der Verehelichung. Tübingen 1866, S. 143.
- 12 Gemeinderatsprotokoll Kiebingen 16. 5. 1850, zit. nach C. Lipp: Dörfliche Formen . . . (wie Anm. 3).
- 13 Beobachter 18. 5. 1848. Zitiert nach: Carola Lipp: «Fleißige Weibslaut» und «liederliche Dirnen». In: C. Lipp (Hg.): Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Moos/Bühl 1986, S. 37.
- 14 Leitartikel zum Thema «Innere Mission» aus «Die Neue Zeit», 16. 4. 1850.
- 15 Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten vom 22. 3. 1853.
- 16 C. Lipp: Dörfliche Formen . . . (wie Anm. 3), S. 288 und 396.
- 17 Gutachten des Innenministeriums vom 15. 1. 1864, Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

Buchbesprechungen

GERDA LUISE BAUER und WILLY DAUBERT: **Württemberg. Der Name und seine Herkunft. Eine alternative Studie.** Hohenloher Druck- und Verlagshaus Gerabronn 1987. 71 Seiten Efs.lin DM 14,80

Zugegeben, der Umschlagtitel macht den landeskundlich Interessierten neugierig, denn seit dem bemerkenswerten Festvortrag von Prof. Dr. Hansmartin Decker-Hauff aus Anlaß des 1983 gefeierten Jubiläums 900 Jahre Haus Württemberg ist die Diskussion um die Herkunft von Namen und Familie neu entfacht.

Der Untertitel *eine alternative Studie* und der Hinweis *verfaßt von . . .* entpuppt sich beim ersten Durchblättern als Begriffsirrtum, denn zwischen den beiden gelben Buchdeckeln stammen nur ganze zehn Textseiten aus der Feder der «Verfasser», die übrigen 48 Druckseiten füllen Beiträge anderer Autoren. Zumal im Vorwort die Neuherausgabe dieser älteren Arbeiten als Hauptanliegen genannt wird, wäre auf dem Titelblatt die Vokabel *herausgegeben von . . .* richtiger gewesen.

Gerda Luise Bauer und Willy Daubert wollen mit diesem Buch *klarlegen, daß die Herkunft des Namens «Württemberg» sehr wohl geklärt ist.* Sie sind der Meinung, die Kenntnis der etymologischen Ableitung sowohl des luxemburgischen wie des schwäbischen «Württembergs» vom keltischen Götternamen Veraudunus sei heute verloren. Ganz so pessimistisch muß der Wissensstand der hiesigen Historiker jedoch nicht beurteilt werden!

Gleich zu Beginn auf Seite 11 wird die Behauptung aufgestellt, die heutige Schreibung des Namens Württemberg sei *eine Erfindung König Friedrichs.* Jeder, der sich näher mit der Landesgeschichte befaßt, weiß aus eigener Erfahrung, daß bereits seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert häufig Württemberg geschrieben wird. Ansätze sachlicher Beschreibung der beiden Berge bleiben stecken oder gehen zwischen Nebensächlichkeiten unter. Bedeutungslos für das Thema ist beispielsweise die umständliche Schilderung, in welchem Raum und an welcher Wand des Luxemburger Musée de l'Etat die Fundgegenstände vom dortigen Widdebiereg ausgestellt sind. Auch der vom «Verfasser» Daubert übersetzte Beitrag Nicolas van Wervekes *Deo Verauduno – Die Verdun von Luxemburg* (S. 25–52) bringt in seiner Ausführlichkeit Einzelheiten, die den Leser eher verwirren. Hier wäre eine sachkundige Kürzung angebracht gewesen.

Auf den Seiten 56–70 ist der Wortlaut eines Vortrags von Peter Goeßler abgedruckt, den der württembergische Archäologe 1929 in Marburg gehalten hat. Trotz intensiven Suchens war der vollständige bibliographische Nachweis im Buch nirgends zu finden. Er wird hier vom Rezensenten ergänzt: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, 77. Jg. Nr. 10–12/Okt.–Dez. 1929, Sp. 241–249. Etwas überarbeitet ist dieser Text auch in der Monatsschrift «Württemberg» (Jg. 1929, S. 186–193) abgedruckt. Fast alles, was auf den vorangegangenen Seiten mehr oder weniger verwirrend

geschildert worden ist, bringt Goeßlers Text übersichtlich und gestrafft.

Zuletzt sei ein Blick auf das völlig unsystematische und daher unbrauchbare Literaturverzeichnis gestattet. Es zeigt einmal mehr die Unbeholfenheit der «Verfasser», denn Angaben wie *Uhland, Robert: 900 Jahre Haus Württemberg* oder *Musée de l'Etat, Luxemburg* widersprechen elementaren Grundregeln wissenschaftlicher Arbeit. Der Abdruck von Landkarten ohne Quellen- bzw. Maßstabsangabe ist ebensowenig hilfreich.

Fazit: ein überaus entbehrliches Buch, dessen Sinn eigentlich nur darin bestehen kann, daß quellenkritisch geschulte und in der Materie kundige Landeshistoriker dadurch angestachelt werden, sich endlich ernsthaft der Herkunft von Name und Haus Württemberg anzunehmen und mit schlüssigen und wissenschaftlich begründeten Abhandlungen die Diskussion auf einen soliden Boden zurückzuholen, so wie dies derzeit der Tübinger Professor Mertens tut.

Harald Schukraft

MEINRAD SCHAAB: **Geschichte der Kurpfalz. Band 1: Mittelalter.** W. Kohlhammer Verlag Stuttgart 1988. 244 Seiten, 20 Seiten KD-Teil mit 40 Karten. Leinen DM 59,-

Wenn auch der Name als Bezeichnung für ein kleines Restgebiet fortlebt, ist doch die Kurpfalz, das vornehmste weltliche Fürstentum des alten Deutschen Reiches, 1803 von der politischen Landkarte verschwunden. Um so verdienstvoller ist es, daß nun zum ersten Mal seit über hundert Jahren eine Gesamtgeschichte dieses wichtigen Reichslandes vorliegt. Der jetzt erschienene Band behandelt dabei die Zeit von der Ersterwähnung des Begriffs «Pfalzgraf» im Merowingerreich bis zum Landshuter Erbfolgekrieg 1504.

Meinrad Schaab kommt es vor allem auf zwei Hauptstränge der pfälzischen Geschichte an, die er kritisch und akribisch durch die Jahrhunderte verfolgt: einmal die Herausbildung eines pfälzischen Territoriums, zum andern die Rolle des rheinischen Kurfürsten als Reichsvikar und Erztruchseß und damit Mitgarant des Reichs. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar; es entstanden aber auch Spannungen, an denen die «alte» Pfalz, allerdings erst in der Neuzeit, dann schließlich gescheitert ist. Hier wird die Pfälzer Geschichte paradigmatisch für das Scheitern des alten Reiches insgesamt. Denn in den Überforderungen und überhöhten Ansprüchen, wie auch in der Pracht und der Höhe der geistigen Kultur, die das einzige große weltliche Fürstentum im Westen, im rheinischen Kernland des Sacrum Imperium, auszeichnen, sind Glanz und Elend des ersten deutschen Staates in nuce ablesbar.

Detailliert stellt der Autor dar, wie sich aus dem Hofamt der Merowinger und Karolinger mit dem lothringischen Pfalzgrafen ein Reichsfürst mit eigenem Territorium entwickelte. Entscheidend hierfür war, daß die Staufer dieses Amt dazu benutzten, ihre Hausmacht am Oberrhein, spe-

ziell das Saliererbe, unter diesem übergreifenden Titel zusammenzufassen. 1214 traten dann die Wittelsbacher hierin das Staufererbe an. Die Geschichte dieser Dynastie ist dann bis 1803 untrennbar mit der pfälzischen Landesgeschichte verbunden. Die Teilung des Erbes 1329 in Pavia, die Auseinandersetzung um die Kur und die Niederlage im Landshuter Erbfolgekrieg sind nur aus der Rivalität innerhalb dieses bedeutenden Geschlechts erklärbar. Gleichzeitig kann aber Meinrad Schaab auch aufzeigen, wie diese Wittelsbacher vom 13. bis ins 15. Jahrhundert aus einem Konglomerat von Rechten, Ämtern, Vogteien, Pfändern und Lehen ein einheitliches Land zu schaffen suchen; ein Vorgang, der für viele andere deutsche Territorien zum Vorbild wurde.

Fazit: Ein Buch, dessen Gründlichkeit und Wissenschaftlichkeit imponieren, das aber auch durch seinen komprimierten Handbuchcharakter hohe Anforderungen an die Konzentration und das Vorwissen des Lesers stellt. Im übrigen würde auch der württembergischen Historiographie eine ähnlich solide und genaue Gesamtdarstellung wohl anstehen.

Michael Bayer

JÜRGEN SYDOW: Städte im deutschen Südwesten. Ihre Geschichte von der Römerzeit bis zur Gegenwart. W. Kohlhammer Verlag Stuttgart 1987. 228 Seiten mit 24 Abbildungen. Leinen DM 49,80

Endlich ist sie da, die lang erwartete Übersicht zur Geschichte der Städte, zum Städtewesen, zur Stadtentwicklung im deutschen Südwesten. In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Publikationen zu Einzelproblemen der Stadtgeschichtsforschung gerade im deutschen Südwesten erschienen: eine Zusammenfassung war längst überfällig.

Nach einer Vorbemerkung zum Begriff der Stadt und zur Frühzeit des Städtewesens geht Sydow das Thema in sechs Zeitschnitten an: Zwischen Spätantike und Karolingerzeit, von den Karolingern bis zu den hochmittelalterlichen Stadtgründungen, im 12. und 13. Jahrhundert, im Spätmittelalter, von der Reformation bis zum Ende des Alten Reiches, Ausblick in das 19. und 20. Jahrhundert. Zum «Herzstück» des Buches wurde das Kapitel über das 12. und 13. Jahrhundert, die *Epoche der kommunalen Freiheit und der Stadtgründungen* (S. 50–115). Sydow bezeichnet diese Zeit als den *Scheitelpunkt der Entwicklung in der Stadtgeschichte*. Tatsächlich treten in dieser Epoche zu den bereits davor bestehenden (Bischofs-)Städten wie Basel, Straßburg, Speyer, Worms und Mainz allein in Württemberg 97 neue Stadtgründungen, in Mitteleuropa etwa 3000.

Sehr gründlich und additiv diskutiert Sydow die Gründung einzelner Städte und die Entwicklung der Bürgerschaft zur kommunalen Selbständigkeit und Freiheit an immer wieder neuen, meist variierenden Beispielen: Augsburg, Straßburg, Basel, Konstanz, Ulm, Esslingen, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Wimpfen, Heilbronn, Reutlingen, Rottweil, Biberach, Ravensburg, Pfullendorf, Lindau, Wangen, Kempten, Überlingen, Memmingen, Freiburg. Deutlich wird dabei, daß vor allem un-

ter den Staufern die Städte immer mehr die Aufgaben der Königspfalzen übernehmen, Aufenthaltsstätten der stets von einem Ort zum anderen ziehenden Könige werden, für deren Verpflegung sie ebenso sorgen müssen wie für die ihres Gefolges. Die Städte als Zentren von Wirtschaft und Handel übernehmen die Sicherung von Straßen und dienen – wie sich im Reichssteuerverzeichnis von 1241 zeigt – als finanzielle Reserve des Reiches. Doch das wirtschaftliche Erstarken bringt den Städten nicht nur Pflichten, sondern ermöglicht ihnen auch emanzipatorische Schritte. Es entstehen Organe kommunaler Selbstverwaltung – Rat oder Gericht – und Handwerkerorganisationen. Die Verselbständigung der Städte wird offenkundig auch durch deren Einbindung in das Reichsrecht, am augenfälligsten aber wohl an den Städtebündnissen, deren erste noch in Stauferzeit geschlossen wurden.

An den Begriffen, mit denen das neuentstandene städtische Leben bezeichnet wird, kann Sydow Einflüsse klösterlichen Lebens, insbesondere aber der mittelalterlichen Kirchenrechtler aufzeigen. Er erläutert zudem, was städtische Freiheit für den, der *über Jahr und Tag in der Stadt saß*, in der Regel bedeutete: Freiheit von einem Leibherren, Verringerungen des *Abstands zwischen ritterlicher und bürgerlicher Welt*, freie Vererbung des Eigentums, freiere Entfaltung in Handwerk und Handel, Gleichheit vor Gericht und im Rechtswesen.

Die Lektüre des Bandes ist vielleicht nicht gerade spannend und unterhaltsam, doch wird man solide und faktenreich informiert, kann man sich die großen Entwicklungslinien der Stadtgeschichte erschließen. Die Fachleute – Historiker, Wissenschaftler, Studenten und stadtgeschichtlich Interessierte – werden allerdings bedauern, daß dieses lang erwartete Buch die Grundvoraussetzungen eines Standardwerkes vermissen läßt: Es besitzt keine Fußnoten und verfügt so weder über einen Nachweis noch über einen wissenschaftlichen Apparat. Immerhin hilft ein vorzüglich ausgewähltes Literaturverzeichnis weiter.

Wilfried Setzler

KLAUS BEYRER (Hg): Die Reise nach Tübingen. Stadtansichten zwischen 1700 und 1850. Gunter Narr Verlag Tübingen 1987. 227 Seiten mit einigen Abbildungen. Kartoniert DM 29,80

Es liegt ein besonderer Reiz darin, aus zeitgenössischer Feder von längst vergangenen Zeiten zu erfahren, sozusagen mit fremden Augen in eine Stadt zu sehen, die man zu kennen glaubt und die doch fremd wirkt in der Distanz der Jahrhunderte. Klaus Beyrer hat es unternommen, für Tübingen historische Berichte und Schilderungen zu sammeln und unter dem etwas irreführenden Titel *Die Reise nach Tübingen* herauszugeben. Zwar stammt eine ganze Reihe der Texte von Personen, die als Reisende nach Tübingen gekommen waren, denen also die Verhältnisse in der einzigen Universitätsstadt des Königreichs Württemberg fremd waren und die daher unvoreingenommen und manchmal etwas naiv aus und über Tübingen berichteten. Vom Reisen nach Tübingen, respektive von der Abreise aus der Stadt handeln aber nur die wenigsten Texte.

Die Stellung Tübingens als Universitätsstadt, aber auch als Heimat des Buchhändlers und Verlegers Cotta, brachte es mit sich, daß der Autor aus einem großen Fundus schöpfen konnte. Goethe oder Karl August Varnhagen von Ense beispielsweise wären sonst wohl kaum an den Neckar gekommen. Dasselbe mag für viele der nach Tübingen gereisten Ausländer gelten, und auch württembergische Geistesgrößen wie Wilhelm Waiblinger oder Wilhelm Hauff kannten die Stadt hauptsächlich aus ihrer Studentenzeit. Fast alle der ausgewählten Texte stammen aus den Jahren 1750–1850, mit Schwerpunkt auf dem Biedermeier. Skuriles wie die Beschreibungen des geisteskranken Hölderlin durch – auf ihre Weise sensationslüsterne? – Zeitgenossen mischen sich mit wissenschaftlich akribischen Beschreibungen der Stadt wie jener durch den Preußen Friedrich Nicolai. Mancher Bericht zeugt von der Oberflächlichkeit eines ephemeren Besuchs, andere von einer tiefen Liebe zur (Wahl-)Heimat. Doch allen – oder doch fast allen – ausgewählten Texten ist eines gemeinsam: Sie kehren die positiven Seiten der Stadt hervor, betrachten Tübingen mit freundlichem Wohlwollen. Erachtete kein Besucher, so sei kritisch gefragt, die Not der Weingärtner erwähnenswert, die miserablen Wohnverhältnisse – auch der Studenten! – oder wenigstens den Dreck und Unrat in den Straßen und Gassen der sich noch in mittelalterlicher Enge präsentierenden Stadt?

Der mit vielen zeitgenössischen Stichen und Autographen-Faksimiles ausgestattete Band wird vor allen bei jenen auf Interesse stoßen, die Tübingen nicht nur von einem flüchtigen Besuch her kennen und deren Auge geschult ist, eher unscheinbare Relikte der Vergangenheit zu registrieren. Neben die Lust am Stöbern in diesem Lesebuch, dem Miterleben einer weitgehend doch untergegangenen Welt in den Schilderungen der großen Alten – etwa Goethes Tagebucheintragen über die Glasfenster der Stiftskirche! – tritt die Freude über neue Eindrücke; das Auge wird geöffnet für ein Erleben der Stadt unter neuem Blickwinkel. Für das kommentierte Autorenverzeichnis, das die Texte durch die Biographien der Autoren zusätzlich erschließt, darf man besonders dankbar sein.

Raimund Waibel

OTTO WINDMÜLLER: Das Handwerk in Schwäbisch Hall vom Ende der Reichsstadtzeit bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1862. Scripta Mercature Verlag St. Katharinen 1987. 220 Seiten. Broschiert DM 32,-

Die Eingliederung der Reichsstadt Hall in das württembergische Staatsgebiet im Jahr 1802 hatte auch Folgen für die mehr als vierzig Handwerkerzünfte, die das wirtschaftliche und politische Bild der Stadt bestimmt hatten. Die Hauptaufgabe der neuen Administration bestand darin, die vielfach beklagten «Handwerksmißbräuche» zu beseitigen. Wichtige Stationen dabei waren die neue Gewerbeordnung von 1828 und schließlich die Einführung der Gewerbefreiheit knapp vierzig Jahre später. In den sechzig Jahren des Übergangs vollzog sich ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel, der die aus dem Mittelalter stammenden Strukturen des starren Zunftsystems

schließlich in die beginnende Hochindustrialisierung überführte.

Diese Darstellung, eine Tübinger Dissertation, vollzieht diese Veränderungen am Beispiel einer württembergischen Stadt aus dem Blickwinkel des Handwerks nach. Gleichzeitig wird damit ein exemplarischer Beitrag zu einer Phase der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Württembergs geleistet, die vom Bedeutungsverlust des Handwerks und des Kleingewerbes gekennzeichnet ist.

Werner Frasch

PAUL SAUER: Alt-Stuttgarter Photoalbum. W. Weidlich Verlag Würzburg 1987. 80 Seiten mit 84 Abbildungen. Pappband DM 29,80

HARALD SCHUKRAFT: Damals über Stuttgart. Innenstadt und Vororte in Luftbildern aus den zwanziger bis vierziger Jahren. Silberburg Verlag Stuttgart 1988. 120 Seiten mit 106 Abbildungen. Pappband DM 39,80

Nach der großen Euphorie des Wiederaufbaus in den 50er und 60er Jahren, dem ungebrochenen und leider oft auch ungebändigten Glauben an den Fortschritt, der oft genug statt eines Wiederaufbaus den Abriss in der über Jahrhunderte gewachsenen Struktur der Stadt bedeutete, hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten der Blick für die historisch gewachsene Struktur geschärft und das Bewußtsein gefestigt, daß in der Nachkriegszeit in den zerbombten deutschen Städten eine seelenlose und sterile Betonwüste entstanden ist. Foto- und Bildbände, die den alten und oft abgegangenen Bestand an historischen Bauten zeigen, haben im Zeichen dieses Wandels einen wahren Boom erlebt. Stadtarchivdirektor Professor Paul Sauer und der Journalist und Historiker Harald Schukraft legen zwei weitere Beispiele dieses Genres vor.

Paul Sauer kann vor allem aus den Beständen des Stadtarchivs schöpfen und veröffentlicht 80 Fotografien aus der Zeit um die Jahrhundertwende, versehen mit kurzen Kommentaren und ergänzt durch eine Einleitung *Stuttgart um 1900*. Der Stuttgarter Stadtarchivar hat erfreulicherweise darauf geachtet, häufig auch Personen in den Vordergrund des Interesses zu rücken. Der Markt vor dem alten Stuttgarter Rathaus, Boten und Fuhrleute auf dem Leonhardsplatz, Dienstmädchen beim Platzkonzert auf dem Schloßplatz, eine Giraffen fütternde Dame in Weiß in der Wilhelma: Fotos, die ungleich menschlicher sind als die – ebenfalls vertretenen – statischen Gebäude-Portraits oder die sich immer gleichenden Vereins- und Militäraufzüge. Im Blick in die Gesichter Stuttgarter Bürger und im Beobachten arbeitender oder auch feiernder Menschen lebt die Zeit um 1900 auf. Doch auch die *Schattenseiten jener Jahre*, die *ungelösten sozialen Probleme* sichtbar zu machen, wie Paul Sauer in der Einleitung ankündigt, gelingt mit den ausgewählten Bildern weniger. So entsteht beim Durchblättern doch der Eindruck einer «guten alten Zeit». Einer Zeit, von der meist nicht einmal die steinernen Monumente wie das neue Rathaus, auf das die Stadtväter so stolz waren, erhalten blieben.

Das alte Stuttgart existiert nicht mehr! So muß auch die zentrale Aussage des zweiten, von Harald Schukraft her-

ausgegebenen Fotobandes lauten. Sozialgeschichtliches Anschauungsmaterial wird man in diesem Band aber vergebens suchen: Die Fotos sind fast ohne Ausnahme menschenleer; Personen verschwinden allenfalls als kleine schwarze Punkte im Häusermeer. Das liegt in erster Linie an der ungewöhnlichen Perspektive der veröffentlichten Fotos. Schukraft greift im wesentlichen auf Luftaufnahmen aus den 20er bis 40er Jahren zurück, die zum größten Teil aus dem kürzlich in Privatbesitz wieder entdeckten einstigen Berliner Archiv Albert Speers stammen, das dieser als Generalbauinspektor kurz vor dem Zweiten Weltkrieg hat anlegen lassen.

Harald Schukraft will nicht wie Paul Sauer unterhalten. Sein Anliegen ist akademischer und didaktischer Natur. Es ist ohne Zweifel richtig, wenn der Autor schreibt, daß der Blick auf Alt-Stuttgart aus der Luft zur besseren Kenntnis der einst gewachsenen Struktur und damit indirekt zur Durchschaubarkeit der gegenwärtigen beiträgt. Wer genau hinsieht und Schukrafts mit gewohnter Sachkenntnis verfaßten Bildbeschreibungen folgt, dem werden in der Tat die Augen geöffnet über den Frevel, der der Stadt in der Nachkriegszeit angetan wurde. Vergleicht man das alte Bild mit zeitgenössischen Luftbildern, so will sich angesichts des Wandels Entsetzen breitmachen. Als Beispiel sei genannt der Blick auf das Viertel um Stiftskirche, Altes Schloß und Leonhardsplatz. Es wird deutlich, wie fremd um 1940 das moderne Kaufhaus Breuninger mit seinen kubischen Formen inmitten der Fachwerk-Giebelhäuser erschien. Heute ist der Effekt gerade umgekehrt: Die Stiftskirche will nicht mehr in das Ambiente der seelenlosen Betonquader passen; und selbst das Kaufhaus verbirgt den spannungsreichen Schwung seiner Fassade von einst hinter einer peinlich einfalllosen Verblendung. Im Überblick und dem damit ermöglichten Vergleich liegt der didaktische Wert des Luftbildes. Spätestens beim Einzelgebäude aber findet es seine Grenzen. Auch ein Landesgewerbemuseum, ein Kaufhaus Schocken (Schande über den Abriß!) oder ein Rathaus bestehen von oben betrachtet im wesentlichen aus Dächern. Diese monotonen Flächen sind nun mal fade, ermüdend und ohne Aussage. Kleinere Gebäude verschwinden ohnehin fast im Bild. Informativ ist Schukrafts Erklärung der Luftbilder, die sich oft als historischer Abriß des im Bild vorgestellten Viertels präsentiert. Zu bemängeln bleibt schließlich die oft kontrastarme Reproduktion des Bildmaterials – leider auch des modernen.

Raimund Waibel

CHRISTOF MAUCH und TOBIAS BRENNER: **Für eine Welt ohne Krieg. Otto Umfrid und die Anfänge der Friedensbewegung.** Geleitwort von Walter Jens. Günter Albert Ulmer Verlag Schönaich 1987. 174 Seiten mit einigen Abbildungen. Broschiert DM 16,80

Der Lebensbericht über Otto Umfrid – Walter Jens nennt ihn einen Ahnherren der heutigen Friedensbewegung – entreißt einen Menschen der Vergessenheit, der sich im Kaiserreich wie kein anderer Theologe für den Pazifismus einsetzte. In dieser Zeitschrift hat der Historiker Manfred

Schmid im Heft 1984/4, S. 320–328, wieder auf ihn aufmerksam gemacht unter dem Titel: *Otto Umfrid – ein vergessener Vorkämpfer für eine Welt ohne Krieg.*

Im Jahr 1857 in Nürtingen geboren, absolvierte er die Ausbildung zum Pfarrer und übte dieses Amt bis zu seiner Erblindung im Jahr 1918 aus. Die Verhältnisse im Elternhaus prägten den jungen Otto: der Vater, ein freisinniger Rechtsanwalt, der in Reutlingen ein demokratisches Blatt redigierte und Anhänger der Philosophie Karl Christian Plancks war, und die Mutter, aus einer Pfarrersfamilie stammend, sich selbst aber zum sozial engagierten Christentum des Gustav Werner hingezogen fühlte und ihren zehnjährigen Sohn mit dem Wirken des Reutlinger Waisenhausvaters vertraut machte.

Die aus diesen Erfahrungen resultierenden Konflikte mit der Amtskirche bestimmten auch die Tätigkeit Otto Umfrids. Bereits während seines Vikariats in Gschwend im Dekanat Gaildorf und seiner ersten Pfarrstelle in Peterzell im Schwarzwald mußte er viele Kompromisse eingehen, um nicht als «Radikaler» abgestempelt zu werden. Den Wandel vom Prediger zum Propagandisten vollzog er schließlich endgültig in Stuttgart, wohin er nach langem Bemühen 1889 versetzt wurde. Hier versah er seinen Dienst in einer hölzernen Notkirche, der sogenannten Wanderkirche. Später wechselte er an die Martinskirche, eine der ärmsten Kirchengemeinden in Württemberg.

Neben seinen Amtsgeschäften übernahm Otto Umfrid eine große Zahl von zusätzlichen Aufgaben: er wurde Schriftführer des Vereins für Notstandsfälle auf dem Land, gab das einflußreiche evangelische Wochenblatt *Griß Gott!* heraus und beschäftigte sich mit der Arbeiterfrage. Da konnte Ärger nicht ausbleiben, und Umfrid wußte, was es bedeutete, als ihm ein Konsistorialrat unmißverständlich klarmachte, *man sucht in der Kirche die Ruhe in Gott und nicht soziale Reformideen.* Kurze Zeit nach diesem Vorhalt wandelte sich Umfrid vom «sozialen Ruhestörer» zum «Friedenskämpfer»; er trat 1894 der von Franz Wirth gegründeten – zahlenmäßig sehr kleinen – Stuttgarter Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft bei. Von nun an stellte Otto Umfrid seine ganze Kraft in den Dienst der Friedensbewegung. Diese Arbeit erfreute sich keineswegs der Zustimmung der Amtskirche, und viele seiner Theologen-Kollegen begleiteten die Friedensarbeit nicht selten mit feindseligen Kommentaren. Symptomatisch dafür ist ein in dem Buch ausführlich dokumentierter Vorfall nach einem engagierten Vortrag in Münsingen, der Umfrid einen offiziellen konsistorialen Verweis einbrachte. Er betätigte sich weiterhin als unermüdlicher Redner bei Versammlungen, die zur Gründung zahlreicher Ortsgruppen der Friedensgesellschaft in Württemberg führten. Bald schon schlossen sich diese Ortsgruppen zu einem Landesverband zusammen, dem ersten der Friedensgesellschaft in Deutschland überhaupt. Im Januar 1900 wurde deren Geschäftsleitung von Berlin nach Stuttgart verlegt; von nun an blieb bis zum Ersten Weltkrieg Stuttgart das Zentrum des organisierten Pazifismus in Deutschland.

Otto Umfrids Leben war geprägt vom ruhelosen Einsatz für den Frieden; die Arbeit schlug sich in den Jahren vor

1914 in einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Wehrverein des Generalmajors a. D. August Keim und der Friedensbewegung sowie eine Reihe von theoretischen und programmatischen Schriften Umfrids nieder. Eine persönliche Anerkennung erfuhr der Pazifist, als er 1914 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde. Zu der Verleihung kam es aber wegen des Kriegsausbruchs nicht.

Die Lebensbeschreibung Otto Umfrids kam auf eine Anregung des Stuttgarter Pfarrers Hermann Schäufele zustande. Neben schriftlichen Quellen konnten die Autoren auch auf persönliche Schilderungen von Angehörigen der Familie Umfrid zurückgreifen. Dabei ist eine Darstellung entstanden, die über die persönliche Biographie eines hervorragenden Theoretikers des Pazifismus hinausgeht und eine pazifistische Tradition in Württemberg, auch wenn sie eine verächtlich gemachte Minderheitsbewegung geblieben ist, aufzeigt, die von der Geschichtsschreibung bislang nahezu unbemerkt geblieben ist.

Werner Frasch

Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland 1933–1943. Hrsg. von Arnold Paucker mit Sylvia Gilchrist und Barbara Suchy. Mit einem Geleitwort von Fred Grubel und einer Einleitung von Peter Pulzer. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Verlag Tübingen 1986. 426 Seiten. Leinen DM 98,-

Gedenktage konzentrieren das öffentliche Interesse auf ein Thema; allerdings vermögen sie es, das hat nicht zuletzt der 9. November 1988 gezeigt, nur selten langfristig zu aktivieren. Um so wichtiger ist deshalb eine kontinuierliche Forschungsarbeit, wie sie für die Geschichte der Juden das Leo-Baeck-Institut mit seinen Niederlassungen in New York, London und Jerusalem seit über 30 Jahren betreibt. Jenseits von allen tagespolitischen Interessen ermöglichen dessen Veröffentlichungen und Tagungen Aufklärung und Information weit über einen kleinen Kreis von Spezialisten hinaus; so auch der anzuzeigende 6. Sammelband der Schriftenreihe dieses Instituts. Er präsentiert die Forschungsergebnisse einer Konferenz, die 1985 in Berlin stattfand und die Situation der Juden im Nazi-Deutschland zum Thema hatte. Aber anders als es gerade auch bei dem jüngsten Gedenktag an den 50. Jahrestag der antijüdischen Ausschreitungen im November 1938 wieder zu verfolgen war, reduziert der Sammelband die Situation der Juden nicht auf die Opfer-Rolle. Er lenkt vielmehr bewußt den Blick der Leserschaft auf die Leistungen und Probleme der jüdischen Selbstverwaltung während des NS-Regimes. *Selbstbehauptung in der Not* heißt das eigentliche Thema, zu dem sich über 20 englisch- und deutschsprachige Autoren äußern. Deutschsprachige Zusammenfassungen machen dabei auch die englischen Aufsätze dem deutschen Leser zugänglich.

Viele Autoren behandeln ihr Thema nicht nur auf der Basis solider Quellenarbeit, sondern auch aufgrund eigener Erfahrung. Sie sind zumeist Emigranten, von den Nationalsozialisten aus Deutschland vertrieben; darunter so renommierte wie der 1914 in Breslau geborene Joseph Walk,

die gebürtigen Berliner Werner E. Mosse, Arnold Paucker und Peter Gay oder die in Nürnberg geborene und heute in Frankreich lehrende Rita Thalmann.

Bis zum Einschnitt der «Kristallnacht» im Spätherbst 1938 konstatieren alle Fallstudien einen großen *Mut zur Selbstbehauptung* als Deutsche und Juden. Er war von dem Glauben an ein aufgeklärtes, humanes Deutschland getragen und zeigte sich in der aktiven, vereinsmäßig organisierten Abwehr von Antisemitismus, wie sie beispielsweise der *Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* betrieb, ebenso wie im Überlebenskampf der Landjuden, den Steven M. Lowenstein am Beispiel des mittelfränkischen Bezirksamtes Weißenburg schildert. Die forcierte Isolation dieser Deutschen, die oft erst durch die Nationalsozialisten zu «Juden» wurden, reaktivierte aber auch das Wissen und die Identifikation mit den kulturellen und religiösen Wurzeln ihres Judentums. Aus der Zwangslage, aus allen nichtarischen Vereinen ausgeschlossen zu sein, entstanden Einrichtungen wie der *Jüdische Kulturbund*, die jüdischen Sportvereine und das im NS-Staat praktisch autonome jüdische Erziehungswesen. Ob sie über die Wiederbelebung der jüdischen Tradition allerdings zu einem *Zentrum des geistigen Widerstands* wurden, war eine heftig und kontrovers diskutierte Frage der ebenfalls in dem Band dokumentierten Diskussion der Tagung.

Unwiderrspochen dagegen blieben die Leistungen der jüdischen Sozialfürsorge, die David Kramer aufzeigt. Auch wenn der Kampf gegen die Verarmung im NS-Staat von Anfang an eine Sisyphusarbeit war – *ein Projekt, das nicht gelingen durfte* –, sind die noch viel zu wenig bekannten Anstrengungen der jüdischen Selbsthilfe, beispielsweise die Organisation der Auswanderung oder die *Jüdische Künstlerhilfe*, beeindruckend. So war etwa die *Jüdische Winterhilfe* in ihrem Appell an die Solidarität der ständig verarmenden Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft, die – nicht zu vergessen – eine Zwangsgemeinschaft war, sehr viel erfolgreicher als das nationalsozialistische, mit großem Propagandaaufwand aufgezogene Winterhilfswerk der deutschen «Volksgemeinschaft». Und Rita Thalmann verweist auf die veränderte Bedeutung der jüdischen Frauen in dieser Situation, die insbesondere nach dem Novemberpogrom schlagartig die Rolle ihrer verhafteten Männer, Väter oder Brüder übernehmen, in deren Abwesenheit die Entscheidung für eine ungewisse Auswanderung ihrer Kinder allein treffen und die zermürbenden und entwürdigenden Gänge zu den Nazi-Behörden erledigen mußten. Typisch weibliche «Beziehungsarbeit» wurde unter diesen Bedingungen zum Zentrum der Selbstbehauptung. Sie bestand in Organisation, Fürsorge und Hilfe, wie sie beispielhaft Dr. Else Behrend-Rosenfeld mit ihrem Patenschaftssystem für Stettiner Deportierte organisierte; aber auch in der «Aufrechterhaltung einigermaßen geordneter und würdiger Formen des Zusammenlebens» unter unmenschlichen Bedingungen. Und vielleicht war gerade das die beeindruckendste Leistung, daß sie ihre Menschlichkeit bewahrten, obwohl die nichtjüdische Mehrheit alles daran setzte, ihnen diese abzusprennen.

Benigna Schönhagen

UWE KRAUS: **Von der Zentrums-Hochburg zur NS-Gemeinde. Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten in Ravensburg zwischen 1928 und 1935.** 2 Bände, Diss. Druck Tübingen 1986. 638 Seiten. Broschiert DM 28,- (Bezug über den Verfasser).

Aufstieg und Machtergreifung der Nationalsozialisten vollzogen sich in Ravensburg offenbar in erster Linie an den Wahlurnen. Der Verfasser wiederholt im ersten Teil, zugleich Band I, in mehreren Variationen das Thema *Wahlen und Wählerverhalten in Ravensburg zwischen 1928 und 1933*. Auch im Kapitel über die Parteien (1–32) referiert er Wahlergebnisse, die Geschichte der Parteien in der Stadt bleibt hingegen unerforscht. Die Frage nach einer «Frühgeschichte» der NSDAP wird erst gar nicht gestellt. Die Darstellung der Wahlen zwischen 1928 und 1933 (32–110) vernachlässigt gerade die örtlichen Besonderheiten, z. B. den Wahlerfolg der Wirtschaftspartei im September 1930, die mit 11,8 Prozent zur zweitstärksten Partei avancierte. Wichtige Fragen nach der Reaktion des traditionell dominierenden Zentrums auf die Erfolge der NSDAP und der NS-Propaganda auf einen hohen katholischen Bevölkerungsanteil erfordern mehr als nur den Blick auf Wahlergebnisse. Daher darf auch die Bedeutung einer isolierten Mikroanalyse des Wahlverhaltens auf der Ebene von Stimmbezirken nicht überbewertet werden (110–195). Kraus gelangt durch die Korrelation von Wahlergebnis und Sozialstruktur mittels Auswertung von Adreßbüchern zu einer Annäherung an die sogenannte Mittelstandstheorie, ohne daß etwa die Arbeiten H. A. Winklers rezipiert würden. *Die Innenstadt war die Hochburg der NSDAP* (188); dort wohnten vor allem Arbeiter, freilich nicht industriell geprägt und klassenbewußt, und Handwerker sowie der «Mittelstand A» aus Handel und Gewerbe mit relativ hohem Selbständigenanteil. Dann aber bezweifelt Kraus seine These mit der Bemerkung, *die katholische Konfession und der Charakter der Stadt* verwischten eine soziologische Differenzierung (192). Damit stehen wir wieder am Ausgangspunkt.

Teil II über das *Ende der Weimarer Republik und die Anfangsjahre der nationalsozialistischen Herrschaft* widmet sich einleitend wieder Wahlen, denen des Gemeinderats, des Oberbürgermeisters und des Reichspräsidenten. Die Zersplitterung der katholischen Gruppierungen im Gemeinderat, die überraschende Niederlage des von Zentrum und SPD unterstützten bisherigen OB Mantz gegen den Kandidaten der Interessenverbände der Wirtschaft und der Rechten, Walzer, vom *Völkischen Beobachter* nach seinem Sieg als «Pg.» apostrophiert, deuten die Möglichkeiten einer Ravensburger Lokalgeschichte der frühen dreißiger Jahre an. Ausführliche Passagen über die «Machtergreifung» und das Vorgehen gegen die Selbstverwaltungsorgane in Württemberg gelangen über Paul Sauers Monographie von 1975 nicht hinaus. Eine dezidierte Geschichte der Ereignisse vor Ort, nicht nur der Wende im Rathaus, wäre dem Titel und der Aufgabe eher gerecht geworden.

Die Gleichschaltung verlief in Ravensburg ähnlich reibungslos wie in anderen württembergischen Städten. Das Zentrum, am 5. März 1933 noch knapp vor der NSDAP, vollzog rasch einen Schwenk. Sein Fraktionsvorsitzender

begrüßte bei der Konstituierung des Gemeinderats am 3. Mai den Kampf gegen «Volksschädlinge», Bolschewismus, Kommunismus und die Gottlosen (408). OB Walzer trat offiziell der NSDAP bei und blieb im Amt, ohne allen Forderungen der Partei blind zu willfahren. Anhand Quellenkritisch problematischer französischer Erhebungen von 1946 ermittelt Kraus Sozialstruktur und Eintrittsdaten von rund 2000 Mitgliedern der NSDAP. Bis einschließlich 1933 waren Angestellte und Beamte überproportional vertreten (Anl. II/18).

Abschließend beschäftigt sich der Verfasser mit der *Dienstbarmachung der Presse in Ravensburg und Württemberg* (542–610). Dieser Teil III ist zwar ungleichgewichtig den beiden Hauptteilen angehängt, dennoch entspricht er am ehesten den Forderungen an eine Lokalgeschichte. Hier nun erfährt der Leser von den Versuchen der oberschwäbischen Nationalsozialisten, eine eigene Presse aufzubauen, von der Existenz eines «Außenseiter-Blattes» und dessen Verbot aus nichtigem Anlaß. Die Gleichschaltung der Presse verlief in Ravensburg alles andere als linear und zentral gesteuert, vielmehr bestimmten lokale und regionale Besonderheiten die Entwicklung, ehe 1935 die Stadt ihre eigene Tageszeitung einbüßte und nur noch ein Kopfblatt der gleichgeschalteten Verbo-Presse Friedrichshafen erschien.

Fazit: Zu Recht stellt Kraus in der Einleitung fest, daß *die Jahre der nationalsozialistischen Machtergreifung und die (. . .) Phasen der Gleichschaltung als der wohl am besten erforschte Abschnitt des Nationalsozialismus und seiner Geschichte gelten können* (1*). Dennoch will er von diesen Erkenntnissen nicht Notiz nehmen. Die Furcht vor der Gefahr, die Geschichte vor Ort unter theoretischem Ballast und zentralistischer Blickverengung zu begraben, ist allemal berechtigt. Dies erlaubt dem Historiker jedoch nicht die Flucht in eine angeblich *reine Lokalgeschichte* (6*).

Roland Müller

SIEGFRIED HERMLE, RAINER LÄCHELE und ALBRECHT NUDING (Hg): **Im Dienst an Volk und Kirche! Theologiestudium im Nationalsozialismus. Erinnerungen, Darstellungen, Dokumente und Reflexionen zum Tübinger Stift 1930 bis 1950.** Quell Verlag Stuttgart 1988. 384 Seiten mit 20 Bildtafeln. Kartonierte DM 32,-

Vieles bleibt beschämend. Daran ist nicht zu rütteln. So klar wie dieser Theologe blickt nicht jeder ehemalige Stiffler auf die NS-Vergangenheit der traditionsreichen Ausbildungsstätte württembergischer Pfarrer zurück. Schon gar nicht die offizielle Stifts-Geschichte. Da konnte man noch jüngst beim 450jährigen Jubiläum lesen, das Stift sei *von der Woge der Gleichschaltung durch die Mauer der Kirche geschützt* gewesen. Ein anderes, oft beklemmendes Bild entüllen die Darstellungen und Dokumente des vorliegenden Bandes. Anders als es der Titel ankündigt, beschäftigt er sich nicht allein mit der braunen Vergangenheit des Stifts, sondern auch mit dem Verhalten der Landeskirche in der NS-Zeit.

Die Herausgeber – zwei Theologiestudenten und ein ehemaliger Stiftsrepetent – haben sich bei ihrem Fragen nach dem Verhalten von Stift und Stifflern während des Natio-

nalsozialismus nicht mit der leicht greifbaren Ebene der Erlasse, offiziellen Verlautbarungen und Verordnungen begnügt. Vor allem im Stiftsarchiv, aber auch aus privaten Nachlässen, Gesprächen mit Zeitzeugen und persönlichen Erinnerungen förderten sie die Konflikte einer Theologengeneration zu Tage, die sich gleichermaßen *im Dienst an Volk und Kirche* sah und sich dennoch überwiegend als unpolitisch verstand. «Erinnerungen» ehemaliger Stifftler an und «Reflexionen» über ihre Ausbildung während des Nationalsozialismus ergänzen die «Darstellungen» und «Dokumente». Sie machen deutlich, wie schwer es den jungen Theologen fiel, wie schwer es aber auch von Stifts- wie Kirchenleitung gemacht wurde, die politische Dimension ihres Glaubens zu entdecken. Wenige erkannten, und dann auch erst allmählich, daß – wie es der spätere Stuttgarter Prälat Hermann Rieß rückblickend formuliert –, *Seelsorge wohl zur Solidarität verpflichtet, uns aber nicht vom Widerstand entbindet.*

Das Stift war zwischen 1933 und 1945 alles andere als ein Hort des Widerstands. Schon vor 1933 öffnete es sich der neuen, nationalen Bewegung, begrüßte – wie die Leitung der Landeskirche – die «Machtübernahme» in der aus nationalprotestantischer Tradition erwachsenen Hoffnung, mit dem nationalen auch einen religiösen Aufbruch verbinden zu können. Wahrheitsgemäß konnte denn auch 1936 der Stiftsephorus Karl Fezer darauf verweisen, daß *gerade das Stift unter meiner Leitung zu den Stellen in Tübingen (gehörte), wo die nationalsozialistische Bewegung eine Heimat hatte und Förderung fand.* Tatsächlich erhielt der Stifftler und HJ-Führer Oskar Riegraf 1932 wohlwollende Unterstützung, selbst als er mit seiner Agitation für die HJ bestehende Gesetze brach und republikfeindliche, antikatholische Pamphlete verbreitete. Die bloße Mitgliedschaft im kommunistischen Kampfbund gegen den Faschismus dagegen wurde dem Stifftler Harro-Peter Levsen zur gleichen Zeit negativ angekreidet. Diese parteipolitische Einäugigkeit unterschied das Stift freilich weder von der Kirchenleitung, noch von der Mehrheit des nationalen Bürgertums jener Zeit. Erst als die bei linken Verbänden teilnahmslos betrachteten national-sozialistischen Eingriffe zur Gleichschaltung auch die Autonomie der württembergischen Landeskirche antasteten und die religiösen Aufbruchshoffnungen endgültig als Illusion enthüllten, rangen sich Kirchen- wie Stiftsleitung zu klarer Opposition gegen den antikirchlichen Kurs der NS-Regierung durch. Deren außenpolitischen, streckenweise auch sozialpolitischen Kurs befürworteten sie allerdings weiterhin. So brachte es der Stiftsephorus selbst noch nach Stalingrad fertig, den deutschen Angriffskrieg als gottgewollten Kampf für einen Frieden hinzustellen, *in dem unser Volk als freies Volk leben und sich entfalten kann.* Entschieden wurde nur die staatliche Politik der Entkonfessionalisierung bekämpft. Bei ihrer Demonstration zugunsten des unter Hausarrest gestellten Landesbischofs fanden die Stiftsstudenten 1934 zu beachtlichen Formen des Protests. Die Gegenwehr hatte Erfolg, die Gleichschaltung wurde abgewehrt, die Landeskirche blieb «intakt». Genau dieser Erfolg aber wurde zum großen Dilemma. Ihn nicht zu gefährden, kostete ebenso wie die Konfliktvermeidungs-

strategie der Stiftsführung *jene schwer erträglichen Kompromisse und Personalentscheidungen*, die Jörg Thierfelder in seiner Darstellung des Ephorats von Karl Fezer (1930–1950) nachzeichnet.

Wozu diese Verbeugungen und Zugeständnisse? Was konnte im Schutze der relativ mächtigen «intakten» Landeskirche verhindert werden, mit wem wurde Solidarität geübt? Siegfried Hermle und Rainer Lächele gehen dieser Frage in Bezug auf die «nichtarischen» Theologen nach und kommen zu erschreckenden, bisher unbekanntem Ergebnissen. Danach hat die württembergische Landeskirche 1934/35 nicht nur für die niederen Seminare und das Stift den «Arierparagraphen» eingeführt – zu einem Zeitpunkt, als selbst der NS-Staat Juden noch eine Ausbildung zugestand! Bis 1941 verweigerte die Kirchenleitung sogar – ohne erkennbaren staatlichen Druck – jegliche Anstellung für «nichtarische» Pfarramtsbewerber und Geistliche in Württemberg. Als einer der wenigen Betroffenen wagte Hansrudolf Hauth dennoch wiederholte Eingaben um Verwendung im württembergischen Pfarrdienst, wurde aber – bereits 1935! – mit einer Anstellung als Pfleger in Stetten abgespeist. Selbst die Anstellung als Religionslehrer in einer kirchlichen Einrichtung wurde ihm mit dem widerlichen «Trost» versagt: *So schmerzlich das für Sie persönlich erscheinen mag, so hält es der Oberkirchenrat doch für das Beste, wenn Sie an der Stelle, an der Sie jetzt stehen (. . .) in Treue weiter dienen.*

Nicht nur solche Fallbeispiele machen den Band zu einer spannenden, ja bewegenden Lektüre, auch die Erinnerungen ehemaliger Stifftler tragen dazu bei. In ihnen ist von dieser Ausgrenzungserfahrung freilich nicht die Rede. Vielmehr hält es gleich der erste Rückblick für notwendig, den – scheinbar immer nur als jungen und nachgeborenen gedachten – Leser erst einmal an eine vorurteilsfreie Betrachtung des *alles tragenden politischen Grundgefühls einer schier unerschütterlichen Vaterlandsliebe* und die *Hochachtung vor dem Soldatenstand* und vor *seinem Ehrenkleid, der Uniform*, zu gemahnen, statt nach den Gründen zu fragen, die gerade diese Ideologeme pervertierbar machten. Oft noch eindrucksvoller als das persönliche Bild der Vergangenheit zeichnen daher solche Erinnerungen die Schwierigkeiten nach, die es in der Gegenwart noch immer bereitet, sich dieser Vergangenheit und ihren Fehlern zu stellen.

Benigna Schönhagen

Topographia lyrica. Gedichte über Dörfer und Städte in Baden-Württemberg. Herausgegeben und mit einem Vorwort von Günther Mahal. Wilfried Melchior Verlag Vaihingen an der Enz 1987. 456 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Efaln DM 29,80

Anstoß zu dieser «lyrischen Topographie» haben die baden-württembergischen Literaturtage 1987 gegeben. Die «poetische Sprießkraft» scheint – im Vergleich zum 19. Jahrhundert, für das Rudolf Krauß in seiner *Schwäbischen Literaturgeschichte* eine *lyrische Fieberepidemie* konstatierte – ungebrochen zu sein. *Gedichte über Dörfer und Städte in Baden-Württemberg* waren gefragt, und mehr als dreitausend Einsendungen erreichten die Organisatoren der Li-

teraturtage in Knittlingen, die mit dem Aufruf zu dieser Anthologie freilich auch ihre Veranstaltung selbst bekannt machen wollten. Eine Auswahl, über deren Kriterien der Herausgeber in seinem Vorwort freimütig Auskunft gibt, ist in diesem Band – alphabetisch nach Orten geordnet und mit Postleitzahlen versehen – zusammengefaßt. Berücksichtigt wurden einige wenige Dichter aus dem 19. Jahrhundert – u. a. Mörike, Schwab, Uhland –, die allerdings in ein Konzept gegenwärtiger lyrischer Topographie nicht so recht passen wollen. Der Großteil stammt aus der Gegenwart und dürfte – wie Krauß dies nicht formuliert hat – den «Gelegenheitsdichtern» zuzurechnen sein, die ihren lyrischen Stoff vor allem in ihrer unmittelbaren Umgebung finden.

Außer den im Wortlaut abgedruckten Gedichten wird auf zahlreiche Werke mit Überschrift, Autor und Einsender hingewiesen. Dies legt den Gedanken einer vollständigen Erfassung des einschlägigen «Gedichtguts» nahe; diese Absicht war damit aber nicht angestrebt. Die Hinweise auf nichtabgedruckte Gedichte befriedigen den interessierten Leser des Buches allerdings nicht und helfen ihm bei der Suche nach dem vollständigen Text auch kaum weiter. Bei den nur aufgelisteten Werken wäre ein Quellenvermerk, soweit es sich dabei um bereits veröffentlichte Texte handelte, unerläßlich gewesen, überhaupt hätte es eher nahegelegen, verstärkt jene Gedichte abzudrucken, die bisher nicht veröffentlicht worden sind, und die anderwärts bereits veröffentlichten lediglich mit Quellenvermerk aufzuführen. Auf diese Weise hätte das Ausmaß der literarischen Entdeckungen, die diese Sammlung durchaus bietet, vielleicht noch erhöht werden können.

Werner Frasch

PETER EITEL: **Bilder aus dem Schussental. 50 historische Skizzen.** Oberschwäbische Verlagsanstalt Ravensburg 1987. 168 Seiten mit 36 Abbildungen. Leinen DM 38,-
Es begann mit einer unregelmäßigen Serie von Aufsätzen in der *Schwäbischen Zeitung*, Lokalausgabe Ravensburg, in denen der Ravensburger Stadtarchivar Dr. Peter Eitel *Zeugen unserer Geschichte* – so der Serientitel – vorstellte. Jetzt liegen all diese Einzelberichte zusammengefaßt in Buchform vor. Obwohl sich schon viele Arbeiten mit einzelnen bekannten Objekten aus dem mittleren Schussental befaßt haben, existierte doch bislang kaum eine Darstellung, die diese Region einheitlich, mit all den diversen gewachsenen Bindungen und Verbindungen der Einzelobjekte, somit also als «Kulturlandschaft», beschrieb. Das vorliegende Buch wird diesem Anspruch wohl gerecht. Dabei ist es kein repräsentativer Bildband oder gar ein Standardwerk zur Geschichte und Kultur des mittleren Schussentals geworden, was letztendlich eh nur auf eine Zusammenfassung der bereits bekannten Tatsachen hinausgelaufen wäre. Ganz im Gegenteil – hier steht gerade das weitgehend Unbekannte, Verborgene und doch für die Region Charakteristische im Vordergrund. Als Aufhänger für jeden Artikel nutzt der Autor dafür geschickt jeweils ein Bildzeugnis, hinter dem sich eine zumeist nicht allgemein bekannte Geschichte verbirgt. Damit spricht er weniger den wißbegierigen Auswärtigen, als vielmehr den

Einheimischen direkt an, der mittels dieses Werkes auf viele kleinere, doch nicht weniger bedeutende Objekte hingewiesen wird, die er bislang wohl oft zu unrecht übersehen hat. Dabei finden zudem noch alle wesentlichen Epochen von der Römerzeit bis ins 20. Jahrhundert und alle Bereiche der Geschichte ihre Berücksichtigung.

Entstanden ist somit ein beachtenswertes Werk zu Geschichte, Kunst und Kultur des mittleren Schussentals, ergänzt durch hervorragendes Bildmaterial und weiterführende Literaturhinweise. Aus zahlreichen Einzelbildern und -beschreibungen setzt sich für den interessierten Leser letztlich doch ein Gesamtbild dieser Region zusammen. Interessant ist darüber hinaus aber auch der Weg der Entstehung des Werkes – von einer Zeitungsserie zum Buch, also nicht am Stück produziert, sondern mosaikartig, Stein für Stein allmählich zusammengesetzt, ja gewachsen. Dies bürgt, neben der Sach- und Ortskenntnis des Autors, für Vielfalt und interessante Mischung des Inhalts, der sowohl Fachleute wie interessierte Laien gleichermaßen ansprechen wird.

Uwe Kraus

VOLKER TRUGENBERGER: **Die Michaelskirche in Eltingen. Kirche und Kirchgänger im Laufe der Jahrhunderte.** Hrsg. von der Ev. Kirchengemeinde Eltingen. Eigenverlag 1988. 132 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Kartoniert DM 15,- (Bezug: Ev. Kirchengemeinde)

Seit der Christianisierung Germaniens stellt die Kirche ein Stück Kontinuität in der deutschen Geschichte dar. Mochten Herrscher und Herrschaftssysteme kommen und gehen, die Kirche blieb sprichwörtlicherweise im Dorf. Als Institution war die Kirche über fast eineinhalb Jahrtausende ein Machtfaktor in Stadt und Land, ob sie nun den Bedrängten half oder nicht selten auch mit dem Bedränger paktierte. Bis vor wenigen Jahrzehnten war sie – wenn es so etwas überhaupt gab – geistiger Mittelpunkt der Menschen. So verwundert es wenig, wenn auch das Bauwerk Kirche in früheren Zeiten in ungleich höherem Maße als heute ein Identifikationssymbol der Ortsgemeinschaft darstellte.

Der Historiker Volker Trugenberger hat der Tatsache Rechnung getragen, daß 500 Jahre Geschichte einer Kirche auch 500 Jahre Geschichte der Kirchgänger bedeutet. Das mehr oder weniger zufällige Ereignis des 500jährigen Bestehens der Eltinger Kirche nahm der Autor zum Anlaß, nicht nur das Bauwerk, seine Geschichte und Kunstschätze (v. a. die Ausmalung von 1617) einer Würdigung auch zu unterziehen, sondern Kirchen- und Sozialgeschichte zu interessanten und oft amüsanten Schilderungen der Vergangenheit zu verbinden. Aus den Protokollen des Kirchenkonvents etwa, der nach dem Dreißigjährigen Krieg zur Hebung von Zucht und Moral, aber auch zur Durchsetzung der weltlichen Macht eingesetzten Sit-tengerichte, weiß Volker Trugenberger Ergötzliches zu berichten und zeichnet damit ein buntes und wegen der Kontrolle des Einzelnen bis in die intimsten Bereiche hinein vielleicht auch erschreckendes Bild vom Eltinger Alltagsleben im 17. und 18. Jahrhundert. Dem Mittelalter, der Reformation, dem Absolutismus und dem Pietismus,

dem 19. Jahrhundert und dem Wandel Eltingens vom Bauernhof zur Arbeiterwohngemeinde sind weitere Kapitel gewidmet. Bemerkenswert erscheint, daß die Zeit des Nationalsozialismus nicht unter den Tisch fällt, wie dies in nicht wenigen Ortsgeschichten aus Furcht vor Konflikten geschieht.

Bedauern wird man allerdings die mangelhafte Qualität einiger Fotografien. Der etwas salbungsvolle einleitende Beitrag von Mirjam Nestle über den Kirchenpatron, den Erzengel Michael, wird vermutlich nicht jedermanns Sache sein. Hier hätte man sich auch einige Gedanken zu Herkunft und Bedeutung des Michaelskultes in unserer Heimat gewünscht. Trotz dieser Einwände könnte das preiswerte Buch für ähnliche Unternehmungen Vorbildcharakter erhalten.

Raimund Waibel

450 Jahre Zeller aus Martinszell. Eine Familie lebt durch die Jahrhunderte. Festschrift. Martinszeller Verband Stuttgart 1988. 220 Seiten mit einigen Abbildungen. Broschiert DM 10,- (zu beziehen bei Renate Schedwill, Mülbergerstr. 97, 7300 Esslingen).

Im Jahr 1538 berief Herzog Ulrich von Württemberg den Baumeister Konrad Zeller und dessen Sohn Johannes zu Ausbesserungs- und Umbauarbeiten auf die Festung Hohentwiel. Ihre Nachkommen, deren Abstammung sich dank sorgfältiger genealogischer Forschung aufs genaueste nachweisen läßt, feierten am 8. und 9. Oktober 1988 in Tübingen den 450. Geburtstag ihrer Familie mit einem großen «Zellertag». Aus diesem Anlaß hat der Martinszeller Verband, der zugleich auch noch das Jubiläum seines Entstehens aus der 1838 zur Unterstützung bedürftiger Familienmitglieder gegründeten Zellerstiftung feiert, aus Beiträgen verschiedener Familienmitglieder eine bemerkenswerte Festschrift zusammengestellt.

Wie zu erwarten, schlägt sich in ihr das stolze Bewußtsein nieder, ein paar Große in der Familie zu haben: Stammväter, aber auch Stammütter ganzer Pfarrerdynastien, Ärzte, Philosophen, pädagogische und soziale Neuerer – erst in jüngster Zeit auch einen bekannten Maler. Deren Biographien, «Schwäbische Lebensbilder» im Kleinformat, machen einen guten Teil der Festschrift aus. Abgedruckt sind auch allerlei Dokumente aus dem Familienarchiv, vom ältesten Rechnungsbeleg aus dem Jahr 1569 bis zum Kriegstagebuch eines 1916 gefallenen Zeller.

Der Lebensstil der meisten Familienmitglieder war wohl über Jahrhunderte hinweg vorgegeben: Pfarrersöhne fanden nach Landexamen, Seminar- und Stiftszeit als Vikar in einem töchterreichen Pfarrhaus die Frau fürs Leben. So blieb man im Lande, blieb unter sich und ersetzte materiellen Wohlstand durch die Tugenden der Bescheidenheit und der Nächstenliebe, die immer wieder zu außerordentlichem sozialem Engagement führten. Das Entdecken der Bewußtheit, mit der in der Familie solche eigentümlichen Traditionen weitergegeben wurden, macht, wie das Auffinden von Zusammenhängen und Erklärungen überhaupt, die eigentliche Faszination und Freude an der genealogischen Forschung aus; darauf weist der Mar-

bacher Professor Bernhard Zeller in seinem Aufsatz *Beim Blättern in den Zellerbüchern* hin.

Daß die Kenntnis der Familiengeschichte auch ein Gefühl der Beständigkeit und Zugehörigkeit verleiht, wird in dem Beitrag *On Being an American Zeller* ausgesprochen; und dieses Gefühl hat sicher bis heute ein ganz anderes Gewicht für die in fernen Ländern Lebenden. Gerade in diesem Beitrag klingt aber auch der Gedanke an, daß man nicht versuchen sollte, sein eigenes Ansehen durch das seiner Vorfahren aufzubessern. *Dabei ist die Kenntnis der Familiengeschichte kein Grund, sich der Leistungen unserer Vorfahren zu rühmen, sondern ein Anlaß, dankbar zu sein für die Vorbilder, die sie uns geliefert haben.* Und an dieser Stelle wird auch in Frage gestellt, ob sich in der heutigen Zeit noch Interessen und Talente aus der Familientradition heraus lenken lassen und ob kommende Generationen der Tradition noch einen ähnlichen Stellenwert geben werden.

Der letzte Aufsatz, verfaßt von dem Leonberger Professor Werner Zeller, bringt in dem Abschnitt *Vom Sinn der familiären Traditionsverbände in unserer Zeit* ebenfalls die Problematik des Festhaltens an Traditionen zur Sprache und umreißt sehr behutsam die Perspektiven und Aufgaben solcher Verbände für die Zukunft. Allein schon um dieses Aufsatzes willen ist die Festschrift wert, gelesen zu werden.

Jutta Dohse

In einem Satz . . .

HARALD WEIGEL: **Adelbert Keller und Johannes Fallati als Leiter der Tübinger Universitätsbibliothek (1844–1855).** (Contubernium. Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen. 34). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988. 238 Seiten mit 12 Dokumenten und 29 Abbildungen. Broschiert DM 58,-

Wieder ist ein Baustein zur Gesamtgeschichte der Tübinger Universitätsbibliothek erschienen, der neben einem darstellenden Teil – Bibliotheksverfassung, Personal, Etat, Kataloge, Unterbringung, Benutzung und Benutzer – einen umfangreichen Anhang mit Statistiken, Quellen und Abbildungen besitzt.

STEFAN MONHARDT: **flugtag. gedichte und zeichnungen.** Eichhorn Verlag Ulm 1987. 60 Seiten mit 8 Zeichnungen des Autors. Broschiert DM 16,80

Die herben und spröden, gleichwohl beachtlichen Gedichte nehmen vielfältigen Bezug auf die Schwäbische Alb – ihre Landschaft und Menschen – und versuchen, zusammen mit den Zeichnungen, deren unverwechselbare Charakteristik einzufangen: winters spät bahnte ich mir / einen weg frei nach vorn / über die schulter den blick / schien ich des mondes eisbahn zu polieren.

HANSJÖRG ZIEGLER: **Maulbronner Köpfe. Gefundenes und Bekanntes zu ehemaligen Seminaristen.** Wilfried Melchior Verlag Vaihingen/Enz 1987. 130 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Efalim DM 26,-

Im Mittelpunkt des sorgfältig gestalteten Ausstellungskatalogs stehen die berühmtesten Zöglinge der Maulbronner Klosterschule: Johannes Kepler, Karl-Friedrich Reinhard, Rudolf Friedrich Heinrich Magenau, Friedrich Hölderlin, Carl Christoph Renz, Friedrich Theodor Vischer, David Friedrich Strauß, Hermann Kurz, Georg Herwegh, Eduard Zeller, Ferdinand von Hochstetter, David Friedrich Weinland und Hermann Hesse.

Von Affinstätten zu Affstätt. 700 Jahre Geschichte eines Dorfes im Gäu. Herausgegeben von der Stadt Herrenberg 1987. 428 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Leinen
Aus Anlaß der erstmaligen urkundlichen Erwähnung im Zusammenhang mit einer spätmittelalterlichen Fehde wird von einem Autorenteam die Geschichte des seit 1965 zur Stadt Herrenberg gehörenden Dorfes umfassend und gut gegliedert dargestellt.

FRIEDRICH KÜHBAUCH, FRITZ OECHSLEN, HANS PETER JÄGER:
Aus der Geschichte Altensteigs und seiner Stadtteile. Wegra-Verlagsgesellschaft Stuttgart 1987. 320 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Leinen DM 40,-
Die ehemalige Amtsstadt Altensteig hat eine reiche, wechselvolle Vergangenheit – bis heute am Stadtbild sichtbar –, die in dieser umfassenden Darstellung aus Anlaß der ersten urkundlichen Erwähnung des Stadtrechts im Jahr 1287 zeitgemäß aufbereitet worden ist.

GERHARD FRITZ, HANS PETER MÜLLER, ROLF SCHWEIZER und ANDREAS ZIEGER: **1200 Jahre Oberrot. Aus der Geschichte der Rottalgemeinden Hausen und Oberrot.** Wegra-Verlagsgesellschaft Stuttgart 1987. 216 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Leinen DM 49,50
Oberrot im Landkreis Schwäbisch Hall, einstmals zur Herrschaft Limpurg gehörend und seit 1802 Bestandteil von Württemberg, verdankt seine erstmalige Erwähnung dem Lorscher Kodex, und diese wiederum war Anlaß für die Herausgabe dieses repräsentativen, reichhaltig illustrierten und informativ geschriebenen Heimatbuches.

KLAUS D. MÖRIKE: **Geschichte der Tübinger Anatomie.** (Contubernium. Beiträge zur Geschichte der Universität Tübingen. 35). J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1988. 188 Seiten mit 61 Abbildungen. Broschiert DM 54,-
In diesem Werk des emeritierten Tübinger Anatomie-Professors werden die Lebensläufe und wissenschaftlichen Leistungen sämtlicher Lehrer der Anatomie von ihren Anfängen 1477 bis heute verzeichnet, die Unterrichtsmethoden und die Gebäude beschrieben, die Fluktuation der Studenten untersucht und die Kämpfe um das «Unterrichtsmaterial» dargestellt.

ULRICH GRÄF: **Kunst- und Kulturdenkmale im Kreis Ludwigsburg.** Konrad Theiss Verlag Stuttgart 1986. 327 Seiten mit 210 Abbildungen. Pappband DM 29,80
Ein wahrlich handlicher und fundierter Führer zu den kunsthistorischen Sehenswürdigkeiten und Kulturdenkmälern des Kreises, nach einer allgemeinen Einführung alphabetisch geordnet von Affalterbach bis Walheim.

PAUL KOPF: **Joannes Baptista Sproll, Leben und Wirken. Zum 50. Jahrestag der Vertreibung des Rottenburger Bischofs am 24. August 1938:** Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen 1988. 198 Seiten und ein Bildteil mit 240 Abbildungen. Leinen DM 38,-

Anhand vielfältiger Quellen, von denen zahlreiche erst kürzlich entdeckt worden sind, beschreibt und erläutert der Autor die Auseinandersetzung des siebten Rottenburger Bischofs (1870–1949) mit den Machthabern und der Ideologie des Dritten Reichs: Über 200 Bilder aus dem Privatnachlaß Sprolls – größtenteils hier zum ersten Mal veröffentlicht – illustrieren das bewegte Leben.

HANS-JOACHIM BAYER und GERHARD SCHUSTER: **Besucherbergwerk «Tiefer Stollen». Erzbergbau in Aalen-Wasseralfingen.** Konrad Theiss Verlag Stuttgart 1988. 169 Seiten mit 124 Abbildungen, davon 32 in Farbe. Kartonierte DM 20,-

Der offizielle Führer durch das jüngst dem Publikum zugänglich gemachte Bergwerk dokumentiert in Text und Bild die 500jährige Geschichte und die Bedeutung der Eisengewinnung in Aalen-Wasseralfingen, er beschreibt weiterhin den Führungsweg und die Sehenswürdigkeiten des neuen Untertagemuseums.

«Trossinger Heimatschützer» **renovieren historische Bauten.** Ein Kalender, hrsg. von der Interessengemeinschaft «Erhaltenswerte Bauwerke und Umwelt» Trossingen e.V. 1989. DM 12,-

Ein Kalender der herkömmlichen Art mit Bild und monatlichen Datumsangaben ist es, aber auch noch mehr, da auf den Rückseiten der Blätter, die Bauernhäuser in Trossingen und Umgebung, Jugendstilvillen und eigenwillige Rundhäuser zeigen, Mitteilungen zur Geschichte der Bauten, zu den Eigentumsverhältnissen und zu den Bemühungen der Erhaltung und Restaurierung gegeben werden; erfreuliche und wichtige Nachrichten in einer Stadt, in der kürzlich mit Einwilligung des Tuttlinger Landrats eine Dampfkesselanlage samt Generator der Firma Hohner abgerissen werden durfte, zweifellos ein technisches Denkmal erster Güte.

Weitere Titel

MARTIN HORNING und HELMUT WEIMERT: **Sehenswertes Heidenheim einschließlich aller Teillorte. Ein Gang durch Geschichte und Gegenwart.** Verlag Hans-Joachim Kopp Heidenheim 1988. 100 Seiten mit zahlreichen, meist farbigen Abbildungen. Pappband DM 15,-

GEORG GAUGGEL: **Enkelgedichte. Mit acht farbigen Holzschnitten** von Editha Pröbstle. Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen 1988. 52 Seiten. Pappband DM 20,-

WERNER ROSENBUSCH: **Am Neckar als Maler unterwegs. Von der Quelle bis Marbach.** Stadler Verlagsgesellschaft Konstanz 1988. 96 Seiten mit 46 ganzseitigen farbigen Abbildungen. Halbleinen DM 58,-

Schwäbische Alb. Land um Fils, Teck, Hohenneuffen, Hohenurach. Wir-Verlag Walter Weller Aalen. Dreisprachiger Textbildband. 156 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 1 Karte. Pappband DM 39,80

OTTMAR ENGELHARDT: **Neresheim und das Härtsfeld.** Konrad Theiss Verlag Stuttgart 1988. 120 Seiten mit 70 Kunstdrucktafeln, davon 17 in Farbe. Pappband DM 29,80

GUNTER HAUG: **Du edle Perl' . . . Ausflüge in die Vergangenheit Badens.** Konrad Theiss Verlag Stuttgart 1988. 197 Seiten mit 15 Zeichnungen. Kunstleinen DM 29,80

WOLFGANG VATER: **Adam Winterhalter und die Ruhe-Christi-Kirche in Rottweil.** Auferstehung-Christi-Gemeinde Rottweil 1988. 20 Seiten mit einigen Abbildungen. Broschiert

WILHELM GERMAN: **Chronik von Schwäbisch Hall und Umgebung. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Haus- und Familienbuch.** Unveränderter Nachdruck der Auflage von 1900. Journal Verlag Schwend Schwäbisch Hall 1988. 368 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Halbleinen DM 28,80

GERD NOETZEL: **Vom Notstandsgebiet Schwäbisch Gmünd und den hiesigen Anfängen der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG. Eine Darstellung aus zeitgenössischen Gmünder Quellen.** (Gmünder Hochschulreihe Band 2). Schwäbisch Gmünd 1987. 266 Seiten. Kartonierte DM 10,-

HANS GEORG MÜLLER: **Sillenbuch O. A. Cannstatt. Chronik eines Ortes. Vom Mittelalter bis zur Auflösung des Oberamts Cannstatt (1264 bis 1923).** Unter Mitwirkung von Jochen Kaiser. Dietrich Hiller Verlag Stuttgart 1987. 80 Seiten mit einigen Abbildungen. Broschiert DM 20,- (im Versand)

HANS-HELMUT KLEPSEK und SIEGFRIED LELKE: **Geschützte Pflanzen im Landkreis Biberach.** Biberacher Verlagsdruckerei 1988. 232 Seiten mit zahlreichen Abbildungen in Farbe. Kartonierte DM 19,80 (Davon gehen DM 2,- an die Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg)

KURT GAYER, HEINZ KRÄMER und GEORG F. KEMPTER: **Die Villa Reitzenstein und ihre Herren. Die Geschichte des baden-württembergischen Regierungssitzes.** DRW-Verlag Weinbrenner Stuttgart 1988. 288 Seiten mit einigen, teils farbigen Abbildungen. Halbleinen DM 39,-

MARIA BEIG: **Kuckucksruf.** Roman. Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen 1988. 126 Seiten. Leinen DM 20,-

MARTIN LUIK und FRIDOLIN REUTTI: **Der Römerpark in Köngen.** Mit einem Beitrag von Udelgard Körber-Grohne. (Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg 12). Konrad Theiss Verlag Stuttgart 1988. 128 Seiten mit 81 Abbildungen. Kartonierte DM 15,-

KAREL HRUZA: **Der Haistergau. Zur Geschichte einer oberschwäbischen Siedlungslandschaft.** (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bad Waldsee, Reihe B Nr. 6). Stadtarchiv Bad Waldsee 1986. 83 Seiten. Broschiert

Anschriften der Mitarbeiter

Heinz Bardua, Blumenstraße 22, 7052 Schwaikheim
Martin Blümcke, Eninger Weg 47, 7417 Pfullingen
Rainald Ensslin, Dipl.-Ing. Dip. T. B., Regionalverband Mittlerer Neckar, Jägerstraße 53, 7000 Stuttgart 1
Jürgen Hagel, Dr., Banater Straße 25, 7017 Korntal-Münchingen 1
Rainer Hussendörfer, Dr. Ing., Am Tazzelwurm 21, 7000 Stuttgart 1
Ulrich Gräf, Konservator, Wolfsbergweg 3, 7121 Freudental
Hermann Diruf, Dr., Konservator, Bienleintorstraße 39, 7500 Karlsruhe 41
Gottlob Haag, Haus Nr. 62, 6994 Niederstetten-Wildentriebach
Carola Lipp, Dr., Olgastraße 3, 7400 Tübingen 1
Wolfgang Niess, Wolfschlugener Straße 41, 7000 Stuttgart 70
Heidi Rapp, Hölderlinstraße 8, 7325 Boll
Bernd Roling, Kirchweg 37, 7061 Lichtenwald 1
Raimund Waibel, Nauklerstraße 22 A, 7400 Tübingen 1

Bildnachweis

Titelbild und S. 28 und 29: Jörg Könekamp, 7300 Esslingen; S. 2: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, W 2015 f; S. 4-9: Manfred Grohe, 7402 Kirchentellinsfurt; S. 9 freigegeben vom Regierungspräsidium Tübingen Nr. 42/3276; S. 11: Bürgerbibliothek Bern; S. 12: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, A 248 Bü 1645 Karte 33; S. 13 und 15: Hauptstaatsarchiv Stuttgart; S. 16: Landesbildstelle Württemberg; S. 19 und 21: Hessische Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt, Mappe 829/33; S. 22-25: Privatfotos aus Möhringen; S. 26, 27 und 31: Ulrich Gräf, 7121 Freudental; S. 33-35: Landesdenkmalamt, Archäologische Denkmalpflege; S. 36, 38, 40 und 41: Raimund Waibel, 7400 Tübingen; S. 37 und 39: Kern-Atelier, 7170 Schwäbisch Hall; S. 43 und 45: Heidi Rapp, 7325 Boll; S. 46 und 48: entnommen dem Band „Mutterschaft“, hg. von Adele Schreiber, 1912.

Studienfahrten 1989

I. Geschichts-, Kultur- und Naturfahrten

1

Die Jakobusverehrung in Württemberg und Baden

Führung: Raimund Waibel

Samstag, 18. März, bis Sonntag, 19. März 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 110,-

2

Technische Fahrt: Wo kommt eigentlich unser Wasser her?

Führung: Dipl.-Ing. Werner Schultheiss und Fachleute des Zweckverbandes Bodensee-Wasserversorgung

Samstag, 1. April 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 59,-

3

Umbrien – Eine Kulturlandschaft Italiens und ihre Einflüsse auf Süddeutschland

Führung: Sven Gormsen

Sonntag, 2. April, bis Dienstag, 11. April 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1498,-

4

Entlang der Schwäbischen Dichterstraße III –

Auf den Spuren von Hermann Hesse

Führung: Dr. Benigna Schönhagen

Samstag, 8. April 1989

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 59,-

Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen beschränkt.

5

Land am oberen Neckar II – An der Grenze zwischen Württemberg und Vorderösterreich

Führung: Raimund Waibel

Mittwoch, 19. April 1989

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 44,-

6

Der Wald um Stuttgart – Der Degerlocher Wald

Führung: Fritz Oechßler

Samstag, 22. April 1989

Treffpunkt: 14.30 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle «Ruhbank»

(Straßenbahnlinie 15 beim Fernsehturm)

Teilnehmergebühr: DM 8,-

7

Wanderungen zu stauferzeitlichen Burgen in den Vogesen

Führung: Raimund Waibel

Samstag, 22. April, bis Sonntag, 23. April 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 136,-

8

Hegau I – Landschaft, Burgen, Kirchen und archäologische Funde

Führung: Dr. Johann Ottmar

Sonntag, 23. April 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 63,-

9

Hegau II – Die Städte Tengen, Blumenfeld und Engen

Führung: Dr. Johann Ottmar

Sonntag, 11. Juni 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 63,-

10

Der Neckar – Von der Quelle bis zur Mündung

Führung: Dr. Wilfried Setzler

Samstag, 29. April, bis Mittwoch, 3. Mai 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 198,-

11

Naturschutzgebiete der Schopflocher Alb und im Geißentäle

Führung: Dr. Oswald Rathfelder

Donnerstag, 4. Mai 1989 (Christi Himmelfahrt)

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 43,-

12

Südtirol – Kunst, Kultur und Geschichte im Herzen Europas

Führung: Dr. Uwe Kraus

Sonntag, 7. Mai, bis Sonntag, 14. Mai 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1082,-

13

Kulturlandschaften Württembergs I – Streuobstwiesen

Führung: Dr. Jürgen Schedler

Samstag, 13. Mai 1989

Abfahrt: 8.30 Uhr vom Bussteig 15, Bahnhof

Teilnehmergebühr: DM 39,-

14

**Reformation und Bauernkrieg –
Eine Reise zum Müntzer-Jahr 1989 in der DDR**

Die Reise wurde abgesagt.

Wir verweisen auf Reise Nr. 25.

15

**Burgund – Kunst, Geschichte, Landschaft, Burgen,
 Klöster und Kathedralen**

Führung: Dr. Wilfried Setzler

Freitag, 19. Mai, bis Sonntag, 28. Mai 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1398,-

16

I. Jüdische Zeugnisse in Württemberg-Franken

Die Reise wurde abgesagt.

17

**II. Jüdische Zeugnisse in Hohenzollern und am oberen
 Neckar**

Führung: Regina Schmid

Samstag, 7. Oktober 1989

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 52,-

18

Das Markgräflerland und der Hotzenwald

Führung: Sven Gormsen

Donnerstag, 1. Juni, bis Sonntag, 4. Juni 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 198,-

19

**Naturschutzgebiete und Naturdenkmale im Welzheimer
 Wald**

Führung: Dr. Hans Scheerer

Samstag, 3. Juni 1989

Abfahrt: 7.45 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 43,-

20

Der Jakobsweg I

Führung: Raimund Waibel

Samstag, 10. Juni, bis Samstag, 24. Juni 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

**Teilnehmergebühr (incl. Halbpension und Eintrittsgel-
 der): DM 2198,-**

**Auf Grund der nötigen geringeren Busgröße muß die
 Teilnehmerzahl auf 35 Personen beschränkt werden.**

21

**Landeskundliche Exkursion in den nördlichen Schwarz-
 wald**

Führung: Dr. Jürgen Hagel

Mittwoch, 14. Juni 1989

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 62,-

22

Württemberg und Mömpelgard

Führung: Dr. Rudolf Bütterlin

Donnerstag, 15. Juni, bis Sonntag, 18. Juni 1989

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 268,-

23

Kirchen der Ulmer Alb

Führung: Manfred Akermann

Samstag, 24. Juni 1989

Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 58,-

24

Deutscher Orden III – Deutschordensballei Österreich

Führung: Dr. Michael Diefenbacher

Sonntag, 25. Juni, bis Samstag, 1. Juli 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1346,-

25

**Kunst und Kultur im anderen Teil Deutschlands –
 Stätten der Deutschen Klassik**

Führung: Dr. Friedrich Schmid

Montag, 10. Juli, bis Sonntag, 16. Juli 1989

Abfahrt: 7 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1575,-

26

Unbekanntes in der Nord-Schweiz

Führung: Manfred Akermann

Freitag, 21. Juli, bis Sonntag, 23. Juli 1989

Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr (incl. Eintrittsgelder): DM 178,-

27

1789 – Ein Jahr verändert die Welt
Fahrt zur Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution
Führung: Raimund Waibel
Samstag, 29. Juli, bis Samstag, 5. August 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1229,-

28

Von den norwegischen Stabkirchen zu den Bildsteinen auf Gotland – Die nordische Kunst aus dem Geiste der Wikingerzeit
Die Reise wurde abgesagt.

29

Auf den Spuren des Bauernkriegs II – Württemberg und Franken
Führung: Dr. Uwe Kraus
Donnerstag, 24. August, bis Sonntag, 27. August 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 249,-

30

Zwischen Karpfen und Lupfen
Führung: Dr. Wolfgang Irtenkauf
Mittwoch, 30. August 1989
Abfahrt: 7.15 Uhr am Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 56,-

31

Die Champagne und Lothringen – Chancen und Fluch einer Grenzlage in der Mitte Europas
Führung: Michael Bayer
Samstag, 2. September, bis Montag, 11. September 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr (incl. Halbpension): DM 1496,-

32

Fahrt zum Keuperstufenrand VII – Die Crailsheimer Berge
Führung: Dr. Hans Scheerer und Dr. Hans Mattern
Samstag, 16. September 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 56,-

33

Der südliche Schwarzwald – Ein bekanntes und unbekanntes Gebirge
Führung: Prof. Dr. Erwin Rutte und Dr. Wolfgang Irtenkauf
Montag, 18. September, bis Sonntag, 24. September 1989
Abfahrt: 9.15 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 415,-

34

Bottwartal
Führung: Prof. Dr. Hans-Martin Maurer
Mittwoch, 20. September 1989
Abfahrt: 14.00 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 29,-

35

Grablegen des Hauses Württemberg
Führung: Harald Schukraft
Mittwoch, 27. September 1989
Treffpunkt: 8.30 Uhr am Schillerdenkmal in Stuttgart (Schillerplatz)
Um 13 Uhr Abfahrt am Karlsplatz nach Tübingen
Teilnehmergebühr: DM 39,-

36

Mainfranken
Führung: Dr. Benigna Schönhagen
Samstag, 30. September, bis Donnerstag, 5. Oktober 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 348,- (+ Eintrittskosten)
Die Teilnehmerzahl ist auf 30 Personen begrenzt.

37

Unter dem Boden unseres Landes – Archäologie im mittleren Neckarland
Führung: Dr. Dieter Planck
Samstag, 30. September 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
Teilnehmergebühr: DM 46,- (+ ca. DM 5,- Eintritte; werden im Bus eingesammelt)

Schwäbische Altäre an den rätischen Alpenstraßen
Führung: Dr. Rudolf Bütterlin
Samstag, 7. Oktober, bis Mittwoch, 11. Oktober 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 298,-

Die obere Donau – Von der Heuneburg bis Beuron
Führung: Dr. Uwe Kraus
Samstag, 14. Oktober, bis Sonntag, 15. Oktober 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 98,-

Die Römer in der Pfalz – Eine archäologische Exkursion
Führung: Dr. Christoph Unz
Samstag, 14. Oktober 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 56,-

1. Fahrt ins Blaue
Mittwoch, 18. Oktober 1989
Abfahrt: 13 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

2. Fahrt ins Blaue
Sonntag, 22. Oktober 1989
Abfahrt: 13 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Geologie und Landeskunde im Mainzer Becken
Die Reise wurde abgesagt.

Die Donau VI – von Krems bis Hainburg
Führung: Dr. Benigna Schönhagen und Dr. Wilfried Setzler
Samstag, 28. Oktober, bis Mittwoch, 1. November 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 412,-

Adventsfahrt
Auf den Spuren Grimmelshausens
Führung: Dr. Wolfgang Irtenkauf
Samstag, 4. November, bis Sonntag, 5. November 1989
Abfahrt: 8.15 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 109,-

II. Städtereisen

A. Landshut und Freising – Die anderen bayerischen Metropolen
Die Reise wurde abgesagt.

B. Luzern – Die andere Hauptstadt der Schweiz
Führung: Raimund Waibel
Freitag, 10. März, bis Sonntag, 12. März 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 168,-

C. Bamberg – Tausendjährige Bischofs- und Kaiserstadt
Führung: Dr. Benigna Schönhagen
Freitag, 24. November, bis Sonntag, 26. November 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 158,- (+ Eintrittskosten)

D. Colmar – Stadtkleinod am Schnittpunkt zweier Kulturen
Führung: Michael Bayer
Freitag, 15. Dezember, bis Sonntag, 17. Dezember 1989
Abfahrt: 7.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 164,-

Württembergische Oberamtsstädte

E. Wangen im Allgäu
Führung: Stadtarchivar Eisele
Mittwoch, 19. Juli 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 61,-

F. Vaihingen/Enz
Führung: Stadtarchivar Lothar Behr
Mittwoch, 9. August 1989
Abfahrt: 13 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 29,-

G. Neuenbürg
Führung: Dr. Johann Ottmar
Samstag, 2. September 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 44,-

H. Saulgau
Führung: Dr. Uwe Kraus
Samstag, 28. Oktober 1989
Abfahrt: 8 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof
 Teilnehmergebühr: DM 52,-

Ausstellungs-Sonderfahrt

«Friedrich List»

Führung: Dr. Werner Ströbele (Museumsleiter in Reutlingen)

Montag, 3. Juli 1989

Abfahrt: 13 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnehmergebühr: DM 28,-

Aktion Irrenberg 1989

Samstag, 19. August 1989

Abfahrt: 6.30 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Zusteigemöglichkeiten nach Vereinbarung an der Fahrtstrecke Stuttgart–Tübingen–Hechingen–Irrenberg.

Hinweis für Selbstfahrer: Zufahrt von Streichen her. Treffpunkt ist um 8 Uhr am unteren Hang des Naturschutzgebietes Irrenberg.

Mitgliederversammlung 1989 des SCHWÄBISCHEN HEIMATBUNDES

Sonderprogramm

Oberschwäbisches Barock: Geschichte, Kunst und Kultur

Führung:

Dr. Benigna Schönhagen und Dr. Wilfried Setzler

Samstag, 15. April, bis Sonntag, 16. April 1989

Abfahrt: 8.00 Uhr vom Bussteig 15, Busbahnhof

Teilnahmegebühr (inkl. Eintritte): DM 89,-

Stuttgart – Weilheim u. T. – Wiesensteig – Erbach – Oberdischingen – Ochsenhausen (Klosterführung, Orgelkonzert, Mitgliederversammlung) – Schussenried – Sießen – Buchau – Obermarchtal – Untermarchtal – Stuttgart.

In kaum einer Landschaft finden sich Kleinodien des Barocks so dicht gedrängt wie in Oberschwaben. Noch heute zeugen die prachtvollen Kirchen und Klöster von einer sinnenfrohen und zugleich tieferreligiösen Zeit, spiegeln gegenreformatorischen Eifer wider und vermitteln ein Selbstverständnis der Äbtissinnen und Äbte als Landesherren mit Untertanen, denen die Klosteranlagen als Residenzen ihrer Kleinstaaten dienten. Die Führungen möchten die äußere und innere Geschichte dieser geistlichen Staaten zur Zeit ihrer größten kulturellen und wirtschaftlichen Blüte aufzeigen.

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung, da die Bettenzahl in Ochsenhausen beschränkt ist. Es stehen nur wenige Einzelzimmer zur Verfügung.

Die **Mitgliederversammlung** des SCHWÄBISCHEN HEIMATBUNDES findet am **Samstag, dem 15. April 1989, um 15 Uhr in Ochsenhausen**, Kreis Biberach, im Fruchtkasten statt. Zu dieser für unseren Verein und für alle seine 7000 Mitglieder sehr wichtigen Jahresversammlung lädt der Vorstand herzlich ein. Nach drei Jahren sind der Vorsitzende, seine beiden Stellvertreter, der Schatzmeister, der Schriftführer und die weiteren Mitglieder des Vorstandes erneut zu wählen. Nach zwei Wahlperioden steht Dr. Dr. h.c. Hans Lorensen, früher Oberbürgermeister von Ulm, nicht mehr als erster Vorsitzender zur Verfügung.

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Grußworte
2. Tätigkeitsbericht des ersten Vorsitzenden
3. Kassenbericht des Schatzmeisters
4. Prüfungsbericht des Kassenprüfers
5. Entlastung
6. Anträge
7. Wahl des Vorstands
8. Resolutionen
9. Verschiedenes

Anträge zur Tagesordnung sind spätestens fünf Tage vor der Versammlung dem Vorsitzenden schriftlich zuzuleiten.

Sanierung der Ellwanger Basilika

(Isw) Das Ausmaß der Bauschäden an der Ellwanger Basilika soll jetzt mit Hilfe von fotogrammetrischen Aufnahmen genauer ermittelt werden. Mit den Aufnahmen wurde bereits vom Landesdenkmalamt Stuttgart begonnen.

Mit der Sanierung der zu den schönsten romanischen Hallenkirchen in Süddeutschland gezählten Basilika soll in diesem Frühjahr begonnen werden. Nach einer vorläufigen Beurteilung der Bauschäden rechnet die Katholische Kirchengemeinde Ellwangen damit, daß die Sanierung rund 6,3 Millionen Mark erfordern wird.

Kreis Ravensburg fördert Obstgärten alter Art

(STZ) Ein «StreuoBSTprogramm» soll im Landkreis Ravensburg die Anpflanzung und Erhaltung von Obstbäumen auf Wiesen und in Gärten unterstützen. Zur Finanzierung des Programms wurde ein Zuschuß beim Bundesumweltministerium beantragt. Als erste Maßnahme sollen jetzt 50 000 Mark bereitgestellt werden. Jedem Obstgärtner sollen fortan 50 Prozent der Pflanzkosten ersetzt werden. Mit einer Informationsbroschüre macht das Landratsamt auf die ökologische Wichtigkeit des StreuoBSTbaus aufmerksam. Monokulturen des Obstbaus haben den Bestand von Obstgärten alter Art stark zurückgedrängt. Nicht nur bedrohten Arten bieten StreuoBSTanlagen wichtige Lebensräume, im Landratsamt weist man auch darauf hin, daß StreuoBSTwiesen ganz wesentlich das Landschaftsbild positiv bestimmen. Weiterhin plant der Landkreis, ein Baumuseum einzurichten, um dort historische Obstbäume anzupflanzen und zu veredeln.

Arbeitskreis für Mühlenforschung

(PM) Im April 1987 wurde im Rahmen des Historischen Vereins für Württembergisch Franken der Arbeitskreis für Mühlenforschung gegründet. Mehrere Dutzend vornehmlich aus Baden-Württemberg stammende Mühlenfreunde und Mühlenforscher haben sich darin die Aufgabe gestellt, alles Historische und Gegenwärtige über Mühlen zusammenzutragen, zu dokumentieren und zu erschließen. Mittlerweile hat sich die Arbeit der Mühlenkundler weit über das Fränkische hinaus ausgedehnt und umfaßt ganz Baden-Württemberg. Daß die südwestdeutschen Mühlenfachleute in einem gewissen Trend der Zeit liegen, zeigt sich nicht zuletzt daran, daß ebenfalls 1987 in Minden in Westfalen die «Deutsche Gesellschaft für Mühlenkunde und Mühlenhaltung» gegründet wurde, die bundesweit ganz ähnliche Zielsetzungen vertritt. Der baden-württembergische Arbeitskreis für Mühlenforschung kooperiert eng mit der Mindener Gesellschaft.

Das erste größere Projekt, das sich der Arbeitskreis vorgenommen hat, ist die Erfassung und Dokumentation der heute noch vorhandenen Mühlen. Unter «heute noch vorhandenen Mühlen» verstehen die Mühlenforscher alle diejenigen Mühlen, die noch in irgendeiner Form die Wasserkraft nutzen (Windkraftnutzung kommt für Baden-Württemberg praktisch nicht in Frage) oder die noch einen gewissen Teil ihrer alten technischen Inneneinrichtung bewahrt haben. In einem zweiten Schritt sollen dann die historischen Mühlen erfaßt werden, wie sie ums Jahr 1850 existiert haben. Für etliche Landschaften Baden-Württembergs sind bereits Bearbeiter gefunden, beispielsweise für den Schwarzwald, für Teile Oberschwabens, des Schwäbisch-Fränkischen Waldes oder für das Taubertal. Andere Teile Baden-Württembergs

sind noch regelrechte «weiße Flecken», und die Mühlenforscher suchen dringend Mitarbeiter, die sich der Erfassung der dortigen Mühlen annehmen. Erstes großes Etappenziel der Mühlenkundler ist es, einen Mühlenatlas für Baden-Württemberg zu erstellen.

Der Arbeitskreis für Mühlenforschung ruft deshalb alle Interessenten auf, bei der Mühlenerfassung mitzuarbeiten. Mitmachen kann praktisch jeder. Bisher umfaßt der Arbeitskreis ein buntes Spektrum aus Theoretikern und Praktikern: Archivare, Historiker, Müller und Mühlenbauer, Ingenieure, Eisenbahner, Architekten, Studenten, Lehrer und viele andere heimatkundlich Interessierte. Wer an einer Mitarbeit interessiert ist, möge sich bitte wenden an: Arbeitskreis für Mühlenforschung: Dr. Gerhard Fritz, Oberer Hofberg 9, 7157 Murrhardt.

Hohenlohe-Kreis zeigt Flagge

(HOT) Auch der Hohenlohekreis wird künftig, wenn besonderer Anlaß dazu besteht, Flagge zeigen. Die Möglichkeit dazu wurde ihm, wie allen anderen Kreisen im Lande, erst vor Jahresfrist durch eine Novellierung der Landkreisordnung eingeräumt. Verwaltung und Kreistag waren einer Meinung: Auch der Hohenlohekreis sollte eine Kreisflagge führen dürfen. Das Recht dazu wird vom Regierungspräsidium verliehen. Die Kreisflagge wird in den Farben Rot-Weiß gehalten sein und als Wappen das «Krautheimer Rad» mit den zwei Hohenloher Leoparden tragen. Die Kreisfahne soll bei festlichen Anlässen, aber nicht nur bei Veranstaltungen des Kreises wehen. Auch die Gemeinden können sich die Kreisfahne ausleihen oder sich die Fahne des Hohenlohekreises anschaffen.

25 Jahre Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte

(PM) Vor 25 Jahren wurde auf Initiative von Landeskonservator i. R. Dr. Hartwig Zürn am 10. November 1963 die Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte in Württemberg und Hohenzollern in Stuttgart gegründet. Die Gründungsmitglieder bestanden aus Archäologen des Württembergischen Landesmuseums in Stuttgart, des damaligen Staatlichen Amtes für Denkmalpflege, Abteilung Bodendenkmalpflege in Stuttgart und Tübingen und Professoren der Universität Tübingen, sowie einigen interessierten Laien. Die Gründungsmitglieder waren namentlich: Prof. Dr. W. Gieseler, Universität Tübingen, Architekt M. Haaf, Prof. Dr. S. Junghans, Stuttgart, Prof. Dr. W. Kimmig, Tübingen, Prof. Dr. P. Paulsen, Stuttgart, Prof. Dr. G. Riek, Tübingen, Dr. A. Rieth, Tübingen, Dr. S. Schiek, Tübingen, Dr. M. Schröder, Stuttgart, und Dr. H. Zürn, Stuttgart.

Der Gründung der Gesellschaft gingen mancherlei Überlegungen voraus. Letztlich ist sie die Fortsetzung des im Jahre 1843 entstandenen Württembergischen Altertumsvereins, der anfangs bevorzugt auch die Altertumsforschung gepflegt hatte. Diese Teilaufgabe ging dann mehr und mehr an den im Jahre 1872 gegründeten Württembergischen anthropologischen Verein über, der 1893 mit der Herausgabe der «Fundberichte aus Schwaben» begonnen hat. Der Zweck dieser Zeitschrift ist auf Seite 1 des ersten Bandes der Fundberichte von 1893 klar umrissen. Es heißt dort: «Die Jahresschrift hat der Ausschuss des Württembergischen anthropologischen Vereins beschlossen, von der Absicht geleitet, in ihr ein Organ zu schaffen, welches die bisher in den verschiedensten Veröffentlichungen zerstreuten Berichte über Ausgrabungen und Funde unseres Landes zu einem ganzen vereinigen und dadurch die Studien auf dem Gebiet der Vor- und Frühgeschichte erleichtern sollte.» Der Verzicht auf Wiederbelebung des Vereins nach dem Kriege schien zweckmäßig, war doch die Mitgliederzahl seit Jahren ständig zurückgegangen. Vor allem fehlte es an

jungem Nachwuchs. Durch den Aufbau der Denkmalpflege in den Jahren nach dem Kriege, insbesondere die Wiedergewinnung eines umfangreichen Mitarbeiter- und Pflegerkreises, wurde die Gründung eines speziell archäologisch ausgerichteten Vereins für den Raum Württemberg und Hohenzollern wieder akut. Am 11. 12. 1988 feierte die Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte in Württemberg und Hohenzollern in der Stuttgarter Liederhalle ihr 25jähriges Bestehen. Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium übermittelte die Grüße der Landesregierung. Den Festvortrag hielt der frühere Präsident des Deutschen Archäologischen Instituts in Berlin Prof. Dr. Dr. h. c. Kurt Bittel (Heidenheim) über das Thema «Archäologie in Südwestdeutschland heute». In seinem Vortrag ging Prof. Bittel auf die Frage, warum Archäologie, Probleme des Forschungsstandes und Perspektiven der archäologischen Forschung in unserem Lande, ein. So zeigte diese Veranstaltung die Grundlagen für die Arbeit und die Aufgaben der Gesellschaft für die Zukunft auf, die starke und tiefe Verwurzelung ihrer Mitglieder in der Landesarchäologie von Württemberg und ihre Hinwendung zu den aktuellen Aufgaben und Problemen der europäischen Archäologie.

Aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums gab der Geschäftsführer Landeskonservator Dr. Dieter Planck im Auftrag der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte eine Publikation unter dem Titel «Archäologie in Württemberg» heraus, die aufzeigen soll, welcher Forschungsstand auf dem Gebiet der gesamten Archäologie im Lande erarbeitet werden konnte und welche Schwerpunkte die zukünftige Forschungstätigkeit auf diesem Gebiet legen sollte. Alle Mitglieder erhalten diese 570 Seiten starke Publikation kostenlos als zusätzliche Jahresgabe. Die Herausgabe dieser umfangreichen Publikation war nur möglich durch ein großes Spendenaufkommen der Mitglieder der Gesellschaft, die es dadurch ermöglicht hatten, daß dieses Werk anläßlich des Jubiläums erscheinen konnte.

Vorsitzender der Gesellschaft ist seit

1979 Prof. M. Dr. W. Kimmig, Tübingen. Stellvertretender Vorsitzender ist Ministerialrat J. Peterke, Stuttgart. Seit 15 Jahren führt Landeskonservator Dr. Dieter Planck die Geschäfte des Vereins.

Späth für Finanzierung der Landschaftspflege

(lsw) Bäuerliche Landschaftspflege hat ihren Preis. Diesen Aspekt hob der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth beim Landfrauentag auf der Badischen Landwirtschafts-Ausstellung in Freiburg hervor. Späth bekannte sich dazu, die Landschaftspflege zu finanzieren, und sagte, die Städter müßten eines Tages «noch ein bißchen mehr ausgeben», «wenn sie die schöne Landschaft am Wochenende genießen wollen».

Der Stuttgarter Regierungschef stellte die Pflege der überkommenen Kulturlandschaft in Beziehung zur Situation der Landwirtschaft, deren Probleme auf Dauer nicht durch das Einkommen aus der Produktion zu lösen seien. Er bekannte, daß die Politik bisher noch wenige Rezepte zur Sicherung derjenigen anzubieten habe, die die Landschaft erhalten und ohne die Baden-Württemberg nicht mehr Baden-Württemberg wäre. Späth zeigte sich jedoch auch davon überzeugt, daß es letztlich gelingen werde, Lösungen zu finden.

Die Veranstaltung des südbadischen Landfrauenverbandes stand im Zeichen des 40jährigen Bestehens der bundesweit 600000 Mitglieder zählenden Vereinigung. Die Bundesvorsitzende, Hedwig Keppelhoff-Wiechert (Fehlen/Kreis Borken), betonte das gesellschaftspolitische Engagement des Deutschen Landfrauenverbandes. Sie kündigte an, daß sich der Verband in Bonn und Brüssel häufiger zu Wort melden werde, «damit man die Anliegen von uns Frauen bei wichtigen Entscheidungen nicht einfach unter den Tisch fallen läßt». Es gehe besonders um familien- und sozialpolitische Fragen.

Keine Manöver mehr auf dem Kalten Feld

(STZ) Jetzt wissen es alle Amerikaner, daß sie eines der schönsten Naherholungsgebiete zwischen Göppingen, Gmünd und Aalen nicht mehr für Manöverübungen benützen dürfen. Die Stadt Schwäbisch Gmünd hat die erfreuliche Mitteilung erhalten, daß die US-Streitkräfte dort nicht mehr üben wollen. Der Befehl, das Landschaftsschutzgebiet Kaltes Feld auf der Ostalb von der Übungsplatzliste zu streichen, erging aber schon am 23. November 1988 an alle Kommandobehörden im In- und Ausland.

Vor allem der Gmünder Oberbürgermeister Wolfgang Schuster äußerte sich befriedigt über diese Anordnung des Stabschefs der US-Armee. Er hatte sich bereits im Mai vorigen Jahres gegen Manöverübungen in dem Landschaftsschutzgebiet gewehrt. Damals hatte eine US-Einheit mit ihren Fahrzeugen in den Wacholderheiden auf der Albhochfläche gewühlt und ein Stück Land zerstört. Jahre, meint die Ortsgruppe Schwäbisch Gmünd des Schwäbischen Albvereins, dessen Besitztum betroffen ist, würden vergehen, bis die Spuren der Verwüstung behoben seien. Auch die Bevölkerung war bestürzt. Schließlich ist das Kalte Feld, die höchste Spitze der Ostalb (781 Meter), eines der beliebtesten Ausflugsziele, ideal zum Wandern, zwischen Rechberg und Rosenstein gelegen. Auch wenn sich am Sonntag auf dem Hornberg, wo die Segelflieger starten, der Spaziergängerstrom am Ausgangspunkt staut, auf dem anschließenden 150 Hektar großen Gelände verlaufen sich die Menschen.

Die von den Dörfern Nenningen, Dengelfeld, Weilerstoffel und Tannweiler umgebene Hochfläche soll nun vom amerikanischen Militär wie ein Naturschutzgebiet behandelt werden. Oberstleutnant Karl Enzelberger vom Verteidigungskommando Schwäbisch Gmünd will das Gebiet wie seinen Augapfel hüten. Solange er da sei –, und das seien immerhin noch viele Jahre –, werde dort oben nichts passieren.

Ein klares Nein zur Tiefgarage in Ditzingen

(STZ) Das Stuttgarter Regierungspräsidium hat den Plänen der Stadt Ditzingen, unter dem Rathausplatz in Hirschlanden eine öffentliche Tiefgarage mit nur zwölf bis 14 Stellplätzen zu bauen, jetzt ein klares Nein entgegengesetzt – das Landesdenkmalamt vermutet an besagter Stelle siedlungsgeschichtliche Befunde aus dem Mittelalter, und dies sei bei der Änderung des Bebauungsplanes «Ditzinger Straße» durch den Gemeinderat am 20. September in der Abwägung der Belange nicht genügend berücksichtigt worden. Bürgermeister Hermann Gommel zeigte sich ob dieser Entscheidung «wie vom Blitz getroffen» und monierte: «Die Ortskernsanierung Hirschlanden steht und fällt mit dem Bau eines Geschäftshauses samt Tiefgarage am Rathausplatz. Wir wollen doch keine fünf Millionen Mark Fördermittel in den Sand setzen».

Bereits 1986 hatte die Stadt einen ersten Bebauungsplan für das Areal um den seit dem Spätmittelalter freien Rathausplatz aufgestellt und Tiefgaragen seien damals, so Gommel, auch vom Regierungspräsidium zugelassen worden. Jetzt, in der Detailauslegung, zieht man in Stuttgart die Bremse, weil «auch andere Möglichkeiten zur Lösung des Parkproblems nicht von vorneherein ausgeschlossen werden können».

Wieder Uhu-Brutplätze im Kreis Göppingen

(lsw) Auch seltene Vögel sind in Baden-Württemberg wieder häufiger anzutreffen. Der Vorsitzende der Geislinger Vogelschützerortsgruppe, Dieter Rockenbauch, wies im Dezember darauf hin, daß es in den Landkreisen Heidenheim und Ulm erneut Uhu-Brutplätze gibt. Zudem seien im Kreis Göppingen rund 120 Paare Wasseramseln beobachtet worden. Die Bewachung der Wanderfalkenhorste habe zu einem erfreulichen Zuwachs an Jungvögeln geführt, fügte Rockenbauch hinzu.

Winnenden: Abfuhr für den Denkmalschutz

(STN) Fünf Jahre lang versuchten ein Winnender Kaufmann und die Stadtverwaltung dem Landesdenkmalamt und dem Regierungspräsidium klarzumachen, daß das Haus Schloßstraße 10 kein Kulturdenkmal ist, sondern nur der Sanierung des Altstadt-kerns im Wege steht. Fünf Jahre lang blieben die Denkmalschützer bei ihrer Meinung. Um so mehr schmerzt die «Backpfeife» (Winnendens OB Karl-Heinrich Lebherz), die das Verwaltungsgericht mit seinem Urteil in diesem Fall verteilte. Das Gebäude sei weder in wissenschaftlicher, heimatgeschichtlicher noch künstlerischer Hinsicht schützenswert.

Zusammen mit dem neuen Winnender Rathaus wollte der Winnender Kaufmann an der Schloßstraße 10 bauen. Doch der Abbruch der insgesamt sechs Gebäude scheiterte daran, daß das Haus Schloßstraße 10 in die Liste der Kulturdenkmale eingetragen war. Von ihrem Standpunkt, den Abbruch zu verweigern, rückten die Denkmalschützer durch gegenläufige Gutachten aller Art nicht ab. Schließlich sahen die Stadt und der Eigentümer keinen anderen Weg mehr als das Land vor den Kadi zu zerren. Die Stuttgarter Verwaltungsrichter fakelten nicht und ebneten den Weg für den Fortgang der Winnender Altstadtsanierung.

Im Grunde genommen war den Stuttgarter Richtern das Urteil vorgegeben. In einer Art Musterprozeß legte sich der Verwaltungsgerichtshof im Mai vorigen Jahres mit seinen Urteilen zum alten Pfarrhaus Steinenberg (Reims-Murr-Kreis) und zur Villa Breuninger in Schorndorf über die Marschrichtung im Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden fest. Kulturdenkmale, so die Richter sinngemäß, müssen nur erhalten werden, wenn sie von öffentlichem Interesse sind und der Aufwand in einer vernünftigen Relation zu den üblichen Neubaukosten steht. Beide Faktoren sah das Verwaltungsgericht bei der Schloßstraße 10 nicht als gegeben. Anstelle der alten Häuser beabsichtigt der Eigentümer, ein Wohn- und Geschäftszentrum zu errichten.

Konsequenzen aus «Nein» zu Kinzigstollen?

(STZ) Als Antwort auf das Scheitern der Pläne, Kinzigwasser zur Kühlung von Kraftwerken in den Neckar überzuleiten, sollte die Landesregierung nach Ansicht des Hohenloher Landrats Franz Susset (CDU) «die Förderpraxis gegenüber dem Zweckverband Kleine Kinzig überprüfen». Mit dieser Forderung hat Susset einen Beschluß des Regionalverbands Franken bekräftigt, der auf seine Initiative hin gefaßt worden war. Zur Begründung erinnerte er daran, daß sich das Land einst mit 150 Millionen Mark an den Gesamtkosten von 200 Millionen Mark für den Bau des Speicherbakens im Nordschwarzwald beteiligt hatte.

Angesichts dieser Summe zeigte sich Susset enttäuscht, daß sich die Landesregierung nicht «mit größerem Nachdruck» für eine «solidarische Lösung» des Kühlwasserproblems eingesetzt habe. Als Mitglied der Regionalverbandsversammlung habe es ihn «auf die Palme gebracht», mit welcher «Nonchalance» die Ablehnung des Zweckverbandes in Stuttgart aufgenommen worden sei. Die Vertreter der 25 Mitgliedsgemeinden hatten sich entgegen allen Erwartungen mit knapper Mehrheit gegen den Bau eines neun Kilometer langen Stollens von der Talsperre zum Neckar ausgesprochen. Darin sieht Susset einen Mangel an Solidarität, die zur Lösung der großen Umweltprobleme unabdingbar sei.

Der Hohenloher Landrat bezeichnete sich zwar als «leidenschaftlichen Verfechter der kommunalen Selbstverwaltung». Zugleich nannte er es jedoch «legitim», wenn das Land bei seiner Förderpraxis «gesamtpolitische Gesichtspunkte» berücksichtige und Zuschüsse notfalls als «goldene Zügel» einsetze. Mit Nachdruck wandte sich Susset jedoch gegen den Eindruck, er verlange eine «Strafaktion» gegen den Zweckverband Kleine Kinzig.

Kein Verständnis zeigte der Sprecher des Stuttgarter Umweltministeriums für den Vorstoß des Landrats. Es sei eine «pure Selbstverständlichkeit», daß die Landesregierung demokra-

tisch zustande gekommene Entscheidungen der Kommunen respektiere, sagte er auf Anfrage. Im übrigen gebe es keine Möglichkeit, die Zuschüsse zurückzufordern, da diese nicht an Bedingungen wie die umstrittene Überleitung geknüpft worden seien.

Bemerkenswerter Ulmer Gläser-Fund

(SZ) Der Ulmer Boden steckt voller Überraschungen und Neuigkeiten – man muß nur gründlich genug nach ihnen graben. Diese Erfahrung haben die Stadtarchäologen des Landesdenkmalamts bei ihren unterirdischen Nachforschungen im letzten Jahr vor dem Neuen Bau, auf dem Münsterplatz und im Sanierungsgebiet «Auf dem Kreuz» in überreichem Maße gemacht. So stieß die Grabungsmannschaft vor dem Neuen Bau Ende August in einem ehemaligen Latrinen-Schacht auf einen spektakulären Glasfund, über dessen Umfang und stadtgeschichtliche Bedeutung Chef-Archäologin Dr. Judith Oexle im Dezember erstmals die Presse ins Bild setzte. Ein Bagger förderte die gut erhaltenen Scherben einiger hundert Hohlgläser und Flaschen zutage, die einiges über die Ulmer Trinkkultur vom Spätmittelalter bis zur Barockzeit verraten.

Unter den geborgenen Glasscherben befanden sich kräftige Bier- und Mosthumpen ebenso wie zierliche, in Model geblasene Weingläser. Die Stadtarchäologen trauten zunächst ihren Augen nicht, was der Bagger da aus der Baugrube für die künftige WC-Anlage vor dem Neuen Bau zutage förderte. Die Glasscherben entpuppten sich als einer der bedeutendsten Gläserfunde in Baden-Württemberg nach dem Krieg – nur in Heidelberg wurde eine vergleichbare Gläserammlung ausgegraben. Die erstaunlich gut erhaltenen Glasscherben, deren älteste Teile aus der Zeit um 1500 stammen, wurden gesiebt, gewaschen und von den Archäologen provisorisch mit Tesafilm wieder zu den ursprünglichen Trinkgläsern oder Flaschen zusammengeklebt. Die eigentliche Restaurierung steht aller-

dings erst noch bevor. Weil das Landesdenkmalamt für das kostspielige Vorhaben nicht genügend Mittel frei hat, setzen die Denkmalschützer auf die Hilfe privater Sponsoren. Einer trat in Person des Gold-Ochsen-Geschäftsführers Michael Leibinger bereits auf den Plan. Die alteingesessene Ulmer Brauerei will 12000 Mark bereitstellen, um zumindest die ersten 14 der in die Hunderte gehenden Exponate fachgerecht zu restaurieren und der Ulmer Öffentlichkeit anschließend zugänglich zu machen. Insgesamt dürfte die Rekonstruktion der Ulmer Trinkgläser vom Spätmittelalter bis zur Barockzeit rund 140000 Mark verschlingen.

Wie die Gläserammlung just in den Latrinen-Schacht vor dem Neuen Bau gelangt ist, darüber wagte Dr. Judith Oexle eine «flapsige Spekulation». Vielleicht, so die Stadtarchäologin, habe sich an dieser Stelle dereinst ein Wirtshaus befunden oder aber das Haus eines wohlhabenden Ulmers. Denn die Qualität der gefundenen Gläser, darunter auch einige selbst für die Barockzeit ungewöhnlich seltene blaugefärbte Exemplare, lasse darauf schließen, daß es sich nicht um die Ausstattung eines durchschnittlichen Handwerker-Haushalts gehandelt hat – in diesen Kreisen trank man damals den Humpen Bier oder das Viertel Wein aus Holz- oder Keramikgefäßen.

Bei den Grabungen auf dem Münsterplatz und im Sanierungsgebiet «Auf dem Kreuz» stehen die Archäologen nun unmittelbar davor, das komplizierte Puzzle der Ulmer Siedlungsstruktur vor der eigentlichen Stadterweiterung im 12. Jahrhundert zu rekonstruieren.

Auf dem Münsterplatz haben die Stadtarchäologen ebenfalls reiche Ernte gehalten. Neben dem Grundriß des Barfüßer-Chors wurden unzählige Grabstellen mit menschlichen Skeletten freigelegt, die über eine Zeitspanne von 500 Jahren dort beigelegt worden sind. Aber auch Häuser Spuren, die auf eine Besiedlung außerhalb der Pfalz in der Zeit vor der staufischen Stadterweiterung ähnlich wie «Auf dem Kreuz» schließen lassen, fanden die Geschichtsforscher im Boden.

Der «Ulmer Spatz» hatte Geburtstag

(lsw) Der legendäre «Ulmer Spatz» hatte Geburtstag. Er wurde 100 Jahre alt. Am 23. Oktober 1888 verankerten Steinmetze den kupfergetriebenen und vergoldeten Vogel in 53 Meter Höhe auf dem Dachfirst über dem Mittelschiff des Münsters. Damals war der mit 161,5 Meter höchste Kirchturm der Welt noch nicht vollendet. Erst zwei Jahre später war es so weit. Doch der Vogel saß – und nur einmal hat er seitdem seinen luftigen Standort verlassen. Im September 1964 «haben wir ihm die Federn geputzt, weil wir ohnehin das Dach neu deckten», sagt Münsterbaumeister Gerhard Lorenz.

Seine Popularität verdankt der von der Schnabelspitze bis zum Schwanzende 92,8 Zentimeter messende «Spatz» nicht dem unbekanntem Künstler, der ihn um 1860 schuf, sondern einem findigen Ulmer Konditormeister. Gustav Adolf Tröglen setzte die Mär in die Welt, wonach die Ulmer einst so dämlich waren, daß sie beim Bau des Münsters einen langen Balken quer durch das Portal hieven wollten und ihnen erst nach der Beobachtung des Spatzen, der mit Strohhalmen sein Nest baute, die Erkenntnis dämmerte: Wenn es quer nicht geht, dann klappt es vielleicht längs. Der Konditor hat mit seiner vor bald 150 Jahren in Reime gefaßten Geschichte dem «Ulmer Spatz» ein Denkmal gesetzt – und gleichzeitig gutes Geld verdient. Noch heute gilt der von der am Münsterplatz gelegenen Konditorei Tröglen gefertigte und mit dem gesetzlich geschützten Warenzeichen versehene «Ulmer Spatz» aus Schokolade, Marzipan oder Pralinenmasse als beliebtestes Mitbringsel aus der Münsterstadt. Zu Hunderten wird der süße «Spatz» täglich verkauft.

Der «Vater» des Jubiläumsspatzen steht heute im Münster. Gerhard Lorenz hat ihn vor elf Jahren, als das Jubiläum der Grundsteinlegung vor 600 Jahren gefeiert wurde, aus einer «dunklen Ecke des Münsters» hervorgeholt und ihm einen Ehrenplatz verschafft. Vorsorglich wurde der «Vater Spatz» unter Glas gesetzt, «weil sich

sonst unzählige Münster-Besucher mit ihren Initialen auf dem Spatzen verewigt hätten und der Strohalm wäre gewiß schon lange geklaut».

Neue Bundesstraße führt durch den Wald

(STN) Seit Wochen schmücken bunt bemalte Bilder, von Kinderhänden geschaffen, die idyllische Landschaft hinter dem Böblinger Waldfriedhof. Nicht zum Ergötzen, sondern zur Mahnung, denn die Bilder markieren die Trasse eines in Böblingen umstrittenen Bauprojektes. Durch dieses Waldgebiet soll die neue B 464 von der Kreisstadt nach Holzgerlingen geschlagen werden. Die Bevölkerung ist in zwei Lager gespalten. Die einen fürchten um ihr «letztes» Naherholungsgebiet», die anderen hoffen, mit dieser Westumgehung das tägliche Verkehrschaos in der Innenstadt abzuwenden.

Je näher die öffentliche Anhörung zum Bau der B 464 rückt, die für Februar vorgesehen ist, um so aktiver wird auch der Widerstand. Eine Bürgerinitiative hat vor Ort aufgeklärt, der Kreis-Verkehrsclub macht mobil und die Grünen wettern bei jeder Gelegenheit gegen die Straßenbauer. Auch im Böblinger Gemeinderat, wengleich er mehrheitlich für die Westumgehung plädiert, wurde erneut heiß debattiert. Vor allem aber die Sorge ausgesprochen, «daß eine neue lange Diskussion das Projekt bis ins nächste Jahrhundert verhindern kann».

Hilfe ist nur zu erwarten durch Umgehungsstraßen – durch die Ostumgehung, die durch Einsprüche der Naturschützer beim Regierungspräsidium jetzt erneut verzögert wurde, und durch die B 464 als Westumgehung. Beide Projekte werden seit fast 20 Jahren diskutiert.

Dabei war es um die B 464 zwischen Böblingen und Holzgerlingen, für die der Gemeinderat im März 1987 seine Trassenentscheidung gefällt hatte, in der Kreisstadt ruhiger geworden. Härter wurde um die Linienführung der Bundesstraße im Abschnitt zwischen Renningen, Magstadt und Sin-

delfingen gekämpft. Erst als der Regierungspräsident die Trassenauswahl einschränkte, kam ein Kompromiß zustande. Nur Sindelfingen läßt noch auf eine Entscheidung warten, wohl weil sich der Ortschaftsrat von Maichingen querlegt.

Auch wenn der Böblinger Gemeinderat jetzt erneut und nachdrücklich die Westumgehung forderte, kann die Anhörungsrunde im Frühjahr noch einmal spannend werden. «Straßenneubauten sind heute politisch kaum noch durchzusetzen», klagte ein Böblinger Kommunalpolitiker.

Technik-Landesmuseum wird Mitte 1990 eröffnet

(lsw) Das Landesmuseum für Technik und Arbeit, an dem seit 1985 an der Mannheimer Autobahnauffahrt gebaut wird, soll im Sommer 1990 eröffnet werden. Die bisher auf 110 Millionen Mark kalkulierten Baukosten werden sich auf 125 Millionen Mark erhöhen. Das gab der Stiftungsratsvorsitzende des Museums, Manfred Erhardt, bekannt. Erhardt nannte dies eine «normale Kostensteigerung». An den Betriebskosten sind das Land zu zwei Dritteln und die Stadt zu einem Drittel beteiligt. Für die Anschaffung und den Aufbau der Museumsexponate, die zur Zeit zu 80 Prozent bereits beschafft und in geräumigen Hallen und Depots gelagert werden, kommt das Land voll auf. Geplant ist, die zurückliegenden rund 200 Jahre Technik- und Sozialgeschichte mit Bezug zum südwestdeutschen Raum darzustellen. Der Direktor des Museums, der Technik-Historiker Professor Lothar Suhling, sagte vor Journalisten, eine solche Konzeption, die der technischen Entwicklung unter Einbeziehung ihrer sozialen Folgeerscheinungen Rechnung trage, sei bisher in Deutschland noch nicht realisiert worden. Daher werde das Museum von 1990 an auch als Diskussionsforum bundesweit tätig werden. Das im Rohbau fast fertige Landesmuseum wird über eine Nutzfläche von 25 000 Quadratmetern verfügen.

Denkmalstiftung: 100 Vorhaben gefördert

(DSI) Der Vorsitzende des Kuratoriums der Denkmalstiftung Baden-Württemberg, Innenminister Dietmar Schlee, stellte kürzlich fest, daß die Stiftung bereits in ihrer Anfangsphase wertvolle Erfolge erzielen konnte. Seit 1985 hat die Denkmalpflege über 100 Maßnahmen mit einem Fördervolumen von rd. 7,4 Millionen DM unterstützt. 16 Vorhaben, z. B. die Kirchenburanlage Mühlacker-Lienzingen, das Schutzhaus über der Römervilla Grenzach-Wyhlen, der 1. Bauabschnitt der Burgruine Wieladingen, die Ott-Pauser'sche Silberwaren-Fabrik in Schwäbisch Gmünd oder das Palais Adelman in Ellwangen konnten bereits abgeschlossen werden. Dies macht nach Angaben von Innenminister Schlee deutlich, daß die Denkmalstiftung die staatliche Denkmalpflege schon nach drei Jahren wirkungsvoll ergänzt. In den vergangenen drei Jahren wurden Spenden von privater Seite in Höhe von rd. 2,3 Millionen DM eingebracht. Zusätzlich wurden für bestimmte Erhaltungsvorhaben auf örtlicher Ebene Spendenmittel und Eigenleistungen von Bürgeraktionen von rd. 4 Millionen DM eingebracht. Das Land hat der Stiftung seit 1985 33,5 Millionen DM als Stiftungskapital zugeführt.

Entscheidend für den Erfolg der Denkmalpflege ist, wie Minister Schlee hervorhob, die Mitwirkung der Eigentümer der Denkmale. Kulturdenkmale können auf Dauer nur erhalten werden, wenn die Eigentümer hierzu auch bereit sind. Deren positive Einstellung zur Erhaltung ist die Grundbedingung für jeden denkmalpflegerischen Erfolg. Die Erhaltungsbereitschaft zu fördern, ist deshalb eine der wichtigsten denkmalpolitischen Aufgaben.

Die Denkmalstiftung Baden-Württemberg wurde von der Landesregierung am 24. Juni 1985 als Stiftung des Bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen. Mit ihrer Hilfe sollen hauptsächlich private Initiativen auf dem Gebiet der Denkmalpflege unterstützt werden.

Wasserkraftwerk an der Jagst umstritten

(HdHZ) Mit widersprüchlichen Argumenten wollen Naturschützer und Wassersportler ein Wasserkraftwerk an der Jagst verhindern. Die Energieversorgung Schwaben (EVS) wird bei der Nutzung der regenerativen Energiequelle unweit der Mündung in den Neckar mit starkem Widerstand konfrontiert.

Die Jagst bei Untergriesheim, einem Stadtteil von Bad Friedrichshall, soll von 1990 an die Turbine eines kleinen Wasserkraftwerks antreiben. Sechs Millionen Mark will die EVS investieren, um die Anlage mit einer Kapazität von 500 Kilowatt zu bauen. Damit könnten rund 600 Haushalte mit Elektrizität versorgt werden.

Die Pläne für dieses Vorhaben stammen bereits aus den 20er Jahren. Sie wurden jetzt im Bad Friedrichshaller Rathaus hervorgekramt, als erkundet wurde, ob sich die 12 000-Einwohner-Gemeinde zumindest zum Teil selbst mitversorgen könnte. Dieses Unternehmen erwies sich schließlich als zu kostspielig. Die EVS jedoch griff die Überlegung auf, sicherte sich die Zustimmung des Gemeinderates und tüftelte ein Konzept aus.

Die etwa drei Meter tiefe Jagst, die an dieser Stelle rund 25 Meter breit ist, soll durch die Röhre eines Wehres geleitet werden. Dadurch könnte eine Turbine angetrieben werden, die Strom produziert. «Das ist eine ganz vernünftige Sache», glaubt EVS-Baudirektor Gottfried Haag. Es entstünden «keine großen ökologischen Nachteile». Das Minikraftwerk ist Bestandteil des Energieprogramms 2000, das neben der Einsparung von Strom die stärkere Nutzung von Wind, Sonne und Wasser vorsieht. «Wir setzen eben nicht nur auf Kohle und Kernenergie», betonte Haag.

Allerdings haben sich nun Naturschützer und Wassersportler zu einer ganz ungewöhnlichen Allianz verbündet. Sie wollen das Projekt an dem von ihnen beanspruchten Fluß verhindern. Der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV) sorgt sich um Wasseramsel, Eisvogel, Zwergtaucher und andere bedrohte Tierarten. «Hier wird voreilig eine wertvolle

Landschaft geopfert», kritisierte der DBV-Vorsitzende Horst Schulz. «Hier wird die Landschaft versaut», stimmten die Fischer ein. Laichplätze würden zerstört, glauben sie. Unterstützung bekommen die Vogel- und Fisch-Freunde von Interessenvertretern, die ansonsten die Ruhe auf der Jagst nachhaltig stören: Von Kanuten und Tauchern. Ursula Wulle vom Kanu-Verband Württemberg sieht bereits das Ende «einer einzigartigen Wildwasserstrecke». Und der Tauchclub Heilbronn befürchtet den Verlust eines Tummelplatzes.

«Wir sind verwundert über diesen Widerstand», sagte Bad Friedrichshalls Stadtbaumeister Peter Englerth. Es sei erstaunlich, daß gegen «so etwas Harmloses» opponiert werde. Das Kraftwerk, das die Kanuten mit einer speziellen Schleuse überwinden könnten, liefert pro Jahr so viel Strom wie in fünf Stunden im Block 7 des Heilbronner Kohlekraftwerks produziert wird.

Neu ist diese Art der Nutzung der Jagst keineswegs. An diesem Nebenfluß des Neckars arbeiten seit Jahrzehnten schon 16 solcher Kraftwerke. Das 17. in Untergriesheim könnte jenes werden, das mit den geringsten Eingriffen in die Natur auskäme. Die meisten anderen Bachbauwerke erforderten einen eigens gegrabenen Kanal. Bei Untergriesheim wäre allenfalls eine geringe Dammschüttung notwendig, sagte Baudirektor Haag, «die wäre optisch kaum wahrnehmbar».

Paten für Straßenbäume gesucht

(lsw) Das städtische Gartenamt Freiburg hat alle Hausbewohner aufgerufen, eine Patenschaft für den nächsten Straßenbaum zu übernehmen und den so gewählten «Hausbaum» entsprechend zu pflegen. Zum Dank erhalten die Paten eine vom Oberbürgermeister unterzeichnete Urkunde. Insgesamt gibt es in der Schwarzwaldmetropole 21 000 Straßenbäume, von denen nach einer Bilanz der Stadtgärtner 10 000 älter als 50 Jahre sind. Sie bedürften vor allem der Pflege.

Bauernmuseum kommt nach Glatt

(STZ) Die Landkreise Freudenstadt und Rottweil wollen gemeinsam mit der Stadt Sulz und dem Verein der ehemaligen Schüler der Landwirtschaftsschule Horb in der Scheuer des Wasserschlosses Glatt ein Bauernmuseum einrichten. Die Sammlungsbestände aus der Landwirtschaftsschule Horb sollen vom Dachboden herunter nach Glatt umziehen. Damit hat ein jahrelanges Tauziehen um den richtigen Standort für die etwa 400 Ausstellungsstücke der Sammlung ein glückliches Ende gefunden.

Bis zuletzt hatten Kreistagsmitglieder aus dem Horber Sprengel mit dem früheren Horber Oberbürgermeister Haegele als Sprecher sich gegen den Abzug des Ausstellungsguts gewehrt, für das im Laufe der Auseinandersetzungen ein halbes Dutzend verschiedene Standorte ins Gespräch gebracht worden waren. Das hatte zur Folge, daß ein Vorschlag nach dem anderen in ausführlichen Gutachten durch die Landesstelle für nichtstaatliche Museen in Tübingen beurteilt werden mußte.

Während die Horber «ihre» Sammlung aus dem Altkreis Horb verteidigten, hielten die Befürworter der Verlagerung der Bestände ins renovierte Wasserschloß Glatt der Stadt Sulz dagegen, daß die Mehrzahl der Exponate vom Altkreis Horb seinerzeit im Raum Sulz gesammelt worden sei, im Falle der Verlagerung also nur heimkehre.

Glatt, als ehemals hohenzollerische Gemeinde einst Teil des Altkreises Hechingen, ist heute Stadtteil von Sulz, historisch aber doch so etwas wie «neutraler Boden», so daß die Einigung ein guter Kompromiß ist, zumal auch der Einwand gegen den Stilbruch eines Bauernmuseums im Feudalschloß ausgeräumt ist: Die Stadt Sulz will das renovierte Schloß als Ausstellungsort nutzen; die Ausstellungsstücke des Bauernmuseums kommen in die Schloßscheuer. Da diese noch in gutem Zustand ist, kann sie mit relativ geringen Kosten dafür hergerichtet werden. Die übrige «Infrastruktur» von Gastronomie bis Parkgelegenheiten und sani-

tären Einrichtungen ist schon vorhanden, so daß der bereits beschlossene Trägerverein alsbald zum Museumsbesuch wird einladen können.

Porzellan-Manufaktur: Gründungsdekret gefunden

(STZ) «Die großen Manufakturen Meißen, Sèvres, Wien, Berlin und Nymphenburg hatten sich schon etabliert, als am 5. April 1758 die Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg durch Herzog Carl Eugen von Württemberg ins Leben gerufen wurde. «Porzellan ist notwendiges Attribut des Glanzes und der Würde» heißt es in seinem Gründungsdekret . . .» So wird seit Jahrzehnten in Büchern und Broschüren die Geschichte der Manufaktur weitergetragen. Seit wenigen Wochen weiß ihr neuer Geschäftsführer Bernd Bücken, daß er die moderne Geschichtsschreibung über das Traditionsunternehmen ändern lassen muß.

Jahrelang war das Original des herzoglichen Gründungsdekrets nicht aufzutreiben. Aus aktuellem Anlaß hat Bücken intensiver nach dem wichtigen Dokument forschen lassen. Und tatsächlich wurde er fündig im Hauptstaatsarchiv, wo sich das herzogliche Handschreiben in einem umfangreichen Aktenheft (Büschel 2430) so listig versteckt hatte, daß es auf den ersten Blick nicht zu finden war. Doch der Freude über den Fund folgte schnell Enttäuschung: Vom viel zitierten «Porzellan als notwendiges Attribut des Glanzes und der Würde» ist keine Silbe in dem Dokument zu entdecken. Wie zu jenen Zeiten üblich, beschränkte sich der Herzog in seiner Order an die Rentkammer auf knappe bürokratische Ausführungsanweisungen zur Gründung der Manufaktur. Blumige Begründungen für amtsinterne Anweisungen gehörten auch damals nicht zum Verwaltungsstil.

Woher kommt dann der Hinweis auf Glanz und Würde im Zusammenhang mit dem Gründungsdekret? Niemand kann es genau sagen. In ei-

nem 1906 von Otto Wanner-Brandt anlässlich einer Ausstellung im Stuttgarter Schloß herausgegebenen Katalog wird das Dekret des Herzogs zitiert und im nächsten Satz darauf verwiesen, daß der Besitz von Porzellan bei Hofe sehr geschätzt wurde . . .

«als notwendiges Attribut des Glanzes und der Würde». Nachfolgende Autoren haben diese Zeilen wahrscheinlich nur oberflächlich gelesen und in ihren Werken fortan die glanzvolle Textzeile zum festen Bestandteil der herzoglichen Order erklärt. Einer hat emsig vom anderen abgekupfert, und so hat sich dieser klingvolle Slogan bis heute im Verkaufsprospekt der Manufaktur erhalten.

Willy Rauen, der langjährige verdienstvolle Geschäftsführer der Manufaktur, dem die Mitarbeiter zum Abschied ein Faksimile des wiederentdeckten herzoglichen Dekrets überreichten, ist nicht enttäuscht über das Fehlen des Glanzlichtes im Gründungsdokument: Die heutige große Nachfrage nach dem handgefertigten «weißen Gold» aus Ludwigsburg und die glanzvollen Umsatzzahlen sind für ihn Beweis dafür, daß Ludwigsburger Porzellan tatsächlich notwendiges Attribut des Glanzes und der Würde ist – auch wenn es im Gründungsdekret der Manufaktur nicht ausdrücklich so definiert ist.

Hegel-Gedenkstätte in Stuttgart geplant

(lsw) Das aus dem 16. Jahrhundert stammende Geburtshaus des großen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel in der Stuttgarter Innenstadt soll bis 1990 zu einer Gedenkstätte ausgebaut werden. Wie die Stadt Stuttgart mitteilte, wird die Umgestaltung des Hauses, in dem Hegel am 27. August 1770 das Licht der Welt erblickte, 2,9 Millionen Mark kosten. Die Umbaupläne sehen unter anderem im ersten und zweiten Obergeschoß des Hauses die aus mehreren Räumen bestehende Hegel-Gedenkstätte vor.

Land ändert das Archivgesetz

(lsw) Künftig sollen auch Entnazifizierungsakten unter Wahrung der gesetzlichen Fristen für die Forschung in Baden-Württemberg zugänglich gemacht werden. Akten von Bundesbehörden hingegen, insbesondere die in Landesarchiven lagernden Steuerakten, unterliegen in Zukunft den strengeren Vorschriften des Bundesgesetzgebers. Das baden-württembergische Wissenschaftsministerium bestätigte dpa auf Anfrage, daß das erst im Sommer 1987 verabschiedete Landesarchivgesetz entsprechend geändert wird.

Die Nachbesserung wurde nach Inkrafttreten eines Bundesarchivgesetzes notwendig. Das neue Landesarchivgesetz wird voraussichtlich im Sommer dieses Jahres verabschiedet. Mit den neuen gesetzlichen Regelungen wird der wissenschaftlichen Forschung der Zugang zu Archivbeständen zeitlich erweitert. Bisher waren die als «Spruchkammerakten» bezeichneten Entnazifizierungsdokumente im Land auch den Historikern nicht zugänglich.

Zwar gelten für die Einsicht in Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus im Südwesten weiterhin großzügigere Bestimmungen, als es das Bundesgesetz vorsieht. Aus den Reihen der Historiker aber wird immer wieder Unmut über Einschränkungen durch die Archivverwaltungen laut, zuletzt an der Universität Freiburg: Hier fühlten sich Wissenschaftler bei der Einsicht in die universitätseigenen Archivbestände aus der Nazizeit eingeeengt. Der Freiburger Historiker Prof. Bernd Martin regte in diesem Zusammenhang an, die Sichtung des Materials einer Kommission von Historikern zu überlassen, zumal in Freiburg, anders als an anderen Universitäten, nicht einmal ein Hauptarchivar beschäftigt sei.

Nach der baden-württembergischen Regelung ist allgemeines Archivgut 30 Jahre nach seiner Entstehung freigegeben, personenbezogene Akten frühestens zehn Jahre nach dem Tod des Betroffenen oder 90 Jahre nach dessen Geburt. Das Bundesgesetz sieht wesentlich längere Fristen bis

zur Akteneinsicht vor. Die Verwaltung des Archivs hat einen gewissen Entscheidungsspielraum: Sie kann Teile der Dokumente anonymisieren und die Fristen verkürzen oder verlängern.

Noch ein Herbst für Reben am Ailenberg

(STN) An einem Berg bei Obertürkheim scheiden sich die Geister: Die Rebflurbereinigung am Ailenberg entzweit die seit 26 Jahren um bessere Arbeitsbedingungen im Weinberg kämpfenden Wengerter und die Umweltschützer. Während das Land die Finanzierung unter Dach und Fach bringt, haben die Auseinandersetzungen ums richtige Konzept zu einer Verzögerung geführt. Der Startschuß wird voraussichtlich erst nach der Weinlese im Herbst 1989 fallen. Landwirtschaftsminister Gerhard Weiser hatte das Verfahren höchstpersönlich an sich gezogen und den Rahmen auf diesem umstrittenen Feld abgesteckt.

Den früher in Aussicht genommenen Rebpflanztermin im Frühjahr 1991 möchte das Landwirtschaftsministerium einhalten. Von einem Beginn der Neuverteilung von insgesamt 28 Hektar und der umfangreichen Wegebauten ist man jedoch noch ein gutes Stück entfernt: Nachdem die Finanzierung Mitte Dezember vereinbart wurde, begann ein Anhörungsverfahren, in dem sich die Naturschutzverbände zu Wort melden können. Das bedeutet: Die Diskussion über die vor allem in einem kleineren Teil des Flurbereinigungsgebiets strittigen Eingriffe gehen voraussichtlich aufs neue los. Denn bisher haben sich lediglich kommunale Gremien mit der Thematik herumgeschlagen. Der Leiter des zuständigen Rebflurbereinigungsamts Kirchheim, Hermann Frank, über die zeitlichen Aussichten: Eine etwa einjährige Wartezeit bis zur Rechtsverbindlichkeit des Wege- und Gewässerplans halte er gegenwärtig noch für realistisch. Bis dahin wird sich das vom Flurbereinigungsamt vorbereitete Konzept vermutlich aber nochmals verändern. Entscheidende Frage dabei ist, welche Forderungen

des ökologischen Gutachtens Eingang in die Planung finden. Weisers Ministerium bejaht die ökologischen Wünsche, erklärte ein Sprecher auf Anfrage. In der Vergangenheit war aber deutlich geworden, daß den Wengertern und dem Flurbereinigungsamt Bernhard Geigers Forderungen zu weit gehen. Dieser verlangte den Verzicht auf einen Verbindungsweg vom Mäderweg zum oberen Ailenberg. Außerdem müßten zehn Prozent der vorgesehenen Bewirtschaftungsflächen als ökologisches Ausgleichsgebiet für die Eingriffe ausgeklammert werden. Dort könnten sich dann jene Tiere wieder ansiedeln, die beim Ausbau des Mäderwegs vertrieben werden, hofft Geiger.

Kein Geld für NS-Dokumentation

(STZ) Mit einer eher stillen Beerdigung hat der Tübinger Kreistag im Rahmen seiner Haushaltsberatung die Sachmittel für die beabsichtigte Dokumentation zur Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten im Landkreis Tübingen aus der Welt geschafft: sie sind gestrichen worden. Dem Landkreis hatte vor drei Jahren ein Antrag vorgelegen auf einen finanziellen Zuschuß für die Erarbeitung einer «Heimatkunde des Nationalsozialismus» durch eine Projektgruppe des Ludwig-Uhland-Instituts für empirische Kulturwissenschaften der Universität. Zwar verweigerte damals der Kreistag den Zuschuß, erklärte aber seine Absicht, eine solche NS-Dokumentation zu dem brisanten Thema selber erarbeiten zu wollen. Immerhin gibt wenigstens die «Heimatkunde» zur NS-Zeit aus dem Uhland-Institut – wenn auch nicht flächendeckend, so doch selektiv – Auskunft über die NS-Vergangenheit im Landkreis Tübingen. Aber der Kreistag möchte den Verkauf des Buches auch jetzt nicht fördern, nachdem das eigene Projekt zerrinnt. Da er einst den Zuschuß zu dem Vorhaben abgelehnt hatte, weigerte er sich auch, eine größere Anzahl Exemplare zu kaufen.

Erfassung historischer Gärten und Parks

(DHB) Der Deutsche Heimatbund, Bundesnaturschutzverband und Dachorganisation der Heimat-, Geschichts- und Bürgervereine mit 2 Mio. Mitgliedern, hat in mehrjähriger Arbeit über 4000 historische Gärten und Parks in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt, beschrieben und systematisch nach Bundesländern, Regierungsbezirken, Kreisen und kreisfreien Städten gegliedert.

Dabei handelt es sich z. B. um die Gärten und Parks von Schlössern und Burgen sowie von Guts- und Herrenhäusern, einbezogen sind die historischen städtischen Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie die Wall- und Klosteranlagen. Erfaßt wurden nicht nur Prestigeobjekte, sondern auch andere erwähnens- und erhaltenswerte Anlagen, unabhängig von ihrer Denkmaleigenschaft. Neben den Namen der Gärten und Parks finden sich in der Publikation u. a. Angaben zur Geschichte, zu den Besitzverhältnissen, zur flächenmäßigen Ausdehnung und zum Pflegezustand.

Das Werk über die 4000 katalogisierten historischen Gärten und Parks in der Bundesrepublik Deutschland schließt eine Lücke im Bereich der Veröffentlichungen zur Denkmalpflege. Es stellt die Erweiterung einer bereits 1981 abgeschlossenen und später erschienenen vorläufigen Liste dar, die rd. 1500 entsprechende Angaben enthielt. Die jetzige Publikation ist bewußt als Loseblattsammlung angelegt, damit sie in Zukunft aktualisiert und ergänzt werden kann.

Viele der historischen Parks und Gärten werden mit zum Teil beträchtlichem finanziellen Aufwand erhalten. Andere dagegen sind anscheinend schutzlos dem Verfall oder gar der Zerstörung ausgeliefert. Dieses vielfach gefährdete und verkannte gartenkulturelle Erbe nachhaltig und dauerhaft zu sichern und ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken, ist das Hauptanliegen des DHB mit dieser Publikation.

DHB-Präsident Dr. Hans Tiedeken: «Mit der Herausgabe dieses Werkes

soll ein bedeutsamer Beitrag zur Bewußtseinsbildung vom Rang unserer historischen Gärten und Parks geleistet werden. Wenn die Veröffentlichung dazu hilft, daß die Bürgerinnen und Bürger, die Verbände und Vereine, aber auch die staatlichen Stellen in ihrer Haltung bestärkt werden, sich dieser wichtigen Kulturdenkmäler bewußt zu sein und sie zu erhalten, dann hat die Publikation ihren Zweck erreicht.»

Ohne finanzielle Unterstützung von öffentlicher und privater Seite wäre die Erarbeitung und Drucklegung dieses Werkes nicht möglich gewesen. Dafür gebührt Dank der Bundesanstalt für Arbeit und ihrem Präsidenten, dem Bundesminister des Innern, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und der Niedersächsischen Sparkassenstiftung mit ihren Vorstandsvorsitzenden.

Z. Z. arbeitet der DHB an einer weiteren vergleichbaren Publikation: Sie nimmt sich ausschließlich der historischen Friedhöfe in der Bundesrepublik an, von denen es nach vorläufigen Schätzungen des DHB mehr als 10 000 gibt.

Linienbestimmung für Neubau der B 27

(LNV) Der Landesnaturschutzverband hat in einer Stellungnahme an das Regierungspräsidium Tübingen zu der Linienbestimmung für den Neubau der B 27 zwischen Balingen und Schömberg ausführlich Stellung bezogen in der Hoffnung, daß im Frühstadium dieser Planung seine Vorschläge und Anregungen noch weitgehend Berücksichtigung finden. Die privaten Naturschützer hoffen auch, daß die in ihrer Stellungnahme aufgezeigten ökologischen Grundsätze nicht nur in so wichtigen Verfahren wie beim Neubau einer Bundesfernstraße, sondern auch bei der Planung anderer Straßenbaumaßnahmen aufgenommen werden.

Die wichtigsten Gesichtspunkte der Stellungnahme lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Weitestgehende Ausnutzung der

bestehenden, zum großen Teil bereits im Kraftfahrstraßen-Standard ausgebauten Trasse der B 27

– Schonung der bisher «straßenfreien» Bereiche der betroffenen Gemarkungen

– Verbesserung des Lärmschutzes und Beruhigung der Wohngebiete im Bereich der bestehenden Trasse

– schonende Untertunnelungen und leichte Geländeeinschnitte, die Dämmen und Brückenbauwerken vorzuziehen sind

– keine neuen «ortsfernen» Trassen, die bisher ruhige Wohngebiete verlärmern

Das kann im Einzelfall bedeuten, daß Lösungen vorgeschlagen werden, die (heute noch) teuer oder technisch auf den ersten Blick nicht machbar erscheinen (beispielsweise Untertunnelungen und behutsamer Ausbau an wenigen Punkten).

Die vom Landesnaturschutzverband vorgeschlagene Trasse beinhaltet mehrere vom Regierungspräsidium vorgeschlagene Varianten; das bedeutet eine weniger einschneidende und der Umwelt gerechter werdende Trassenführung.

Diese Trassenführung setzt sich zusammen aus:

– einer Entlastung der Ortsdurchfahrt von Edingen durch eine Umgehung mit Untertunnelung

– einer leicht veränderten Variante zwischen Edingen–Erzingen und Dotternhausen auf der bestehenden Trasse der B 27

– einer Umgestaltung der wenig verkehrsgerechten Kreuzung von B 27/L 442 im Bereich von Dotternhausen

– einer insgesamt ortsnäheren Umfahrung im Gebiet von Schömberg

Der Landesnaturschutzverband fragt aber auch, ob im Raum Balingen–Schömberg eine neue Trasse überhaupt «noch Platz» hat, wenn nicht einmal die einschlägigen raumordnerischen Grundsätze des Landesentwicklungsplanes Beachtung finden können.

Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt deutlich, daß im Zollernalbkreis zwar viele Straßen neu-, aus- oder umgebaut wurden; in keinem dieser Fälle erfolgte auch nur der Versuch, «nachteilige ökologische Folgen auszugleichen oder zu mildern».



LBS

Landesbausparkasse
Württemberg
Bausparkasse der Sparkassen

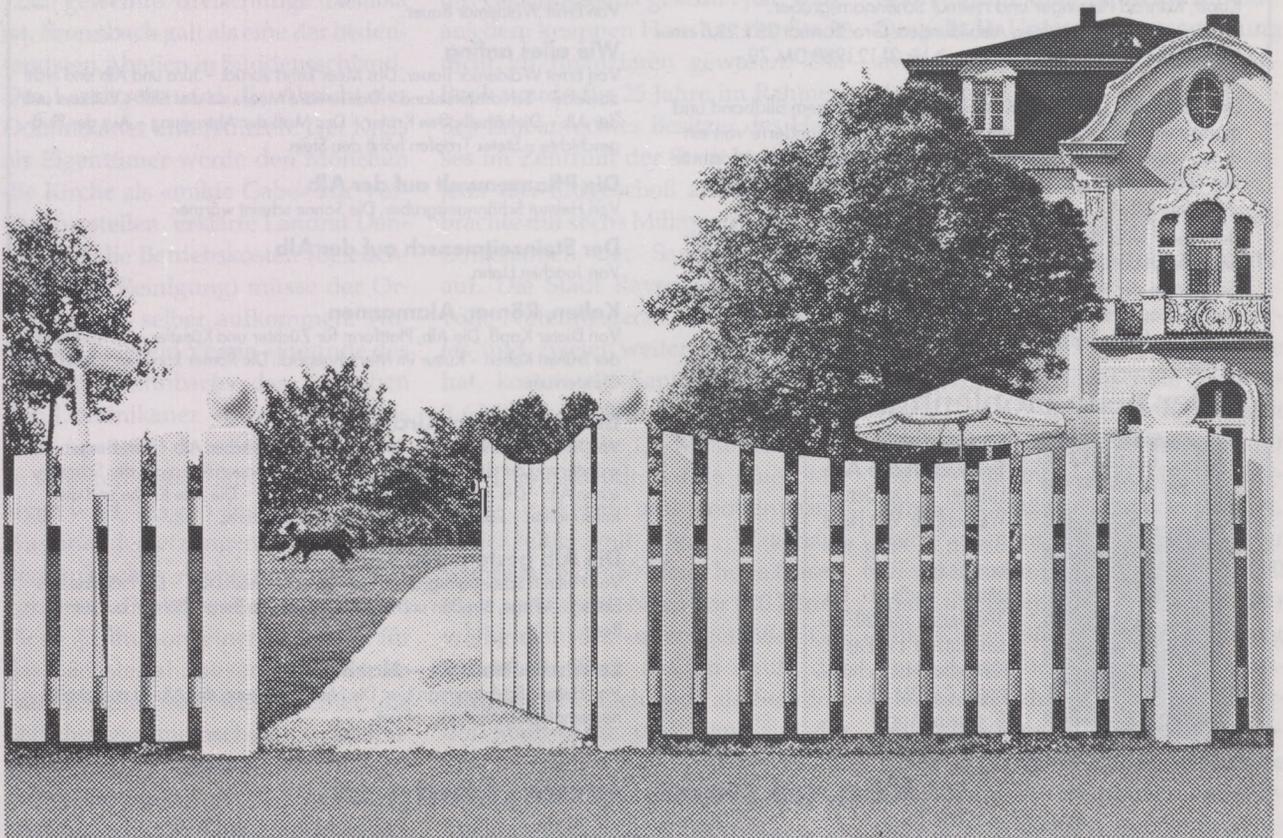
HIER WOHNTE KEIN REICHER MANN

Wer LBS-bauspart, kann sich eben viel erlauben.

Die gute Rendite, das günstige Darlehen und, wenn Sie wollen,
das schnelle LBS-Baugeld sorgen für eine tragbare Finanzierung.

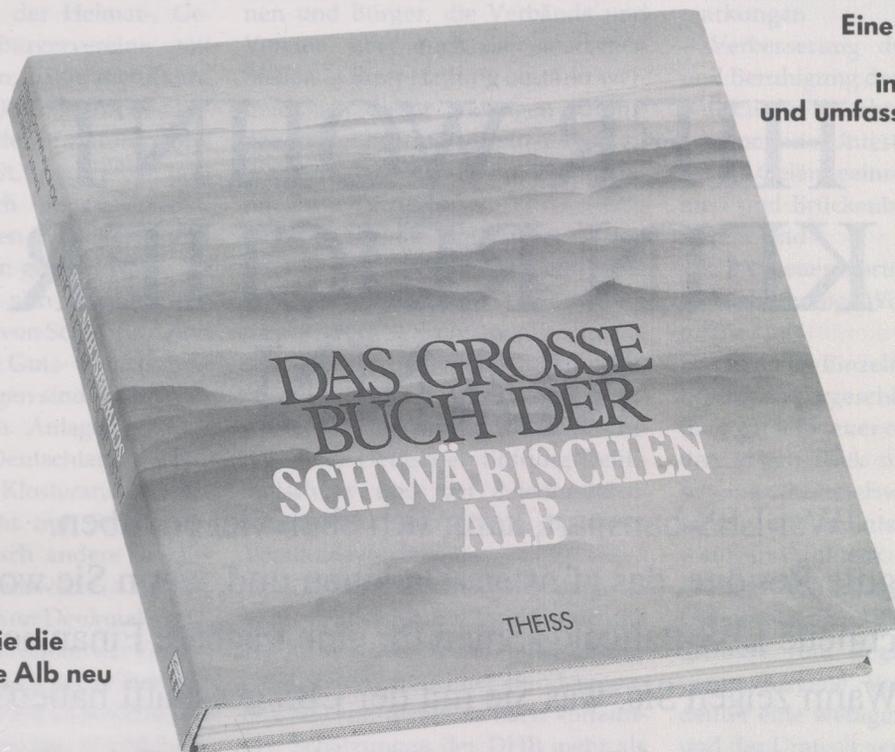
Wann zeigen Sie, was Sie mit der LBS geschafft haben?

Kommen Sie zur LBS oder zur Sparkasse. Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.



GEOLOGIE – LANDSCHAFT – FOSSILIEN – PFLANZEN MENSCHEN – GESCHICHTE – WANDERUNGEN

Eine liebenswerte
Landschaft
ins Bild gesetzt
und umfassend erläutert



Entdecken Sie die
Schwäbische Alb neu

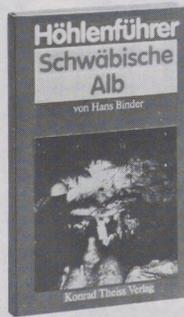
Das große Buch der Schwäbischen Alb

Herausgegeben von Ernst Waldemar Bauer und Helmut Schönamsgruber. Mit Beiträgen von Ernst W. Bauer, Joachim Hahn, Dieter Kapff, Konrad Plieninger und Helmut Schönamsgruber. 216 Seiten mit 410 farbigen Abbildungen. Großformat 25 x 25,5 cm. Kunstleinen DM 89,-. Jubiläumspreis bis 31.12.1988 DM 79,-.

Eine beispiellos gelungene Kombination aus farbigem Bildband und modernem Sachbuch über die Schwäbische Alb. Hunderte von eindrucksvollen Farbaufnahmen ergänzen die umfassenden, informativen Texte, faktenreich und leicht verständlich geschrieben (siehe „Aus dem Inhalt“).

Dem Leser wird die Entstehung und Entwicklung der Alblandschaft anschaulich vor Augen geführt. Er nimmt teil am Leben und der Geschichte der Albbewohner von der Steinzeit bis in die Gegenwart und lernt auf zahlreichen Streifzügen die heutige, teilweise gefährdete Kulturlandschaft kennen.

Der neue Höhlenführer:



Höhlenführer Schwäbische Alb
Höhlen – Quellen – Wasserfälle. Von Hans Binder. 3., völlig neu bearbeitete und ergänzte Auflage. Ca. 300 Seiten mit 20 Tafeln, davon 4 in Farbe. Kartoniert in Schutzhülle. Ca. DM 28,-. Erscheint April.

Die ganze Schwäbische Alb in Wort und Bild:

Jedem seine Alb

Von Ernst Waldemar Bauer.

Wie alles anfang

Von Ernst Waldemar Bauer. Das Meer kehrt zurück – Jura und Alb sind nicht dasselbe – Schichtstufenland – Das tertiäre Meer und das Kliff – Vulkane auf der Alb – Die rätselhaften Krater – Das Maß der Abtragung – Aus der Flußgeschichte – Steter Tropfen höhlt den Stein.

Die Pflanzenwelt auf der Alb

Von Helmut Schönamsgruber. Die Sonne scheint wärmer.

Der Steinzeitmensch auf der Alb

Von Joachim Hahn.

Kelten, Römer, Alamannen

Von Dieter Kapff. Die Alb, Plattform für Züchter und Künstler – Im Kernland der frühen Kelten – Kultur im Marschgepäck: Die Römer kommen – Adel und Christentum.

Burgen, Bauern, Kirchen

Von Konrad Plieninger. Die Burgen der Schwäbischen Alb – Eine Burgenwanderung durch das Große Lautertal – Der Bauernkrieg auf der Schwäbischen Alb – Die Alblandschaft und ihre Kirchen – Die Alte Kirche und die Reformation – Die Alb im Zeitalter der Vielstaaterei.

Die Alb gestern und heute

Von Helmut Schönamsgruber. Der Albler und sein Dorf – Die Industrie hält Einzug – Wege, Straßen und Schienen über den Berg – Röhren auf den Berg.

Landschaftsschutz – Naturschutz

Von Helmut Schönamsgruber. Die Neuentdeckung der Alb – Landschaft neu empfunden: Rettung tut not.

Konrad Theiss Verlag Stuttgart

Dominikaner beleben Kloster Bronnbach

(HT) In dem 1803 von den Zisterziensern verlassenen Kloster Bronnbach gründen Dominikaner eine neue Ordensniederlassung. Das Konzil der süddeutschen Provinz des Dominikanerordens teilte mit, Pater Hilarius Barth werde am 1. Juli 1990 die Seelsorgestelle in Bronnbach antreten.

Bis dahin werde an hohen kirchlichen Feiertagen und während der Sommerwochen das Kloster zeitweilig mit Leben erfüllt werden, wie sich dies in letzter Zeit bereits bewährt habe, hieß es weiter. Bis 1992 wollen die Dominikaner zwei weitere Ordensmitglieder an die Tauber schicken, die dort die letzten Voraussetzungen für eine Ordensniederlassung schaffen sollen. Mit dieser Entscheidung des Ordens endeten langwierige Verhandlungen des Landkreises mit den Mönchen erfolgreich. Der Main-Tauber-Kreis hatte die denkmalgeschützte Klosteranlage vom Fürsten von Löwenstein-Wertheim-Rosenberg für 1,9 Millionen erworben. Seither bemüht sich Landrat Georg Denzer um die Nutzung des ausgedehnten Gebäudekomplexes, dessen Mittelpunkt die 1222 geweihte dreischiffige Basilika ist. Bronnbach galt als eine der bedeutendsten Abteien in Süddeutschland. Der Landkreis wird die Absicht der Dominikaner unterstützen. Der Kreis als Eigentümer werde den Mönchen die Kirche als «milde Gabe» zur Verfügung stellen, erklärte Landrat Denzer. Für die Betriebskosten (Beleuchtung und Reinigung) müsse der Orden jedoch selber aufkommen. Außerdem solle ein Verein «Freunde des Klosters Bronnbach» das Vorhaben der Dominikaner sowohl ideell als auch finanziell unterstützen.

In weiteren Gebäuden der Klosteranlagen wird – es gab deswegen heftige Auseinandersetzungen – ein «Tauberfränkisches Archivzentrum» eingerichtet. Für den Landrat kommt diese Institution einer «Lösung für das nächste Jahrtausend» gleich. Im früheren Stall soll, wie berichtet, die Forschungsgemeinschaft Technisches Glas unterkommen. Die gesamte Sanierung der Klosteranlage wird auf rund 55 Millionen Mark ge-

schätzt. «Das ist eine Daueraufgabe», sagte der Landrat.

Die Dominikaner, die auf Opfer und «Spenden» angewiesen sein werden, sind die vierte Ordensgemeinschaft, die in Bronnbach geistig-religiöses Leben garantieren soll. Jahrhundertelang und bis zur Säkularisierung 1803 wirkten in dem Kloster Zisterzienser.

Waaghaus und Blaserturm in Ravensburg saniert

(SWP) Trotz des verheerenden Brandes, der im Herbst 1987 in Ravensburg den frisch restaurierten Dachstuhl des historischen Waaghauses fast vollständig zerstörte, konnten die Handwerker die Sanierung des Gebäudes fristgerecht abschließen. Die Erhaltung des für die Geschichte der Stadt bedeutenden Handelshauses aus dem 16. Jahrhundert, in dem auch der historische Schwörsaal der alten Reichsstadt wieder zugänglich gemacht wurde, konnte nur durch Zusammenarbeit der Kreissparkasse Ravensburg und der Stadt erreicht werden. Die Summe von rund 11,1 Millionen Mark, die die Sanierung des Gebäudes jetzt gekostet hat, wäre aus dem knappen Haushalt der Stadt nicht zu finanzieren gewesen. Die Bank wurde für 25 Jahre im Rahmen des Erbbaurechtes Besitzer des Hauses im Zentrum der Stadt und nutzt jetzt das Erdgeschoß als Filiale. Sie brachte mit sechs Millionen Mark den Löwenanteil der Sanierungskosten auf. Die Stadt Ravensburg, die das volle Nutzungsrecht des Schwörsaales und zweier weiterer Stockwerke hat, kostete die Sanierung lediglich 3,6 Millionen Mark. Das Landesdenkmalamt steuerte 1,5 Millionen Mark bei. Das Gebäude wurde innen fast völlig entkernt und modernisiert. Gleichzeitig mit dem Waaghaus wurde auch der 50 Meter hohe Blaserturm restauriert. Noch vor 100 Jahren wollte man das «unzeitgemäße» Gebäude abreißen, das im Laufe der Jahrhunderte nicht nur als Standort der Stadtwaage und Kaufhaus der Stadt, sondern auch als Münze und als Zentrum des oberschwäbischen Tuchhandels gedient hatte.

Das Dorf Waldburg kämpft um seine Burg

(PM) In 10 Tagen über 1000 Unterschriften für eine Eingabe beim Regierungschef in Stuttgart. Keine Partei hätte das geschafft, höchstens ein Volkstribun, der Tausendmarkscheine verteilt. Die Bürger der Gemeinde Waldburg im Kreis Ravensburg fühlen sich verschaukelt. Vor mehr als zwei Jahren wurden die Tore dicht gemacht. Wegen Renovierung. Darauf wird heute noch gewartet. Kein Maurer, kein Dachdecker ließ sich bisher blicken. Die agierenden Parteien, das Landesmuseum, Regierungspräsident, Landratsamt und der Vertreter des fürstlichen Hauses beschlossen, über das Beschlossene zu schweigen. Scheinbar sind die Bürger nicht kompetent genug. Dabei werden sie laufend aufgefordert zu sorgen, daß das Dorf schöner wird. Also rackern sie sich ab, richten Haus und Garten. Doch die Burg im Zentrum der Gemeinde vergammelt, rundherum lagert Bauschutt. Der Wald des Berges sieht wüst aus. Tausende von Touristen und Besucher des Dorfes landeten vor den verschlossenen Toren. Im Dorf macht sich Murren und Entrüstung breit. Deshalb die Unterschriftensammlung und der geplante Gang zu dem Landesvater.

Untersuchungsreihe für Ausgleichsmaßnahmen

(lsw) Im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums Bonn wird die Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd untersuchen, wie sich der Ausbau der Bundesstraße 29 auf die Umwelt und auf die Lorcher Baggerseen (Ostalbkreis) ausgewirkt hat. Der Parlamentarische Staatssekretär Dieter Schulte, der das knapp 200 000 Mark umfassende Forschungsprojekt vorstellte, meinte, dies sei der Anfang einer Untersuchungsreihe für Ausgleichsmaßnahmen. Als Schwerpunkt der Forschung wurden die Vogelwelt, die Flora (z. B. verpflanzte Orchideen), die Amphibien- und Fleddermauspopulationen genannt.

Plädoyer für einheimische Pflanzen

(LNV) Der Landesnaturschutzverband hat in einem Schreiben an das Umweltministerium, das Innenministerium und das Ministerium für ländlichen Raum, Landwirtschaft und Forsten angeregt, bei landschaftspflegerischen Maßnahmen, wie die Anlage von Hecken und Gehölzstreifen an Straßen, Radwegen, Baggerseen, Uferschutzstreifen, sowie im Zuge von Flurbereinigungen überwiegend einheimische Pflanzen zu verwenden. Bisher war häufig zu beobachten, daß das für diese Zwecke bestimmte Pflanzenmaterial meist nicht den einheimischen Arten entspricht. In anderen Fällen war an der Ausbildung der Pflanzenmerkmale zu erkennen, daß es sich dabei um Unterarten heimischer Sorten handelt, deren Saatgut offenbar nicht aus den Gebieten stammt, in denen sie nun angepflanzt werden. Typisches Beispiel ist eine nordamerikanische Traubenkirschenart, die anstelle der einheimischen Traubenkirsche (*Prunus padus*) verwendet wird sowie Kriechender Hartriegel (*Cornus stolonifera*) in seinen Varietäten anstelle des einheimischen Roten Hartriegels (*Cornus sanguinea*). Auch sollte nur aus Kostenersparnis kein Saatgut aus dem Balkan oder anderen osteuropäischen Ländern bezogen werden. Die daraus gezogenen Pflanzen weisen nicht nur andere morphologische Merkmale auf, sie haben auch andere Standortansprüche, etwa an Klima und Bodenbeschaffenheit, so daß u. U. der Effekt der angestrebten Bodenstabilisierung, der bei heimischen Pflanzen erwartet wird, durch die Wuchsweise des Wurzelwerks der aus diesem Saatgut bei uns gezogenen Pflanzen nicht erreicht wird. Die zunehmende, vom Landesnaturschutzverband sehr begrüßte Pflanzung von Einzelgehölzen, Hecken oder Uferschutzgehölzstreifen macht es notwendig, daß die verschiedenen damit befaßten Ämter (Flurbereinigungs-, Straßenbau-, Wasserbau-, Liegenschaftsamt usw.) künftig nur die Verwendung von einheimischem Pflanzenmaterial vorschreiben. Dies bedeutet auch keine Kostensteige-

rung, da einheimische Pflanzen und Bäume durch jahrtausendelange natürliche Auslese an unsere klimatischen Bedingungen angepaßt sind und dadurch weniger Ausfälle entstehen als bei fremdem Pflanzengut mit entsprechend hoher Ausfallquote.

Gemeinde Bühlerzell will 380-kV-Leitung nicht

(HT) Die Gemeinde Bühlerzell will sich nach den Worten ihres Bürgermeisters Franz Rechtenbacher «bis aufs Blut» dagegen wehren, daß die Energieversorgung Schwaben (EVS) parallel zu der bereits vorhandenen 110 000-Volt-Leitung der Bundesbahn eine 380 000-Volt-Leitung zwischen Goldshöfe und Kupferzell und damit auch über den Bereich des Bühler­tals spannt.

Der Streit um die 380-kV-Leitung der EVS beschäftigt einige Bühler­talgemeinden schon seit fast zehn Jahren und wurde bereits in den höchsten Gerichtsinstanzen diskutiert. Als Hauptargument dagegen wurde und wird immer noch angeführt, daß eine derartige Leitung das landschaftlich als besonders schön geltende Bühler­tal verschandeln würde. Wälder müßten abgeholzt werden, warnen die Bühler­täler, und der für die Region wichtige Fremdenverkehr würde unter dieser Belastung ebenso leiden wie die Landwirtschaft, die es auch so schwer genug habe.

Mit diesen Einwänden will auch die Gemeinde Bühlerzell verhindern, daß noch eine zweite Stromleitung über das Bühler­tal gespannt wird. «Die EVS hat mit dem härtesten Widerstand zu rechnen», kündigt Bürgermeister Rechtenbacher an.

Der Bühlerzeller Gemeinderat nimmt zwar nicht an, daß er die EVS-Leitung ganz verhindern kann, hofft aber zumindest auf einen tragbaren Kompromiß. Der könnte nach den Worten von Bürgermeister Rechtenbacher so aussehen, daß sich die EVS und die Bundesbahn darauf einigen, ihre Leitungen zusammenzunehmen.

Geschichte gegen Tiefgarage?

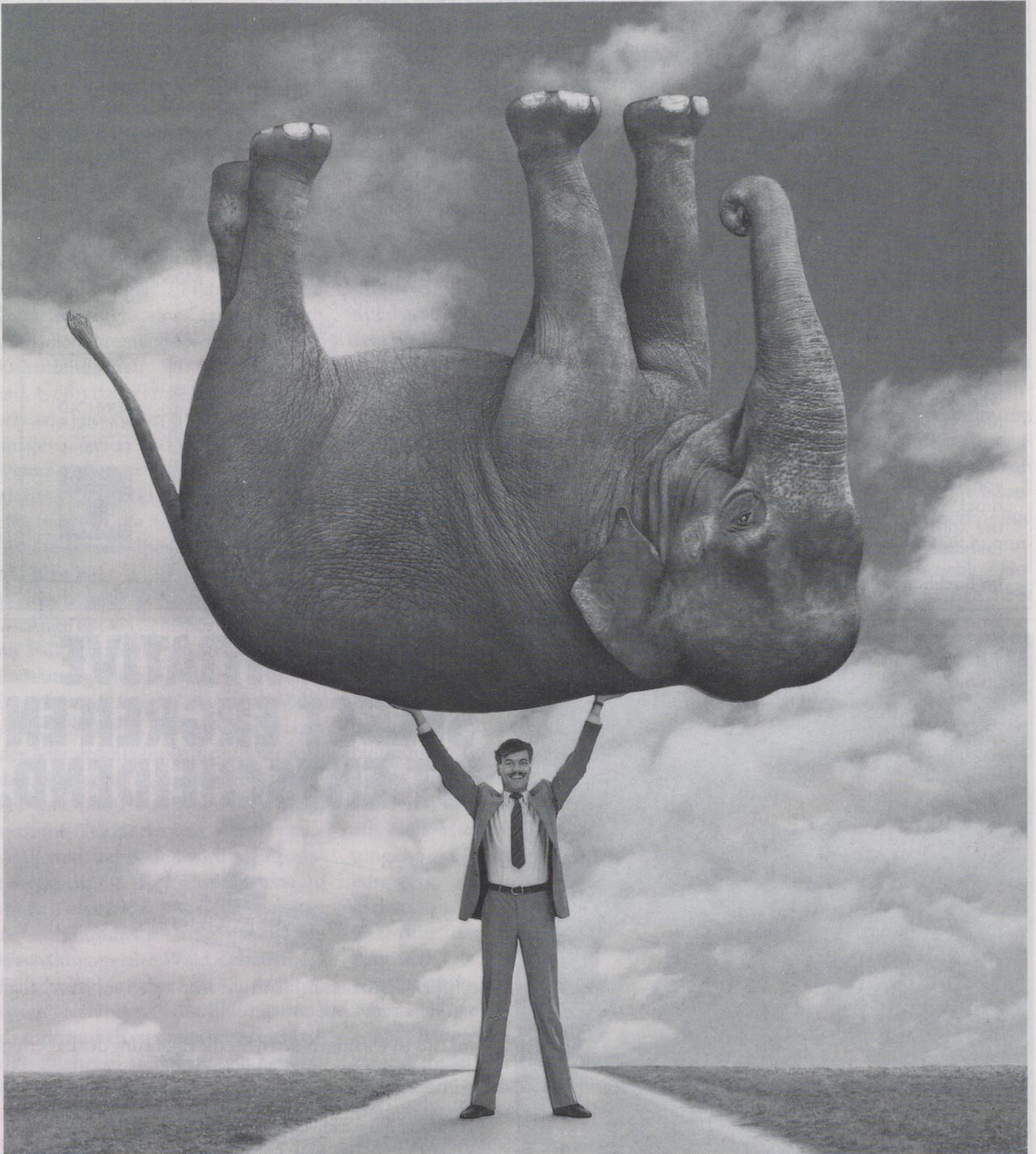
(STZ) Der neugewählte Vorsitzende des Verbandes der Landesarchäologen in der Bundesrepublik, Dieter Planck, hat bei der Jahrestagung des Verbands in Goslar die Forderung nach der Einrichtung von archäologischen Reservaten erhoben, also von Flächen, wo wichtige archäologische Denkmale im Boden verborgen liegen, die mangels Geld und Personal nicht ausgegraben werden können oder aus wissenschaftlichen Gründen gar nicht ausgegraben werden sollen und doch zuverlässig vor Beeinträchtigungen durch Bebauung und landwirtschaftliche Nutzung geschützt werden müssen. Die materiellen Zeugnisse der Prähistorie und Geschichte sollen auf diese Weise der Erforschung durch künftige Generationen vorbehalten bleiben, die über noch bessere Grabungs- und Untersuchungsmethoden verfügen.

Solche Forschungsreservate sollten nicht nur auf dem Lande, sondern auch in Teilbereichen mittelalterlicher Städte ausgewiesen werden. Gerade hier lasse sich an den zahlreichen Siedlungsschichten die lückenlose Abfolge der Stadtgeschichte dokumentieren, die auf eine andere Art, vor allem für die Frühzeit des Gemeinwesens, gar nicht erforscht werden könne. Solche Reservatflächen müßten die Stadtsanierung durchaus nicht blockieren. Es könne an eine die Geschichtsquelle im Boden schonende Überbauung gedacht werden. Ausgeschlossen sei freilich die alles beseitigende große Ausschachtung, wie sie für Tiefgaragen nötig ist.

Göppingen legt neue Biotope an

(Isw) In Göppingen soll es für Vögel und Kleinlebewesen wieder mehr Lebensraum geben. Die Stadt will bis 1990 zur Renaturierung verdolter Bäche fast 400 000 Mark bereitstellen. Für die Anlage von Biotopen sollen jährlich 40 000 Mark ausgegeben werden. Dies teilte Bürgermeister Hans Haller mit.

Stark mit der Stuttgarter



Mit kleinen Mitteln Großes bewegen. Dabei hilft das -Stuttgarter Modell-. Die besondere Lebensversicherung von der Stuttgarter. Sie bietet optimale Absicherung für Sie und Ihre Familie zu äußerst geringen Anfangsbeiträgen.

Prüfen Sie die Leistungsstärke der Stuttgarter. Zu Ihrem Vorteil:

Stuttgarter Versicherung

Informieren Sie mich ausführlich über die starken Leistungen der Stuttgarter Versicherung

Name _____

Straße _____

Ort _____

Tel. _____

An die Stuttgarter Lebensversicherung a.G.
Olgastraße 80, 7000 Stuttgart 1



Reinhold Nägele Exlibris

Werkverzeichnis. Mit einem Geleitwort von Ulrich Ott und einer Einführung von Elke Schutt-Kehm. 100 Seiten mit 60 Faksimiles. DM 39,80. Erscheint Mai 1989. Sämtliche Exlibris von Reinhold Nägele im Faksimiledruck. Ein Buch nicht nur für Freunde der Kunst Nägeles, sondern auch für Exlibrissammler und -kenner.

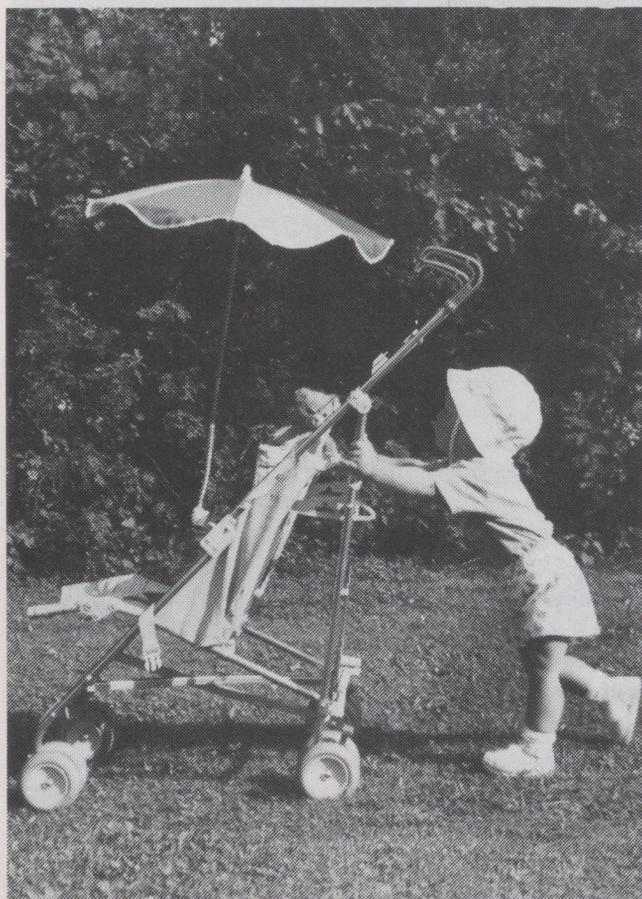
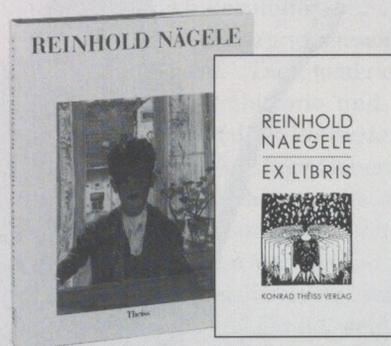
Im Buchhandel erhältlich. Konrad Theiss Verlag Stuttgart

Wer ist Reinhold Nägele?

Reinhold Nägele (1884–1972) gehört zu den originellsten Eigenbrötlern unter den Künstlern dieses Jahrhunderts, zu den freiesten Malern seiner Generation. Die stilistischen Wellenbewegungen von Jugendstil bis zur Pop Art haben sein Malerhäuschen im Schwäbischen Wald nie erreicht. In dieser stilistischen Unanfechtbarkeit ist er allenfalls mit den großen Naiven zu vergleichen. Doch er war kein Naiver, eher ein zum Bizarr-Individualistischen neigender Intellektueller. Nägele war ein Einzelgänger, der auch noch als sarkastischer Zeitbeobachter etwas von seiner kindlichen Unschuld behielt – für die völkischen Geschmacks-Diktatoren der Nazizeit ein Undurchschaubarer, geradezu Unheimlicher, dem man das Handwerk legen mußte. Von 1937 bis 1963 lebte er im Exil, zuerst in London, dann in Vermont und New York. Man tut ihm weh, wenn man ihn mit anderen vergleicht, dabei bräuchte er einen Vergleich mit manchem Berühmten nicht zu scheuen. (Auszugsweise aus „Südd. Zeitung“, München)

Reinhold Nägele Monographie

Von Brigitte Reinhardt. Mit einer Einführung von Thomas Naegele. Graphikteil Dieter Hannemann. 312 Seiten mit 74 Farbtafeln, 193 einfarbigen Abbildungen und weiteren 422 Abbildungen im Werkverzeichnis. Die umfassende Publikation des Lebenswerkes von Reinhold Nägele.



DIE INITIATIVE SELBST ERGREIFEN IST ENTSCHEIDEND.

Sparkasse  Landesbank
Landesbausparkasse
Sparkassen-Versicherung

Je früher, desto besser. Denn was man selber anpackt, behält man sicher im Griff.

Nur eins ist wichtig: Nutzen Sie die Erfahrung der Experten. Besonders, wenn's um Geld geht.

Beratung, Tips und Abwicklung – alles aus einer Hand. Da haben Sie wirklich eine optimale Adresse.

Willkommen bei den Experten im Sparkassenverbund.

wenn's um Geld geht – Sparkasse



Weidach- und Zettachwald wird Naturschutzgebiet

(RPS) Das Regierungspräsidium will im Süden von Stuttgart, zwischen den Ortsteilen Möhringen und Plieningen, das Körschtal mit Weidach- und Zettachwald und anliegenden Streuobstwiesen als Teil der inneren Fildermulde mit einer Fläche von 228 ha als Naturschutzgebiet ausweisen. Schutzzweck ist die Sicherung und Erhaltung eines ökologisch und biologisch wertvollen, vielgestaltigen Mosaiks von Lebensräumen für eine Vielzahl von zum Teil seltenen, schutzbedürftigen Pflanzen- und Tierarten sowie eines landschaftlich reizvollen, herausragenden Teiles der Kulturlandschaft. Stuttgart wird damit, wenn das Verfahren abgeschlossen ist, seine Vorreiterrolle bei den ausgewiesenen Naturschutzgebieten weiter ausbauen. Sind es heute im Regierungsbezirk knapp 0,6% der Fläche, verfügt die Stadt Stuttgart zur Stunde bereits über 4,89%, das heißt rd. 1014 ha.

Weidach- und Zettachwald besitzen wichtige ökologische Funktionen, die im Ballungszentrum von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehören die Speicherung von Wasser und der Ausgleich des Oberflächenabflusses der Niederschläge. Aus der Luft werden Schadstoffe gasförmiger, flüssiger und fester Form herausgefiltert, extreme Temperaturen werden ausgeglichen, der Boden wird vor Erosionen geschützt. Für Wildpflanzen und -tiere bietet der im übrigen in seiner Artenzusammensetzung sehr abwechslungsreiche Wald Lebensmöglichkeiten, und er stellt daneben einen wertvollen Naherholungsraum dar. Erfreulich ist dabei eine reichhaltige Pflanzen- und Tierwelt. So brüten im künftigen Naturschutzgebiet zum Beispiel 72 Vogelarten, darunter zahlreiche Greifvögel. Insbesondere im Frühjahr blüht üppig der Blaustern oder Scilla, was konkreter Planungsanstoß war. Acht gefährdete Pflanzenarten aus der Roten Liste Baden-Württembergs sind dort beheimatet.

Die großflächige Einbeziehung von überwiegend mit hochstämmigen Obstbäumen bestandenen Wiesen im

östlichen Schutzgebietsteil setzt den Schwerpunkt des Schutzzieles auf die Erhaltung dieser Landschaft als reizvollen Naherholungsraum von besonderer Schönheit und Eigenart. Hier befindet sich ein Lebensraum für etliche Tierarten, insbesondere Vögel, die durch die noch immer anhaltenden Verluste an Streuobstgebieten bereits in ihrem Bestand gefährdet sind.

Werden Bergwerke zu Müllschluckern?

(lsw/vwd) An der Einlagerung von Abfallstoffen in den Bergwerken Baden-Württembergs besteht nach Feststellungen des Landesbergamtes Freiburg «großes Interesse». Allerdings werde der heimische Bergbau nicht alle Entsorgungsprobleme der Wirtschaft lösen können, erklärte der Chef der Bergbehörde, Klaus Nast, vor allem mit Hinweis auf geologisch bedingte Schwierigkeiten im Dezember vor Journalisten.

Zur Bearbeitung der unterirdischen Rückstandseinlagerungen wurde bei dem Amt jetzt eine neue Abteilung eingerichtet, der unter anderem aufgegeben ist, Sicherheitsbarrieren zu definieren und die bergmännischen Hohlräume auf ihre Entsorgungseignung zu untersuchen. Eingelagert werden bisher Rauchgasrückstände aus den Müllheizkraftwerken Göppingen und Mannheim im Steinsalzbergwerk Heilbronn sowie Flugaschen aus den Kohlekraftwerken Karlsruhe und Heilbronn im Gipsbergwerk Obrigheim.

Nast bescheinigte dem Bergbau zwischen Main und Bodensee, gesund zu sein. Baden-Württemberg gehöre zwar nicht zu den bedeutenden Bergbauländern, verfüge aber über den vielfältigsten Bergbaubetrieb. Gefördert werden vor allem Steinsalz und Flußspat neben Erdöl und Erdgas, Schwerspat, Gips, hochwertigen Quarzsanden und Ton. Das mit zahlreichen Versuchen bekundete Interesse an der Nutzung der Erdwärme als alternativen Energieträger hat nach Angaben der Bergbehörde wegen der derzeit billigen anderen Energiearten nachgelassen.

Zusammenarbeit mit DDR bei Erhaltung von Bauten

(STZ) Fachleute aus der Bundesrepublik und aus der DDR unterzeichneten in Karlsruhe eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Erhaltung historischer Bauten. Beteiligt sind daran auf bundesdeutscher Seite die Universitäten Karlsruhe und Köln, das Fortbildungszentrum für Handwerk und Denkmalpflege in Fulda-Johannesberg und das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege in München, auf DDR-Seite die Bauakademie der DDR mit weiteren Fachinstituten sowie die Technischen Hochschulen Dresden und Leipzig. Vorgesehen sind der Austausch von Informationen, von Wissenschaftlern und Sachverständigen, wissenschaftliche Veranstaltungen, Abstimmung und Durchführung von Forschungsprojekten sowie Bereitstellung von Forschungsmaterial und wissenschaftlichen Geräten. Die vierköpfige Expertengruppe aus der DDR hat unter anderem die Baustelle Schloß Hohentübingen besucht, um sich über Sicherungs- und Sanierungsmethoden für alte Bausubstanz und über die Nutzungsmöglichkeiten durch die Universität Tübingen zu informieren.

«Entbehrliche Straßen rekultivieren»

(lsw) Kaum genutzte Straßen sollen nach Ansicht von Staatssekretär Alfons Maurer vom baden-württembergischen Innenministerium zurückgebaut und rekultiviert werden. Maurer bezeichnete die Beschlüsse des Landkreises Ravensburg als «Vorbild für alle Landkreise». Der Kreis hatte entschieden, das 680 Kilometer lange Kreisstraßennetz um elf Kilometer zu kürzen. «Entbehrliche Straßen schaffen Freiräume und Freiflächen, die wir so dringend für die Natur und Menschen benötigen», heißt es in der Mitteilung.

Daimler spendet für Esslinger Rathaus

(EZ) Als einzigartig und imposant wird das historische Stadtbild Esslingens weithin gerühmt. Zu den Denkmälern, die in diesen Lobeshymnen stets ganz vorne auftauchen, gehört das Alte Rathaus am Marktplatz. Aufhorchen läßt deshalb die Nachricht, daß ausgerechnet dieses Bauwerk gravierende Mängel aufweist: die Sanierung kostet 5,6 Millionen Mark – ein Brocken, der zunächst einmal an der Stadt hängenbleibt. Da kommt es wie gerufen, daß die Kommune auf Hilfe rechnen kann: Ein Förderverein hat bereits Zusagen für Spenden in Höhe von mehr als einer Million Mark.

«Die Maßnahmen können keinesfalls auf die lange Bank geschoben werden», weiß Rolf Hohbach, der Sonderreferent des Esslinger Oberbürgermeisters. Der Wetterschutz sei nicht mehr optimal, berichtet er und spricht davon, daß das Denkmal in seiner Substanz leidet. Sorgen bereiten vor allem die Schäden am Dach. Doch das Konzept, das in den Schubladen der Verwaltung liegt, listet eine ganze Reihe weiterer Mängel auf. Die Stichworte: Wände sowie Fassaden auf der Süd- und den Längsseiten, Heizsystem, Wärmeschutz, sanitäre Anlagen. Teile des Papiers wie die Erneuerung der elektrischen Anlagen sind dagegen bereits abgehakt, so daß jetzt noch Maßnahmen ausstehen, die knapp fünf Millionen Mark kosten.

Zentrales Anliegen, das im Zug der Sanierung angepackt werden soll, ist die Aufwertung des Bürgersaals. Die Tatsache, daß er immer noch für viele Feste und Veranstaltungen einen außergewöhnlichen Rahmen abgibt, kann nicht darüber hinwegtäuschen: Der Ruf der «guten Stube» der Stadt hat in den letzten Jahrzehnten empfindlich gelitten.

Dabei fällt vor allem ein Manko ins Gewicht: die Küche, die völlig unzureichend ausgestattet ist. Viele Interessenten veranstalten ihre Feiern wegen dieses Defizits lieber in einem anderen Haus – und oftmals führt der Weg dabei über die Esslinger Stadtgrenzen hinaus.

Diese wenig erfreuliche Entwicklung soll jetzt gestoppt werden. Vorgesehen ist deshalb eine grundlegende Modernisierung der Küche. Die Chancen, daß dieses Vorhaben gelingt, stehen dabei nicht schlecht. Denn neben der Firma Daimler-Benz, die für die Sanierung des Hauses allein eine Million Mark spenden will, haben auch die Neckarwerke ihre Mithilfe angekündigt: Das Energieunternehmen wird die Küchenausstattung im Wert von 250000 Mark stiften. Eine weitere Verbesserung könnte der Einbau eines Lasten- und Personenaufzugs darstellen – ein Plan, der angesichts der steilen Treppen besonderes Interesse verdient.

Für die Beschäftigung mit dem Alten Rathaus gibt es aber noch einen weiteren aktuellen Anlaß: Das Stadtmuseum, das seit den 20er Jahren in den Obergeschossen des Gebäudes untergebracht ist, bezieht das neue Domizil am Hafenmarkt 7 und 9. Rolf Hohbach: «Noch ist offen, wie die oberen Etagen dann verwendet werden.» Im Gespräch sind Räume für Gemeinderat, Verwaltung und andere Interessenten – ein Vorschlag, der angesichts des vorhandenen Platzbedarfs sicherlich nicht der schlechteste ist.

Bleibt Lehrstuhl für Landesgeschichte?

(lsw) Die CDU-Landtagsfraktion hat sich für den Erhalt des Lehrstuhls für Landesgeschichte an der Universität Stuttgart stark gemacht. Dieser Lehrstuhl, der ursprünglich mit dem Ausscheiden von Professor Otto Borst wegfallen sollte, könne mit dem geplanten «Haus der Geschichte» verknüpft werden.

Fraktionschef Erwin Teufel und der Finanzsprecher der Fraktion, Peter Wetter, drängten zugleich auf rasche Verwirklichung des Projekts «Haus der Geschichte». Die CDU werde dafür sorgen, daß die Haushaltsansätze dafür in den kommenden beiden Jahren um insgesamt 2,5 Millionen Mark aufgestockt werden. Das Haus der Geschichte solle «keine Stätte der Verklärung der Vergangenheit» sein, sondern zur Auseinandersetzung anregen, betonte Teufel.

Hesse-Gedächtnisstätte in Calw wird Museum

(PM) Die Hermann-Hesse Gedenkstätte in Calw soll im Frühsommer in ein Hesse-Museum umgewandelt werden. Damit verbunden ist der Umzug in ein anderes Gebäude. Die Stadt Calw empfiehlt Besuchern während der Umbauzeit einen Gang durch die Galerie der Stadt, in der auch ein Bogen zu Hermann Hesse geschlagen wird. Es sind dort Arbeiten von Gunter Böhmer zu sehen, in denen Hesse sich widerspiegelt.

Ulmer Münsterplatz: Keine Masseneinsprüche

(SWP) Mit Ablauf der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Münsterplatz waren am 28. November beim Stadtplanungsamt nach erster Schätzung von Amtschef Alexander Wetzig etwa 300 Bedenken und Anregungen eingegangen. Über 90 Prozent der Einsprüche seien wortgleich formuliert, weil es sich um fotokopierte Unterschriftenlisten handelt. Diese hatte der Verein Alt-Ulm in Umlauf gebracht und darin alle «lieben Mitglieder und lieben Ulmer, die keinen Meier-Bau auf dem Münsterplatz wollen» und «mit großer Sorge dem gravierenden bildmäßigen Schaden für Münster und Stadtbild entgegensehen» (Anrede in einem Begleitschreiben), aufgerufen, ihre Einwände schriftlich einzureichen. Die neuerliche Kampagne gegen das Stadthaus, die vom Vorsitzenden Hellmut Pflüger und seinem Stellvertreter Edmund Mohn entgegen der Ankündigung, das Bürgerentscheidsergebnis anzuerkennen, gestartet worden war, hat dem Verein «Alt-Ulm» nicht das erhoffte Ergebnis gebracht. Rund 300 Unterschriften unter dem als «Argumentationshilfe» verschickten Textblatt, die als Einzelunterschriften wie als Sammelisten beim Stadtplanungsamt eingingen, nehmen sich bescheiden aus gegen die 17 227 Unterschriften, die das Bürgerbegehren befürwortet hatten.

Baden-Württemberg heute



Baden-Württemberg heute

Zwei Wurzeln – ein Baum. Herausgegeben von Kurt Gerhardt. Mit Texten von Hermann Baumhauer, Hermann Grees, Wolfgang Hess, Hans-Erhard Lessing, Hannes Rettich, Albrecht Roos, Helmut Scheuing, George Turner und Ulrich Wildermuth. Mit einem Geleitwort von Lothar Späth.

203 Seiten mit 135 farbigen, meist großformatigen Abbildungen und zahlreichen Schaubildern und Tabellen in Nachschlageteil. 25 x 25,5 cm. Kunstleinen. DM 79,-.

Aus dem Inhalt:

Zwei Wurzeln und ein Baum · Geschichtliche Wurzeln · Mensch und Landschaft · Dynamisches Land · Landschaft im Industriezeitalter · Forschung und Lehre · Kunst und Kunstförderung · Leben in sozialer Verantwortung · Musterland für Ferien und Freizeit · Das Land Baden-Württemberg in Daten und Fakten.

Der erste umfassende Bild-Textband über Baden-Württemberg, wie es sich heute darstellt, mit umfangreichem Nachschlageteil, der eine Fülle von Daten und Fakten enthält.

Das junge Bundesland Baden-Württemberg hat heute eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik errungen nicht zuletzt auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet. Zur Attraktivität des Landes trägt auch die Vielfalt des landschaftlichen und kulturellen Angebots wesentlich bei.

Wie sieht dieses Angebot aus? Wie entstand aus zwei Wurzeln – den verschiedenen Landesteilen mit Menschen unterschiedlicher Stammeszugehörigkeit und Traditionen ausgeprägter Eigenart – ein Baum? Wie gelang es, Millionen von »Reingeschmeckten« aus dem In- und Ausland zu integrieren? Dieses Buch vermittelt dazu neue Einblicke und Informationen. Es richtet sich an jeden, der in diesem Land lebt oder es kennenlernen will, und an alle, die sich nicht mit der Rückschau in die Vergangenheit begnügen möchten.

Die Autoren, durchweg gute Landeskenner, beleuchten alle wichtigen Aspekte der Entwicklung des Landes. Sie nehmen dabei auch zu aktuellen Problemen kritisch Stellung – sei es im technologischen und wirtschaftlichen Bereich, in Forschung und Lehre oder im Bereich der Umweltvorsorge –, Probleme, deren Lösung für die Zukunft des Landes entscheidend sein wird.

Ein umfangreicher Nachschlageteil mit wichtigen Daten und Fakten zu Geschichte, Land und Leuten, Landespolitik, Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Fortbildung, Sozialem, Gesundheit und Erholung gibt dem Buch einen hohen Gebrauchswert für alle, die sich rasch und gründlich anhand von Zahlen über spezielle Entwicklungen und Trends informieren wollen.

**Sicherheit.
Rund um die Uhr.
Rund um das
Jahr.**



Türmchenuhr,
Straßburg, um 1590
Württembergisches
Landesmuseum, Stuttgart

Sicherheit für Sie selbst, für die Familie,
für Heim, Haus und Geschäft, für das Auto
bietet Ihnen die Württembergische.

Sprechen Sie bitte mit unserem Mitarbeiter
in Ihrer Nähe. Er informiert Sie gern und
sachkundig über unser Versicherungs-
angebot, das auf Ihren ganz persönlichen
Bedarf zugeschnitten ist.

Die Anschrift steht im Telefonbuch unter
Württembergische Feuerversicherung AG.

Württembergische
Versicherungen

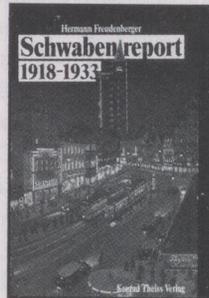


Das
„Gastliche Härtsfeld“
(Ostalb) lädt ein

Eine reizvolle Landschaft auf der Schwäbischen Alb. Das Ferien- und Wanderland zwischen Barock und Wacholderheiden, das allen Freunden unserer Heimat eine Fülle an Interessantem – u. a. Geologie und Botanik – zu bieten hat. Aber auch Wälder und Seen, Burgen, Schlösser und Kirchen. „Wandern mit und ohne Gepäck“; und das alles in einem idealen Klima in 450 bis 700 m Höhe mit Ruhe und herrlich reiner Luft. Über die A 7 (Ausf. Heidenheim-Nattheim, Aalen/Oberkochen oder Aalen/Westhausen) jetzt noch schneller und sicherer erreichbar.

Prospekte vom
**Verkehrsverband „Gastliches Härtsfeld“ e.V.,
Geschäftsstelle Rathaus
7921 Nattheim, Tel. (0 73 21) 35 91-0**

Der Kaiser geht · Der Führer kommt



Schwabenreport 1918–1933

Das neue Buch von Hermann Freudenberger, KNITZ in den „Stuttgarter Nachrichten“ von 1970–1987. 234 Seiten mit 37 Abbildungen. DM 29,80
Meldungen und Berichte von kleinen Begebenheiten am Rande der großen Ereignisse.

KONRAD THEISS VERLAG STUTTGART

**Schlüpf
'rein in die
Freizeit...**

...in **Ganter**
mit der
**Aktiv-
Sohle!**

Für Damen
0407,
für Herren
1007



schuh-verlässig



Ganter

Schuh-Haus

Abele

7 Stuttgart S · Tübinger Straße 18
Fernsprecher 29 08 16

Mitglied im Schwäbischen Heimatbund

**Burrer Naturstein
Renovierungen**

7133 Maulbronn Telefon 0 70 43-60 65

Künftig eingeschränktes Betretungsrecht?

(PM) Eine Beschränkung des Erholungsverkehrs zum Schutze der Natur hat Umweltminister Dr. Erwin Vetter in Stuttgart gefordert. Vetter faßte die Ergebnisse einer Diskussion mit dem Landesbeirat für Naturschutz und der Stiftung Naturschutzfonds am 13. Oktober 1988 in Wildbad zusammen. Überall dort, wo der Erholungsverkehr zur Beeinträchtigung der Natur und zu Schäden an Biotopen führen könne, müsse man bereit sein, beschränkend einzugreifen.

Das Problem sei nicht der einzelne Wanderer oder Spaziergänger, der in der Natur Erholung und Entspannung suche, meinte der Minister, sondern der Massenandrang von Erholungssuchenden in den Naherholungsbereichen der großen Städte und in den landschaftlich reizvollsten – und damit oft auch ökologisch wertvollsten Räumen – des Landes. Es müsse diskutiert werden, ob zum Schutze der Natur besucherlenkende Maßnahmen ausreichen, also Maßnahmen, die der Erholungssuchende freiwillig einhält, oder ob Betretungsverbote für einzelne, besonders wertvolle Schutzgebiete oder Biotope insgesamt ausgesprochen werden müßten. Man müsse in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob das im Landesnaturschutzgesetz vorgesehene Betretungsrecht der freien Landschaft heute noch zeitgemäß sei, oder ob es generell eingeschränkt werden müsse.

Neuer Schub für alternative Energie?

(STZ) Das Land Baden-Württemberg wird zusammen mit den vier Energieversorgungsunternehmen des Landes (Energieversorgung Schwaben, Badenwerk, Neckarwerke und Technische Werke Stuttgart) eine mit 100 Millionen Mark ausgestattete Stiftung gründen, die gezielt die Forschung auf dem Gebiet der regenerativen Energiequellen fördern soll. Mit diesem «bundesweit einmaligen Projekt» wollten Regierung und Stromversorger ein gemeinsames Zeichen

setzen, erklärte Späth in Stuttgart. Außerdem würden damit die «Anregungen der Opposition» aufgegriffen, die im Landtag wiederholt auf eine bessere Unterstützung der alternativen Energiequellen gedrängt habe.

Ziel der Stiftung ist nach Regierungsangaben insbesondere die Förderung von Projekten, die bisher weder von der EG noch vom Bund unterstützt worden sind. Da die entsprechenden EG- und Bundesmittel derzeit in erster Linie in die Grundlagenforschung fließen, werde die Stiftung primär «die angewandte Forschung bis hin zum praktischen Erprobungsbetrieb» fördern, erklärte Späth. Außerdem sollten auch Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der rationellen Energienutzung in den Genuß von Stiftungsgeldern kommen, ergänzte der Vorstandsvorsitzende der Energieversorgung Schwaben (EVS), Peter Heidinger. Nach den derzeitigen Überlegungen, so Späth, werde die Stiftung auf folgenden Feldern tätig: thermische Nutzung der Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Biogas und -masse, Speicher- und Verbundsysteme sowie Photovoltaik.

Neues Stadtmuseum in Bad Cannstatt

(lsw) Im ältesten Stuttgarter Stadtteil Bad Cannstatt ist am 16. Dezember das neue Stadtmuseum Bad Cannstatt eröffnet worden. Das Museum ist in der «Klösterle-Scheuer» im Bereich der Cannstatter Fußgängerzone untergebracht. Das restaurierte Gebäude war früher die Scheune des ältesten Wohnbaus im Großraum Stuttgart aus dem Jahr 1493.

Die Konzeption der ständigen Ausstellung wurde von Manfred Schmid vom Stuttgarter Stadtarchiv erarbeitet. Archäologische und paläontologische Exponate aus dem Cannstatter Travertinabbaugebiet stehen im Stadtmuseum für die Früh- und Vorgeschichte. So ist beispielsweise ein 250 000 Jahre alter Stoßzahn von einem Waldelefanten der Region Cannstatt zu sehen. Weiterhin sind in dem kleinen Museum Exponate zur Keltenzeit und aus dem römischen Zeit-

alter zu sehen. Schwerpunkt der Ausstellung ist die Darstellung der lokalen Bädergeschichte von den Anfängen in der Römerzeit über die Blüte Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Niedergang nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71.

Die Restauration der «Klösterle-Scheuer» hat nach Angaben des Leiters des Stuttgarter Stadtarchivs, Professor Paul Scheuer, rund eine Million Mark gekostet; für die Einrichtung des Museums, die Stellwände und Exponate wurden 230 000 Mark ausgegeben.

Forcierte Ausweisung von Naturschutzgebieten

(lsw) Dem fortschreitenden Artensterben will der baden-württembergische Umweltminister Erwin Vetter durch beschleunigte Ausweisung von Naturschutzgebieten begegnen. Bis 1990 soll es im Land 112 neue Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 10 300 Hektar geben, gab Vetter bekannt. Damit würde der bisherige Bestand an Naturschutzgebieten um fast ein Drittel auf rund 46 000 Hektar wachsen – das entspricht 1,3 Prozent der Landesfläche.

Ursachen des Artenschwundes sind nach Angaben des Ministers die Schadstoffe in Luft und Boden, der Flächenverbrauch durch Siedlungs- und Straßenbau sowie eine zu intensive Land- und Forstwirtschaft. Um die Bedeutung der Schutzgebiete als Zuflucht für gefährdete Tier- und Pflanzenarten zu erhöhen, denkt Vetter an «flankierende Maßnahmen», etwa Zugangsbeschränkungen für Ausflügler.

Die voraussichtlich 1989 abgeschlossene Kartierung von Biotopen im Land gehöre zügig umgesetzt, betonte Vetter. Ein «möglichst großer Teil» der darin als schützenswert empfohlenen Gebiete solle dann unter Schutz gestellt werden. Auch solle frühzeitige Unterrichtung der betroffenen Bürger und Verbände helfen, deren Bereitschaft zu den Vorhaben zu steigern.

Stärkere Förderung der Archäologie

(lsw) Die archäologische Denkmalpflege wird in Baden-Württemberg immer stärker gefördert. Der jährliche Etat für Ausgrabungen und deren Auswertung ging seit 1981 von 3,7 auf 9,8 Millionen Mark im letzten Jahr nach oben. Wie aus den neuesten Denkmalschutzinformationen 1988 ferner hervorgeht, wurde der Haushalt gegenüber 1987 um eine Million Mark erhöht.

1987 kamen zu den 8,8 Millionen Mark Landesgeldern noch 1,3 Millionen Mark Forschungsmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft und drei Millionen Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). In der archäologischen Denkmalpflege sind derzeit über 100 feste Mitarbeiter, davon 38 Wissenschaftler und 42 Techniker und Restauratoren, sowie jährlich rund tausend befristet angestellte Grabungsarbeiter tätig.

Die archäologische Denkmalpflege in Baden-Württemberg, die sich bei aller Wissenschaftlichkeit der Methoden um eine verständliche Darstellung ihrer Forschungsergebnisse bemüht, ist den Informationen zufolge «Hauptlieferant der historischen Museen mit unschätzbaren Kulturgütern». Um diesen Schatz der Öffentlichkeit zu zeigen, plane die Landesregierung «mit Nachdruck» in Stuttgart ein großes archäologisches Landesmuseum. Seine Aufgabe soll sein, die Geschichte des Landes anhand der archäologischen Quellen, aber auch die Arbeitsweisen der Archäologie darzustellen. Ferner soll es Funde in ihren kulturhistorischen Zusammenhang stellen und so ein lebendiges Bild der damaligen Lebensumstände zeichnen.

Gülleverbot im Donauried gefordert

(lsw) Der Zweckverband Landeswasserversorgung (LW) hat anlässlich seiner Verbandstagung in Ludwigsburg im November gefordert, auch im Wasserschutzgebiet Donauried das Ausbringen von Gülle auf die Felder

zu verbieten. Dieses für Baden-Württemberg unersetzliche Trinkwasservorkommen müsse mit allen Mitteln geschützt werden, erklärte Professor Dieter Flinspach, der Technische Geschäftsführer der LW.

Auf der LW-Tagung unter dem Vorsitz des Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel (CDU) wurden Untersuchungsergebnisse vorgelegt, nachdem die Nitratbelastung im Donauried überdurchschnittlich hoch ist. Im Donauried gilt ein Teil der strengen Wasserschutzbestimmungen des Landes für eine Übergangszeit noch nicht. Die Tagung sprach sich entschieden dagegen aus, dem Wunsch der Landwirtschaft nachzugeben und das Donauried aus dem Gülleverbot der Schutzgebietsverordnung herauszunehmen. Die LW forderte, die Übergangszeit für die dort ansässigen Viehhaltungsbetriebe «nicht zu lang zu bemessen». Die Landeswasserversorgung beliefert rund 2,5 Millionen Menschen in etwa 220 Städten und Gemeinden Baden-Württembergs mit Trinkwasser.

Viele Libellenarten im Südwesten sind gefährdet

(lsw) 75 Prozent der in Baden-Württemberg vorkommenden Libellenarten sind gefährdet. Das geht aus einer landesweiten Kartierung hervor, die bei einem Seminar von Experten der Schutzgemeinschaft Libellen Baden-Württemberg und des Deutschen Bundes für Vogelschutz in Bühl-Vimbuch (Kreis Rastatt) veröffentlicht wurde. Im Vordergrund des Libellenschutzes steht nach Meinung der Schutzgemeinschaft die Sicherung der vorhandenen Lebensräume. Bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten sei bislang zu wenig an die Libellen gedacht worden, hieß es.

Die Schutzgemeinschaft Libellen erarbeitet nach eigenen Angaben eine landesweite Schutzkonzeption am Beispiel einer seltenen Fließgewässer-Libelle, der «Helm-Azurjungfer». Wie bei dem Seminar weiter bekannt wurde, zeigt die aktuelle Libellenerfassung, daß stärker als bisher auf die Reinhaltung von Fließgewässern und deren Pflege und damit auf die Ansprüche der Libellen Rücksicht ge-

nommen werden muß. Die Experten fordern daher die Schaffung von breiten «Grünstreifen» entlang der Gewässer in landwirtschaftlich genutzten Gebieten.

Neue Funde im Kloster Hirsau

(epd) Eine kleine archäologische Sensation wird aus dem ehemaligen Schwarzwaldkloster Hirsau gemeldet: unweit der Aureliuskirche im Calwer Ortsteil Hirsau sind, wie am 14. Dezember bekannt wurde, bei Ausgrabungen Fundamente und Mauerreste einer bisher unbekannt Kapelle gefunden worden. Sie gehörte offenbar zu Nebenbauten rund um die bedeutende Klosterkirche, wegen ihrer unüblichen Nähe zum Gotteshaus wird vermutet, daß sie einst als Friedhofskapelle verwendet worden ist. Die Grabungen im Auftrag des Landesdenkmalamtes Karlsruhe laufen mit Unterbrechungen seit 1987, ein Anlaß dafür ist die Umgestaltung des ältesten Hirsauer Profangebäudes an der Calwer Straße 6 zu einem Klostermuseum. Die neu entdeckte Kapelle wird von Mitarbeitern des Denkmalamtes als «Sensation» gewertet. Spektakulär seien auch die Ergebnisse von Grabungen nach Vorgängerkirchen der (katholischen) Aureliuskirche. Sie erhärten, daß Vorgängerbauten dieser ersten Klosterkirche Hirsaus bis in karolingische Zeit zurückreichen. Das Kloster war im 11. Jahrhundert Zentrum der Cluniazensischen Reformbewegung in Deutschland.

Persönliches

Am 24. August 1988 ist Frau **Gisela Philippin** gestorben, die Witwe unseres langjährigen Vertrauensmannes in Leonberg.

Noch im alten Jahr ist **Dr. Wolfgang Irtenkauf**, der seinen Ruhestand in dem Baarstädtchen Löffingen verbringt, in Rottenburg mit dem päpstlichen Verdienstkreuz pro ecclesia et pontifice ausgezeichnet worden. Er ist damit zugleich Ritter des Silvesterordens.